Die EnBW hält Kurs. Mit Wachstum. Innovation. Und Verantwortung für Menschen und Umwelt. Wir machen Zukunft mit neuen Ideen. Und wir wissen: Wer nach vorn will, muss auch querdenken können. Die EnBW hält Kurs. Mit Wachstum. Innovation. Und Verantwortung für Menschen und Umwelt. Wir machen Zukunft mit neuen Ideen. Und wir wissen: Wer nach vorn will, muss auch querdenken können. Die EnBW hält Kurs. Mit Wachstum. Innovation. Und Verantwortung für Menschen und Umwelt. Wir machen Zukunft mit neuen Ideen. Und wir wissen: Wer nach vorn will, muss auch querdenken können. Die EnBW hält Kurs. Mit Wachstum. Innovation. Und Verantwortung für Menschen und Umwelt. Wir machen Zukunft mit neuen Ideen. Und wir wissen: Wer nach vorn will, muss auch querdenken können. Die EnBW hält Kurs. Mit Wachstum. Innovation. Und Verantwortung für Menschen und Umwelt. Wir machen Zukunft mit neuen Ideen. Und wir wissen: Wer nach vorn will, muss auch querdenken können. Die EnBW hält Kurs. Mit Wachstum. Innovation. Und Verantwortung für Menschen und Umwelt. Wir machen Zukunft mit neuen Idee
nach vorn will, muss auch querdenken könner

Geschäftsbericht 2007

Mit Energie Zukunft gestalten

EnBW

EnBW Energie
Baden-Württemberg AG

Kurzporträt

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG mit Hauptsitz in Karlsruhe ist mit rund sechs Millionen Kunden das drittgrößte deutsche Energieversorgungsunternehmen. Mit über 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat die EnBW 2007 einen Jahresumsatz von über 14 Milliarden Euro erzielt. Unsere Kernaktivitäten konzentrieren sich auf die Geschäftsfelder Strom, Gas sowie Energie- und Umweltdienstleistungen.

Traditionell sind wir fest in Baden-Württemberg verwurzelt. Darüber hinaus sind wir in ganz Deutschland sowie in weiteren Märkten Mittel- und Osteuropas aktiv. Wir wollen uns auch in Zukunft auf unsere Kernkompetenzen konzentrieren und unsere Kunden sicher und kompetent mit Energie und energienahen Dienstleistungen versorgen.

Wir betreiben konventionelle Kraftwerke und Kernkraftwerke. Aber nicht nur. Die Wasserkraftnutzung hat bei uns eine lange Tradition. Bei den anderen erneuerbaren Energieträgern wie Wind, Erdwärme und Biomasse besteht noch Entwicklungspotenzial. Wir sehen sie als Chancen für wirtschaftliches Wachstum und für die Umwelt und wir werden unsere Chancen nutzen. Eine wichtige Rolle werden in der Zukunft das Gasgeschäft sowie die dezentrale Erzeugung und die Wärmeerzeugung spielen. In allen genannten Bereichen wird sich die EnBW stärker aufstellen. Wir haben den Anspruch, in allem, was wir anpacken, eine wegbereitende und führende Rolle einzunehmen.

Auf einen Blick

EnBW-Konzern [1]		2007	2006	Veränderung in %
Umsatz				
Strom	Mio. €	11.539,7	9.509,0	+21,4
Gas	Mio. €	2.479,3	2.757,9	-10,1
Energie- und Umweltdienstleistungen	Mio. €	693,2	592,6	+17,0
Außenumsatz gesamt	**Mio. €**	**14.712,2**	**12.859,5**	**+14,4**
EBITDA	Mio. €	2.336,4	2.273,8	+2,8
EBIT	Mio. €	1.559,2	1.451,2	+7,4
Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten	Mio. €	1.416,1	1.114,7	+27,0
Konzernüberschuss[2]	Mio. €	1.364,1	1.001,8	+36,2
Adjusted Konzernüberschuss [2]	Mio. €	821,0	739,6	+11,0
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss [2]	€	5,58	4,10	+36,1
Operating Cashflow	Mio. €	1.558,7	1.466,6	+6,3
Free Cashflow	Mio. €	853,2	1.027,1	-16,9
Nettofinanzschulden	Mio. €	2.972,3	3.592,8	-17,3
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen [3]	Mio. €	816,1	630,1	+29,5
Return on Capital Employed (ROCE)	%	16,4	16,9	-3,0
Kapitalkostensatz (WACC) vor Steuern	%	9,0	9,0	–
Durchschnittliches Capital Employed	Mio. €	11.391,7	10.325,0	+10,3
Wertbeitrag	Mio. €	839,1	814,6	+3,0

Energieabsatz des EnBW-Konzerns		2007	2006	Veränderung in %
Strom	Mrd. kWh	139,5	119,4	+16,8
Gas	Mrd. kWh	75,2	83,5	-9,9

Mitarbeiter des EnBW-Konzerns [4]		2007	2006	Veränderung in %
Mitarbeiter im Durchschnitt	Anzahl	20.499	20.259	+1,2

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.
[3] Aus fortzuführenden Aktivitäten.
[4] Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse.
Der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.

Mehrjahresübersicht

EnBW-Konzern [1]		2007	2006	2005	2004	2003
Ergebnis						
Umsatz	Mio. €	14.712	12.860	10.769	9.124	9.952
EBITDA	Mio. €	2.336	2.274	2.054	2.045	1.014
EBIT	Mio. €	1.559	1.451	1.335	1.243	-190
EBT	Mio. €	1.373	1.190	1.087	759	-1.094
Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten	Mio. €	1.416	1.115	598	410	-1.183
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss [2]	€	5,58	4,10	2,21	1,40	-5,40
Bilanz						
Anlagevermögen	Mio. €	20.731	20.903	18.867	18.304	20.732
Bilanzsumme	Mio. €	28.414	28.148	24.942	23.928	25.220
Eigenkapital/Anteile anderer Gesellschafter	Mio. €	6.002	4.492	3.068	2.399	1.544
Eigenkapitalquote	%	21,1	16,0	12,3	10,0	6,1
EnBW-Aktie						
Operating Cashflow je Aktie	€	6,4	6,0	5,5	6,8	4,01
Ausschüttung	Mio. €	369 [3]	279	215	171	–
Dividende je Aktie	€	1,51 [3]	1,14	0,88	0,70	–
Finanzen und Investitionen						
Operating Cashflow	Mio. €	1.559	1.467	1.330	1.546	887
Abschreibungen	Mio. €	777	823	720	802	1.204
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen [4]	Mio. €	816	630	547	418	435
Kurzfristige Finanzmittel	Mio. €	1.001	1.517	1.415	1.999	1.089
Finanzverbindlichkeiten [5]	Mio. €	3.973	5.110	4.699	5.938	8.049
Nettofinanzschulden [5]	Mio. €	-2.972	-3.593	-3.284	-3.939	-6.960
Energieabsatz des EnBW-Konzerns im Kerngeschäft in Mrd. kWh [6]						
Strom	Mrd. kWh	140	119	107	101 [7]	95 [7]
Gas	Mrd. kWh	75	84	89	83 [7]	78 [7]
Strombereitstellung des EnBW-Konzerns im Kerngeschäft nach Primärenergieträgern [8]						
Fossile und sonstige Energie (früher: Kohle, Öl, Gas)	%	16	19	24	23	24
Kernenergie	%	27	34	36	39	42
Erneuerbare Energien (früher: Wasser und sonstige erneuerbare Energien)	%	17	16	14	16	15
Primärenergie nicht bekannten Ursprungs	%	40	30	26	22	19
Mitarbeiter des EnBW-Konzerns im Jahresdurchschnitt [9]	Anzahl	20.499	20.259	17.926	19.881	33.224

[1] Die Zahlen des Geschäftsjahres 2006 wurden angepasst.
[2] Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.
[3] Gemäß Vorschlag an die Hauptversammlung.
[4] Aus fortzuführenden Aktivitäten.
[5] Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.
[6] Nettoausweis der gehandelten Strom- und Gasmengen.
[7] Strom- und Gasabsatzzahlen angepasst an die Geschäftsfeldstruktur zum 31.12.2005.
[8] Die Zahlen des Geschäftsjahres 2005 wurden angepasst; seit 2005 wird die Aufteilung nach Primärenergieträgern analog § 42 EnWG ausgewiesen.
[9] Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse.
Der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.

Im gesamten Geschäftsbericht können durch mathematische Rundungen in der Addition scheinbare Differenzen auftreten.

Geschäftsbericht 2007

Mit Energie Zukunft gestalten

Wichtige Hinweise

Kein Angebot und keine Anlageempfehlung
Dieser Bericht wurde lediglich zu Ihrer Information erstellt. Er stellt kein Angebot, keine Aufforderung und keine Empfehlung zum Erwerb oder zur Veräußerung von Wertpapieren dar, deren Emittent die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW), eine Gesellschaft des EnBW-Konzerns oder eine andere Gesellschaft ist. Dieser Bericht stellt auch keine Bitte, Aufforderung oder Empfehlung zu einer Stimmabgabe oder Zustimmung dar. Alle Beschreibungen, Beispiele und Berechnungen wurden lediglich zur Veranschaulichung in diesen Bericht aufgenommen.

Zukunftsgerichtete Aussagen
Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf aktuellen Annahmen, Plänen, Schätzungen und Prognosen der Geschäftsleitung der EnBW beruhen. Solche zukunftsgerichteten Aussagen sind daher nur zu dem Zeitpunkt gültig, zu dem sie erstmals veröffentlicht werden. Zukunftsgerichtete Aussagen ergeben sich aus dem Kontext, sind darüber hinaus jedoch auch an den Begriffen „kann", „wird", „sollte", „plant", „beabsichtigt", „erwartet", „denkt", „schätzt", „prognostiziert", „potenziell" oder „fortgesetzt" sowie ähnlichen Ausdrücken zu erkennen.

Naturgemäß sind zukunftsgerichtete Aussagen mit Risiken und Unsicherheiten behaftet, die durch die EnBW nicht kontrolliert oder präzise vorhergesagt werden können. Tatsächliche Ereignisse, künftige Ergebnisse, die finanzielle Lage, Entwicklung oder Performance der EnBW und der Gesellschaften des EnBW-Konzerns können daher erheblich von den in diesem Bericht getätigten zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Deshalb kann nicht garantiert oder sonst dafür gehaftet werden, dass sich diese zukunftsgerichteten Aussagen als vollständig, richtig oder genau erweisen oder dass erwartete prognostizierte Ergebnisse in der Zukunft tatsächlich erreicht werden.

Keine Verpflichtung zur Aktualisierung
Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung jedweder Art, in diesem Bericht enthaltene Informationen und zukunftsgerichtete Aussagen an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen oder sonst zu aktualisieren. Dieser Geschäftsbericht steht in deutscher, englischer und französischer Sprache auch im Internet als Download zur Verfügung. Im Zweifelsfall ist die deutsche Version maßgeblich.

Inhalt

Überblick

4 Unsere Standorte
6 Top-Themen

Vorstand und Aufsichtsrat

14 Brief an unsere Aktionäre
20 Vorstand
22 Bericht des Aufsichtsrats
28 Aufsichtsrat
30 Corporate-Governance-Bericht inklusive Vergütungsbericht (Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts)

EnBW-Aktie

42 EnBW-Aktie

II Unternehmensbericht Mit Energie Zukunft gestalten

Zusammengefasster Lagebericht des EnBW-Konzerns und der EnBW AG

50 Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit
59 Konzernstrategie
62 Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen
72 Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns
87 Nachtragsbericht
87 Angaben nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands
89 Vergütungsbericht
90 Wertorientierte Steuerung
93 Mitarbeiter
96 Forschung & Entwicklung und Innovation
101 Risikomanagement
107 Prognosebericht

Weitere Informationen aus dem EnBW-Konzern

116 Kooperation von EnBW und EDF
119 Wissensmanagement
121 Umweltschutz, soziale und gesellschaftliche Verantwortung

Jahresabschluss des EnBW-Konzerns

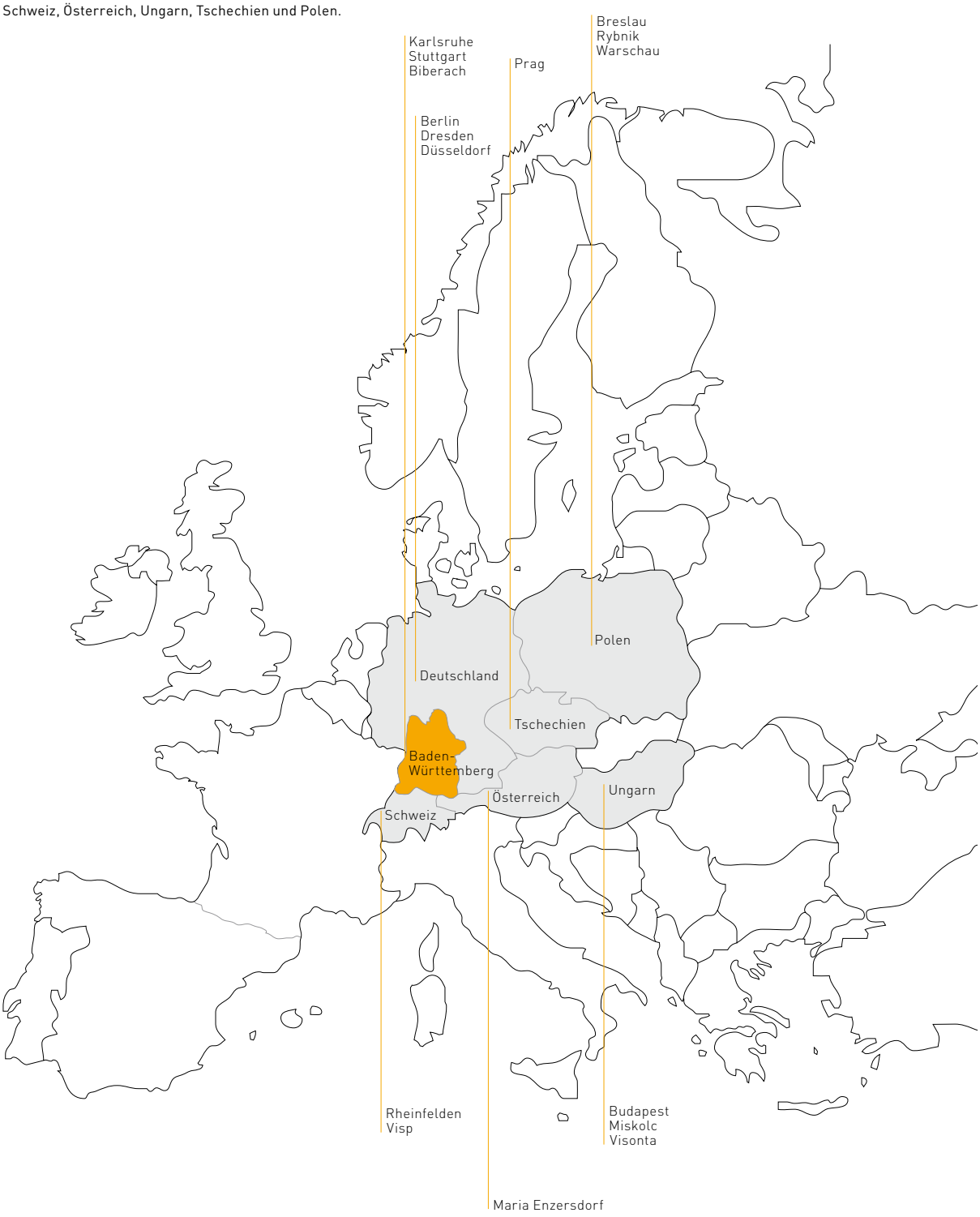
126 Gewinn- und Verlustrechnung
127 Bilanz
128 Cashflow-Rechnung
130 Eigenkapitalspiegel
132 Anhang
200 Bestätigungsvermerk
201 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
202 Wesentliche Beteiligungen der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW AG)

Weitere Angaben

208 Organe der Gesellschaft
214 Glossar
220 Finanztermine/Kontakte
221 Stichwortverzeichnis
224 Bildnachweis

Unsere Standorte

Die wesentlichen Standorte des EnBW-Konzerns, unsere Kraftwerke, Verteilungsanlagen, Regional- und Bezirkszentren sowie Vertriebsniederlassungen sind in ganz Baden-Württemberg verteilt; weitere Vertriebsniederlassungen betreiben wir deutschlandweit. Darüber hinaus hält die EnBW Beteiligungen in Deutschland, der Schweiz, Österreich, Ungarn, Tschechien und Polen.



[1] Leistungsbetrieb als Folge des Atomkonsenses am 11. Mai 2005 eingestellt

Top-Themen

2007

Januar 2007

EnBW Kernkraft GmbH
Am 1. Januar 2007 übernimmt die EnBW Kernkraft GmbH die Betriebsführung der Kernkraftwerke Neckarwestheim, Philippsburg und Obrigheim.

Anteile an regionalen Versorgern
Die EnBW erwirbt von der Thüga AG Anteile an der Erdgas Südwest GmbH (ESW), der ENSO Energie Sachsen Ost GmbH (ENSO) und der GSW Gasversorgung Sachsen Ost Wärmeservice GmbH & Co. KG (GSWK). Mit dem Anteilserwerb erhöht sich der von der EnBW AG mittelbar gehaltene Anteil an der ESW von 51 % auf 79 %, an der ENSO von 50,4 % auf 64,8 % und an der GSWK von 23,5 % auf 100 %.

Laufwasserkraftwerk Rheinfelden
Mit einer kleinen Feier zum ersten Spatenstich beginnt offiziell der Bau des Maschinenhauses des neuen Laufwasserkraftwerks Rheinfelden. Bauherrin ist die EnBW-Tochtergesellschaft Energiedienst Holding AG.

Innovationspreis
Zum dritten Mal stiftet die EnBW den Innovationspreis der deutschen Wirtschaft in der Kategorie Start-up-Unternehmen. Den Preis gewinnt die Cytonet GmbH & Co. KG. In der Kategorie Großunternehmen erreicht die EnBW mit ihrem Projekt „EnBW EnyCity – die Energiestadt der Zukunft“ selbst die Runde der Finalisten.

EnBW in virtueller 3D-Welt
Die EnBW nutzt als erstes Energieunternehmen begleitend eine virtuelle 3D-Umgebung.

Februar 2007

Prof. Dr.-Ing. Hartkopf verlässt EnBW
Prof. Dr.-Ing. Thomas Hartkopf, Technikvorstand der EnBW, verlässt mit Ablauf des 8. Februar 2007 auf eigenen Wunsch und in gutem Einvernehmen das Unternehmen.

Streit um Leitungsgeräusche beigelegt
Vor dem Oberlandesgericht Stuttgart schließen Bürger von Grünkraut, die in unmittelbarer Nähe einer 380-kV-Leitung wohnen, und die EnBW Vergleiche, die eine Leitungsumrüstung in den fraglichen Bereichen bis Ende 2008 vorsehen. In diesem Verfahren hatten Anwohner gegen die bei ungünstiger Witterung auftretenden Geräusche der 380-kV-Leitung geklagt.

März 2007

Ratings bestätigt
Die Ratingagentur Standard & Poor's bestätigt das Langfristrating A- und das Kurzfristrating A-2 der EnBW. Der Ausblick lautet „stabil“.

Bester Corporate Investor 2007
Im Rahmen der portfolio institutionell Awards 2007 zeichnet die Fachzeitschrift portfolio institutionell die besten deutschen Investoren aus. Die EnBW erhält den Preis „Bester Corporate Investor 2007“.

Oberflächennahes Geothermienetz
Die EnBW Regional AG und die Gemeinde March-Hugstetten vereinbaren den Bau und Betrieb eines oberflächennahen Geothermienetzes im Neubaugebiet Neumatten.

Top Arbeitgeber 2007
Die EnBW erzielt einen Spitzenplatz beim dem vom Wirtschaftsmagazin karriere zusammen mit dem gevainstitut und der Corporate Research Foundation durchgeführten Ranking „Top Arbeitgeber 2007“.

April 2007

Grundsteinlegung für EnBW-City
Im Gewerbegebiet Fasanenhof-Ost in Stuttgart-Möhringen wird der Grundstein für den zentralen Verwaltungskomplex EnBW-City gelegt. Mit zukunftsweisenden Techniken wie Betonkernaktivierung und Erdwärmenutzung in Kombination mit Lichtdomen, Fensterbeschattung, Lüftung und Kühlung setzt das Projekt neue Maßstäbe in Sachen Energieeffizienz.

IAEA: KKP sehr gute Anlage
Bei der Vorstellung des Abschlussberichts zur OSART-Mission im Kernkraftwerk Philippsburg bestätigte die Internationale Atomenergiebehörde, dass Philippsburg gemessen an internationalen Standards eine sehr gute Anlage sei, in der die nukleare Sicherheit die höchste Priorität besitze.

Neue Müllkessel in Betrieb
Im EnBW-Restmüllheizkraftwerk Stuttgart-Münster gehen zwei neue, hocheffiziente Müllkessel offiziell in Betrieb. Das Kraftwerk verfügt nun über eine Behandlungskapazität von 420.000 t jährlich.

Innovationen auf der Hannover Messe
Die EnBW präsentiert sich auf der Hannover Messe 2007 als Vordenker und Wegbereiter der Energiebranche. Mit innovativen Exponaten und Modellen steht das Thema Energieeffizienz im Mittelpunkt ihres Auftritts. Ferner eröffnet die EnBW als erstes Energieversorgungsunternehmen in einer virtuellen 3-D-Umgebung den EnBW EnergyPark.

Neue Stromprodukte
Im Rahmen einer Initiative des BDI bietet die EnBW neue, lang laufende Stromprodukte für die Industrie an. Durch den Abschluss eines langjährigen Grundlastbands wird zum Beispiel die Zusammenarbeit mit der Deutschen Edelstahlwerke GmbH, dem Weltmarktführer auf dem Gebiet der Edelstahl-Langprodukte, weiter ausgebaut. Für Haushaltskunden stellt die EnBW bereits seit Februar mit dem Aktionsprodukt „EnBW AktivPrivat online“ einen der günstigsten Tarife in Baden-Württemberg bereit.

Ausgezeichnete Kunden
Beim erstmals verliehenen Energy Efficiency Award der Deutschen Energie-Agentur für Unternehmen belegen Kunden der EnBW die ersten drei Plätze.

Intelligente Stromzähler
Als bundesweit erster Energieversorger testet die EnBW seit April mit insgesamt 2.000 Privatkunden den Einsatz intelligenter Stromzähler mit Internetanbindung. Im September folgt in Bad Schussenried (Kreis Biberach) und Ostfildern (Kreis Esslingen) die erste Installation der neuen Zählergeneration in kommunalen Anlagen. Über ein neues Online-Portal bietet die EnBW ihren Kunden außerdem die Möglichkeit, Rechnungsdaten einzusehen, Informationsmaterial anzufordern und anfallende Formalitäten beim Umzug zu erledigen.

Mai 2007

Ratings bestätigt
Mit der Bestätigung der Ratings bei A2/Prime-1 stuft Moody's die EnBW als finanzstarkes und effizientes Unternehmen mit positivem Entwicklungspotenzial und finanziellem Spielraum ein.

Spatenstich in Biberach
In Biberach wird der Grundstein für das neue Verwaltungsgebäude der EnBW gelegt. Am neuen Standort werden die Biberacher EnBW-Liegenschaften zentral zusammengefasst.

Nutzungsrechte für unterirdische Gasspeicher
Die EnBW unterzeichnet eine Vereinbarung, die ihr langfristige Nutzungsrechte für Salzkavernen zur unterirdischen Gasspeicherung in der Region Etzel (Niedersachsen) einräumt.

Verkauf von U-plus
Das Bundeskartellamt genehmigt den Verkauf der U-plus-Gruppe an das Berliner Entsorgungsunternehmen ALBA AG. Damit wird die Veräußerung, die der EnBW-Vorstand im April beschlossen hatte, rechtskräftig. Die EnBW hat damit den letzten großen Schritt in der Portfoliobereinigung vollzogen.

Energieberatung vor Ort
Der EnBW Energy Truck geht auf Energieberatungstour in Baden-Württemberg. Bis Jahresende können sich Interessierte in 40 Städten und Gemeinden über Möglichkeiten zur Energieeinsparung und über Stromprodukte der EnBW informieren.

Großer Erfolg für Trikotsponsor EnBW
Der VfB Stuttgart wird Deutscher Meister in der Ersten Fußballbundesliga und Vize-DFB-Pokalsieger. Der Karlsruher SC steigt als Tabellenerster der zweiten Liga nach neun Jahren wieder in die erste Liga auf.

Juni 2007

Erste Biogas-Einspeisungsanlage
Die EnBW-Tochtergesellschaft Erdgas Südwest GmbH startet ein Pilotprojekt, in dessen Rahmen Baden-Württembergs erste Anlage zur Einspeisung von aufbereitetem Biogas ins Erdgasnetz realisiert werden soll. Die Inbetriebnahme der Anlage ist im Frühjahr 2008 geplant.

2007

Gasprojekt: LNG-Terminal
Die EnBW unterzeichnet ein gemeinsames Memorandum of Understanding mit 4Gas über den Aufbau einer strategischen Partnerschaft beim LNG-Terminalprojekt LionGas in Rotterdam. Die Erklärung zielt auf Kapazitätsrechte sowie eine Kapitalbeteiligung ab.

Familienfreundliche Personalpolitik
Die gemeinnützige Hertie-Stiftung zeichnet die EnBW für ihre familienfreundliche Personalpolitik mit dem Grundzertifikat „berufundfamilie®“ aus. Die Verleihung erfolgt auf der Grundlage eines unternehmensweiten Audits zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Start des EnBW-TV-Spots
Bundesweit startet der neue TV-Spot mit Franz Beckenbauer. Ziel der Kampagne ist die Positionierung der EnBW als Vordenker und Wegbereiter der Energiebranche mit den Themen umweltschonende Energien, innovative Ideen und energieeffiziente Städte.

Juli 2007

Wechsel im Vorstand
Der EnBW-Aufsichtsrat bestellt Hans-Peter Villis mit Wirkung zum 1. Oktober 2007 für die Dauer von fünf Jahren zum Vorstandsvorsitzenden. Zuvor hatten Prof. Dr. Utz Claassen und der EnBW-Aufsichtsrat in gegenseitigem Einvernehmen vereinbart, die Tätigkeit von Prof. Dr. Utz Claassen als Mitglied und Vorsitzender des Vorstands zum 30. September 2007 zu beenden. Prof. Dr. Utz Claassen hatte im Juni 2007 erklärt, dass er für eine Neubestellung zum 1. Mai 2008 und damit für eine Vertragsverlängerung nicht zur Verfügung stehe. Chief Operating Officer Pierre Lederer, dessen Bestellung als Vorstandsmitglied bis 2010 läuft, wird mit Wirkung zum 1. Oktober 2007 zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der EnBW ernannt. Der Aufsichtsrat beschließt ferner die Wiederbestellung von Arbeitsdirektor und Personalvorstand Dr. Bernhard Beck als ordentliches Mitglied des Vorstands mit Wirkung zum 1. Oktober 2007. Chief Financial Officer Dr. Christian Holzherr wird mit Wirkung zum 1. Januar 2008 als ordentliches Mitglied des Vorstands wiederbestellt.

Ausgezeichneter Kundenservice
Das Verbraucherportal Verivox zeichnet den Kundenservice von EnBW und Yello mit der Bestnote aus.

Erfolgreiche Vertragsabschlüsse: kommunale Kunden
In einer Ausschreibung des Gemeindetags Baden-Württemberg erhält die EnBW den Zuschlag für die Lieferung von über 600 GWh Strom an rund 200 Kommunen im Zeitraum 2008 bis 2010. Auch die Landeshauptstadt Stuttgart entscheidet sich erneut für Strom von der EnBW; 25 % davon werden aus erneuerbaren Energien erzeugt.

August 2007

EnBW Klenk Holzenergie GmbH gegründet
Klenk Holz AG und EnBW Energy Solutions GmbH gründen im Rahmen eines Joint Ventures die EnBW Klenk Holzenergie GmbH. Das Unternehmen wird das vorhandene Biomasse-Heizkraftwerk am Klenk-Standort Oberrot betreiben. Darüber hinaus sollen weitere biomassegefeuerte Anlagen im industriellen Umfeld entwickelt und betrieben werden.

September 2007

Ausbildung
Die EnBW bildet auch 2007 wieder deutlich über den eigenen Bedarf aus. 334 junge Menschen beginnen ihre Ausbildung in technischen und kaufmännischen Berufen sowie in dualen Studiengängen der Berufsakademien und Fachhochschulen. Anfang 2007 schlossen 164 junge Menschen ihre Ausbildung bei der EnBW mit Erfolg ab und erhielten alle mindestens einen zwölfmonatigen Arbeitsvertrag. Mindestens 20 % der Absolventen übernahm die EnBW unbefristet. Auch 2008 wird die EnBW wieder 334 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen; sie leistet damit einen aktiven Beitrag zum Ausbildungspakt der Bundesregierung.

EnBW Turn-WM™ 2007
Vom 1. bis 9. September findet in der Stuttgarter Schleyerhalle die EnBW Turn-WM™ statt, bei der die EnBW Titel- und Hauptsponsor ist.

Yello expandiert
Die Yello Strom GmbH startet am 3. September 2007 mit einem Stromprodukt am schwedischen Strommarkt und wird damit zu einem internationalen Stromanbieter. In Deutschland konnte Yello trotz eines weiter zunehmenden Wettbewerbs bereits im Februar 2007 die Anzahl ihrer Kunden auf 1,3 Millionen steigern.

Erfolgreiche Vertragsabschlüsse: Industrie
Im Rahmen einer europaweiten Kooperation innerhalb der EDF-Gruppe gewinnt die EnBW die deutschen Werke des Riva-Konzerns als Stromkunden. Das Liefervolumen für die Jahre 2008 und 2009 beträgt rund 3.500 GWh. Im August hatte die EnBW mit der DaimlerChrysler AG einen Stromliefervertrag für die Jahre 2008 bis 2010 abschließen und damit an eine erfolgreiche Zusammenarbeit anknüpfen können. Bereits im Juni hatte die EnBW umfangreiche Stromversorgungsverträge mit der Gesellschaft für Stromwirtschaft mbH, einem Zusammenschluss energieintensiver Industrieunternehmen aus der Stahlwirtschaft, und mehreren Unternehmen der Georgsmarienhütte-Gruppe abgeschlossen. Im Februar hatte die EnBW von der VW Kraftwerk GmbH den Zuschlag für die Energieversorgung der Audi-Standorte Neckarsulm und Ingolstadt sowie der VW-Standorte Dresden und Zwickau erhalten.

Oktober 2007

Neuer Vorstand
Am 1. Oktober 2007 tritt Hans-Peter Villis sein Amt als neuer Vorstandsvorsitzender der EnBW an. Chief Operating Officer Pierre Lederer wird stellvertretender Vorstandsvorsitzender. Dr. Hans-Josef Zimmer wird vom Aufsichtsrat der EnBW mit Wirkung zum 1. Oktober 2007 zum neuen Technikvorstand bestellt.

Erfolgreiche Netzwerke
Im Jahr 2007 setzt die EnBW die Erfolgsgeschichte der Energieeffizienz-Netzwerke fort: In Nürnberg, Hannover und Ulm werden die Netzwerke Franken-Oberpfalz, Weser-Ems und Donau-Alb gegründet. Beteiligt sind jeweils 12 bis 16 Unternehmen, die gemeinsam mit der EnBW nachhaltige Maßnahmen zur Reduzierung ihrer Energiekosten erarbeiten wollen. Damit gibt es 5 solcher Netzwerke mit insgesamt 64 beteiligten Unternehmen. Eine Zwischenbilanz im Netzwerk Ravensburg zeigt den Erfolg der Arbeit: Im Laufe eines Jahres konnten die beteiligten neun Firmen ihren jährlichen Energieverbrauch um 9 Mio. kWh senken und vermeiden so pro Jahr den Ausstoß von 2,3 Mio. t CO_2.

Energieeffiziente Schulen
Mit der Übergabe des Gebäudeenergieausweises an das Schulzentrum Rheinstetten-Mörsch wird ein weiterer Teil des EnBW-Pilotprojekts „Energieeffiziente Schulsanierung“ erfolgreich abgeschlossen. Bereits im Februar hatten die EnBW und die Stadt Stutensee die Sanierung des Schulzentrums Stutensee erfolgreich abgeschlossen. Das innovative Kooperationsmodell bietet Einsparpotenziale von rund 80 % bei Strom und 20 % bei Wärmeenergie.

2. Deutscher Klimakongress
Die EnBW veranstaltet in Berlin den 2. Deutschen Klimakongress. Unter dem Motto „Die Ökonomie des Klimawandels“ setzen sich Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft mit den Folgen des Klimawandels auseinander. Neben dem Friedensnobelpreisträger und ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore nehmen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger sowie hochrangige Vertreter aus China, Indien und den USA teil.

Yello startet in den Gasmarkt
In den Pilotmärkten Essen und Nürnberg bietet Yello ein völlig innovatives und einzigartiges Produkt an: günstiges Gas in Kombination mit einem Online-Gassparzähler.

2007

OSART-Mission im GKN abgeschlossen
Nach der dreiwöchigen OSART-Mission bescheinigt der Leiter der Mission, Dominique Dubois, dem Kernkraftwerk Neckarwestheim schon vor Veröffentlichung des offiziellen Berichts, gemessen an internationalen Standards, ein hervorragendes Ergebnis.

November 2007

Wettbewerb auf dem Strommarkt vereinfacht
Die EnBW Transportnetze AG vereinfacht den grenzüberschreitenden Stromhandel zwischen Deutschland, der österreichischen Region Vorarlberg und der Schweiz durch die Freischaltung einer Internetplattform für die IntraDay-Kapazitätsvergabe. Zugelassene Stromhändler erhalten auf dieser Plattform Informationen über die freien Übertragungskapazitäten auf den Höchstspannungsleitungen im Grenzgebiet und können kostenlos zur Verfügung stehende Kapazitäten direkt über die Internetplattform buchen. Das neue automatische Buchungssystem ist aufgrund seiner Leistungsfähigkeit und Flexibilität europaweit einmalig.

Energieeffizienz für Unternehmen
Mit einer bundesweiten Kampagne in Qualitäts- und Fachzeitschriften stellt die EnBW ihre Vorreiterrolle beim umfassenden Energieeffizienz-Service für Unternehmen heraus („360-Grad-Energieeffizienz-Check").

EnBW fördert Studenten und Lehrstühle
Die EnBW startet in Stuttgart ein weiteres Kooperationsprogramm mit Lehrstühlen ausgewählter Hochschulen und Universitäten. Ziel des Forschungs- und Förderprogramms der EnBW ist es, durch eine intensive Zusammenarbeit mit der Wissenschaft innovative Lösungs- und Technologieansätze zu finden. Gleichzeitig will man eine gezielte Nachwuchsförderung betreiben.

Keine Schadensersatzzahlung an Thermoselect
Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat die Schadensersatzklage von Thermoselect über 581 Mio. € abgewiesen.

Dezember 2007

Gemeinderat Karlsruhe gibt grünes Licht für RDK 8
Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe verabschiedet mit großer Mehrheit den Bebauungsplan für das geplante Steinkohlekraftwerk im Rheinhafen und schafft damit eine wichtige Voraussetzung für den Bau des modernen Blocks. Vorausgegangen waren intensive Gespräche zwischen der EnBW und den Stadtgremien und die Vereinbarung deutlich niedrigerer Emissionsfrachten als ursprünglich vorgesehen. Die um rund die Hälfte niedrigeren Jahresfrachten für Stickstoffoxide, Gesamtstaub und Kohlenmonoxid erreicht die EnBW durch eine kostenintensive Optimierung der Rauchgasreinigungsanlagen beim Bau des neuen Steinkohleblocks.

Versuchsanlage für hocheffiziente CO_2-Abscheidung
In enger Zusammenarbeit mit der Universität Stuttgart engagiert sich die EnBW für die Entwicklung eines neuartigen Verfahrens zur CO_2-Abscheidung aus Kraftwerksabgasen, bei dem herkömmlicher Kalk als CO_2-Trägermaterial verwendet wird. Die Arbeiten an dem vier Jahre dauernden Forschungsvorhaben haben bereits begonnen. Bis Ende 2008 soll die Versuchsanlage mit einer thermischen Leistung von 200 kW errichtet sein. Die Entwicklung effizienterer CO_2-Abscheideprozesse ist eine notwendige und wesentliche Erweiterung der Forschungsaktivitäten für klimafreundliche konventionelle Kraftwerke. Mit der Entwicklung des neuartigen Verfahrens nimmt die EnBW auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle ein.

Rapsöl-BHKW in Herbolzheim errichtet
EnBW Regional AG und EnBW Energy Solutions GmbH nehmen in Herbolzheim ein Blockheizkraftwerk in Betrieb. Mit einer Leistung von 150 kWel und 210 kWth wird das BHKW im effizienten Kraft-Wärme-Kopplungsprozess 675 MWh Strom und 954 MWh Wärme jährlich erzeugen. Als Brennstoff wird Rapsöl aus heimischer Produktion eingesetzt. Über dieses nachhaltige Energiekonzept werden rund 600 t CO_2 im Jahr eingespart.

2008

Neubauprojekt GKM 9 auf den Weg gebracht
Der Aufsichtsrat der Grosskraftwerk Mannheim AG, an der die EnBW Kraftwerke AG mit 32 % beteiligt ist, hat die Fortsetzung des Steinkohleneubauprojekts GKM 9 beschlossen. Dies beinhaltet die Durchführung des Genehmigungsverfahrens sowie das Einleiten entsprechender bauvorbereitender Maßnahmen.

Weiteres Regionalbüro eröffnet
In Ravensburg eröffnet die EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH ihr drittes Regionalbüro nach Tübingen und Friedrichshafen und bietet ihren Kunden so zentrale Anlaufstellen in wichtigen Vertriebsgebieten.

Spitzenplätze für EnBW und Yello
Die Zeitschrift TeleTalk kürt EnBW und Yello mit deutlichem Abstand zum Testsieger beim Kundenservice.

Erfolgreiche Konzessionsverhandlungen
Seit Beginn der Konzessionsverhandlungen mit den Kommunen im Jahr 2005 konnten trotz des zunehmenden Wettbewerbs durch Stadtwerke bereits mehr als die Hälfte der Konzessionen erneuert werden. Eine wichtige Grundlage für die erfolgreichen Verhandlungen sind dabei die regionale Verankerung und Präsenz der EnBW Regional AG in ganz Baden-Württemberg sowie der mit dem Gemeindetag, Städtetag und den kommunalen Aktionärsverbänden abgeschlossene Musterkonzessionsvertrag.

Januar 2008

Innovationspreis
Bereits zum vierten Mal in Folge stiftet die EnBW den Innovationspreis der deutschen Wirtschaft, in diesem Jahr erstmals im Segment Mittelstand. Der Preis geht an die LIMO Lissotschenko Mikrooptik GmbH. In der Kategorie Großunternehmen erreichte die EnBW mit ihrem Projekt „Intelligente Systemplattform für Energiedienstleistungen der Zukunft“ selbst die Runde der Finalisten.

Neuartige CO_2-Erdwärmesonde in Betrieb genommen
Die EnBW nimmt in Triberg im Schwarzwald eine 250 Meter tiefe, mit CO_2 befüllte Erdwärmesonde offiziell in Betrieb. Es handelt sich um die tiefste Erdwärmesonde dieses Typs. Ziel dieses Projekts ist es, die Nutzung oberflächennaher Geothermie auch dort möglich zu machen, wo dies heute mit herkömmlichen Erdwärmesonden aus Gründen des Grundwasserschutzes nicht zulässig ist.

Wichtige Auszeichnung für Sponsorat der EnBW
Die EnBW Turn-WM™ 2007 wurde mit dem zweiten Platz beim „Marketingpreis des Sports 2008“ ausgezeichnet, mit dem herausragende Projekte im Sportbusiness geehrt werden.

Anlage am Schweizer Kapitalmarkt begeben
Über ihre Tochter EnBW International Finance B.V. begibt die EnBW eine Anleihe in Höhe von 300 Millionen Schweizer Franken mit einer festen Laufzeit von fünf Jahren. Ausgabetag wird der 25. Februar 2008 sein.

Integrierte Energieversorgung in Stade
Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH (Dow Stade), Werk Stade und die EnBW wollen partnerschaftlich ein integriertes Energiekonzept für den Standort Stade entwickeln. Die Kooperation beinhaltet die Entwicklung, den Bau und den Betrieb einer in den Chemiestandort integrierten Energieversorgung, bestehend aus der Kombination eines hochmodernen Steinkohlekraftwerks und eines Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerks mit insgesamt über 1.000 MW Leistung.

Die EnBW hält Kurs. Mit Wachstum. Innovation.
Und Verantwortung für Menschen und Umwelt.
Wir machen Zukunft mit neuen Ideen.
Und wir wissen: Wer nach vorn will, muss auch querdenken können.

Vorstand und Aufsichtsrat

14 Brief an unsere Aktionäre

20 Vorstand

22 Bericht des Aufsichtsrats

28 Aufsichtsrat

30 Corporate-Governance-Bericht inklusive Vergütungsbericht (Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts)

Brief an unsere Aktionäre

2007 war für die EnBW Energie Baden-Württemberg AG ein positives Geschäftsjahr. Die für 2007 gesteckten Ziele konnten nicht nur erreicht, sondern in Teilen sogar übertroffen werden. Der Umsatz stieg um 14,4 Prozent auf 14.712 Millionen Euro. Auch die Ergebnisentwicklung ist erfreulich. Trotz der zum Teil einschneidenden regulatorischen Rahmenbedingungen im Netzbereich und der im Wesentlichen witterungsbedingten Absatzrückgänge im Gasbereich, konnten zentrale Kennzahlen verbessert werden:

- Das EBITDA erhöhte sich, verglichen mit 2006, um 2,8 Prozent auf 2.336 Millionen Euro. Das EBIT stieg im selben Zeitraum um 7,4 Prozent auf 1.559 Millionen Euro.

- Der Konzernüberschuss verbesserte sich um 35,1 Prozent auf 1.514 Millionen Euro. Der Adjusted Konzernüberschuss, bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG, stieg im Vergleich zum Vorjahr um 11 Prozent auf 821 Millionen Euro.

- Mit insgesamt 816 Millionen Euro hat die EnBW 186 Millionen Euro oder 29,5 Prozent mehr in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen investiert. Rund 69,7 Prozent dieser Investitionen wurden im Geschäftsfeld Strom getätigt. Die Investitionsschwerpunkte lagen hier im Ausbau der Kraftwerke und der Verteilungsanlagen.

- Durch Verbesserung des EBITDA und die Reduktion des Working Capital erhöhte sich der Operating Cashflow um 6,3 Prozent auf 1.559 Millionen Euro. Aufgrund der erhöhten Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen ging der Free Cashflow um 174 Millionen auf 853 Millionen Euro zurück.

- Unsere Kapitalverzinsung (ROCE) lag für 2007 bei 16,4 Prozent und damit über unserem Kapitalkostensatz vor Steuern von 9 Prozent. Der Wertbeitrag erhöhte sich damit auf 839 Millionen Euro beziehungsweise um 3 Prozent. Erfreulich ist dabei, dass 2007 alle EnBW-Geschäftsfelder Strom, Gas und Energie- und Umweltdienstleistungen einen positiven Wertbeitrag erzielten.

Hans-Peter Villis
Vorsitzender des Vorstands

Infolge der positiven Ergebnisentwicklung hat sich auch die Bilanzstruktur des Konzerns verbessert. Die bilanzielle Eigenkapitalquote – einschließlich der Fremdanteile – erhöhte sich von 16 Prozent (Stand 31. Dezember 2006) auf 21,1 Prozent zum Jahresende 2007. Zudem konnten die Nettofinanzschulden weiter gesenkt werden. Sie gingen im Vergleich zum Vorjahr um 17,3 Prozent auf 2.972 Millionen Euro zurück.

Ich freue mich sehr, dass angesichts dieses guten Geschäftsergebnisses der Hauptversammlung am 25. April 2008 vorgeschlagen wird, eine Dividende von 1,51 Euro pro Stückaktie auszuschütten. Für unsere Aktionäre kann damit die Dividende gegenüber dem Vorjahr um 32,5 Prozent steigen.

Grundlage des anhaltenden Erfolgs der EnBW ist, dass unsere Unternehmenskultur von einer unternehmerischen Ausrichtung geprägt ist. Die EnBW bekennt sich zum Wettbewerb und gestaltet ihn aktiv. So haben wir unsere Position im deutschen Markt trotz eines zunehmend harten Wettbewerbs weiter kontinuierlich ausgebaut. Unsere Strommarke Yello hat beispielsweise im laufenden Geschäftsjahr netto rund 200.000 Kunden hinzugewinnen können. Mittlerweile zählt Yello über 1,4 Millionen Kunden. Dieses Wachstum wollen wir fortsetzen. Im kommenden Jahr sollen noch einmal werthaltig rund 200.000 Kunden hinzukommen. Neben Yello haben sich auch unsere anderen Marken sehr gut im Wettbewerb behauptet.

Ausbauen wollen wir auch unser Geschäftsfeld Gas. Im Jahr 2007 verzeichneten wir im Gasgeschäft eine Verschärfung des Wettbewerbs. Diese Entwicklung wurde durch das Zweivertragsmodell beim Gasnetzzugang innerhalb der Marktgebiete begünstigt. Wir erwarten, dass sich die Bedingungen im Gasmarkt weiter verändern werden.

Um die sich daraus ergebenden Wachstumschancen zu nutzen, haben wir damit begonnen, unser Gasgeschäft konsequent auf das veränderte Marktumfeld auszurichten. Der Downstream-Bereich wurde unter anderem durch den weiteren Erwerb von Anteilen an der Erdgas Südwest GmbH gestärkt. Darüber hinaus werden wir den Midstream-Bereich ausbauen. Der Ausbau von Speicherkapazitäten und der Abschluss von Importverträgen stehen dabei im Mittelpunkt unserer Aktivitäten. Langfristige Ziele der EnBW sind eine unabhängige Beschaffung und der sichere Zugang zu der notwendigen Transport- und Speicherinfrastruktur. Die Sicherung langfristiger Nutzungsrechte für Salzkavernen zur unterirdischen Gasspeicherung im niedersächsischen Etzel ist Teil dieser Strategie, die wir in Kooperation mit unserem Großaktionär, der Electricité de France, umsetzen werden.

Insgesamt haben wir allein für den Zeitraum 2008 – 2010 Investitionen in Höhe von 7,6 Milliarden Euro – 4,6 Milliarden für Sach- und 3 Milliarden für Finanzinvestitionen – eingeplant. Bei den Sachinvestitionen wird der Bereich Erzeugung, Gas und Netze ein Schwerpunkt sein. Trotz eines zunehmend investitionshemmenden Umfelds wollen wir unsere Wertschöpfung in Deutschland halten und ausbauen. Wir investieren in die Versorgungssicherheit. Und wir sichern damit auch Arbeitsplätze im Land und übernehmen Verantwortung für eine weiterhin leistungsfähige Energieerzeugung und -versorgung.

> Mit dem geplanten Steinkohleblock RDK 8 im Rheinhafen-Dampfkraftwerk Karlsruhe zeigt die EnBW, dass durch die Steigerung der Energieeffizienz, unter anderem durch Fernwärmeauskopplung, der CO_2-Ausstoß pro eingesetzte Tonne Kohle deutlich verringert werden kann.

> Kooperationen mit Industriepartnern werden für den Ersatz auslaufender Erzeugungskapazitäten an Bedeutung gewinnen. Beispielgebend könnten hier die Kooperation und das geplante Kraftwerksprojekt zwischen der Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH (Dow Stade), Werk Stade und der EnBW sein.

> Der Anteil der erneuerbaren Energien am Erzeugungsportofolio der EnBW soll in den kommenden Jahren signifikant steigen.

> Die EnBW setzt sich auch weiterhin für die Kernenergie als Zukunftstechnologie ein. Für uns ist die Kernenergie eine zuverlässige, sichere und klimaschonende Form der Stromerzeugung. Entsprechend hat die EnBW im Dezember 2006 einen Antrag auf Übertragung von Reststrommengen auf unser Kernkraftwerk Neckarwestheim gestellt.

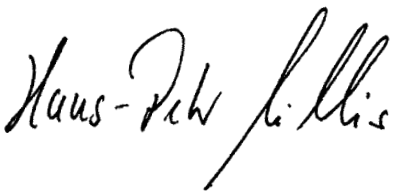
Der Klimawandel hat eine öffentliche Debatte über den richtigen Weg in der Energiepolitik ausgelöst. Klar muss aber auch sein, dass wir für einen an Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit orientierten Energiemix auch künftig konventionelle Großkraftwerke benötigen. Dies auch aus Gründen der Netztechnik. Und auch auf die Kernkraft kann zumindest für eine Übergangszeit nicht verzichtet werden, ohne die ambitionierten Klimaschutzziele in Deutschland zu gefährden. Unser Ziel ist und bleibt ein ausgewogener Energiemix.

Auch wenn diese öffentliche Diskussion nicht immer rational geführt wird, muss sich die EnBW an ihr beteiligen. Dies gilt auch für das sogenannte 3. Liberalisierungspaket, das die Europäische Kommission vorgelegt hat. Dieses Paket beinhaltet weitreichende Änderungen für den Strom- und Gasbinnenmarkt. Im Zentrum der Vorschläge stehen weitere Entflechtungsvorgaben für vertikal integrierte Unternehmen. So plädiert die Europäische Kommission für eine Abtrennung der Übertragungsnetze durch eigentumsrechtliche Entflechtung (Ownership Unbundling). Wir halten dieses Ansinnen für falsch.

Die Energiewirtschaft steht unverändert vor großen Herausforderungen. Und herausfordernd sind auch unsere Wachstums- und Investitionsziele. Ein Schwerpunkt liegt hierbei in Deutschland. Zudem ist das europäische Ausland, insbesondere Ost- und Südosteuropa, Ziel möglicher Investitionen. Partnerschaften streben wir hier unter anderem in der Türkei an, wo die Wasserkraft eine wichtige Rolle spielt. Die Strategie der kommenden Jahre steht somit im Zeichen kapitalintensiver Investitionen. Diese stehen jedoch unter der Prämisse, dass sie zum werthaltigen Wachstum der EnBW beitragen.

Für das kommende Geschäftsjahr 2008 sind wir optimistisch. Wir wollen in allen wesentlichen operativen Kennzahlen weiter wachsen. Für 2008 streben wir ein Ergebnis – Adjusted EBIT – über Vorjahresniveau und eine weitere Steigerung des Wertbeitrags an. Die EnBW verfügt über eine motivierte und kompetente Mannschaft, die auch die gegebenen politischen und regulatorischen Risiken als Chance begreift. Dieser Mannschaft danke ich für ihre gute Leistung und ihr Engagement. Ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EnBW wäre das gute Ergebnis 2007 nicht möglich gewesen.

Ihr



Hans-Peter Villis
Vorsitzender des Vorstands

Karlsruhe, im Februar 2008

Vorstand

Hans-Peter Villis
geboren 1958 in Castrop-Rauxel
Vorsitzender des Vorstands
Chief Executive Officer
seit 1. Oktober 2007
Bestellung bis 30. September 2012
Castrop-Rauxel

Pierre Lederer
geboren 1949 in Paris
stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands seit 1. Oktober 2007
Mitglied des Vorstands seit 1. Juni 2000
Chief Operating Officer seit 1. Mai 2003
Bestellung bis 31. Mai 2010
Karlsruhe

Dr. Bernhard Beck, LL. M.
geboren 1954 in Tuttlingen
Mitglied des Vorstands
und Arbeitsdirektor
Chief Human Resources and
Information Officer seit 1. Oktober 2002
Bestellung bis 30. September 2012
Leonberg

Prof. Dr. Utz Claassen
geboren 1963 in Hannover
Vorsitzender des Vorstands
Chief Executive Officer
vom 1. Mai 2003 bis 30. September 2007,
zudem Chief Financial Officer
vom 4. Juli 2003 bis 31. Dezember 2004
Hannover/Stuttgart

Prof. Dr.-Ing. Thomas Hartkopf
geboren 1948 in Solingen
Mitglied des Vorstands
Chief Technical Officer
vom 1. November 2002
bis 8. Februar 2007
Leimen

Dr. Christian Holzherr
geboren 1963 in Tübingen
Mitglied des Vorstands
Chief Financial Officer
seit 1. Januar 2005
Bestellung bis 31. Dezember 2010
Stuttgart

Dr. h. c. Detlef Schmidt
geboren 1944 in Döbern
Mitglied des Vorstands
Chief Marketing and Sales Officer
seit 1. Juli 2003
Bestellung bis 30. Juni 2008
Gifhorn/Karlsruhe

Dr. Hans-Josef Zimmer
geboren 1958 in Merzig
Mitglied des Vorstands
Chief Technical Officer
seit 1. Oktober 2007
Bestellung bis 30. September 2010
Steinfeld (Pfalz)

Stand: 8. Februar 2008

Bericht des Aufsichtsrats

Dr. Claus Dieter Hoffmann
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat nahm im Geschäftsjahr 2007 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahr. Er beriet den Vorstand bei seiner Arbeit und überwachte die Geschäftsführung der Gesellschaft. In sämtliche Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die EnBW war der Aufsichtsrat unmittelbar eingebunden. Er wurde vom Vorstand anhand von mündlichen und schriftlichen Berichten regelmäßig, zeitnah und umfassend über den aktuellen Gang der Geschäfte, alle relevanten Aspekte der Unternehmensstrategie und -planung, über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie die Risikosituation, das Risikomanagement und die Compliance informiert. Der Vorstand ging dabei auch auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen ein und erläuterte die dafür vorliegenden Gründe.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr in fünf ordentlichen Sitzungen am 19. Februar, 25. April, 5. Juli, 26. September und 6. Dezember 2007, in zwei außerordentlichen Sitzungen am 24. August und 15. Oktober 2007 sowie im Rahmen von vier Umlaufbeschlussverfahren eingehend mit mündlichen und schriftlichen Berichten sowie Beschlussvorlagen des Vorstands. Er forderte darüber hinaus zu einzelnen Themen Berichte und Informationen des Vorstands an, die ihm jeweils unverzüglich und vollständig erstattet wurden. Die wichtigsten Themen der Beratungen und Beschlussfassungen im Plenum waren:

- die regelmäßigen und ausführlichen Berichte des Vorstands über die aktuelle Umsatz- und Ergebnisentwicklung sowie die Finanzlage des Konzerns;
- die Zustimmung zum Erwerb von Beteiligungen an der Erdgas Südwest GmbH, der Energie Sachsen Ost GmbH, der Gasversorgung Sachsen Ost Wärmeservice GmbH & Co. KG und deren Komplementärin sowie der DREWAG-Stadtwerke Dresden GmbH von der Thüga AG;
- der weitere Ausbau des Geschäftsfelds Gas im Midstream-Bereich, insbesondere die Zustimmung zur Realisierung eines Erdgasspeicherprojekts in Etzel sowie die Erörterung der weiteren Schritte beim LNG-Terminalprojekt LionGas in Rotterdam;
- verschiedene strategische Wachstumsprojekte der EnBW, insbesondere die Teilnahme am Bieterverfahren zum Erwerb einer Beteiligung an der Stadtwerke Leipzig GmbH;
- die Zustimmung zum Verkauf der Minderheitsbeteiligung an der DIW Deutsche Industriewartung AG;
- die Schließung der ISKA®-Anlagen in Buchen und Heilbronn, die Zustimmung zum Abschluss der erforderlichen Ersatzentsorgungsverträge sowie die Zustimmung zum Verkauf der U-plus-Gruppe an die ALBA AG;
- die Fortschritte des Genehmigungsverfahrens zur Errichtung des neuen Steinkohlekraftwerks RDK 8 in Karlsruhe und weitere Vorhaben im Rahmen der Erzeugungsstrategie;

- die Zustimmung zur Veräußerung einer größeren Immobilie in Stuttgart, zur Modernisierung eines Verwaltungsgebäudes in Esslingen sowie zur Errichtung eines Bürogebäudes in Heilbronn;

- die Zustimmung zur Anpassung der strategischen Asset-Allokation sowie zur Einräumung eines Gesamtrahmens für kurzfristige Banklinien;

- die Besetzung des Vorstands durch die Bestellung von zwei neuen Vorstandsmitgliedern, die Ernennung eines neuen Vorstandsvorsitzenden und eines stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden sowie die Verlängerung der Mandate von zwei Vorstandsmitgliedern;

- das Wettbewerbsumfeld in Deutschland und auf dem Heimatmarkt Baden-Württemberg, insbesondere die Positionierung der verschiedenen EnBW-Marken und -Produkte im Rahmen der Vertriebsstrategie;

- aktuelle Themen im Zusammenhang mit der Kernenergieerzeugung, der Antrag der EnBW auf Übertragung von Reststrommengen auf das Kernkraftwerk GKN I und die gegen das Bundesumweltministerium diesbezüglich erhobene Untätigkeitsklage;

- die unterschiedlichen in Deutschland und auf europäischer Ebene diskutierten Reformvorschläge im Bereich der Energie-, Umwelt- und Wettbewerbspolitik und deren Auswirkungen auf die strategische Ausrichtung der EnBW;

- die Einführung eines Programms zur fortlaufenden Optimierung der operativen Prozesse des EnBW-Konzerns;

- der Stand bedeutender Rechtsstreitigkeiten, vor allem die Gerichtsverfahren zwischen der EnBW und der Thermoselect-Gruppe sowie Klagen im Nachgang der Hauptversammlung am 26. April 2007 insbesondere auf Erteilung von Auskünften, zur Anfechtung von Hauptversammlungsbeschlüssen und mit dem Antrag auf Feststellung der Nichtigkeit des Jahres- und des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2006;

- die Zustimmung zum Budget für das Geschäftsjahr 2008 und die Kenntnisnahme der Mittelfristplanung PR0810, bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz- und Investitionsplan sowie Cashflow-Rechnung.

Außerhalb seiner Sitzungen wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand schriftlich über wichtige Entscheidungen und Geschäftsentwicklungen informiert. Außerdem stand der Aufsichtsratsvorsitzende mit dem Vorstand, insbesondere mit dem Vorstandsvorsitzenden, in regelmäßigem Kontakt und beriet mit ihm wichtige Aspekte der Strategie, die Geschäftsentwicklung, bedeutende Einzelmaßnahmen und Fragen des Risikomanagements.

Eine deutliche Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder war bei sämtlichen Aufsichtsratssitzungen anwesend. Lediglich die Aufsichtsratsmitglieder Gerhard Stratthaus und Dr.-Ing. Gérard Wolf konnten im Geschäftsjahr 2007 an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilnehmen.

Seit 25. April 2003 ist Prof. Joachim Bitterlich, Executive Vice President International Affairs bei Veolia Environnement SA, Mitglied im Aufsichtsrat der EnBW. Einer der Unternehmensbereiche von Veolia beteiligte sich zum einen am Ausschreibungsverfahren der EnBW zur Veräußerung der U-plus-Gruppe und nahm zum anderen neben der EnBW und anderen Wettbewerbern am Bieterverfahren zum Erwerb einer Beteiligung an der Stadtwerke Leipzig GmbH teil. Um die Entstehung eines vorübergehenden Interessenkonflikts im Verlauf dieser Bieterverfahren von vornherein auszuschließen, erklärte Herr Prof. Bitterlich gegenüber dem Aufsichtsrat, dass er als Aufsichtsratsmitglied darauf verzichte, zu diesen Themen an den Aufsichtsratssitzungen teilzunehmen oder an Aufsichtsratsbeschlüssen sowie deren Vorbereitung mitzuwirken und dazu Beschlussvorlagen, Berichte sowie die entsprechenden Teile der Sitzungsniederschriften zu erhalten, solange Veolia an den Bieterverfahren beteiligt ist. Dementsprechend wurde dann auch verfahren. Außerdem erklärte er, dass er sich bei Bedarf mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden jeweils über den Umgang mit einem etwaigen konkreten Interessenkonflikt abstimmen werde, wozu es in der Folge jedoch keinen Anlass gab, da ein konkreter Interessenkonflikt nicht eintrat. Die Veräußerung der U-plus-Gruppe ist zwischenzeitlich abgeschlossen, nachdem der Zuschlag im Ausschreibungsverfahren an die ALBA AG erteilt wurde. Das Bieterverfahren um die Anteile an der Stadtwerke Leipzig GmbH ist ebenfalls beendet, da ein gegen die Verkaufsabsichten der Stadt Leipzig angestrengter Bürgerentscheid erfolgreich war.

Arbeit der Ausschüsse

Die vom Aufsichtsrat eingerichteten Ausschüsse haben im vergangenen Geschäftsjahr erneut regelmäßig getagt und damit zu einer effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben beigetragen. Die jeweiligen Ausschussmitglieder sind auf der Seite 29 des Geschäftsberichts aufgeführt. Die Ausschussvorsitzenden berichteten zu Beginn jeder Aufsichtsratssitzung ausführlich über die Beratungen in den Ausschüssen.

Der Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten befasste sich in sechs Sitzungen und zwei Umlaufbeschlussverfahren vor allem mit der künftigen Zusammensetzung des Vorstands sowie dem System der Vorstandsvergütung. Die Ausschussmitglieder bereiteten dabei insbesondere die Bestellungsentscheidungen des Aufsichtsrats vor und fassten Beschlüsse über den Abschluss neuer beziehungsweise die Verlängerung bestehender Vorstandsdienstverträge.

Der Finanz- und Investitionsausschuss kam im Geschäftsjahr 2007 fünfmal zusammen. Er beschäftigte sich eingehend mit der Finanz-, Liquiditäts- und Ergebnissituation der EnBW, diskutierte über das Budget und die Mittelfristplanung und bereitete durch seine Beratungen die Investitionsentscheidungen des Aufsichtsrats vor.

Der Prüfungsausschuss tagte dreimal und konzentrierte sich auf Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements, der Compliance und der Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer. In dessen Anwesenheit befasste sich der Ausschuss insbesondere vertieft mit dem Halbjahresfinanzbericht und prüfte zur Vorbereitung der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats intensiv den Jahres- und Konzernabschluss. Zuvor hatte er die vom Deutschen Corporate-Governance-Kodex geforderte Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers eingeholt, ihm den Prüfungsauftrag erteilt, mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen und die Prüfungsschwerpunkte festgelegt.

Der Ad-hoc-Ausschuss zur Prüfung von Organhaftungsansprüchen gegen frühere Vorstandsmitglieder kam im Geschäftsjahr 2007 zu einer Sitzung zusammen. Dieser Ausschuss wurde zur Prüfung der möglichen Überschreitung eines Aufsichtsratsbeschlusses bei dem im Jahr 2001 durchgeführten Erwerb von 29,9 % an der Stadtwerke Düsseldorf AG eingesetzt. Zur Verhinderung der Verjährung möglicher Ansprüche ist im Juni 2006 eine Feststellungsklage gegen das ehemalige Vorstandsmitglied Gerhard Jochum erhoben worden. In ihrer Sitzung im Geschäftsjahr 2007 berieten die Mitglieder über den aktuellen Sachstand und das weitere Vorgehen.

Mit Blick auf die neue Empfehlung in Ziffer 5.3.3 des Deutschen Corporate-Governance-Kodex hat der Aufsichtsrat zusätzlich einen Nominierungsausschuss eingerichtet. Der mit sechs Vertretern der Anteilseigner besetzte Ausschuss wird im Vorfeld der ordentlichen Hauptversammlung 2008 erstmals tagen und die Wahlvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung erarbeiten. Dem Ausschuss wurde außerdem die Aufgabe zugewiesen, anstelle der Anteilseignervertreter des Aufsichtsrats die Beschlüsse nach § 32 Mitbestimmungsgesetz zu fassen.

Der Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz musste im Berichtszeitraum nicht einberufen werden.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat hat sich auch im Geschäftsjahr 2007 mehrfach mit Fragen der Corporate Governance beschäftigt. Im Corporate-Governance-Bericht auf den Seiten 30 – 39 des Geschäftsberichts wird ausführlich über dieses Thema berichtet.

In der April-Sitzung stand die jährliche Effizienzprüfung des Aufsichtsrats auf der Tagesordnung, die in Abwesenheit der Mitglieder des Vorstands stattfand. Im Rahmen einer ausführlichen Diskussion erörterte der Aufsichtsrat verschiedene Ansatzpunkte zur weiteren Optimierung seiner Arbeit.

In seiner Dezember-Sitzung befasste sich der Aufsichtsrat eingehend mit der Änderung des Deutschen Corporate-Governance-Kodex vom 14. Juni 2007 und prüfte die Implikationen der geänderten Regelungen für die EnBW. Insbesondere wurde beschlossen, entsprechend der neuen Empfehlung in Ziffer 5.3.3 des Kodex im Aufsichtsrat einen Nominierungsausschuss zu bilden.

Der Aufsichtsrat nahm in der Sitzung am 6. Dezember 2007 den Bericht des Corporate-Governance-Verantwortlichen entgegen und verabschiedete die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex gemäß § 161 AktG. Der Vorstand hatte zuvor in seiner Sitzung am 20. November 2007 eine wortgleiche Erklärung abgegeben. Die EnBW entsprach im Geschäftsjahr 2007 allen Empfehlungen des Kodex in der jeweils geltenden Fassung uneingeschränkt und hat die Absicht, ihnen auch künftig zu entsprechen.

Die aktuelle Entsprechenserklärung steht den Aktionären gemeinsam mit den Erklärungen der Vorjahre auf den Internetseiten der EnBW dauerhaft zur Verfügung und ist im Corporate-Governance-Bericht auf Seite 39 des Geschäftsberichts vollständig wiedergegeben.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die Hauptversammlung am 26. April 2007 wählte die Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart (Ernst & Young AG), zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer sowie zum Abschlussprüfer für die prüferische Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht enthaltenen verkürzten Abschlusses. Der Prüfungsausschuss beauftragte den Abschlussprüfer anschließend schriftlich mit der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie der prüferischen Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht enthaltenen verkürzten Abschlusses nebst dem Zwischenlagebericht und legte die bei der Jahres- und Konzernabschlussprüfung zu berücksichtigenden Schwerpunkte fest.

Entsprechend ihrer Beauftragung nahm die Ernst & Young AG eine Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2007 enthaltenen verkürzten Abschlusses nebst Zwischenlagebericht vor und erteilte darüber anschließend eine uneingeschränkte Bescheinigung nach den Regelungen des Wertpapierhandelsgesetzes. Der Prüfer berichtete den Mitgliedern des Prüfungsausschusses in der Sitzung vom 7. August 2007 anhand einer rechtzeitig zuvor übersandten Präsentation über seine Prüfungstätigkeit sowie die Prüfungsergebnisse und stand für die Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung. Die Ausschussmitglieder erhoben nach ihrer eigenen Durchsicht keine Einwendungen gegen den Bericht.

Auf Grundlage der durch den Prüfungsausschuss festgelegten Prüfungsschwerpunkte und unter Einbeziehung der Buchführung prüfte die Ernst & Young AG den vom Vorstand nach den Regeln des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellten Jahresabschluss der EnBW Energie Baden-Württemberg AG und den auf Grundlage der internationalen Rechnungslegungsstandards (International Financial Reporting Standards – IFRS) aufgestellten Konzernabschluss jeweils zum 31. Dezember 2007 sowie den zusammengefassten Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern für das Geschäftsjahr 2007. Die Prüfungen ergaben keine Einwendungen, sodass jeweils ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Außerdem unterzog der Abschlussprüfer das vom Vorstand gemäß § 91 Abs. 2 AktG eingerichtete Überwachungssystem zur Risikofrüherkennung einer intensiven Prüfung. Er bestätigte, dass dieses seine Aufgaben erfüllt.

Die Entwürfe der Berichte des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses (einschließlich des zusammengefassten Lageberichts) – die jeweils die Abschlüsse enthielten – sowie der Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns wurden zunächst den Mitgliedern des Prüfungsausschusses rechtzeitig vor der Ausschusssitzung am 8. Februar 2008 zugesandt. In dieser Sitzung berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung. Der Prüfungsausschuss befasste sich eingehend mit den zugesandten Abschlussunterlagen und Prüfungsberichten, erhob dagegen keine Einwendungen und empfahl dem Aufsichtsrat, die Abschlüsse nebst zusammengefasstem Lagebericht zu billigen und dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns zuzustimmen.

Im Anschluss an die ausführliche Vorprüfung durch den Prüfungsausschuss wurden die ausgefertigten Prüfungsberichte nebst Abschlussunterlagen und Gewinnverwendungsvorschlag allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vor der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 18. Februar 2008 zugesandt. In der Sitzung berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für Fragen der Gremienmitglieder zur Verfügung. Daneben berichtete der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ausführlich über die Beratungen und Ergebnisse der Sitzung des Prüfungsausschusses. Auch er stand für Fragen der übrigen Gremienmitglieder zur Ver-

fügung. Der Aufsichtsrat bezog die Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses in seine weiteren Beratungen ein.

Nachdem er den Jahres- und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007, den zusammengefassten Lagebericht und den Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands so einer eigenen Prüfung unterzogen hatte, ergaben sich für den Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfungen keinerlei Einwendungen. Er stimmte den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers zu, billigte den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 – der damit festgestellt ist – sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 und schloss sich dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns an.

Auch der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) wurde von der Ernst & Young AG geprüft. Anschließend erteilte der Abschlussprüfer am 8. Februar 2008 folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

> 1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,

> 2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war."

Der Entwurf des Abhängigkeitsberichts wurde den Mitgliedern des Prüfungsausschusses gemeinsam mit den übrigen Prüfungsberichten rechtzeitig vor der Sitzung am 8. Februar 2008 zugesandt und von ihnen geprüft. Der Prüfungsausschuss befasste sich in dieser Sitzung eingehend mit dem Abhängigkeitsbericht und nahm den Bericht des Abschlussprüfers entgegen, der über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen berichtete und für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung stand. Nach Abschluss seiner eigenen Prüfungen erhob der Prüfungsausschuss gegen den Abhängigkeitsbericht keine Einwendungen. Anschließend wurde der ausgefertigte Abhängigkeitsbericht den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig zur Prüfung übermittelt. Der Abschlussprüfer nahm an den Beratungen über den Bericht – die im Rahmen der Bilanzsitzung am 18. Februar 2008 stattfanden – ebenfalls teil und berichtete über die wesentlichen Prüfungsergebnisse.

Der Aufsichtsrat nahm die Beurteilung des Abschlussprüfers zur Kenntnis und unterzog den Abhängigkeitsbericht im Hinblick auf seine Vollständigkeit und Richtigkeit einer eigenen Prüfung. Nach seiner Prüfung kam der Aufsichtsrat zu dem abschließenden Ergebnis, dass dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers zugestimmt werden kann und keine Einwendungen gegen die vom Vorstand am Schluss des Berichts abgegebene Erklärung über die Beziehung zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind.

Personelle Veränderungen im Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

In der personellen Besetzung des Vorstands ergaben sich während des abgelaufenen Geschäftsjahres verschiedene Änderungen. Prof. Dr.-Ing. Thomas Hartkopf, der seit dem 1. November 2002 Mitglied des Vorstands und Chief Technical Officer gewesen war, legte sein Amt mit Ablauf des 8. Februar 2007 nieder. Die dem Technikressort zugeordneten Unternehmensbereiche und Konzerngesellschaften wurden anschließend von den verbliebenen fünf Mitgliedern des Vorstands weitergeführt. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 26. September 2007 Dr. Hans-Josef Zimmer mit Wirkung vom 1. Oktober 2007 für die Dauer von drei Jahren zum Mitglied des Vorstands bestellt. Herr Dr. Zimmer war zuvor Mitglied des Vorstands der EnBW Kraftwerke AG sowie Vorsitzender der Geschäftsführung der EnBW Kernkraft GmbH und hat im EnBW-Vorstand die Verantwortung für das Technikressort übernommen.

Außerdem hat Prof. Dr. Utz Claassen, seit dem 1. Mai 2003 Vorsitzender des Vorstands sowie vom 4. Juli 2003 bis 31. Dezember 2004 zusätzlich Chief Financial Officer, sein Mandat mit Wirkung zum Ablauf des 30. September 2007 niedergelegt. Der Aufsichtsrat hat Hans-Peter Villis, zuvor stellvertretender Vorstandsvorsitzender und Finanzvorstand der E.ON Nordic AB in Schweden, mit Wirkung zum 1. Oktober 2007 für die Dauer von fünf Jahren zum Mitglied des Vorstands bestellt und zu dessen Vorsitzenden ernannt. Der Aufsichtsrat dankt Herrn

Prof. Dr. Claassen und Herrn Prof. Dr.-Ing. Hartkopf für ihren hohen persönlichen Einsatz und die zum Wohle der Gesellschaft geleistete Arbeit und spricht Herrn Prof. Dr. Claassen seine besondere Anerkennung für die bei der Unternehmenssanierung erzielten Erfolge aus.

In seiner Sitzung vom 5. Juli 2007 hat der Aufsichtsrat beschlossen, die Bestellung von Dr. Bernhard Beck bis zum 30. September 2012 und die Bestellung von Dr. Christian Holzherr bis zum 31. Dezember 2010 zu verlängern. Außerdem wurde Pierre Lederer, Mitglied des Vorstands seit dem 1. Juni 2000 und Chief Operating Officer, mit Wirkung vom 1. Oktober 2007 für die Dauer seiner Bestellung bis zum 31. Mai 2010 zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden ernannt.

Aufsichtsrat

Während des Geschäftsjahres 2007 kam es auch im Aufsichtsrat zu mehreren personellen Veränderungen. Siegfried Tann, Landrat des Bodenseekreises, trat in den Ruhestand und legte daher sein Aufsichtsratsmandat mit Ablauf der Hauptversammlung am 26. April 2007 nieder. In der Hauptversammlung wurde Heinz Seiffert, Landrat des Alb-Donau-Kreises, zu seinem Nachfolger gewählt und die bereits im Jahr 2006 erfolgten gerichtlichen Ergänzungsbestellungen von Kurt Widmaier und Dr.-Ing. Gérard Wolf durch eine Wahl bestätigt.

Rolf Gillé, ehemaliger Konzernbetriebsratsvorsitzender der früheren Konzerngesellschaft U-plus Umweltservice AG, ist mit Ablauf des 16. Mai 2007 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden, nachdem diese Gesellschaft von der EnBW veräußert worden war. Durch Beschluss des Amtsgerichts Mannheim wurde Klaus Schörnich, Betriebsratsvorsitzender der Konzerngesellschaft Stadtwerke Düsseldorf AG, mit Wirkung ab dem 13. Juni 2007 zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

Ebenfalls aufgrund ihres Eintritts in den Ruhestand sind Alfred Wohlfart, ehemals stellvertretender Landesbezirksleiter ver.di in Baden-Württemberg, am 5. Juli 2007 und Willi Fischer, Landrat des Zollernalbkreises, am 26. September 2007 aus dem Gremium ausgeschieden. Durch Beschlüsse des Amtsgerichts Mannheim wurden Werner Vorderwülbecke, Landesfachbereichsleiter ver.di im Landesbezirk Baden-Württemberg, mit Wirkung ab dem 6. Juli 2007 und Dirk Gaerte, Landrat des Landkreises Sigmaringen, mit Wirkung ab dem 27. September 2007 zu Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt. Die Bestellung von Dirk Gaerte wurde bis zur nächsten Hauptversammlung befristet.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei allen ausgeschiedenen Mitgliedern für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit während der zurückliegenden Jahre.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des EnBW-Konzerns für ihr hohes persönliches Engagement und die erfolgreiche Arbeit im Geschäftsjahr 2007.

Karlsruhe, 18. Februar 2008
Der Aufsichtsrat

Dr. Claus Dieter Hoffmann
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Claus Dieter Hoffmann, Stuttgart
geschäftsführender Gesellschafter
der H + H Senior Advisors GmbH
Vorsitzender

Dietrich Herd, Philippsburg
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Kraftwerke AG
stellvertretender Vorsitzender

Prof. Joachim Bitterlich, Paris
Directeur des Affaires Internationales
bei Veolia Environnement SA

Marc Boudier, Sèvres
Directeur Europe bei Electricité
de France SA

Dr. Daniel Camus, Croissy-sur-Seine
Directeur Général Délégué Finances
bei Electricité de France SA

Dirk Gaerte, Sigmaringendorf
Landrat des Landkreises Sigmaringen
Mitglied seit 27. September 2007

Josef Götz, Stuttgart
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Regional AG

Reiner Koch, Glienicke/Nordbahn
Referatsleiter Fachbereich Ver- und
Entsorgung bei der ver.di-Bundes-
verwaltung

Marianne Kugler-Wendt, Heilbronn
Bezirksgeschäftsführerin ver.di,
Bezirk Heilbronn–Neckar-Franken

Wolfgang Lang, Karlsruhe
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Systeme Infrastruktur
Support GmbH

Gérard Roth, Bois d'Arcy
Directeur Allemagne bei Electricité
de France SA

Klaus Schörnich, Düsseldorf
Betriebsratsvorsitzender der
Stadtwerke Düsseldorf AG
Mitglied seit 13. Juni 2007

Heinz Seiffert, Ehingen
Landrat des Alb-Donau-Kreises
Mitglied seit 26. April 2007

Gerhard Stratthaus MdL, Brühl
Finanzminister des Landes
Baden-Württemberg

Werner Vorderwülbecke, Stuttgart
Landesfachbereichsleiter ver.di,
Landesbezirk Baden-Württemberg
Mitglied seit 6. Juli 2007

Christoph Walther, Langebrück
stellvertretender Betriebsrats-
vorsitzender der ENSO Strom AG

Dietmar Weber, Esslingen
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Vertriebs- und Service-
gesellschaft mbH

Kurt Widmaier, Ravensburg
Landrat des Landkreises Ravensburg

Dr.-Ing. Gérard Wolf, Paris
Directeur Général Adjoint Filiales
et Développement à l'International
bei Electricité de France SA

Dr. Bernd-Michael Zinow, Pfinztal
Bereichsleiter Regulierung
und Compliance bei der EnBW
Energie Baden-Württemberg AG

Willi Fischer, Meßstetten
Landrat des Zollernalbkreises a. D.
Mitglied bis 26. September 2007

Rolf Gillé, Stuttgart
ehemals Konzernbetriebsratsvorsitzen-
der der U-plus Umweltservice AG
Mitglied bis 16. Mai 2007

Siegfried Tann, Friedrichshafen
Landrat des Bodenseekreises a. D.
Mitglied bis 26. April 2007

Alfred Wohlfart, Ulm
ehemals stellvertretender Landes-
bezirksleiter ver.di, Landesbezirk
Baden-Württemberg
Mitglied bis 5. Juli 2007

Stand: 8. Februar 2008

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten

Dr. Claus Dieter Hoffmann
Vorsitzender

Marc Boudier

Josef Götz

Dietrich Herd

Finanz- und Investitionsausschuss

Dr. Claus Dieter Hoffmann
Vorsitzender

Marc Boudier

Dr. Daniel Camus

Josef Götz

Dietrich Herd

Werner Vorderwülbecke
Mitglied seit 6. Juli 2007

Kurt Widmaier

Alfred Wohlfart
Mitglied bis 5. Juli 2007

Dr. Bernd-Michael Zinow

Prüfungsausschuss

Dr. Daniel Camus
Vorsitzender

Marc Boudier

Willi Fischer
Mitglied bis 26. September 2007

Marianne Kugler-Wendt

Wolfgang Lang

Heinz Seiffert
Mitglied seit 26. April 2007

Siegfried Tann
Mitglied bis 26. April 2007

Christoph Walther

Dietmar Weber

Kurt Widmaier
Mitglied seit 27. September 2007

Nominierungsausschuss (seit 6. Dezember 2007)

Dr. Claus Dieter Hoffmann
Vorsitzender

Marc Boudier

Dr. Daniel Camus

Gérard Roth

Heinz Seiffert

Kurt Widmaier

Ad-hoc-Ausschuss zur Prüfung von Organhaftungsansprüchen gegen frühere Vorstandsmitglieder

Prof. Joachim Bitterlich

Willi Fischer
Mitglied vom 26. April 2007 bis 26. September 2007

Dietrich Herd

Siegfried Tann
Mitglied bis 26. April 2007

Kurt Widmaier
Mitglied seit 27. September 2007

Dr. Bernd-Michael Zinow

Vermittlungsausschuss (Ausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG)

Dr. Claus Dieter Hoffmann
Vorsitzender

Marc Boudier

Rolf Gillé
Mitglied bis 16. Mai 2007

Dietrich Herd

Klaus Schörnich
Mitglied seit 6. Juli 2007

Stand: 8. Februar 2008

Corporate-Governance-Bericht

Bei der EnBW wird einer verantwortungsvollen, transparenten und an langfristiger Wertschaffung orientierten Unternehmensführung und -kontrolle ein hoher Stellenwert beigemessen. Der Deutsche Corporate-Governance-Kodex ist dabei eine wichtige Leitlinie, um das Vertrauen von Aktionären, Kunden, Mitarbeitern und der Öffentlichkeit in das Unternehmen nachhaltig zu fördern. Vorstand und Aufsichtsrat haben daher im vergangenen Geschäftsjahr mehrfach über Corporate-Governance-Themen beraten und sich insbesondere mit der Änderung des Deutschen Corporate-Governance-Kodex vom 14. Juni 2007 beschäftigt.

Der Corporate-Governance-Verantwortliche auf Vorstandsebene, Dr. Bernhard Beck, überwachte wie in den vergangenen Jahren die Einhaltung des Deutschen Corporate-Governance-Kodex bei der EnBW und berichtete im Vorstand und im Aufsichtsrat ausführlich über die relevanten Corporate-Governance-Themen. Beide Gremien nahmen seinen Bericht zur Kenntnis und verabschiedeten daraufhin eine uneingeschränkte Entsprechenserklärung für das Geschäftsjahr 2007, die auf Seite 39 abgedruckt ist.

Führungs- und Kontrollstruktur

Eine am Wohl des Unternehmens ausgerichtete enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat ist ein wichtiger Teil der EnBW-Kultur. Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung und informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über den aktuellen Geschäftsverlauf sowie alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements. Im Sinne guter Compliance sorgt der Vorstand für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien im EnBW-Konzern und berichtet dem Aufsichtsrat über die wichtigen Compliance-Themen.

Dem Aufsichtsrat kommt nach der dualen Führungs- und Kontrollstruktur des deutschen Aktienrechts vor allem die Aufgabe zu, den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens fortlaufend zu beraten und zu überwachen. Über die Schwerpunkte seiner Tätigkeit und Beratungen im abgelaufenen Geschäftsjahr informiert der Aufsichtsrat ausführlich in seinem Bericht auf den Seiten 22 – 27.

Der Aufsichtrat hat sich im Geschäftsjahr 2007 vor dem Hintergrund seiner veränderten Zusammensetzung erneut mit den Unabhängigkeitskriterien des Deutschen Corporate-Governance-Kodex beschäftigt und ist zu der Einschätzung gelangt, dass diese nach wie vor erfüllt werden. Insbesondere ist bei der EnBW kein früheres Mitglied des Vorstands im Aufsichtsrat vertreten. Zwischen Mitgliedern des Aufsichtsrats und der Gesellschaft existierten im Berichtsjahr zudem keine Berater- oder sonstigen Dienstleistungs- beziehungsweise Werkverträge.

Zur Steigerung der Effizienz seiner Arbeit und zur Behandlung komplexer Sachverhalte hat der Aufsichtsrat fachlich qualifizierte Ausschüsse gebildet, deren Besetzung auf der Seite 29 dargestellt ist. Neben dem Vermittlungsausschuss, dem Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten, dem Finanz- und Investitionsausschuss und einem Ad-hoc-Ausschuss besteht bei der EnBW ein Prüfungsausschuss, der sich bereits seit längerer Zeit mit Fragen der Compliance befasst. Vorsitzender dieses Ausschusses ist Dr. Daniel Camus, der als Finanzvorstand der EDF und ausgewiesener Finanzexperte über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügt.

Einer neu in den Kodex aufgenommenen Empfehlung folgend haben die Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat einen Nominierungsausschuss eingerichtet. Er ist neben dem Aufsichtsratsvorsitzenden mit fünf weiteren Anteilseignervertretern besetzt und hat die Aufgabe, dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorzuschlagen sowie anstelle der Anteilseignervertreter des Aufsichtsrats die Beschlüsse nach § 32 Mitbestimmungsgesetz zu fassen. Der Aufsichtsrat achtet bei seinen Wahlvorschlägen darauf, dass Bewerber zum Zeitpunkt der Wahl nicht älter als 70 Jahre sind, wobei die Altersgrenze in Einzelfällen überschritten werden kann, wenn der Aufsichtsrat keine Zweifel an der Eignung der Person hat und die Wahl im Interesse der EnBW zweckmäßig erscheint.

Für die Vorstandsmitglieder wurde eine Altersgrenze von 63 Jahren festgelegt. Die maximal fünfjährige Bestelldauer ist bei Erstbestellungen von Mitgliedern des Vorstands nicht die Regel. Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Geschäftsjahr nach entsprechender Vorbereitung durch den Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten Hans-Peter Villis zum Mitglied und Vorsitzenden des Vorstands und Dr. Hans-Josef Zimmer zum Technikvorstand bestellt. Hans-Peter Villis wurde aufgrund seiner 20-jährigen Erfahrung in hochrangigen Positionen verschiedener Unternehmen der Energiebranche und mit Blick auf seine Ernennung zum Vorstandsvorsitzenden für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Bei Dr. Hans-Josef Zimmer wurde vor dem Hintergrund der betreffenden Kodexanregung eine Bestelldauer von drei Jahren gewählt, so wie dies im Jahr 2004 bereits bei Dr. Christian Holzherr gehandhabt worden war. Der Aufsichtsrat hat die Führungsstruktur der Gesellschaft außerdem dahingehend verändert, dass er das Vorstandsmitglied Pierre Lederer zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden ernannt hat.

Im Rahmen der von der EnBW abgeschlossenen Directors-and-Officers-(D&O-)Versicherung wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart, der für Mitglieder des Vorstands drei Monatsgrundgehälter und für Mitglieder des Aufsichtsrats eine halbe Jahresvergütung beträgt.

Wahlen zum Aufsichtsrat werden in der Hauptversammlung als Einzelwahl durchgeführt. Anträge auf gerichtliche Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseignerseite werden bis zur nächsten Hauptversammlung befristet. Dementsprechend hat der Vorstand die gerichtliche Ersatzbestellung von Dirk Gaerte im August 2007 befristet bis zum Ablauf der nächsten Hauptversammlung beantragt. Nachdem der Vorstand die gerichtlichen Ersatzbestellungen der Aufsichtsratsmitglieder Kurt Widmaier und Dr.-Ing. Gérard Wolf bereits im Jahr 2006 nur befristet beantragt hatte, stellten sich diese beiden Herren der Hauptversammlung am 26. April 2007 zur Wahl. Sie wurden neben dem ebenfalls zur Wahl stehenden Heinz Seiffert im Rahmen einer Einzelwahl gewählt.

Im Vorfeld der Hauptversammlung veröffentlicht die EnBW die Tagesordnung sowie alle zu ihrer Beurteilung relevanten Berichte und Unterlagen einschließlich des Geschäftsberichts leicht zugänglich auf ihren Internetseiten. Fristgerecht eingehende Gegenanträge werden zusammen mit der Stellungnahme der Verwaltung ebenfalls auf den Internetseiten zugänglich gemacht.

Unsere Aktionäre haben die Möglichkeit, von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter zu bevollmächtigen, wenn sie nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen können. Die vergangene Hauptversammlung wurde bis zum Ende der Rede des Vorstandsvorsitzenden live im Internet übertragen.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die für die Festlegung der Vergütung der Vorstandsmitglieder maßgeblich sind und erläutert die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung sowie die Vergütung des Aufsichtsrats.

Der Vergütungsbericht berücksichtigt dabei die Empfehlungen des Deutschen Corporate-Governance-Kodex und beinhaltet die erforderlichen Angaben, die nach den Erfordernissen des deutschen Handelsrechts, erweitert durch das Vorstandsvergütungsoffenlegungsgesetz, Bestandteil des Anhangs nach § 314 HGB beziehungsweise des Lageberichts nach § 315 HGB sind. Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts und wird im Geschäftsbericht als Bestandteil des Corporate-Governance-Berichts abgedruckt.

Vergütung des Vorstands

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der EnBW wird vom Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten festgelegt und regelmäßig überprüft. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung sind neben der Aufgabe und der Leistung der Vorstandsmitglieder die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die langfristigen Zukunftsaussichten des Unternehmens.

Die Vorstandsvergütung setzt sich aus drei wesentlichen Komponenten zusammen:

> Erfolgsunabhängige Vergütung

Sie umfasst eine fixe Jahresgrundvergütung zahlbar in gleichen Monatsraten, von der nur ein Teil ruhegehaltsfähig ist, sowie Sachbezüge und pauschale Abgeltung der Gremienarbeit im Interesse des Konzerns. Im Gegenzug werden alle tatsächlich gezahlten Vergütungen für Gremienarbeit grundsätzlich an den Konzern abgeführt. Die Berechnung der weiteren Vergütungsbestandteile erfolgt auf Basis der Jahresgrundvergütung.

Darüber hinaus wird die im Rahmen des Short Term Incentive (STI) vereinbarte Mindesttantieme (30 % der Jahresgrundvergütung) als erfolgsunabhängige Vergütung ausgewiesen.

> Erfolgsbezogene Vergütung

Als erfolgsbezogene Vergütung wird der variable Anteil des STI ausgewiesen. Die Höhe des STI ist abhängig vom Grad der Planzielerreichung des Konzerns für das jeweilige Geschäftsjahr. Dabei sind die beiden Kenngrößen Adjusted EBITDA und ROCE maßgebend. Der STI beträgt höchstens 200 % der fixen Jahresgrundvergütung.

> Komponente mit langfristiger Anreizwirkung: Long Term Incentive (LTI)

Der LTI ist von den erzielten relativen Wertsteigerungen des Konzerns abhängig. Maßgeblich ist die Steigerung des Netto-Eigenkapitalwerts; dabei wird die Steigerung ermittelt, indem die jeweils gemittelten Durchschnittswerte der Netto-Eigenkapitalwerte von zwei Dreijahreszeiträumen miteinander verglichen werden.

Die Größenordnung des LTI liegt zwischen 0 % und 85 % für ein Vorstandsmitglied und zwischen 0 % und 100 % für den Vorstandsvorsitzenden, bezogen auf die fixe Jahresgrundvergütung. Hinzu kommt noch eine Komponente, die die relative Performance des Konzerns verglichen mit einer Peer Group von Wettbewerbern auf Basis des Netto-Eigenkapitalwerts misst. Hieraus kann sich eine Veränderung des LTI von ±20 % bezogen auf die nach dem Netto-Eigenkapitalwert ermittelte LTI-Größe ergeben.

Für das Geschäftsjahr 2007 erhalten die Mitglieder des Vorstands folgende Vergütung (Vorjahresangaben in Klammern):

Beträge in €	Erfolgsunabhängige Vergütung				Erfolgsunabhängige und erfolgsbezogene Vergütung	Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (LTI)[1]	Gesamt
			STI				
	Grundvergütung	Sonstige Bezüge[2]	Mindesttantieme	Erfolgsbezogene Vergütung			
Hans-Peter Villis, Vorsitzender (ab 01.10.2007)	187.500 (–)	788.771 (–)	56.250 (–)	318.750 (–)	1.351.271 (–)	187.500 (–)	1.538.771 (–)
Pierre Lederer, stellvertretender Vorsitzender	544.338[3] (341.874)	62.922 (59.167)	124.200 (105.300)	703.800 (596.700)	1.435.260 (1.103.041)	296.426 (296.426)	1.731.686 (1.399.467)
Dr. Bernhard Beck, LL.M.	412.206 (341.874)	57.689 (59.588)	124.200 (105.300)	703.800 (596.700)	1.297.895 (1.103.462)	296.426 (296.426)	1.594.321 (1.399.888)
Dr. Christian Holzherr	412.206 (341.874)	67.305 (68.595)	124.200 (105.300)	703.800 (596.700)	1.307.511 (1.112.469)	296.426 (296.426)	1.603.937 (1.408.895)
Dr. h.c. Detlef Schmidt	465.059[3] (341.874)	81.514 (75.301)	124.200 (105.300)	703.800 (596.700)	1.374.573 (1.119.175)	296.426 (296.426)	1.670.999 (1.415.601)
Dr. Hans-Josef Zimmer (ab 01.10.2007)	100.000 (–)	4.054 (–)	30.000 (–)	170.000 (–)	304.054 (–)	85.000 (–)	389.054 (–)
Prof. Dr. Utz Claassen (bis 30.09.2007)	775.447[3] (798.680)	58.522 (74.242)	184.500 (246.000)	891.750 (1.394.000)	1.910.219 (2.512.922)	563.227 (768.227)	2.473.446 (3.281.149)
Prof. Dr.-Ing. Thomas Hartkopf (bis 08.02.2007)	45.159 (341.874)	7.686 (65.448)	0 (105.300)	0 (596.700)	52.845 (1.109.322)	0 (296.426)	52.845 (1.405.748)
Gesamt	**2.941.915 (2.508.050)**	**1.128.463 (402.341)**	**767.550 (772.500)**	**4.195.700 (4.377.500)**	**9.033.628 (8.060.391)**	**2.021.431 (2.250.357)**	**11.055.059 (10.310.748)**

[1] Die konkrete Ermittlung und Auszahlung des LTI für das Geschäftsjahr 2007 erfolgt im Frühjahr 2008. Ausgewiesen ist die Zuführung zu der Rückstellung für das Geschäftsjahr 2007. Aufgrund noch nicht vorliegender Daten wurde bezüglich der Wettbewerbskomponente angenommen, dass sich keine Veränderungen des LTI hieraus ergeben.

[2] Die sonstigen Bezüge beinhalten geldwerte Vorteile aus dem Zurverfügungstellen von Dienstwagen in Höhe von 55.891 € (Vorjahr: 56.526 €) und aus Auslagen von 24.255 € (Vorjahr: 8.362 €). Darüber hinaus ist eine pauschale Abgeltung für die Gremienarbeit im Interesse des Konzerns in Höhe von 273.317 € (Vorjahr: 337.453 €) enthalten (betrifft nicht die unterjährig neu in den Vorstand eingetretenen Vorstandsmitglieder). Die sonstigen Bezüge von Herrn Villis beinhalten eine Sonderzahlung, die ihn für die aus seinem bisherigen Vertragsverhältnis infolge des Beschäftigungswechsels zeitanteilig entgehende variable Vergütung teilweise entschädigt.

[3] Darin enthalten ist eine einmalige nicht ruhegehaltsfähige Zusatzvergütung für die Übernahme von Aufgaben aus dem Verantwortungsbereich von Herrn Prof. Dr.-Ing. Hartkopf für die Zeit vom 09.02.2007 bis zum 30.09.2007.

Zusagen an den Vorstand für den Fall der Tätigkeitsbeendigung
Für die Vorstandsmitglieder existiert eine sogenannte Gesamtversorgungsregelung.

Mit Ausnahme der unterjährig neu in den Vorstand eingetretenen Mitglieder beinhaltet sie eine Versorgungszusage, nach der das Vorstandsmitglied ab Beendigung des Dienstverhältnisses einen Zahlungsanspruch hat, dessen Höhe sich nach dem zum Beendigungszeitpunkt erreichten Prozentsatz (max. 60 %) des ruhegehaltsfähigen Anteils an der Jahresgrundvergütung richtet. Im Geschäftsjahr 2007 betrug die ruhegehaltsfähige Jahresgrundvergütung von Herrn Lederer, Herrn Dr. Beck, Herrn Dr. Holzherr und Herrn Dr. h.c. Schmidt 319 T€. Bei den Vorstandsmitgliedern steigt die Anwartschaft jährlich an; die Steigerungsraten sind grundsätzlich so bemessen, dass mit Erreichen der dienstvertraglich vorgesehenen Altersgrenze die maximale Versorgungshöhe erreicht wird. Bis zum Erreichen des Ruhestandsalters von 63 Jahren werden andere Bezüge angerechnet. Danach erfolgt eine Anrechnung von anderweitig erworbenen Ruhegehältern, soweit die maximal erreichbare Versorgungszusage überschritten wird. Bei Eintritt des Pensionsfalls werden die Rentenzahlungen entsprechend der prozentualen Veränderungen der Vergütungen laut Tarifvertrag dynamisiert.

Eine Hinterbliebenenversorgung ist in den Dienstverträgen der Vorstandsmitglieder vorgesehen. Im Fall des Todes eines Vorstandsmitglieds erhalten die Hinterbliebenen Anspruch auf Weiterzahlung der Vergütung oder des Ruhegehalts des Verstorbenen für drei Monate. Anschließend erhalten sie Witwen- oder Waisengeld nach Maßgabe der für Beamte des Landes Baden-Württemberg geltenden Bestimmungen.

Mit den unterjährig neu in den Vorstand eingetretenen Mitgliedern (Herrn Villis und Herrn Dr. Zimmer) wurde eine modifizierte Versorgungsregelung vereinbart:

In der ersten Bestellperiode haben diese Vorstandsmitglieder Anspruch auf ein im Vergleich zur Rentenzahlung vermindertes Ruhegehalt im Fall einer dauerhaften Arbeitsunfähigkeit oder ab Erreichen des 63. Lebensjahres. Bei Herrn Dr. Zimmer leitet sich die Höhe des Anspruchs auf Rentenzahlung aus dem Vertrag seiner bisherigen Konzerntätigkeit ab. Im Fall von Herrn Villis handelt es sich um einen jährlichen Festbetrag von 130 T€. Mit Herrn Villis wurde außerdem die Zahlung dieses Festbetrags vereinbart, wenn das Vertragsverhältnis vor Erreichen der Altersgrenze von 63 Jahren beendet oder nicht verlängert wird, soweit die Ursache der Beendigung oder Nichtverlängerung nicht auf einem in seiner Person liegenden Grund beruht. Bis zum Erreichen des Ruhestandsalters werden andere Bezüge hälftig angerechnet.

Ab der zweiten Bestellperiode erhöhen sich die Ansprüche auf Rentenzahlungen (ab dem Alter von 63 Jahren) wie folgt: Die Anwartschaften steigen proportional zu der Dauer der Vorstandstätigkeit und sind auf höchstens 60 % der ruhegehaltsfähigen Jahresgrundvergütung begrenzt. Die Steigerungsraten sind grundsätzlich so bemessen, dass mit Erreichen der dienstvertraglich vorgesehenen Altersgrenze die maximale Versorgungshöhe erreicht wird. Eine Anrechnung von anderweitig erworbenen betrieblichen Altersversorgungszusagen erfolgt, soweit die ruhegehaltsfähige Jahresgrundvergütung überschritten wird.

Bei Eintritt des Pensionsfalls werden die Rentenzahlungen nach den gesetzlichen Vorschriften des Betriebsrentengesetzes dynamisiert.

Nach dem Tod eines Vorstandsmitglieds haben die Hinterbliebenen Anspruch auf Weiterzahlung der Vergütung für drei Monate. Witwen erhalten lebenslang 60 % des Ruhegelds, das das Vorstandsmitglied am Todestag bezogen hat beziehungsweise bezogen hätte, wenn der Pensionsfall an diesem Tag eingetreten wäre. Kinder des Vorstandsmitglieds erhalten bis zum 25. Lebensjahr eine Waisenrente (20 %, wenn das Kind Vollwaise ist, 12 %, wenn das Kind Halbwaise ist). Die Hinterbliebenenversorgung ist insgesamt auf 100 % des Ruhegehaltsanspruchs begrenzt.

Aus den Versorgungsregelungen ergeben sich folgende Angaben für das Geschäftsjahr 2007 (Vorjahresangaben in Klammern):

	Erworbene Anteile an ruhegehaltsfähiger Grundvergütung (%)	Zuführung zur Pensions-rückstellung (€)
Hans-Peter Villis[3], Vorsitzender (ab 01.10.2007)	0,0 (–)	0 (–)
Pierre Lederer, stellvertretender Vorsitzender	1,0 (1,0)	398.691[1] (347.388)
Dr. Bernhard Beck, LL.M.	1,0 (1,0)	287.168[2] (209.587)
Dr. Christian Holzherr	1,0 (1,0)	165.301 (94.131)
Dr. h.c. Detlef Schmidt	3,0 (3,0)	929.149 (713.593)
Dr. Hans-Josef Zimmer[3] (ab 01.10.2007)	0,4 (–)	25.373 (–)
Prof. Dr. Utz Claassen (bis 30.09.2007)	0,0 (0,0)	290.461 (406.130)
Prof. Dr.-Ing. Thomas Hartkopf (bis 08.02.2007)	0,1 (1,0)	54.802 (400.169)

[1] Darin enthalten Zuführung zum Versorgungskapital in Höhe von 16.751 € (Vorjahr: 16.061 €). Hierbei handelt es sich um eine durch Gehaltsverzicht eigenfinanzierte Versorgungszusage.
[2] Darin enthalten Zuführung zum Versorgungskapital in Höhe von 17.544 € (Vorjahr: 15.862 €). Hierbei handelt es sich um eine durch Gehaltsverzicht eigenfinanzierte Versorgungszusage.
[3] Ab der zweiten Bestellperiode betragen die jährlich erworbenen Anteile an der ruhegehaltsfähigen Grundvergütung 2,5%.

Alle Anwartschaften sind unverfallbar.

Unter der Zuführung zur Pensionsrückstellung werden sowohl der Dienstzeitaufwand als auch der Zinsaufwand ausgewiesen. Für die aktuellen Mitglieder des Vorstands bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) nach IFRS in Höhe von 9,6 Mio. € (Vorjahr: 11,3 Mio. €).

Für den Fall der vorzeitigen Tätigkeitsbeendigung bestehen keine Abfindungszusagen. Eine Abfindung kann sich aber aus einer Aufhebungsvereinbarung ergeben, die im Einzelfall individuell getroffen wird.

Im Rahmen der vorzeitigen Beendigung der Vorstandsmandate von Prof. Dr. Utz Claassen zum 30. September 2007 und von Prof. Dr.-Ing. Thomas Hartkopf zum 8. Februar 2007 wurden individuelle Aufhebungsvereinbarungen getroffen.

Der Dienstvertrag von Herrn Prof. Dr. Claassen besteht bis zu dessen regulären Ende (30. April 2008) fort. Herr Prof. Dr. Claassen erhält somit nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand einen Betrag in Höhe von 1,6 Mio. €, der sich aus seinen dienstvertraglichen Ansprüchen ergibt. Dieser Betrag setzt sich aus der Grundvergütung sowie aus der Abgeltung von Ansprüchen auf variable Vergütungsbestandteile (STI/LTI) und auf Nebenleistungen zusammen. Mit Wirkung vom 1. Mai 2008 hat Herr Prof. Dr. Claassen Anspruch auf Übergangsgeld entsprechend den dienstvertraglichen Regelungen. Dieses beträgt höchstens 398 T€ pro Jahr, sofern es nicht im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen zu einer Anrechnung von anderweitigen künftigen Bezügen kommt.

Prof. Dr.-Ing. Thomas Hartkopf wurde ab 9. Februar 2007 freigestellt. Sein Dienstvertrag wurde regulär zum 31. Oktober 2007 beendet. Er erhielt daher eine Grundvergütung und die Abgeltung von sonstigen Nebenleistungen bis zum 31. Oktober 2007 in Höhe von 378 T€. Mit Wirkung vom 1. November 2007 hat Prof. Dr.-Ing. Thomas Hartkopf einen Anspruch auf Übergangsgeld in Höhe von 175 T€ pro Jahr entsprechend seinen dienstvertraglichen Regelungen, sofern es nicht im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen zu einer Anrechnung von anderweitigen künftigen Bezügen kommt.

Die Bezüge der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen beliefen sich auf 4,2 Mio. € (Vorjahr: 3,4 Mio. €). Diese Rentenzahlungen werden entsprechend den prozentualen Veränderungen der Vergütungen laut Tarifvertrag dynamisiert.

Es bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands der EnBW und ihren Hinterbliebenen nach IFRS in Höhe von 46,7 Mio. € (Vorjahr: 43,1 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Vorstandsmitgliedern keine Kredite oder Vorschüsse gewährt.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 29. April 2004 neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste, nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von 5.000 €. Sie erhalten ferner für je 0,01 € Dividende je Stückaktie, die über einen Betrag von 0,50 € Dividende je Stückaktie hinaus für das jeweils abgelaufene Geschäftsjahr an die Aktionäre ausgeschüttet wird, eine variable Vergütung in Höhe von 300 €. Die variable Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder enthält derzeit keine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteile. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Zweifache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der vorgenannten Beträge. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält ebenfalls das Eineinhalbfache und jedes Mitglied eines Ausschusses das Eineinviertelfache der Beträge, sofern der jeweilige Ausschuss mindestens einmal im Geschäftsjahr tätig geworden ist. Übt ein Mitglied des Aufsichtsrats zur gleichen Zeit mehrere Funktionen im Aufsichtsrat aus, erhält es nur die Vergütung für die am höchsten eingestufte Funktion. Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss angehört oder eine Vorsitzendenfunktion wahrgenommen haben, erhalten eine im Verhältnis der Zeit entsprechend geringere Vergütung.

Die Gesamtvergütung beträgt jedoch höchstens 30.000 € für den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, 22.500 € für seinen Stellvertreter und den Vorsitzenden eines Ausschusses, 18.750 € für ein Mitglied eines Ausschusses und 15.000 € für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder.

Zusätzlich erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für die Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen und Ausschusssitzungen ein Sitzungsgeld in Höhe von je 300 €. Für die Teilnahme an Vorbesprechungen wird ein Sitzungsgeld in Höhe von je 150 € gezahlt, wobei je Aufsichtsratssitzung nur eine Vorbesprechung vergütet wird. Soweit die Aufsichtsratsvergütung der Umsatzsteuer unterliegt, erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats die auf ihre Vergütung entfallende Umsatzsteuer erstattet.

Unter der Voraussetzung, dass die Hauptversammlung die vorgeschlagene Dividende beschließt, erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2007 folgende Gesamtvergütung (einschließlich Sitzungsgeldern und Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften):

Beträge in €	Fixe Vergütung	Variable Vergütung[1]	Mandats-vergütungen von Tochter-unternehmen	Gesamt
Dr. Claus Dieter Hoffmann, Vorsitzender	15.400	20.000	0	35.400
Dietrich Herd, stellvertretender Vorsitzender	14.250	15.000	12.100	41.350
Prof. Joachim Bitterlich	8.050	12.500	0	20.550
Marc Boudier[2]	11.950	12.500	0	24.450
Dr. Daniel Camus[2]	10.500	15.000	0	25.500
Willi Fischer[3], Mitglied bis 26.09.2007	6.706	14.144	0	20.850
Dirk Gaerte[3], Mitglied seit 27.09.2007	1.615	7.969	0	9.584
Rolf Gillé, Mitglied bis 16.05.2007	2.763	11.290	1.618	15.671
Josef Götz	11.950	12.500	9.510	33.960
Reiner Koch[4]	7.700	10.000	920	18.620
Marianne Kugler-Wendt[4]	9.850	12.500	8.600	30.950
Wolfgang Lang	10.000	12.500	8.283	30.783
Gérard Roth[2]	7.100	10.000	0	17.100
Klaus Schörnich[4], Mitglied seit 13.06.2007	4.717	12.233	2.631	19.581
Heinz Seiffert[3], Mitglied seit 26.04.2007	6.081	14.469	0	20.550
Gerhard Stratthaus[5]	5.900	10.000	0	15.900
Siegfried Tann[3], Mitglied bis 26.04.2007	2.886	12.037	0	14.923
Werner Vorderwülbecke[4], Mitglied seit 06.07.2007	5.465	15.685	8.447	29.597
Christoph Walther	10.300	12.500	11.360	34.160
Dietmar Weber	10.000	12.500	8.900	31.400
Kurt Widmaier[3]	9.550	12.500	0	22.050
Alfred Wohlfart[4], Mitglied bis 05.07.2007	5.435	15.565	5.819	26.819
Dr.-Ing. Gérard Wolf[2]	5.900	10.000	0	15.900
Dr. Bernd-Michael Zinow	11.200	12.500	0	23.700
Gesamt	**195.268**	**305.892**	**78.188**	**579.348**

[1] Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2007 wird erst nach Beschlussfassung der Hauptversammlung über die Dividendenhöhe im Geschäftsjahr 2008 ausbezahlt.
[2] Die Vergütung wird an die EDF abgeführt.
[3] Gemäß §§ 82-88 Landesbeamtengesetz in Verbindung mit § 5 Landesnebentätigkeitsverordnung erfolgt eine Ablieferung an den Landkreis.
[4] Gemäß der Richtlinie des DGB über die Abführung von Aufsichtsratsvergütungen wird die Vergütung an die Hans-Böckler-Stiftung abgeführt.
[5] In entsprechender Anwendung von § 5 Landesnebentätigkeitsverordnung erfolgt eine Ablieferung an das Land Baden-Württemberg.

Sitzungsgelder der Aufsichtsratsmitglieder sind in Höhe von 70.950 € in den fixen Vergütungen sowie in Höhe von 13.339 € in den Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften enthalten.

Sonstige Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden den Aufsichtsratsmitgliedern nicht gewährt. Sie haben im Berichtsjahr auch keine Kredite und Vorschüsse erhalten.

Transparenz

Die EnBW informiert ihre Aktionäre, den Kapitalmarkt, Finanzanalysten, Aktionärsvereinigungen sowie die interessierte Öffentlichkeit aktuell und regelmäßig über wesentliche geschäftliche Veränderungen im Unternehmen und schafft somit fortlaufend die vom Deutschen Corporate-Governance-Kodex geforderte Transparenz. Um eine gleichberechtigte und zeitnahe Information aller Interessengruppen sicherzustellen, wird hauptsächlich das Internet genutzt.

Die Berichterstattung über die Geschäftslage der Gesellschaft erfolgt vornehmlich durch den jährlichen Geschäftsbericht, die Quartalsfinanzberichte, die Bilanzpressekonferenz, Telefonkonferenzen im Zusammenhang mit den Quartals- und Jahresergebnissen sowie durch Veranstaltungen mit Analysten. Auf den Internetseiten der EnBW ist der Finanzkalender des Unternehmens veröffentlicht, in dem alle Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen mit ausreichendem Zeitvorlauf publiziert werden. Sämtliche Informationen, die Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten mitgeteilt worden sind, hat die Gesellschaft unverzüglich allen Aktionären auf ihren Internetseiten zur Verfügung gestellt.

Treten bei der EnBW außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung konkrete Informationen über nicht öffentlich bekannte Umstände auf, die sich auf die EnBW-Aktie beziehen und geeignet sind, ihren Börsenkurs erheblich zu beeinflussen, werden diese Insiderinformationen durch Ad-hoc-Mitteilungen bekannt gemacht. Dies war im vergangenen Geschäftsjahr im Zusammenhang mit personellen Veränderungen im Vorstand dreimal der Fall.

Meldungen von Personen mit Führungsaufgaben oder mit diesen in einer engen Beziehung stehenden Personen über Geschäfte mit EnBW-Aktien sind dem Unternehmen im Geschäftsjahr 2007 nicht zugegangen. Mitteilungspflichtiger Wertpapierbesitz von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats lag nicht vor.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung der EnBW erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Nachdem die Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart, von der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2007 zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer sowie zum Abschlussprüfer für die prüferische Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht enthaltenen verkürzten Abschlusses gewählt worden war, wurde sie vom Prüfungsausschuss entsprechend beauftragt. Zweifel an der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers bestanden nicht.

Mit dem Abschlussprüfer wurde vereinbart, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über mögliche während der Prüfung auftretende Ausschluss- und Befangenheitsgründe unverzüglich unterrichtet werden, soweit diese nicht unverzüglich beseitigt werden. Ferner wurde vereinbart, dass der Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats und Prüfungsausschusses wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Außerdem wird der Abschlussprüfer den Prüfungsausschuss und den Aufsichtsrat informieren beziehungsweise im Prüfungsbericht vermerken, wenn er bei der Durchführung der Abschlussprüfung Tatsachen feststellt, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Kodex ergeben.

Aktienoptionsprogramme oder ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme der Gesellschaft bestehen bei der EnBW derzeit nicht.

Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der EnBW Energie Baden-Württemberg AG erklären gemäß § 161 AktG:

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG hat den im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate-Governance-Kodex seit der letzten Entsprechenserklärung vom 8. Dezember 2006 in der jeweils geltenden Fassung uneingeschränkt entsprochen und wird ihnen in der Fassung vom 14. Juni 2007 auch künftig uneingeschränkt entsprechen.

Stellungnahme zu den Anregungen des Corporate-Governance-Kodex

Gemäß Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate-Governance-Kodex erklären Vorstand und Aufsichtsrat, mit welchen Ausnahmen die EnBW den Anregungen des Kodex im vergangenen Geschäftsjahr entsprochen hat und mit welchen Ausnahmen sie ihnen künftig entsprechen wird:

Ziffer 2.3.4 des Kodex: Verfolgung der Hauptversammlung über moderne Kommunikationsmedien

Die EnBW überträgt die Hauptversammlung bis zum Ende des Berichts des Vorstandsvorsitzenden im Internet. Eine Übertragung der gesamten Hauptversammlung würde aufgrund des geringen Streubesitzes der EnBW-Aktie und der üblicherweise hohen Aktionärspräsenz die zusätzlichen Kosten nicht rechtfertigen.

Ziffer 4.2.3 des Kodex: Vereinbarung von Abfindungs-Caps in Vorstandsverträgen

Nachdem die Anregung zur Vereinbarung von Abfindungs-Caps in Vorstandsverträgen in Kraft getreten war, hat sich der Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten zeitnah mit deren Umsetzung bei der EnBW befasst und beschlossen, in künftigen Vorstandsverträgen Abfindungs-Caps im Sinne des Kodex vorzusehen. In einen danach mit einem neu eingetretenen Vorstandsmitglied abgeschlossenen Vertrag hat der Abfindungs-Cap bereits Eingang gefunden. Aufgrund der zeitlichen Überschneidung zwischen dem Inkrafttreten der Kodexänderung und einer laufenden Vertragsverhandlung konnte die Anregung in einem früheren Fall gleichwohl noch nicht berücksichtigt werden. Die Einführung von Abfindungs-Caps bei der Verlängerung schon bestehender Vorstandsverträge ist nicht vorgesehen.

Ziffer 5.4.6 des Kodex: Wahl beziehungsweise Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner zu unterschiedlichen Terminen und für unterschiedliche Amtsperioden

Die EnBW macht von dieser Gestaltungsmöglichkeit bislang keinen Gebrauch, da die Besetzung der Anteilseignerseite des Aufsichtsrats aufgrund der spezifischen Aktionärsstruktur maßgeblich von den beiden Großaktionären Electricité de France SA (EDF) und Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) bestimmt wird. Hierbei sind gelegentliche Veränderungen in der Besetzung der Anteilseignerseite zwischen den Wahlterminen ebenso gewährleistet wie die Kontinuität über die Wahlperioden hinaus durch Wiederbestellung eines Teils der Anteilseignervertreter.

Ziffer 5.4.7 des Kodex: Auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene Bestandteile der Aufsichtsratsvergütung

Die erfolgsorientierte Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder enthält keine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteile. Im Unterschied zum Vorstandsvergütungssystem würden derartige Vergütungsbestandteile im System der Aufsichtsratsvergütung zu einer übermäßigen Komplexität führen.

Auch die börsennotierte Tochtergesellschaft ZEAG Energie AG setzt den Deutschen Corporate-Governance-Kodex um. Abweichungen von den Empfehlungen des Kodex sind in der Entsprechenserklärung der ZEAG Energie AG dargelegt, die auf deren Internetseiten (www.zeag-energie.de) abgerufen werden kann.

Karlsruhe, 6. Dezember 2007
EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Der Vorstand Der Aufsichtsrat

Weil wir wachsen wollen, planen wir in den kommenden Jahren Investitionen in Höhe von insgesamt 7,6 Milliarden Euro. 4,6 Milliarden sind für nicht kerntechnische Anlagen vorgesehen, um den drohenden Wegfall der Kernenergie zu kompensieren, für neue Geschäftsfelder und für den Ausbau bestehender Geschäftsfelder und 3 Milliarden für Finanzinvestitionen.

EnBW-Aktie

42 EnBW-Aktie

EnBW-Aktie

Die EnBW-Aktie ist an der Frankfurter und an der Stuttgarter Börse im regulierten Markt notiert. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2007 wurde die Landesbank Baden-Württemberg als Designated Sponsor mit der Betreuung der Aktie im elektronischen Handelssystem XETRA beauftragt, wodurch sich die Handelbarkeit der EnBW-Aktie erhöhte.

Die EnBW-Aktie schloss das zurückliegende Geschäftsjahr mit einem Kurs von 60,16 € ab; sie erzielte im Jahresverlauf eine Performance von rund 20 %. Die Kursentwicklung der EnBW-Aktie folgte somit der insgesamt positiven Entwicklung am Deutschen Aktienmarkt. Einschließlich der für das Geschäftsjahr 2006 ausgeschütteten Dividende in Höhe von 1,14 € erzielte ein Aktionär, der die Aktie zum Schlusskurs 2006 gekauft und bis zum Jahresende 2007 gehalten hat, eine Rendite von rund 23 %.

Entwicklung des Kapitalmarkts

Der Deutsche Aktienindex (DAX) beendete das Jahr mit 8.067 Punkten. Das entspricht einer Steigerungsrate von rund 22 %. Maßgeblich hierfür war in erster Linie die positive Entwicklung in der ersten Jahreshälfte. Die zweite Jahreshälfte war geprägt von einer deutlich höheren Volatilität und trug nur unwesentlich zur Wertsteigerung bei.

Deutsche Versorgeraktien entwickelten sich 2007 ebenfalls positiv. Eine solche Entwicklung ließ sich auch im europäischen Umfeld beobachten. Der Branchenindex DJ EURO STOXX Utilities hat das abgelaufene Geschäftsjahr 2007 mit 637 Punkten abgeschlossen; das entspricht einer Steigerung um knapp 25 %.

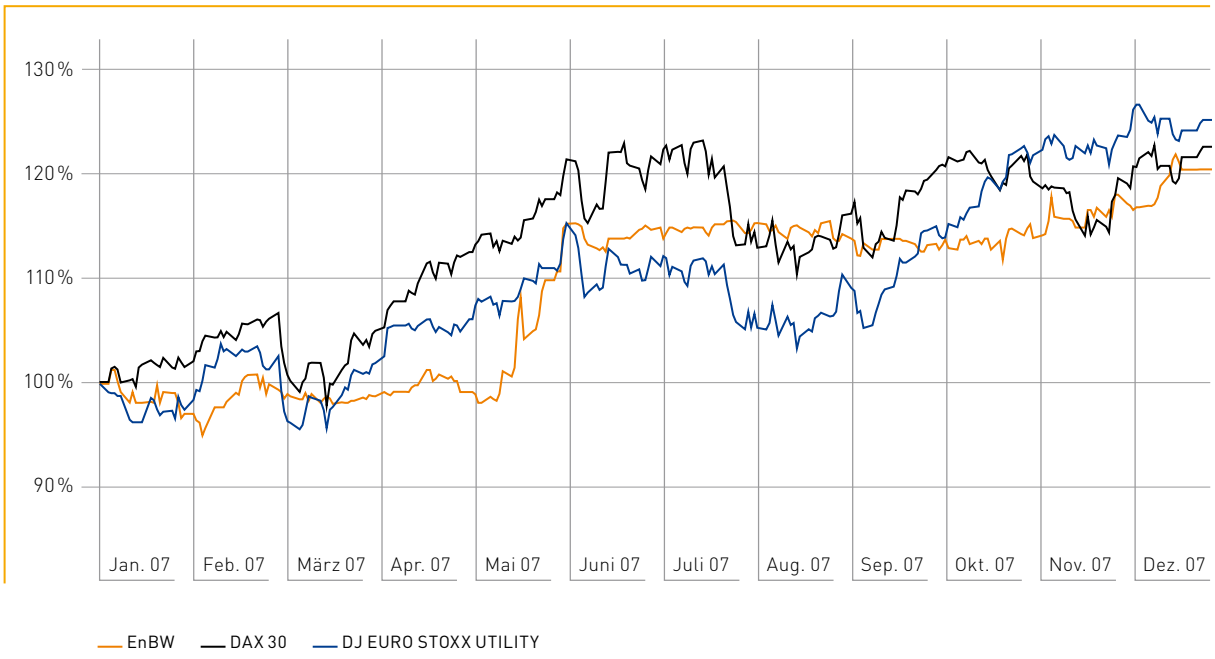
Entwicklung der EnBW-Aktie

Die EnBW-Aktie beendete das vorangegangene Geschäftsjahr 2006 mit einem Kurs von 50,55 € [1] und fiel bis Anfang Februar auf den Jahrestiefstkurs von 48,01 € [2]. Nachdem sich die Aktie wieder erholt hatte, stagnierte sie in den Folgemonaten auf dem Niveau des Startpreises. In den Monaten Mai und Juni holte der Kurs der EnBW-Aktie die bis dahin positive Entwicklung am Deutschen Aktienmarkt nach und beendete das erste Halbjahr mit einem deutlichen Plus bei 57,40 € [2]. Über weite Teile des dritten und vierten Quartals hielt sich der Kurs auf etwa diesem Niveau, bevor er zum Jahresende dem DAX folgend noch einmal an Wert hinzugewinnen konnte und das Jahr mit einem Schlusskurs von 60,16 € [2] beendete.

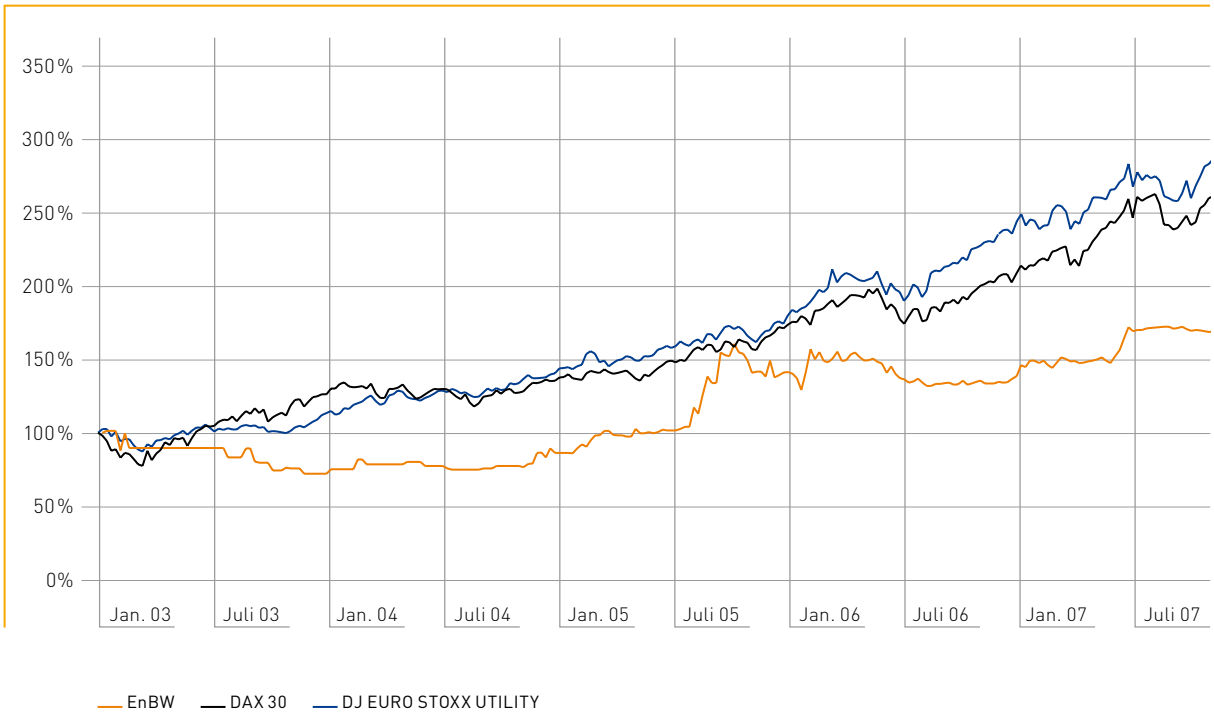
ISIN	DE0005220008
Wertpapierkennnummer	522 000
Börsenkürzel	EBK
Börsenplätze	Amtliche Notierung an den Börsen Frankfurt a. M. und Stuttgart
Index	CDAX-Versorger
Anzahl Aktien	250.006.200 nennwertlose, auf den Inhaber lautende Stückaktien

[1] Die Kursinformationen 2006 beziehen sich auf den Parketthandel an der Frankfurter Wertpapierbörse.
[2] Die Kursinformationen 2007 beziehen sich auf die XETRA-Kurse.

Performance der EnBW-Aktie 2007



Performance der EnBW-Aktie in den vergangenen fünf Jahren



Daten zur EnBW-Aktie[1]		2007	2006	2005	2004	2003
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien zum 31.12.[2]	Mio. Stück	244,257	244,257	243,957	231,974	220,711
Jahreshöchstkurs	€	60,84	52,66	55,88	30,00	34,44
Jahrestiefstkurs	€	48,01	43,80	29,11	24,20	24,96
Jahresschlusskurs	€	60,16	50,55	45,80	29,10	25,15
Börsenumsatz (gesamt)	Stück	1.112.602	566.187	902.000	260.700	113.300
Börsenumsatz (Tagesdurchschnitt)	Stück	4.769	2.220	3.537	1.109	567
Dividende je Aktie	€	1,51[3]	1,14	0,88	0,70	–
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss[4]	€	5,58	4,10[5]	2,21	1,40	-5,40
Operating Cashflow je Aktie	€	6,38	6,01	5,52	6,80	4,01
Ausschüttung	Mio. €	368,8[3,6]	278,5	214,9	170,8	–
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien (gewichteter Durchschnitt)	Mio. Stück	244,257	244,232	240,961	227,281	220,711
Marktkapitalisierung zum 31.12.[7]	Mrd. €	14,7	12,3	11,2	6,8	5,6

[1] Die Kursinformationen 2003 bis 2006 beziehen sich auf den Parketthandel an der Frankfurter Wertpapierbörse. Die Kursinformationen 2007 beziehen sich auf die XETRA-Kurse.
[2] Gesamtzahl der Aktien: 250,006 Mio. Stück.
[3] Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 2007, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung am 25.04.2008.
[4] Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.
[5] Vorjahreszahlen angepasst.
[6] Ausschüttung bezogen auf die zum 31.12.2007 dividendenberechtigten Aktien.
[7] Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien zum Ende des Geschäftsjahres, multipliziert mit dem Jahresschlusskurs.

Langfristige Entwicklung der EnBW-Aktie

Ein langfristig orientierter Anleger, der EnBW-Aktien in den letzten fünf Jahren gehalten hat, hat den Wert dieses Aktienpakets seitdem um rund 79 % gesteigert. Das entspricht einer jährlichen Rendite von rund 12 %.

Dividende

Für das Geschäftsjahr 2007 wird der Hauptversammlung die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 1,51 € vorgeschlagen. Das entspricht einer Steigerung von 32,5 % gegenüber dem Vorjahr (1,14 €).

Zum 31. Dezember 2007 waren insgesamt 244.256.523 Aktien dividendenberechtigt. Die Ausschüttungssumme der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2007 wird bei entsprechendem Beschluss der Hauptversammlung 368,8 Mio. € betragen.

Bezogen auf den Jahresendkurs 2007 (60,16 €) beträgt die Dividendenrendite 2,5 % und die Ausschüttungsquote, bezogen auf den Adjusted Konzernüberschuss, 44,9 % (Vorjahr: 37,7 %).

Entwicklung des EnBW-Spreads

Entwicklung des Spread-Markts

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 ist es zu einer deutlichen Steigerung der Prämien für Kreditrisiken gekommen. Ausgelöst durch die Probleme am US-amerikanischen Immobilienmarkt und der damit verknüpften Bankenkrise haben sich Anfang der zweiten Jahreshälfte die weltweiten Credit Spreads deutlich erhöht. Der Index iTraxx Europe HiVol für Laufzeiten von fünf Jahren erreichte im Juli einen Höchststand von etwa 94 Basispunkten. Bis zum Jahresende engte sich der Index unter Schwankungen auf circa 71 Basispunkte ein. Gegenüber dem Jahresanfangswert von circa 46 Basispunkten entspricht dies einer Steigerung um 25 Basispunkte.

Entwicklung des EnBW-Spreads

Die Prämien für das Kreditrisiko der EnBW konnten sich im zurückliegenden Geschäftsjahr der allgemeinen Entwicklung nicht entziehen. Der EnBW Credit Default Swap mit einer Laufzeit von fünf Jahren lag am Jahresanfang bei 11 Basispunkten und stagnierte in der ersten Jahreshälfte auf diesem Niveau. Der allgemeinen Entwicklung folgend erhöhte sich die Prämie im Zuge der Bankenkrise und beendete das Geschäftsjahr mit circa 35 Basispunkten. Dies entspricht einer Steigerung um 24 Basispunkte.

Investor Relations

Auch im Geschäftsjahr 2007 gewährleisteten wir mit einer Reihe von Publikationen und Veranstaltungen die für institutionelle und private Anleger notwendige Transparenz.

Publikationen:

- Geschäftsbericht 2006: 20. Februar 2007
- Quartalsfinanzbericht Januar – März 2007: 10. Mai 2007
- Halbjahresfinanzbericht Januar – Juni 2007: 8. August 2007
- Quartalsfinanzbericht Januar – September 2007: 9. November 2007

Eigene Veranstaltungen:

- Telefon- und Analystenkonferenzen: jeweils zu den Veröffentlichungsterminen der Finanzberichte
- Roadshow vom 1. bis zum 16. März 2007 mit folgenden Stationen:
  - Frankfurt
  - London
  - Paris
  - Zürich
  - Madrid
  - Wien
  - Helsinki
  - Kopenhagen
  - Edinburgh
- Bankentag am 30. März 2007 sowie Investorenkonferenzen, andere Veranstaltungen und Seminare.

Alle Veranstaltungen wurden visuell von unterstützenden Präsentationen begleitet, die im Internet veröffentlicht wurden.

Gemäß dem Deutschen Corporate-Governance-Kodex wurden die Telefonkonferenzen im Internet ohne Zugangsbeschränkungen live übertragen. Anschließend stand eine Aufzeichnung auf unserer Website drei Monate lang frei zur Verfügung.

Im Mittelpunkt unserer Roadshow standen 2007 neben der strategischen Ausrichtung der EnBW vor allem energiemarktrelevante Themen wie der zweite Nationale Allokationsplan (NAP II) und die Regulierung der Netznutzungsentgelte.

Die Termine für die Veröffentlichung unserer Finanzpublikationen 2008 finden sich auf Seite 220.

Wir wollen das Geschäft mit Ökostrom deutlich ausbauen. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung der EnBW soll signifikant gesteigert werden. Wir haben dafür etliche Projekte in der Pipeline.

Inhalt

IV Editorial

VI Kraft-Wärme-Kopplung bei der Klenk Holz AG – eine nachhaltige Reportage

XVIII Ravensburger Spiele im Netzwerk Energieeffizienz – ein Bericht über Gewinner

XXIV Der intelligente Stromzähler der EnBW – Besuch bei einem Pionier

XXX Mit Nahwärme besser wohnen – besichtigt in Winnenden

XXXVI Flüssiggas – ein Gespräch mit Pierre Lederer

XLII Yello Strom in Schweden – erste Eindrücke vom Marktstart

XLVIII Klimawandel contra Wirtschaftswachstum? – ein Gast-Kommentar

Editorial

Als Extra zum diesjährigen Geschäftsbericht der EnBW publizieren wir ein Supplement mit Reportagen und ergänzenden Informationen. Es geht dabei um Klimawandel und Wachstum, genauer gesagt um das, was unsere Kunden und wir in diesem Bereich ganz konkret tun. Und es geht darum zu erkennen, wo sich aus den Herausforderungen des Klimawandels Chancen für Wachstum eröffnen.

All business is local. Auch das Geschäft des Kampfs gegen den globalen Klimawandel. Wie wir leben, wie wir Energie erzeugen und verbrauchen, hat enormen Einfluss auf die Entwicklung des Weltklimas; vielleicht ist es sogar entscheidend. Die Experten mögen noch über den einen oder anderen Aspekt streiten – aber klar ist jedenfalls: Wir müssen handeln.

Politiker und Experten fassen Beschlüsse in Rio, Kyoto oder Ende 2007 auf Bali. Global. Die Umsetzung jedoch ist harte Arbeit; die geschieht national, regional und lokal. Hier bei uns. Vor und hinter unserer Tür. Alle müssen etwas tun und können das auch. Große Verantwortung dabei haben auch Unternehmen, die Energie erzeugen und verbrauchen.

Es ist bekannt, was und wie viel wir für den Umweltschutz und gegen die Folgen des Klimawandels tun. Wir sind in Deutschland an der Spitze beim Einsatz erneuerbarer Energien und bei der Entwicklung neuer klimaschonender Kraftwerke. Mehr als 1,5 Millionen Haushalte beliefern wir schon mit CO_2-freiem Strom. Wir sehen aber auch die Seite des Verbrauchs. Und es ist auch im Unternehmensinteresse der EnBW überhaupt nicht paradox: Wir helfen, Energie zu sparen, wir wirken daran mit, sie effizient einzusetzen.

Wir berichten hier von Projekten unserer Kunden. Unabhängige Journalisten haben sich für uns auf Reportagereisen begeben. Sie schildern, was sie gesehen und erfahren haben.

Globale Forderungen sind sicher wichtig, aber auch abstrakt. Nur Handeln ist konkret. Es kommt darauf an, etwas zu tun. Tatsächliche, tägliche Maßnahmen schaffen die nötigen Lösungen und bringen uns weiter. Damit sie für jeden anschaulich werden, mit ihren Problemen, mit ihren Ideen, müssen sie kommuniziert werden. Das Mittel der Reportage kommt der Realität, dem konkreten Handeln am nächsten.

Die in den Reportagen geschilderten Unternehmen und ihre Maßnahmen sind vorbildlich. Auch in puncto souveräner Offenheit. Sie stellen sich dem unabhängigen Blick. Sie gewinnen neben Sympathie und Achtung hoffentlich viele, die ihrem Beispiel folgen. Die EnBW ist stolz auf ihre Partner.

Der Strom wächst vor dem Werkstor

Ein Rohstoff zum Anlehnen: Vorstandsmitglied Martin Klenk braucht sich um den Material-Nachschub keine Gedanken zu machen. In der Bundesrepublik wächst jährlich mehr Nutzholz heran, als eingeschlagen wird.

EnBW und Klenk Holz AG
betreiben in Oberrot Kraft-Wärme-Kopplung.
Dabei kommt der nachwachsende Rohstoff
Baumrinde zum Einsatz.

Langsam biegt der schwer beladene 40-Tonner von der L 1050 in die Eugen-Klenk-Straße ab. Jetzt liegen nur noch dreihundert Meter vor dem lindgrünen Rungenzug und den 80 Fichtenstämmen auf seiner Ladefläche, dann ist das Ziel erreicht: das Werk Oberrot der Klenk Holz AG.

Für Lkw-Maßstäbe ist der Transporter nicht weit gefahren. Der überwiegende Teil der 1,3 Millionen Festmeter, die jedes Jahr in Sichtweite der Verwaltungszentrale verarbeitet werden, stammt aus der näheren Umgebung des Werks. Ausnahmen gibt es nur, wenn Schädlinge oder Unwetter weiter entfernte Landstriche heimsuchen. Dann bieten die Waldbesitzer dort kranke oder vom Sturm gefällte Bäume in großen Mengen und so preiswert an, dass sich auch längere Transportwege und Lagerung rechnen. Jüngstes Beispiel ist der Orkan „Kyrill", dem im Januar 2007 allein in Nordrhein-Westfalen 25 Millionen Bäume zum Opfer fielen.

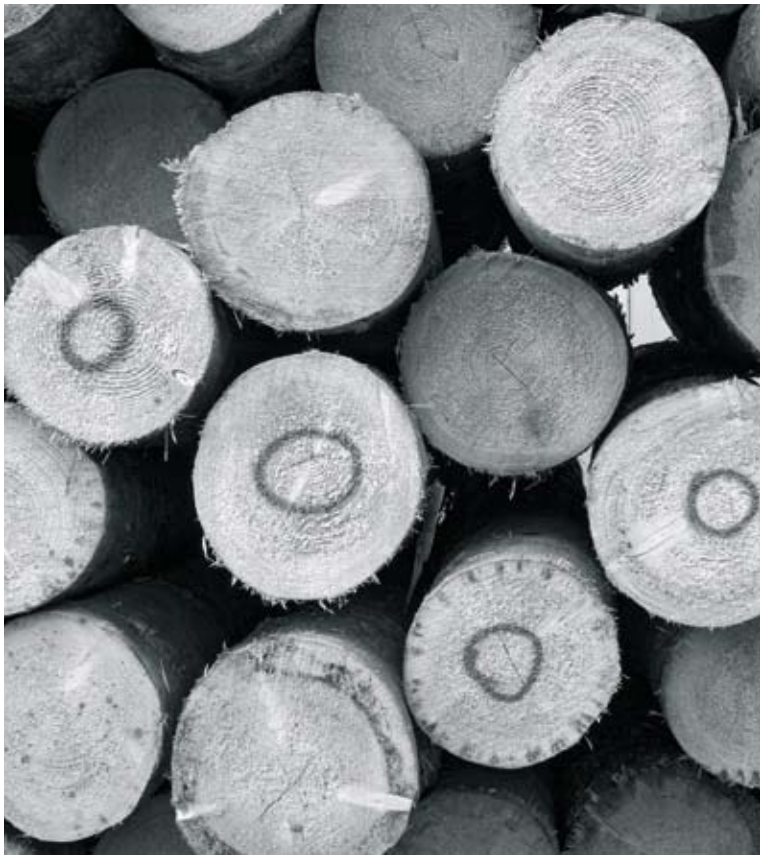
Es wird nur so viel geschlagen, wie neu heranwächst

Prinzipiell setzt die Klenk Holz AG auf „Nähe zum Rohstoff", wie es die Fachleute in der Zentrale ausdrücken. Das Einzugsgebiet erstreckt sich in einem Radius von 150 bis 180 Kilometern um das Werk. Bei nachhaltiger Bewirtschaftung braucht es etwa 150.000 Hektar Wald – das ist gut siebenmal die Fläche der Landeshauptstadt Stuttgart –, um die Kapazität in Oberrot auszulasten.

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Da werden nicht etwa jedes Jahr 150.000 Hektar Wald abgeholzt, sondern ein Wald von dieser Größe bildet das Milieu zur nachhaltigen Ernte jener 1,3 Millionen Festmeter Fichtenholz, die für die Jahresproduktion in Oberrot benötigt werden. Es wird nur so viel geschlagen, wie neu heranwächst. Nach 80 Jahren – so lange braucht eine Fichte vom Schössling bis zum „erntereifen" Baum – ist der Bestand immer noch gleich groß, aber einmal komplett erneuert. Und weil die Bäume nicht großflächig, sondern nach den Vorgaben der Förster einzeln aus dem Wald genommen werden, fällt der Einschlag kaum ins Auge.

Nachhaltige Bewirtschaftung ist eine Erfolgsgeschichte

Fichten gedeihen im Vergleich mit anderen Baumarten schnell und sind deshalb nicht nur in Baden-Württemberg das Nutzholz Nummer eins. Im Klenk-Werk Oberrot werden zwar auch Tannen und Douglasien verarbeitet, das meiste aber, was die 180 Lastzüge pro Tag an Rundholz bringen, sind Fichten. Und die wachsen so gut, dass man zunächst erfolgreiche Versuche der Skandinavier, den deutschen Markt zu erobern, in den vergangenen 15 Jahren stoppen und den Trend sogar umdrehen konnte.



Deutsches Holz und die Produkte daraus sind auf dem Weltmarkt gefragt. Eine Erfolgsgeschichte, die dank nachhaltiger Bewirtschaftung kein Ende haben muss. Im Gegenteil: Nach einer Erhebung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, die allerdings nicht nur Fichten, sondern den gesamten Baumbestand erfasst hat, wachsen pro Jahr 80 Millionen Kubikmeter Nutzholz heran. Geschlagen werden aber nur knapp 50 Millionen. Dass Klenk in Oberrot mal der Rohstoff ausgehen könnte, steht also nicht zu befürchten.

Keine Spielerei – mit dem Joystick werden Tonnen bewegt.

Die Einteiler beurteilen die Qualität.
Das Schälen und Vermessen erfolgt maschinell.

Wer den beiden „Rundholzeinteilern“ in der Holzeingangshalle des Werks zuschaut, fühlt sich an eine Spielothek erinnert: Ziemlich lässig sitzen die Männer in ihren Arbeitssesseln, Baseballkappe und Kaugummi passen zum absolut cool wirkenden Umgang mit den Joysticks am Ende der Armlehnen. Der Gesichtsausdruck der Männer erinnert an den von Computerspielern. Hier ist hundertprozentige Konzentration angesagt.

Vor der Halle reiht sich ein Lastzug an den anderen, alle bis hoch über das Führerhaus beladen mit Baumstämmen. Drinnen wartet der „Svetruck“, ein im schwedischen Ljungby konstruiertes Gefährt, bei dem Gabelstapler und Kran Pate gestanden haben. Selbst über 38 Tonnen schwer packt die Maschine mit ihrem Greifarm Rundholz immer gleich dutzendweise – mit einer Leichtigkeit, wie sich unsereins ein paar Salzstangen aus der Tüte angelt. Drei-, viermal rollt der Svetruck die paar Meter zwischen Lastzug und Förderband hin und her, dann ist er mit dem Fünfachser fertig und der nächste kommt an die Reihe.

Sensoren, Monitore, Joystick – aber der Mensch entscheidet

Im Betontrog vorn am Förderband werden die Stämme automatisch ausgerichtet und ähnlich wie Autos in einer Waschanlage an den Haken genommen. Stamm für Stamm geht es aufwärts zur Einteilstation. Jetzt ist das Können der Einteiler gefragt: Auf einen Blick müssen sie die Qualität jedes Stamms erfassen. Es gibt zwar Sensoren, die sie bei der Beurteilung unterstützen – die Daten erscheinen auf Monitoren –, entscheidend für den weiteren Verlauf der Holzproduktion ist aber der Sachverstand der Männer am Joystick. Die sorgen auch dafür, dass die Stämme immer mit dem dicken Ende nach unten liegen. Den Greifer, der falsch liegende Stämme packt und blitzschnell umdreht, bewegen sie mit ihren Joysticks. Das hat etwas Spielerisches, und es fallen einem die Apparate auf dem Jahrmarkt ein, bei denen man versucht, einen kleinen Kran so zu steuern, dass er ein Plüschtier erwischt. Meist vergeblich. Hier in der Holzeingangshalle von Klenk ist das alles ein bisschen größer. Und jeder Griff sitzt.

Dann übernimmt die Automatik. Die Stämme werden maschinell geschält und auf den Millimeter genau vermessen. Danach verlassen sie die Halle auf einem gut 400 Meter langen Förderband. Rechts und links davon stehen 80 Tröge aus Betonpfosten. Zügig passieren die Stämme die Tröge. Ein Computer hat sich die Klassifizierung durch die Einteiler gemerkt. Er sorgt dafür, dass Stahlkeile jeden Stamm in den richtigen Trog schubsen. Mit dumpfem Poltern kommen die hellen Stämme zur Ruhe. Aber nur kurz. Denn die Tröge füllen sich schnell. Immer wenn ein Trog voll ist, wieselt ein Svetruck heran und greift zu. In der Luft baumelnd gelangt der Stamm zu seinem endgültigen Lagerplatz, auf einen der 80 Stapel. Sorte, Qualität und Umfang sind entscheidend für die Zuordnung. Jeder Stapel ist zwischen 3 und 5 Metern breit, 70 Meter lang und Respekt einflößende 7 Meter hoch. Es duftet nach frischem Holz.

Erst jetzt wird abgerechnet. Denn der Preis wird nicht beim Abholen des Holzes festgelegt. Die Waldbesitzer verlassen sich auf das Qualitätsurteil der Einteiler und auf die im Werk ermittelten Festmeter. Nur selten werden die Fotos und Computer-Auszüge, die die Eingangsprozedur dokumentieren, benötigt oder macht ein Holzlieferant von der Möglichkeit Gebrauch, den Einteilern über die Schulter zu sehen. In über 100 Jahren hat Klenk großes Vertrauen erworben.

Die Revolution in der Holzwirtschaft brachte neue Möglichkeiten

Als Eugen Klenk 1945 zusammen mit seinem Bruder Hermann den Betrieb der Klenk'schen Sägemühle übernahm, war er 17. Bis heute als Vorstandsvorsitzender der Klenk Holz AG ununterbrochen an der Spitze des Unternehmens – so ein erfahrener Manager weiß auch auf Revolutionen eine passende Antwort. Und es war ja eine Revolution in der Holzwirtschaft, was sich Anfang der Siebzigerjahre vollzog. Bis dahin waren die Bäume unmittelbar nach dem Fällen an Ort und Stelle geschält worden. Ein zeitraubender, vor allem aber ein Knochenjob.

Diese Arbeit ins Sägewerk zu verlegen und von Maschinen machen zu lassen, lag eigentlich nahe, brachte aber ein logistisches Problem mit sich: Bis dahin hatte man die Rinde im Wald liegen gelassen, wo sie verrotten konnte. Jetzt fielen große Mengen Rinde im Werk an und mussten entsorgt werden. Oder man musste eine Möglichkeit finden, sie sinnvoll zu nutzen.

Nun ist Eugen Klenk Schwabe. Und den Schwaben sagt man ja einen ausgeprägten Tüftlersinn nach. Dass Rinde gut brennt und dass ein Holzwerk einen enormen Wärmebedarf hat, um das Holz zu trocknen – all das war bekannt. Nur gab es noch keine Technologie, um das eine mit dem anderen zu verbinden. Doch Schwaben sind auch für eine gewisse Beharrlichkeit bekannt. Und so ließ Klenk nicht locker, bis ein Kesselbauer gefunden war, dem es gelang, den Kessel für das erste mit Rinde befeuerte Heizwerk zu konstruieren. Die Anlage ging 1976 in Betrieb. Eine Pionierleistung.

Zwar hatte die Ölkrise mit dem Sonntagsfahrverbot 1973 deutlich gemacht, wie problematisch die Abhängigkeit vom Energieträger Erdöl war, aber dass mit der Rinde Energie quasi vor der Haustür lag, daran dachte damals kaum jemand. Natürlich ist Rinde aktuell nicht in solchen Mengen wie Öl vorhanden, aber dafür hat sie einen entscheidenden Vorteil: Sie wächst immer wieder nach. Klenk setzte also schon erneuerbare Energien ein, als es das Wort dafür noch gar nicht gab; den Begriff „Biomasse“ kannten allenfalls Experten. Und dass Rinde CO_2-neutral verbrennt, ist ein Vorteil, den man auch erst in jüngerer Zeit zu schätzen gelernt hat.

Rinde ist aktuell nicht in solchen Mengen wie Öl vorhanden.
Sie hat aber einen großen Vorteil: Sie wächst immer wieder nach.

Kraft-Wärme-Kopplung auf Biomassebasis. Technische Daten der Anlage in Oberrot.

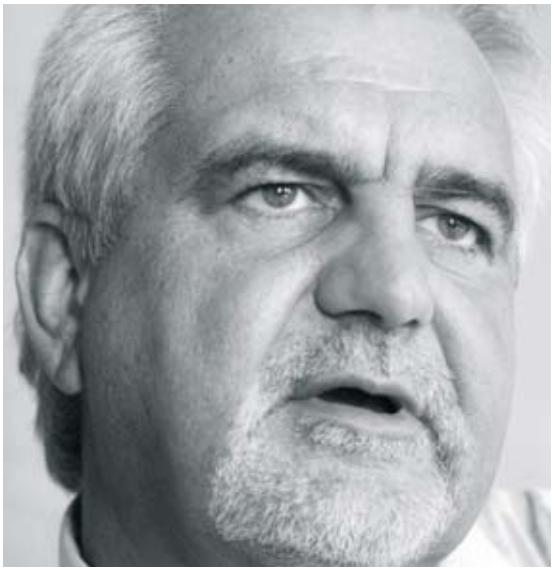
Block I	2 rindenbefeuerte Dampfkessel Baujahr 1993 und 1996
Hersteller	Weiss GmbH, Dillenburg
Details	2 x 18 t/h Dampf mit 43 bar bei 410 °C
Nutzung	Erzeugung von Wärme für die Holztrockenkammern Prozessdampfauskopplung (zum Beispiel zur Produktion von Pressspanpaletten) Stromerzeugung 5 Turbinen des Bielefelder Herstellers Dresser-Rand Nadrowski treiben 4 Generatoren an. Erzeugt werden 5 MW. Der Strom wird vollständig ins Netz der EnBW eingespeist. Die Menge entspricht in etwa dem Bedarf von 3.500 Haushalten.

Block II	2 rindenbefeuerte Dampfkessel Baujahr 2006
Hersteller	Urbas, Völkermarkt/A
Details	2 x 12 t/h Dampf mit 30 bar bei 240 °C
Nutzung	Erzeugung von Wärme für die Holztrockenkammern Prozessdampfversorgung bei der Holzspanaufbereitung Stromerzeugung und Einspeisung ins Netz der EnBW (voraussichtlich ab 2008) mit einer MAN-Turboturbine Erzeugt werden 6,5 MW. Der Strom wird vollständig ins Netz der EnBW eingespeist. Die Menge entspricht in etwa dem Bedarf von 5.500 Haushalten.

Hier entsteht aus Rinde Energie.

Pionierleistung:
Kraft-Wärme-Kopplung mit Biomasse

Der Pionierleistung Mitte der Siebzigerjahre folgte 1993 die zweite. Und zwar in enger Zusammenarbeit mit einem der Vorgängerunternehmen der EnBW, der Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS). Der Dampf für die Trockenkammern in Oberrot könnte – so die Überlegung – über eine Turbine geschickt werden und so zusätzlich Strom erzeugen. Dieser Strom wurde zunächst beiden Partnern, also Klenk und EVS, zur Verfügung gestellt. Damit war erstmals in Baden-Württemberg eine Kooperation zwischen einem Industrie- und einem Energieversorgungsunternehmen zustande gekommen mit dem Ziel, Biomasse in einer dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlage einzusetzen.



Martin Klenk, Vorstandsmitglied der Klenk Holz AG und Geschäftsführer der EnBW Klenk Holzenergie GmbH (EKH)

Interview mit Martin Klenk

»Bei Holz bleibt nichts übrig.«

Warum gehen Sie als Holzverarbeiter eine Partnerschaft mit einem Energieunternehmen ein?
Es ist so, dass wir beide Interessen in der gleichen Richtung haben. Das heißt, wir ergänzen uns gegenseitig. Der Energieunternehmer kennt sich auf den Energiemärkten, in der Anlagentechnik und in der Medienversorgung sehr gut aus und kann dort sein Know-how einbringen. Wir kennen uns auch im Anlagenbau aus. Wir betreiben ja schon seit 1977 Rindenverbrennung. Und sind vor allem in der Lage, Brennstoffe zur Verfügung zu stellen, um so einen durchgängigen Prozessmix aus beidem herzustellen.

Warum haben Sie sich als Partner die EnBW/ESG ausgesucht?
Aus verschiedenen Gründen. Die EnBW ist hier im Gebiet unser langjähriger Stromlieferant. Im Prinzip seitdem wir Strom beziehen. Die Partnerschaft war schon immer – auch aufgrund unserer Größe und der Menge an Strom, die wir abnehmen – sehr gut. Das Interesse der EnBW war ja schon 1993 beim ersten Kraftwerk da. Noch nicht so konkret wie jetzt. Aber das hat sich im Laufe der Jahre verfestigt.

Welche Entwicklung sagen Sie dem Energieträger Rinde voraus?
Dem Energieträger Rinde sage ich einen sehr großen Zuwachs voraus. Vor allem wenn, wie es ja jetzt vorgesehen ist, das EEG-Gesetz überarbeitet wird. Wenn dann die Rinde noch als NAWARO, also als nachwachsender Rohstoff, eingestuft wird, dann sind es noch mal zwei, drei Cent mehr, die man für den Strom bekommt, den man aus nachwachsenden Rohstoffen erzeugt. Da sehe ich schon ein großes Potenzial.

Ist Rinde im politischen Sinn ein grüner Energieträger?
Ja, selbstverständlich! Rinde ist ein Faktor, der in der Prozesskette noch gefehlt hat. Holz wird ja zu 100 Prozent verarbeitet, es bleibt ja nichts übrig, es gibt keinen „Abfall". Das Rundholz wird gesägt. Dabei fallen Hackschnitzel und Sägespäne an, die in der Zellstoff- und Papierindustrie beziehungsweise der Holzwerkstoffindustrie verwendet werden. Und die Rinde nutzen wir energetisch. Und zwar auch zu 100 Prozent. Dann bleibt nur die Asche übrig, die bei der Verbrennung der Rinde entsteht. Und selbst die wird heute als Düngemittelzusatz verwendet, also nicht etwa deponiert.

Im Gespräch mit Sven Kraus

»Partnerschaft muss gelebt werden.«

Sven Kraus, Leiter Beteiligungsmanagement ESG und Geschäftsführer der EnBW Klenk Holzenergie GmbH (EKH)

Warum haben Sie für die Zusammenarbeit mit der Klenk Holz AG die Form eines Joint Venture gewählt?
In einem Joint Venture kann die Partnerschaft besser gelebt werden. Und bei Contracting-Projekten, die langfristig angelegt sind, kommt es auf eine gelebte Partnerschaft an. Wir reden ja über einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren. Die beiden Partner profitieren voneinander. Das heißt, die Klenk Holz AG liefert den Brennstoff Biomasse für die Energieversorgung, und wir betreiben die Anlagen. Wir haben uns darüber hinaus verständigt, das Geschäft auszuweiten. Hier unterstützt uns die EnBW auch vertrieblich. Und diese weitergehende Zusammenarbeit kann nur im Geiste einer Partnerschaft funktionieren.

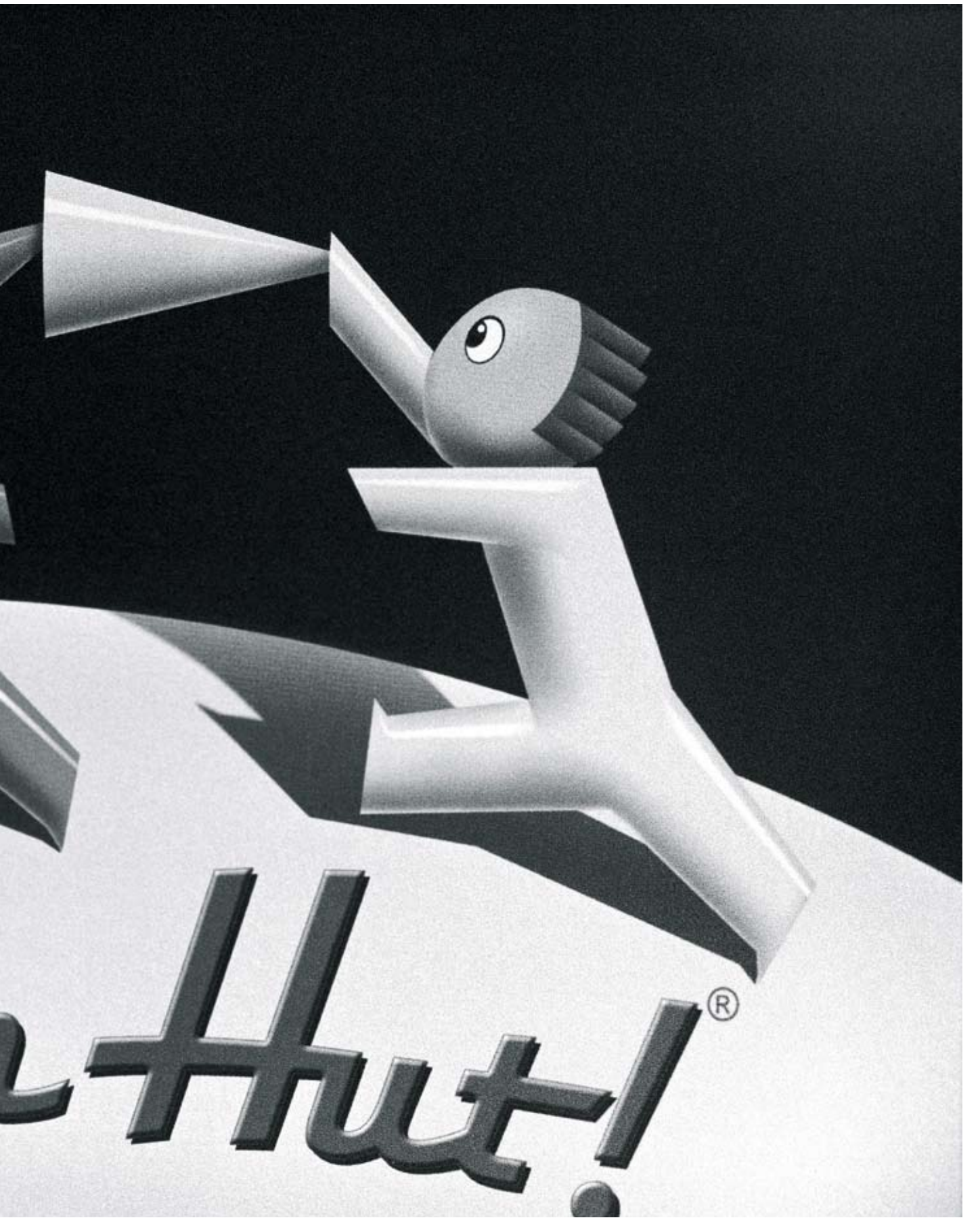
Welche Projekte sind in Planung?
Wir planen weitere konkrete Projekte an den Standorten Baruth und Urlau. Die Klenk Holz AG wird neue Produktionslinien aufbauen beziehungsweise erweitern. Für die Produktion wird Wärme benötigt. Diese Wärme soll durch die Energieversorgung, die letztendlich von der EKH betrieben wird, bereitgestellt werden, sodass wir den Kern der Partnerschaft von Oberrot auf die anderen Standorte übertragen können. Weitere Ideen zur Ausweitung des Geschäfts werden derzeit evaluiert.

Sie finanzieren die Hälfte der neuen Klenk-Kraftwerke. Ist das eine besondere Form der Kundenbindung?
Sicherlich. Typischerweise werden solche Contracting-Projekte vom Contractor allein finanziert. In diesem Fall macht das neue Joint-Venture-Unternehmen, die EKH, das Contracting. Das heißt, die Gesellschafter EnBW und Klenk Holz AG tragen einen Teil der notwendigen Mittel über die Einlage in das Joint Venture. Es wird allerdings angestrebt, dass die neue Gesellschaft ihre Finanzmittel vom Kapitalmarkt holt. Und die Gesellschaft ist auch entsprechend mit Eigenkapital ausgestattet, um an den Kapitalmarkt gehen zu können.

Wo sehen Sie das Mischungsverhältnis zwischen herkömmlichen und erneuerbaren Energien, sagen wir mal in 20 Jahren?
Wenn wir uns hier nicht nur auf Industriekunden fokussieren und in Richtung Biomasse gehen, dann gibt es noch ein erhebliches Potenzial in Deutschland. Aber wenn wir einen Zeitraum von 20 Jahren betrachten: Durch den weiteren Bau von Kraftwerken wird dieses Potenzial auch weitestgehend erschlossen werden. Denn man muss sich vor Augen führen, dass die Biomasse-Kraftwerke ein Einzugsgebiet haben; Biomasse ist letztendlich regional begrenzt. Aber weil sie CO_2-neutral und schon vorhanden ist, bleibt Biomasse attraktiv. Um noch mal auf Ihre Frage zu kommen: Eine seriöse Vorhersage, welchen Anteil Wasser, Wind, Sonne und Biomasse in 20 Jahren haben werden, ist nicht möglich. Sicher ist, dass der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch in Deutschland steigen wird.

Ravensburger – mit Energieeffizienz gewinnen

In einem Netzwerk erarbeiten EnBW und Mittelständler wie der Ravensburger Spieleverlag praxisnahe Konzepte zur Senkung des Stromverbrauchs.


Hut!®

Alle an einem Tisch.
Das bringt jeden weiter.

Michael Bahlinger ist kein Universitätsprofessor oder Literat. Deshalb nennt der Leiter Engineering des Ravensburger Spieleverlags jene Einrichtung, die sein Unternehmen nachhaltig verändert hat, schlicht und einfach „Tisch". Und Michael Bahlinger hat es auch nicht nötig, sich mit fremden Federn zu schmücken. Darum räumt er freimütig ein, dass die Idee des „Netzwerks Energieeffizienz", wie der „Tisch" offiziell heißt, in der Schweiz geboren wurde. Aber gut abgeschaut war schon immer besser als schlecht erfunden.

Eine bestechende Idee. Während sich große Konzerne leisten können, ganze Abteilungen zu unterhalten, die sich aus Kostengründen, sicher aber auch wegen zunehmenden Drucks durch die Öffentlichkeit um einen nachhaltigen Umgang mit Energie und Umwelt kümmern, tun sich mittelständische Unternehmen damit viel schwerer. Die Aussicht, pro Jahr 50.000 oder 100.000 € Energiekosten zu sparen, rechtfertigt nicht die Einführung einer zusätzlichen Planstelle.

Die Energiefrage: Darf es etwas weniger sein?
Genau da setzt das Netzwerk an. Man bringe die leitenden Ingenieure mittelständischer Firmen an einen Tisch, lasse sie regelmäßig Erfahrungen austauschen und freiwillig ein Energiesparziel festlegen. In einer Größenordnung, die jedes einzelne Unternehmen schultern kann, ohne sich zu übernehmen. Mit am Tisch sitzen Energieexperten aus der Wissenschaft, im Fall Ravensburger die Fraunhofer-Gesellschaft mit ihrem Institut für System- und Innovationsforschung (FhISI) in Karlsruhe. Und mit am Tisch sitzen auch der Energieversorger und ein begleitendes Ingenieurbüro.

Womit Martin Baumeister von der EnBW ins Spiel kommt. Jener Mann, der als Fleischerei-Fachverkäufer auf keinen grünen Zweig käme. Denn er fragt nie, darf es etwas mehr, sondern immer, darf es etwas weniger sein. Ein Stromlieferant, der seinen Kunden nahelegt, weniger Strom zu kaufen? Was sich im ersten Moment paradox anhört, lässt bei genauerer Untersuchung die Strategie der EnBW erkennen: Deutschland ist nicht Exportweltmeister, weil seine Produkte im Ausland so billig angeboten werden, sondern im Gegenteil, meist ist „made in Germany" teurer als die Konkurrenz. Aber Qualität, Langlebigkeit und Service machen das wett. Sodass die Kunden auf Dauer auch wirtschaftlich mehr davon haben als von einem kurzfristigen Preisvorteil. Und so denkt man auch in der EnBW-Zentrale in Karlsruhe. Nicht den reinen Preiswettbewerb suchen, sondern dem Kunden ein zuverlässiger Partner sein, mit dem der Kunde unterm Strich auch noch günstig fährt.

So jemanden wie EnBW-Berater Baumeister hatte Chefingenieur Michael Bahlinger gesucht. Denn aus der Schweiz und in Zusammenhang mit dem Pilotprojekt Hohenlohe hatte der Ravensburger-Techniker schon von diesen Netzwerken gehört. Was fehlte, war eine Initialzündung im südlichen Oberschwaben.

Die ging 2005 von Armin Schreijäg und der EnBW aus. Schreijäg ist für Energienahe Dienstleistungen in der EnBW-Niederlassung Ravensburg zuständig. Als er von dem Konzept hörte und es mit den Kundenwünschen kombinierte, war klar: Das packen wir an!

Fast spielerisch Energie sparen.
Und sogar am laufenden Band.

Verhältnismäßig schnell waren mithilfe von Martin Baumeister und weiteren Kundenberatern aus Ravensburg elf Mittelständler zusammengebracht. Wobei natürlich darauf geachtet wurde, dass keine direkten Wettbewerber am Tisch sitzen. Denn eigene Ideen, wie man den Energieverbrauch und damit die Kosten senken kann, braucht man der Konkurrenz ja nicht auf die Nase zu binden. Im Ravensburger Netzwerk, übrigens ein „Leuchtturmprojekt" der von der Bundesregierung ins Leben gerufenen Initiative „Partner für Innovation", arbeiten neben dem Spieleverlag unter anderen Verpackungshersteller, Elektronikanbieter und Werkzeugbauer zusammen. Insgesamt repräsentieren sie etwa 6.000 Mitarbeiter.

Geld sparen, auch bei Heizung, Klimatisierung und Fuhrpark

Viermal im Jahr treffen sich die leitenden Ingenieure dieser Firmen. Vor dem ersten Treffen hatte die EnBW jeden Betrieb zwei Tage lang inspiziert, Art, Alter und Beschaffenheit von Energieverbrauchern erfasst und Lastganganalysen gefertigt. Darauf aufbauend war eine individuelle Beratung erfolgt mit dem Ziel, konkrete Sparmaßnahmen zu definieren.

Michael Bahlinger hat sich für sein Unternehmen das Ziel gesetzt, innerhalb von 3 Jahren 4 Prozent Strom zu sparen. Das kann anfangs ein Zuschussgeschäft sein, denn die Teilnahme am Netzwerk Energieeffizienz ist nicht kostenlos. Aber nach ein paar Jahren haben sich die Kosten amortisiert. Denn immerhin spart der Ravensburger Spieleverlag jedes Jahr ungefähr 20.000 € ein. Aber nicht nur beim Stromverbrauch, sondern auch bei Heizung, Klimatisierung und Fuhrpark lässt sich Geld sparen. Insgesamt will Bahlinger die Energiekosten in seinem Haus um 60.000 € drücken.

Es ist übrigens ein ganz wichtiger Vorteil des Netzwerks, dass es den Technikern Argumente für die Diskussion mit den eigenen Finanzvorständen liefert. Denn mit einer Produktionsanlage, die ihr Geld in drei Jahren wieder eingespielt hat, kann eine langfristig ausgerichtete Maßnahme zur Verringerung von Stromverbrauch und CO_2-Belastung kurzfristig nicht konkurrieren. Aber Fraunhofer-Gesellschaft und EnBW vermitteln betriebswirtschaftliches Know-how und eindeutiges Zahlenmaterial, mit dem die Ingenieure dann auch den skeptischsten Buchhalter überzeugen können. Und das dürfte ihnen umso leichter fallen, je weniger eine Maßnahme kostet.

Auch deshalb setzt das Netzwerk andere Prioritäten, als das ein Privathaushalt tun würde. Da rückt man zuerst den größten Stromfressern zu Leibe und senkt den Verbrauch zum Beispiel durch den Kauf moderner, energieeffizienter Geräte. In der Industrie herrschen andere

Michael Bahlinger,
Leiter Engineering beim Ravensburger Spieleverlag

Gesetze. Großinvestitionen werden abgeschrieben. Das heißt, sie müssen ihr Geld innerhalb eines zuvor definierten Zeitraums wieder einspielen. Da müssen sich Sparkommissare wie Bahlinger und Schreijäg schon mal gedulden. Aber immerhin schafft die zunächst theoretische Auseinandersetzung mit Energieeffizienz Planungssicherheit. Michael Bahlinger: „Wenn früher eine Maschine kaputtging, mussten wir uns schnell mit Bordmitteln behelfen, um die Produktion aufrechtzuerhalten. Heute habe ich für den Fall der Fälle fertige Pläne in der Schublade, welcher Hersteller uns den im Sinne der Energieeffizienz besten Ersatz liefern kann."

Rationell ist sparsam

Breiten Raum nehmen im Netzwerk organisatorische Maßnahmen ein. Professor Eberhard Jochem vom Fraunhofer-Institut ist sich sicher: „Allein beim Strom könnten Industrie und Gewerbe in den nächsten 10 Jahren bis zu 20 Prozent durch rationellere Nutzung einsparen. (...) Oft erreicht man schon mit organisatorischen Maßnahmen bis zu 10 Prozent Effizienzgewinn. (...) Bei der Druckluft werden erfahrungsgemäß rund 30 Prozent der eingesetzten Energie verpulvert. Fündig wird man meistens auch bei der Regelung von Prozessen, Kälte- und Heizanlagen sowie der Beleuchtung." Toiletten und Waschräume, deren Beleuchtung von Bewegungsmeldern gesteuert wird, Türschließer, die Wärmeverlust vermeiden – es gibt eine Fülle von Einzelmaßnahmen zur Verringerung des Stromverbrauchs und damit auch der CO_2-Emissionen, die nichts oder nur wenig kosten. Im Netzwerk Energieeffizienz tauschen sich die Ingenieure aus.

Mit dem Motto „Kleinvieh macht auch Mist“ gibt sich der „Tisch“ aber nicht zufrieden. Für Bahlinger und den Ravensburger Spieleverlag war es die Druckluftanlage, die am meisten Sparpotenzial bot. Zur Erläuterung: Es gibt heute so gut wie keine Maschine mehr, die nicht auf Druckluft angewiesen ist: zum Steuern, zum Pressen, um Roboterarme zu bewegen . . . Druckluftleitungen haben die langen Riemen ersetzt, die sich zu Beginn der Industrialisierung durch die Fabrikhallen zogen.

Beim fälligen Austausch eines Kompressors entschieden sich Bahlinger und seine rechte Hand, Josef Kleer, für einen Systemwechsel. Hatte der bisher eingesetzte Verdichter sozusagen auf Abfrage gearbeitet und musste bei großem Bedarf bis an seine Leistungsgrenze gefahren werden, liefert der Nachfolger kontinuierlich Druck. Wenn Kleer durch sein Allerheiligstes führt, den Kompressorraum, leuchten seine Augen: „Früher mussten wir 9,5 bar vorhalten. Heute kommen wir mit 7,5 aus. Das bringt's!“ Jede Menge Abwärme produziert auch der neue Kompressor. Aber die wird nicht mehr umständlich abgepumpt, sondern unterstützt jetzt per Wärmerückgewinnung die Heißwasserversorgung des Werks.

Unterstützung fanden die Ravensburger auch bei der folgenden Episode, die sich nur im Netzwerk Energieeffizienz zutragen konnte: Bahlinger und Kleer hatten den Verdacht, dass eine bestimmte Stelle des Dachs der Produktionshalle eine Wärmebrücke bildete, also Energie verschwendete. Das Problem am „Tisch“ vorgetragen brachte eine schnelle Lösung: Der Kollege eines anderen Unternehmens bot den Ravensburgern an, ihnen eine Infrarot-Kamera auszuleihen. Tatsächlich wurde eine Schwachstelle entdeckt und behoben. Heute hat Bahlinger seine eigene Infrarot-Kamera.

Netzwerke für Energieeffizienz: Klima schützen und Kosten sparen

Energieeffizienz ist in Zeiten von Klimawandel und knapper werdenden Ressourcen ein Megathema. Die EnBW setzt sich mit innovativen Ideen national und international für den effizienteren Umgang mit einem kostbaren Gut ein.

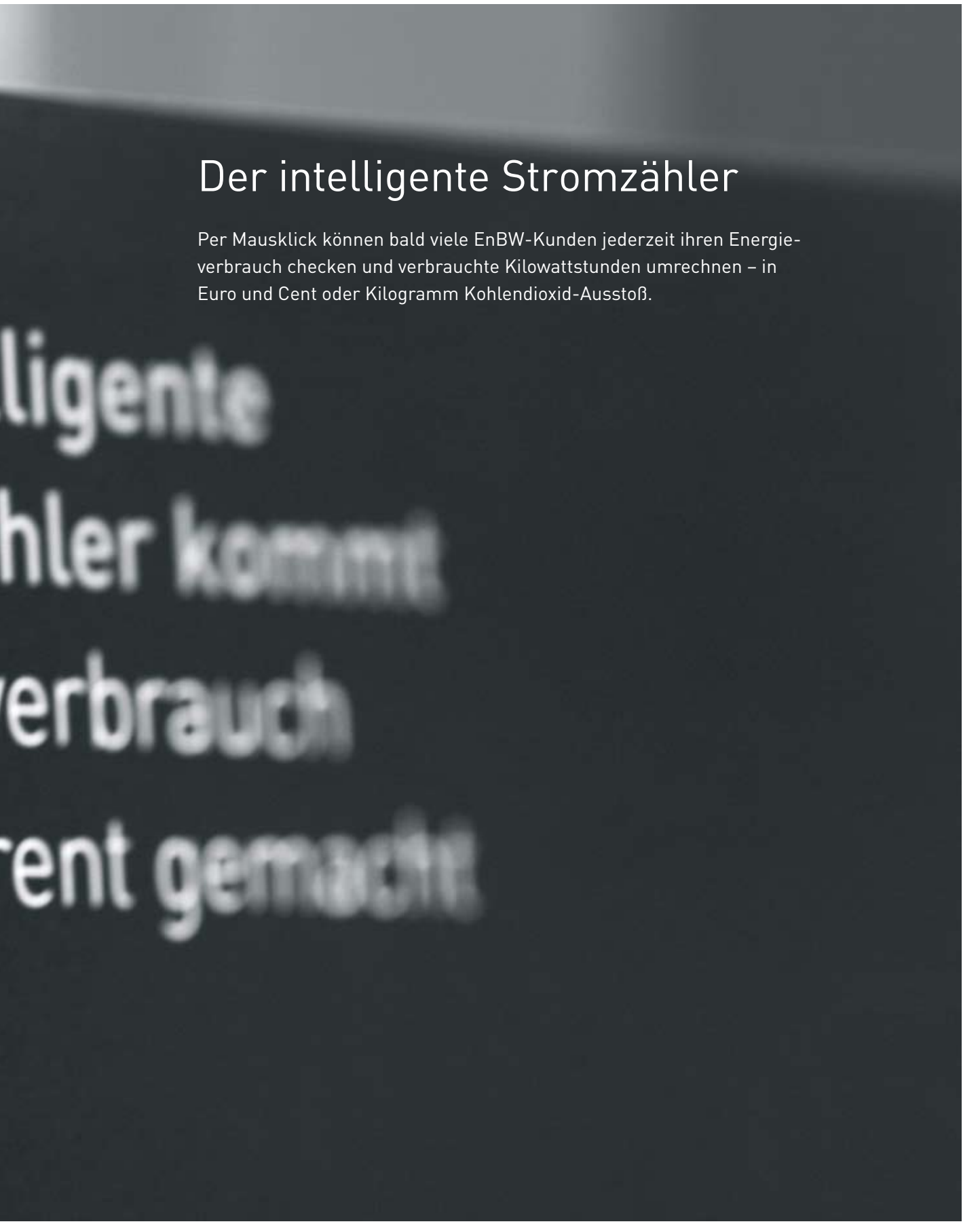
Dabei wichtig: die „Netzwerke Energieeffizienz“, in denen sich Unternehmen zusammen mit der EnBW engagieren. Das sind fachkundig angeleitete lernende lokale Netzwerke für kleine und mittlere Unternehmen, in denen vorbildliche Verfahren vermittelt werden, die zur rationelleren Nutzung von Energie führen. Ende 2007 gibt es schon 5 solcher Netzwerke mit 64 beteiligten Unternehmen, und zwar deutschlandweit: Weser-Ems, Mitteldeutschland, Franken-Oberpfalz, Ravensburg und Donau-Alb.

Schon nach kurzer Zeit konnten positive Bilanzen gezogen werden. Das Beispiel Ravensburg: Hier haben die 11 beteiligten Firmen nach nur einem Jahr Netzwerkarbeit bereits 9 Millionen Kilowattstunden Energie gespart. Zum Vergleich: Eine solche Energiemenge verbrauchen 423 durchschnittliche Privathaushalte für Heizung, Warmwasser und Strom. Durch technische Verbesserungen geben die Unternehmen fortan jährlich 870.000 € weniger für Energie aus! Durch die Netzwerkarbeit wurde die CO_2-Bilanz in der Beispielregion Ravensburg bisher um rund 2,3 Millionen Kilogramm CO_2 entlastet – und dies macht erst ein Drittel des gesamten Einsparziels aus.

Die Netzwerke werden von den beteiligten Unternehmen und der EnBW ohne eine öffentliche Förderung realisiert. Die Idee, dass Unternehmen in einem moderierten Wissensmanagementprozess Verfahren zur rationellen Energienutzung entwickeln, war für die EnBW von Anfang an interessant. Aus diesem Grund wird die EnBW den Aufbau solcher Netzwerke auch weiterhin unterstützen.

Ravensburger

Der intel
Stromzä
Energiev
transpar



Der intelligente Stromzähler

Per Mausklick können bald viele EnBW-Kunden jederzeit ihren Energieverbrauch checken und verbrauchte Kilowattstunden umrechnen – in Euro und Cent oder Kilogramm Kohlendioxid-Ausstoß.

Stromfressern auf der Spur.
Von intelligenten Messverfahren und energiebewussten Verbrauchern.

EnBW-Kunde Oliver Rauh hat gut lachen:
Er hat ihn schon – den intelligenten Stromzähler.
Jetzt kann er seinen Energieverbrauch
am PC checken. Die EnBW liefert die Daten.

Früher war Oliver Rauh ein ganz normaler Stromkunde, doch mittlerweile ist der junge Bankkaufmann aus Stuttgart richtig berühmt. Die Leute von der Zeitung waren bei ihm, im Radio wollte man seine Geschichte hören, und sogar das Fernsehen hat eigens ein Kamerateam vorbeigeschickt. Was die Medien so neugierig macht, ist ein Prototyp des intelligenten Stromzählers, den der 36-Jährige seit Juli 2007 als ausgewählter Pionierkunde der EnBW in seinen eigenen vier Wänden nutzen kann.

Intelligente Messverfahren als Standard der Zukunft

Statt passiv auf seine jährliche Stromabrechnung zu warten, hat er nun die Chance, selbst aktiv zu werden. Seinen Verbrauch, die Kosten und die Auswirkungen auf die Umwelt kann er rund um die Uhr kontrollieren und unmittelbar beeinflussen. Zwischen ihm und seinem Energieversorger ist eine ganz neue Art der Partnerschaft entstanden. Genau so will es auch die Politik: Mehr Transparenz und Eigenverantwortung aus Verbrauchersicht, variable Tarife vonseiten der Stromanbieter, das sind wichtige Bausteine im ehrgeizigen Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung. Intelligente Messverfahren werden ausdrücklich als Standard der Zukunft gefordert, denn aktuell, so sagen Umwelt- und Wirtschaftsministerium übereinstimmend, sei die Ermittlung des Stromverbrauchs in Deutschland „nicht auf der Höhe der Zeit". Das soll sich ändern.

Als er den Aufruf der EnBW las, fühlte sich Oliver Rauh direkt angesprochen. Gesucht waren 1.000 Testkunden in ganz Baden-Württemberg, die über einen DSL-Internetanschluss mit Flatrate verfügen. Wer diese Bedingungen erfüllt, hatte die Chance, sich für die Teilnahme an einem wegweisenden Zukunftsprojekt zu bewerben, das mehr Klarheit über den alltäglichen Energieverbrauch bringen und der gedankenlosen Stromverschwendung ein Ende setzen soll. Verlockend war natürlich auch das mit dem intelligenten Stromzähler verbundene neue Preisgefüge. Denn als zusätzlicher Anreiz winkt dem Kunden ein Spartarif, der in den Abend- und Nachtstunden zwischen 20:00 und 8:00 Uhr und an Wochenenden gilt – selbst schuld also, wer unter diesen Bedingungen montags um 18:00 Uhr die Waschmaschine in Gang setzt.

Und so funktioniert die neue Technologie: Via Datenautobahn gibt der intelligente Stromzähler alle 15 Minuten verschlüsselte Informationen zum aktuellen Verbrauch des Haushalts an den Server im EnBW-Kundenzentrum weiter. Dort werden die Daten für den Kunden gebündelt und anschaulich aufbereitet. Über das Internet kann sich der Verbraucher in einem passwortgeschützten Online-Bereich, dem „Cockpit", seinen persönlichen Energieverbrauch jederzeit am PC anschauen. Der Verbrauch wird in gemittelten Viertelstundenwerten angezeigt, wahlweise über den Tag, die Woche oder den ganzen Monat.

Benutzerfreundlich und übersichtlich

Per Mausklick können verbrauchte Kilowattstunden in andere Einheiten umgerechnet werden – in Euro und Cent oder Kilogramm Kohlendioxid-Ausstoß. Bei der Präsentation der vielen Daten spielt die Benutzerfreundlichkeit eine große Rolle, unübersichtliche Zahlenkolonnen oder langweilige Statistiken sind tabu. Mit markanten Säulendiagrammen wie beim Politbarometer wird schon auf den ersten Blick klar, wann besonders viel Saft aus der Steckdose fließt – freitags beispielsweise, wenn Freunde zu Besuch sind, wenn üppig gekocht wird, wenn die Lichter lange brennen und die Musikanlage den ganzen Abend läuft. Doch auch der sparsamste Stromkunde investiert dafür wohl gern den ein oder anderen Euro an Stromkosten mehr.

Ein Aha-Erlebnis hatte der umweltbewusste Pionierkunde allerdings, als er zum ersten Mal unter Aufsicht seines intelligenten Stromzählers den Wasserkocher einschaltete. Abrupt zeigte das Kurvendiagramm auf seinem Laptop seismologische Ausschläge wie bei einem mittelschweren Erdbeben. Ob er nun bei jeder Tasse Tee ein schlechtes Gewissen habe? Nein, nein, so sei das nicht, versichert der zurückhaltend wirkende Mann und lächelt verschmitzt.

Aber er ist bewusster geworden im Umgang mit der unsichtbaren Kraft, über die alle so selbstverständlich verfügen, bei deren Herstellung aber permanent CO_2 freigesetzt wird. Moderne Kraftwerke und der Ausbau erneuerbarer Energien bremsen zwar den Anstieg der Emissionen, doch jeder Einzelne kann durch einen sparsameren Umgang mit Energie einen zusätzlichen Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten. Experten schätzen, dass sich der private Stromverbrauch ohne große Anstrengungen und Einschränkungen um etwa 6 Prozent reduzieren lässt.

Hintergrundflimmern ist out

Für Oliver Rauh ist diese einfache, aber abstrakte Wahrheit greifbarer geworden, seit ihm der hochmoderne digitale Stromzähler seinen stromabhängigen CO_2-Ausstoß vor Augen führt. So verzichtet er mittlerweile darauf, abends, wenn er von der Arbeit nach Hause kommt, reflexartig den Fernseher einzuschalten. Er hat für sich entschieden, dass das Flimmern im Hintergrund nicht wert ist, seinen Energieverbrauch nach oben zu treiben. Andere Stromfresser lassen sich dagegen nicht so leicht im Zaum halten. Sämtliche Elektrogeräte in der Wohnung des EnBW-Vorzeigekunden sind neu und entsprechen dem Stand der Technik. Doch was sorgt in regelmäßigen Abständen selbst mitten in der Nacht für die deutlichen Ausschläge auf der Verbrauchsskala? Ist der Bewohner dieser freundlich eingerichteten Räume etwa nachtaktiv? Stellt er sich stündlich den Wecker, um fröhlich eine Runde Staub zu saugen? Die Aufklärung ist denkbar simpel: Wer da unermüdlich arbeitet, ist der Kühlschrank.

Das Entwicklungspotenzial des intelligenten Stromzählers ist beachtlich. Ein Display neben der Wohnungstür ist denkbar, auf dem bei Verlassen des Hauses sofort zu erkennen ist, welche Leuchten oder Geräte noch eingeschaltet sind. Die leidige Frage, die sich gern auf halbem Weg in den Urlaub stellt, ob nämlich Herd oder Bügeleisen aus sind, hätte sich damit erledigt. Einzelne Haushaltsgeräte könnten gezielt ferngesteuert werden, online, auch von unterwegs. Auch wäre es kein Problem, bestimmte Geräte automatisch zu kostengünstigen Niedertarif-Zeiten laufen zu lassen. Als Systemplattform mit verschiedenen Modulen könnte der intelligente Zähler andere Verbrauchsdaten bündeln und aufbereiten: den Gas- oder Wasserverbrauch, Fernwärme oder Kommunikationsleistungen. Und auf breiterer gesellschaftlicher Ebene eröffnet die neue Technik ebenfalls neue Perspektiven zum Beispiel für die wichtige Kraft-Wärme-Kopplung.

Dieses hocheffiziente Prinzip zur gleichzeitigen Gewinnung von Strom und Wärme steht ganz oben auf der politischen Agenda. Der Neubau und die Modernisierung von Anlagen mit dieser Funktionsweise werden mit öffentlichen Mitteln gefördert. Doch der weitere Ausbau der dezentralen Energieversorgung über kleine hocheffiziente Blockheizkraftwerke setzt eine engmaschige Vernetzung vieler Einzelhaushalte voraus. Der intelligente Stromzähler schafft eine Basis, um derart komplexe Systeme zuverlässig zu steuern.

Nicht nur für Technikfreaks

EnBW-Kunde Oliver Rauh interessiert sich für diese Dinge, obwohl er nicht vom Fach ist. Dass er in einem Stadtviertel lebt, in dem die Straßennamen auf die Geschichte der Elektrotechnik verweisen, ist zwar reiner Zufall, passt aber. Für ihn ist es zur Gewohnheit geworden, täglich über das Internet einen kurzen Blick auf seine aktuellen Stromdaten zu werfen. Wenn er sich dann blitzschnell durch die verschiedenen Funktionen klickt, kommt kurz der Eindruck auf, hier fröne jemand auch ein bisschen seinem technischen Spieltrieb. Könnte es also sein, dass der intelligente Stromzähler nur etwas für junge Leute ist, die schon mit dem World Wide Web aufgewachsen sind, und dass er vor allem männliche Kunden mit einer starken Affinität zur Technik anspricht?

Als er das hört, erzählt der Stuttgarter von einem kleinen Erlebnis. Nachdem der Fernsehbericht über ihn und den intelligenten Stromzähler zur besten Sendezeit ausgestrahlt worden war, kamen am nächsten Morgen eine ältere Dame und ein älterer Herr in seiner Bank auf ihn zu. Sie hatten ihn erkannt und wollten auf der Stelle von ihm wissen, wie man denn an so ein tolles Ding herankommt.

Unser intelligenter Stromzähler. Sieht gut aus. Auch beim Energiesparen.

2222,4 HT KWH
3800,0 NT KWH
EnBW

Das Kraftwerk vor der Haustür

„Bauen und Leben im Einklang mit der Natur“,
so das Motto für eine neue Siedlung mit effizienten
und klimaverträglichen Energielösungen.
Die EnBW ist dabei.

Ein kleines Stück vom Paradies.
Moderne Städteplanung verlangt neue Energiekonzepte.

Oberbürgermeister Bernhard Fritz
freut sich auf energiebewusste Neubürger
in Winnenden.

Winnenden, die „Große Kreisstadt“ 20 Kilometer nordöstlich von Stuttgart, hat eine Menge zu bieten. Oberbürgermeister Bernhard Fritz gerät regelrecht ins Schwärmen, wenn er von „seiner“ Stadt spricht. Bis ins 12. Jahrhundert reicht die lange Ortsgeschichte zurück. An vielen Ecken ist es gelungen, das Vergangene zu bewahren, und so lassen sich ohne langes Suchen Dutzende idyllischer Postkartenmotive finden. Doch malerische Fachwerkhäuser und altehrwürdige Gemäuer sind nur eine Facette dieser Stadt. Eine andere weist, auch mithilfe der EnBW, in die Zukunft.

Mit Fug und Recht kann Winnenden von sich behaupten, ein moderner Wirtschaftsstandort zu sein. Firmen von überregionaler Bedeutung haben sich dort angesiedelt, darunter auch ein Reinigungsgeräte-Hersteller von Weltruf. Eine wichtige Umgehungsstraße ist im Bau, doch besonders stolz ist der OB auf die sozialen Einrichtungen, die Winnenden beherbergt: ein modernes Zentrum für Psychiatrie und Neurologie sowie eine große Einrichtung für die Bereiche Berufsausbildung, Behinderten- sowie Kinder- und Jugendhilfe. Schon bald soll ein neues Kreiskrankenhaus mit rund 600 Betten dazukommen.

Seit 1994 ist Bernhard Fritz Oberbürgermeister in Winnenden, und im Laufe seiner Amtszeit konnte er zu seiner Freude beobachten, wie die Stadt stetig gewachsen ist. Um rund 4.000 ist die Einwohnerzahl in den letzten Jahren gestiegen, ungefähr 28.000 Menschen leben heute dort. Vor allem junge Familien zieht es in die landschaftlich reizvolle Region. Direkt vor der Haustür erhebt sich sanft der Schwäbische Wald mit seinen grünen Hügeln und Bergkuppen. Wenn das Wetter mitspielt, macht sich geradezu südländisches Flair breit.

Fortschrittliche Klimapolitik im Praxistest

Das hat auch ein erfolgreicher Bauunternehmer erkannt, der auf einer ehemaligen Gewerbebrache unweit des Stadtzentrums eine komplette Wohnsiedlung im Toskana-Stil errichtet. „Bauen und Leben im Einklang mit der Natur“ lautet sein anspruchsvolles Motto. Um diesem hohen Anspruch gerecht zu werden, sollen nur „gesunde“ und umweltschonende Baustoffe verarbeitet werden. Großen Wert legen Bauträger und Bauherren aber auch auf effiziente und klimaverträgliche Energielösungen. Oberbürgermeister Fritz kann bestätigen, dass gerade junge Leute in diesen Fragen besonders sensibel sind und sich sehr gut informieren über die neuesten technischen Entwicklungen. Wo immer er kann, möchte der OB den verantwortungsbewussten Umgang mit Energie unterstützen. Dabei gebe es auch auf kommunaler Ebene eine ganze Reihe von Förderprogrammen, betont er und kommt richtig in Fahrt. So macht Politik Spaß, das ist zu spüren.

Der neue Wohnpark trägt den verheißungsvollen Namen „Arkadien Winnenden“, und für eine entsprechende Atmosphäre sollen auch kleine Bäche und Seen sorgen, die aus dem nah gelegenen Zipfelbach gespeist werden. 180 Wohneinheiten werden es insgesamt sein, die in der schwäbischen Auenlandschaft zu einem kleinen Paradies verschmelzen. Bei den meisten Häusern sind individuelle Energiekonzepte möglich: Pelletheizungen beispielsweise oder thermische Solaranlagen und Fotovoltaiksysteme. Die Mehrheit der frischgebackenen Eigentümer setzt allerdings auf Erdgas von der EnBW. Die Doppelhaushälften und die frei stehenden Einfamilienhäuser erhalten in der Regel eine Gasheizung mit Brennwerttechnik, denn die garantiert überschaubare Investitionskosten und einen hohen Wirkungsgrad.

Die Energieversorgung der Mehrfamilien- und Reihenhäuser ist jedoch anders geregelt. Bei diesen Objekten wird ein Nahwärmemodell verwirklicht, das weiter Schule machen dürfte. Alle 60 Wohneinheiten hängen über ein verzweigtes Leitungsnetz an einer gemeinsamen Heizzentrale, deren Herzstück ein kompaktes Blockheizkraftwerk mit einer Leistung von 50 kW elektrisch und 80 kW thermisch ist. Planung und Betrieb der Heizzentrale liegen in Händen der EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft, die für dieses Projekt mit einem externen Ingenieurbüro zusammenarbeitet. Neben Arkadien Winnenden betreibt die EnBW bereits 16 weitere Blockheizkraftwerke.

Auf der Großbaustelle an der Silberpappelstraße herrscht reges Treiben. Wie in einem Ameisenstaat wimmelt und wuselt es, wohin man auch schaut. Ob hoch oben auf den Dächern, hinter den unverputzten Fassaden oder tief unten in den Kellern, überall machen sich kernige Typen in staubbedeckten Overalls zu schaffen. Lautstark wird gebohrt und gehämmert, geschaufelt und gespachtelt. Riesige Kräne schwenken mühelos sperrige Lasten durch die Luft, während unten am Boden Bagger in allen Größen wendig Material verschieben. Unter dem vielstimmigen Knatter-, Pfeif- und Brummkonzert liegt der regelmäßig klirrende Takt einer großen Maschine, die lange Betonelemente für die Pfahlgründung der Fundamente in den Untergrund treibt.

Maßarbeit: die Installation des Blockheizkraftwerks

Das Blockheizkraftwerk wird im Untergeschoss eines zentral gelegenen Mehrfamilienhauses stehen. Auf der rechteckigen Kelleröffnung, durch die der mannshohe und etwa drei Meter lange Kasten versenkt werden soll, liegt eine dicke Betonplatte. Als sich der Lastwagen mit seiner zwei Tonnen schweren Fracht nähert, kommt Bewegung in die Gruppe der wartenden Monteure. Schnell hängen die Männer klobige Haken in die stählernen Ösen der Abdeckung, und per Kran hebt der mächtige Deckel ab. Nun wird sich zeigen, ob die Architekten richtig gerechnet und die Rohbauer ordentlich gearbeitet haben. Wird das gute Stück durch die Öffnung passen ohne anzuecken? An der Steuerung des zweiten Krans kommt es auf Fingerspitzengefühl an. Langsam schwebt der Koloss in die Tiefe. Nach wenigen Minuten kann die ganze Mannschaft aufatmen. Alles hat problemlos geklappt, das Blockheizkraftwerk steht auf seinem weiß getünchten Podest. An seine Seite gesellen sich später zwei Gasbrennwertkessel, die Spitzenlastzeiten überbrücken sollen, und zwei stattliche Pufferspeicher von insgesamt 4.000 Litern, die die Wärme festhalten, bis sie gebraucht wird.

Hier sind Kraft und Wärme effizient gekoppelt

Oberbürgermeister Fritz denkt pragmatisch. Als engagierter Kommunalpolitiker mache er alles mit in Sachen Klimaschutz und Energie-Neuheiten, sagt er, wenn es sich rentiert. Mit alternativen Ideen, die einem reinen Selbstzweck dienen, kann er wenig anfangen.

Die großen ökologischen und ökonomischen Vorteile der Kraft-Wärme-Kopplung, die auf der Funktionsweise eines Blockheizkraftwerks basiert, liegen klar auf der Hand: Elektrische Energie, sprich Kraft beziehungsweise Strom, und thermische Energie, also Wärme, können mithilfe eines Motors und eines Generators gleichzeitig erzeugt und genutzt werden.

Solche Anlagen sind konventionellen Techniken weit überlegen. Die Energieausnutzung liegt bei etwa 90 Prozent, und das Einsparpotenzial bei der Primärenergie beläuft sich auf rund ein Drittel. Wertvolle Ressourcen werden auf diese Weise geschont, außerdem reduziert sich der klimaschädliche CO_2-Ausstoß.

Deshalb hat die Bundesregierung auch beschlossen, die Verbreitung der Kraft-Wärme-Kopplung entschieden voranzutreiben. Der Neubau und die Modernisierung von Blockheizkraftwerken werden auch künftig mit staatlichen Mitteln gefördert. Politisches Ziel ist, den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2020 auf 25 Prozent zu verdoppeln. Einen kleinen Beitrag auf dem Weg dahin leistet der Strom aus Arkadien Winnenden, der komplett ins Netz eingespeist wird. In den Bereichen der Heizung und Warmwasser lässt sich in dem neuen Wohngebiet eine erhebliche Menge Primärenergie sparen: Legt man den voraussichtlichen Verbrauch zugrunde, ergibt sich eine Energieeinsparung von 34 Prozent. Das kommt auch dem Klima zugute, denn der CO_2-Ausstoß verringert sich so um 116.000 Kilogramm pro Jahr.

Gemeinsam für den Klimaschutz

Die Lieblingsbotschaft des Bundesumweltministers, dass sich Klimaschutz und wirtschaftliches Wachstum durchaus vereinbaren lassen, deckt sich mit der Unternehmensstrategie der EnBW. Zu den ausbaufähigen Wachstumsmärkten des Konzerns gehört erklärtermaßen die dezentrale Energieerzeugung, wie sie in Winnenden realisiert wird. Voraussetzung ist zum einen, im engen Dialog mit den Kommunen zu bleiben, und zum anderen, Architekten und Ingenieure von den neuen Energiekonzepten zu überzeugen. In diesem Fall war das nicht schwer, denn der Bauträger hatte sich von Anfang an verpflichtet gefühlt, das ganze Siedlungsprojekt naturnah und umweltgerecht zu gestalten. So ziehen Politik, Energiewirtschaft, Baubranche und Bürger in Winnenden an einem Strang.

Für die neuen Eigentümer ist die Geschichte mit dem Blockheizkraftwerk überdies eine bequeme Sache. Um Wartungsarbeiten oder eventuelle Reparaturen in der Heizzentrale müssen sie sich nicht selbst kümmern, das erledigen Fachleute der EnBW. Zuverlässig gelangt das heiße Wasser zur wohnungseigenen Übergabestation, in der ein Wärmetauscher sitzt. Erst an dieser Stelle wird die individuelle Energiemenge für Heizung und Warmwasser abgezweigt.

Kein Zweifel: Das fortschrittliche Nahwärmenetz erhöht die Attraktivität des gesamten Neubaugebiets, und entsprechend rege ist das Interesse. Der Bauträger zeigt sich jedenfalls zufrieden mit dem Verkauf der schmucken Häuser und Wohnungen. Und Oberbürgermeister Fritz? Der kann sich jetzt schon freuen, in Kürze etliche Neubürger in Winnenden begrüßen zu dürfen.

Das Blockheizkraftwerk arbeitet im Untergeschoss eines Mehrfamilienhauses. Es wurde millimetergenau eingepasst.

Flüssiges Gas

Die Bedeutung von Gas für die Strom- und die Wärmeerzeugung wächst und damit auch die Notwendigkeit, neue Quellen zu erschließen. Die Verflüssigung von Gas ermöglicht den Import über den Seeweg. Lesen Sie hier ein Gespräch mit EnBW-Vorstandsmitglied Pierre Lederer über Liquefied Natural Gas (LNG) und das EnBW-Engagement in diesem stark wachsenden Bereich.

Erdgas liegt voll im Trend: Sowohl in Deutschland als auch in der EU insgesamt steigt der Bedarf; seine Bedeutung für die Strom- und die Wärmeerzeugung wächst. Vor diesem Hintergrund wird die EnBW ihre Aktivitäten im Gasgeschäft weiter ausbauen. Die Nachfrageseite stimmt, auf der Angebotsseite muss allerdings etwas passieren. Verflüssigtes Erdgas (LNG) ist das Stichwort, über das wir mit EnBW-Vorstandsmitglied Pierre Lederer gesprochen haben. Vorweg einige Informationen.

Zurzeit kommt ein Großteil unseres Erdgases aus europäischen Quellen, aus Norwegen, den Niederlanden, Deutschland, Großbritannien und Dänemark, doch wie lange noch? Die Gasförderung in Europa ist rückläufig. Ein weiterer großer Teil des Gasimports – rund ein Drittel – stammt aus russischen Quellen. Deutschland ist also von wenigen Erdgaslieferanten abhängig. Die Frage der Versorgungssicherheit wurde in Politik und Öffentlichkeit heiß diskutiert. Längst sucht die Energiewirtschaft nach Alternativen. Wie können neue Förderländer und neue Transportwege erschlossen werden?

Erdgas liegt voll im Trend, der Bedarf steigt. Die EnBW setzt auf Liquefied Natural Gas.

Alle Experten sind sich einig: Verflüssigtes Erdgas, kurz LNG (Liquefied Natural Gas), wird eine immer wichtigere Rolle spielen. Der Clou beim LNG: Durch die starke Abkühlung auf -161 °C verändert das Gas nicht nur seinen Aggregatzustand, indem es flüssig wird, sein Volumen verringert sich gleichzeitig auf etwa ein Sechshundertstel, und damit kann das Gas unabhängig von Pipelines transportiert werden. Auf dem Seeweg lässt sich LNG in Spezialfrachtern mit isolierten Tanks aus weit entfernten Regionen nach Europa liefern. Der globale Energiemarkt rückt zusammen. Länder des Nahen und Mittleren Ostens, Afrikas und Asiens kommen als Erdgaslieferanten ins Spiel. Voraussetzung ist, dass in Europa hochmoderne Terminals entstehen, in denen das flüssige Gas mithilfe von Wiederverdampfungsanlagen in seine ursprüngliche Form gebracht werden kann.

Im Sommer 2007 unterzeichneten die EnBW und der weltweit tätige LNG-Terminalkonzern 4Gas ein Memorandum of Understanding. Darin werden Perspektiven für die Beteiligung der EnBW an einem neuen Flüssiggasterminal samt Regasifizierungstechnologie beschrieben. Der Standort: Rotterdam. Der Rotterdamer Hafen ist mit Abstand die größte Handelsdrehscheibe in Europa, und die Niederlande werden von Kennern für ihren überaus liquiden Handelsmarkt geschätzt. Rotterdam ist also erste Wahl für den Start in ein neues Gaszeitalter. Die geschlossene Grundsatzvereinbarung sieht neben einer Kapitalbeteiligung Kapazitätsrechte von 3 Milliarden Kubikmetern Erdgas jährlich vor.

Eigentlich ist Pierre Lederers Terminkalender voll – wie immer. Trotzdem lässt es sich der stellvertretende Vorstandsvorsitzende und Chief Operating Officer der EnBW nicht nehmen, die Hintergründe des vielversprechenden Gasprojekts persönlich zu erläutern. In seinem Büro in Karlsruhe beantwortet der 1949 in Paris geborene Topmanager geduldig und charmant alle Fragen.

Sein französischer Akzent macht ihn ebenso sympathisch wie die kleinen Scherze, die er zwischendurch mit dem Fotografen veranstaltet. Die Atmosphäre ist entspannt, und einzig seine fürsorgliche Mitarbeiterin riskiert gelegentlich einen verstohlenen Blick auf die Uhr.

Die EnBW engagiert sich im Flüssiggassektor. Hat das klassische Pipeline-Gas ausgedient?
Nein, aber wir müssen sicher diversifizieren. LNG, das ist physisch betrachtet nur ein anderer Weg für den Transport von Gas, und Pipelines gibt es nicht ausreichend heutzutage. In Europa müssen in nächster Zeit weitere verbindliche Entscheidungen zum Bau neuer Long-Distance-Pipelines getroffen werden. Gaswirtschaftlich betrachtet bieten LNG-Anlagen eine neue Möglichkeit, mit Erdgas zu handeln. Und da ergeben sich mehrere Optionen: Was mache ich mit dem Gas aus der LNG-Anlage? Ich kann Schiffe umrouten und andere LNG-Anlagen weltweit anlaufen, je nach Marktsituation. Ich kann in verschiedenen Märkten mit dem Gas handeln, was man mit Pipeline-Gas nicht tun kann. LNG ist eine sehr vielschichtige Sache.

Die LNG-Kette, also Verflüssigung, Seetransport und Wiederverdampfung von Erdgas, ist technisch komplex und erfordert hohe Investitionen. Was macht Sie sicher, dass dieser Aufwand wirtschaftlich vertretbar ist?
Das stimmt, die LNG-Kette ist sehr kapitalintensiv. Die Basisüberlegung für uns ist diese: Es ist mittlerweile sicher, dass Europa künftig nicht nur über Long-Distance-Pipeline-Gas, kurz LDPG, versorgt werden kann. Also muss man in Europa LNG vorantreiben, und wir wollen dabei eine aktive Rolle spielen, als Player auftreten. Sie müssen bedenken, die EnBW ist eine Downstream-Gesellschaft. Wir unterhalten Gasnetze auf regionaler und lokaler Ebene, um Gas zu verteilen, das wir von anderen kaufen. Und wer sind die anderen? Das sind die mächtigen, großen Player, allen voran E.ON Ruhrgas. Dem großen Player Ruhrgas Paroli zu bieten mit Gas von Ruhrgas, das ist schlichtweg nicht möglich. Insofern brauchen wir einen unabhängigen Zugang zu Gas. Aus diesem Grund wollen wir einerseits eigene Importverträge für Gas via Pipeline abschließen und andererseits mit LNG einen unabhängigen Zugang zu Gas herstellen und die Möglichkeit entwickeln, mit Gas zu handeln. Zur Frage nach der Wirtschaftlichkeit: Wir prüfen einzelne Projekte. Aber in der Branche ist man sicher, dass der LNG-Markt sich weiterentwickeln wird – und wir wollen daran teilhaben.

Kommt LNG aus anderen Förderländern als das klassische Erdgas?
Ja, das kann fast aus der ganzen Welt kommen, von überall, wo es Gasvorkommen gibt. Aus der LNG-Kette als Transportweg ergibt sich eine große Diversifizierung bei der Beschaffung von Gas, bei den Quellen. Dieser Aspekt ist auch Teil der Überlegungen auf europäischer Ebene angesichts der Sicherung der Lieferungen.

Steckt hinter der strategischen Entscheidung, LNG stärker auszubauen, ein Misstrauen gegenüber Russland als Erdgaslieferant?
Von unserer Seite nicht. Wir stellen fest, dass Russland und vorher die Sowjetunion immer ein sehr zuverlässiger Lieferant war. Die Diversifizierung ist auf politischer Ebene gewollt. Doch dahinter steckt meiner Einschätzung nach nicht Misstrauen, sondern der grundsätzliche Wunsch, die Energieversorgung in Westeuropa und speziell in Deutschland auf eine breitere Basis zu stellen. Und wie gesagt, aus ökonomischer Sicht passt es. Die Entwicklung in der Gaswirtschaft und dieses neue politische Bewusstsein führen zum gleichen Ergebnis. Man muss die Quellen diversifizieren.

Welche Vorteile bietet Rotterdam als Umschlagplatz für Erdgas?
Rotterdam als größter Hafen Europas bildet ein ideales Umfeld, in dem die notwendige Infrastruktur als Bereicherung empfunden wird und daher eine hohe Akzeptanz findet. Dementsprechend liegen sämtliche zum Bau erforderliche Genehmigungen bereits vor. Sehr günstig ist auch, dass es in den Niederlanden schon eine Gasbörse gibt. Dort existiert bereits ein sehr liquider Markt. Wer mit Gas handeln will, hat dort Möglichkeiten, die wir in Deutschland so noch nicht haben. Es versteht sich jedoch, dass wir im gegenwärtigen Projektstadium weitere Standorte in Nordwesteuropa prüfen, was schon aufgrund der sich gegenwärtig ändernden Zugangsbedingungen zum Fernleitungsnetz erforderlich ist.

Und wie kommt das Gas von Rotterdam zu den Kunden, die Sie beliefern?
Das geht häufig über Tauschgeschäfte, sogenannte Swaps, das heißt, es sind nicht unbedingt dieselben Moleküle, die am Ende irgendwo im Schwabenland bei einer Gasheizung landen. Da gibt es mehrere Möglichkeiten für unsere Händler. Auf jeden Fall ist es ihre Aufgabe, immer die günstigsten Moleküle für unsere Kunden zu beschaffen.

Wird die EnBW in Zukunft als Reeder auftreten und eine Flotte eigener Tankschiffe betreiben?
Das ist vielleicht eine Vision, aber ich bin noch nicht so weit. (Lacht.) Aber völlig ausschließen kann man das auch nicht. Nach heutigem Stand sind wir, wie gesagt, eine Downstream-Gesellschaft. Mit unserer Gasversorgung Süddeutschland betreiben wir Verteilnetze auf regionaler Ebene, besonders im Ballungsraum Stuttgart. Dass wir uns Schritt für Schritt Richtung Upstream entwickeln wollen, ist durchaus logisch. Zunächst aber stehen Aktivitäten im Midstream-Bereich an, das heißt LNG-Anlagen, Importverträge sowie Speicheranlagen für Gas. Unser aktuelles Interesse an LNG bezieht sich auf die Regasifizierungsanlagen. Der nächste Schritt könnte sein, Gasvorkommen zu erschließen, sprich Upstream. Nun ist die EnBW kein mittelständisches Unternehmen, aber ein Riese wie E.ON, RWE oder EDF ist sie auch nicht. Insofern wollen wir uns sehr realistisch und pragmatisch entwickeln, und ein wesentlicher Schritt ist die Beteiligung an LNG-Regasifizierungsanlagen.

Voraussichtlich 2011 soll der neue Flüssiggasterminal in Rotterdam betriebsbereit sein. Welchen Umfang wird das Gasgeschäft dann haben?
Genau zum Zeitpunkt der geplanten Inbetriebnahme im Zeitraum 2011 bis 2012 werden unsere langfristigen Beschaffungsverträge mit den Hauptgaslieferanten auslaufen. Diese Anlagen werden auch wichtig für die neuen Verhandlungen sein. Bis dahin werden wir nicht unbedingt aus eigener Kraft nur über den Vertrieb wesentlich wachsen können. Der Wettbewerb entwickelt sich und er wird mit Sicherheit härter. Wir werden Wachstumsmöglichkeiten durch Zukäufe in Deutschland prüfen und, wie ich hoffe, solche Zukäufe auch realisieren. Aber das ist noch Zukunftsmusik.

Pierre Lederer,
stellvertretender Vorstandsvorsitzender
der EnBW, im Gespräch

Ob er eigentlich auch erklären könne, wie die Verflüssigung und Wiederverdampfung von Erdgas technisch ablaufe, ist die letzte, nicht ganz ernst gemeinte Frage an diesem Morgen. Mit gespieltem Entsetzen wehrt Pierre Lederer ab. Als junger Mann hat er Mathematik und Volkswirtschaft studiert und nicht Physik, sodass diese Details wohl andere besser beschreiben können. Sein Blick gilt dem großen Ganzen, den Zukunftsperspektiven der EnBW im Geschäftsfeld Gas.

Yello in Schweden

Stockholm ist gelb. Gelbe Plakate leuchten an den wichtigen Straßen und Kreuzungen. Junge Leute in gelben Jacken verteilen in der Innenstadt gelbe Rosen. Es ist der 3. September 2007. Yello ist da!

Gul strøm.

»Äntligen! Gul ström.«
Endlich! Gelber Strom.

Seit Yello wissen die Deutschen: Strom ist gelb. Nun – mit dem Marktstart in Schweden – ist Yello auch ein internationaler Stromanbieter. Seit 1996 ist der Markt für Strom in diesem skandinavischen Land frei. „Der schwedische Strommarkt und sein fortgeschrittener Liberalisierungsgrad bieten einer starken Marke wie Yello das Potenzial für weiteres Wachstum außerhalb Deutschlands", sagt Dr. Peter Vest, Geschäftsführer der Yello Strom GmbH. „Die Kombination aus Topservice und günstigem Preis macht den Erfolg von Yello in Deutschland aus, wo sich Yello als junge, starke Strommarke im deutschen Markt behauptet und etabliert hat. Was gut für die deutschen Kunden ist, kommt auch in Schweden gut an."

3. September 2007. Sieben Uhr. Im Einfamilienhaus von Alva und Filip Andersson. Das Kaffeewasser brodelt, Sohn Lars steht, viel zu lange schon, unter der heißen Dusche. Filip sitzt am Computer, blickt auf die gelbe Homepage. Er klickt auf „skicka" – absenden. Die Anderssons wollen Yello-Kunden werden. Alva ist froh, dass ihr Mann es mit der Ummeldung so eilig hat: „Hier ist endlich ein Stromanbieter, der seine Kunden ernst nimmt." Die Website ist ganz übersichtlich. Am Telefon kann sie mit leibhaftigen Menschen sprechen – und wird nie mit Anweisungen von Automatenstimmen abgespeist. „Ein direkter Draht zum Kunden gehört zu unserem Konzept", bestätigt Yello-Geschäftsführer Peter Vest. „Wir haben immer offen. Und bei uns gibt's auch keine Warteschleifen."

3. September 2007. Zehn Uhr. Anders Olsson sitzt in einem Studentenheim mitten in Stockholm am PC. Manchmal genießt er für einen Augenblick die Aussicht auf den Riddarfjärden, die östlichste Bucht des Mälarsees, die zum Stadtgebiet von Stockholm gehört. Dann wendet er sich wieder dem Bildschirm zu. Die 3-D-Entwürfe einer Häckselmaschine für die Holzverarbeitung müssen fertig werden. Sie sind sein Vorzeigeprojekt in diesem Semester. Anders studiert an der renommierten Technischen Hochschule von Stockholm. Wochenlang schon hat der 22-Jährige an den Entwürfen gesessen, immer am Computer, dem größten Stromfresser in Anders 20 Quadratmeter großer Bude. Auch jetzt läuft der Rechner – aber künftig günstiger, denn gerade hat sich auch Anders Olsson mit einem Mausklick bei Yello angemeldet und ist damit einer der ersten Yello-Kunden außerhalb Deutschlands.

Wie die meisten Schweden hat sich Anders Olsson ausschließlich im Internet über den Strommarkt informiert. „Ich habe einen günstigen Anbieter gesucht“, sagt er. Seine Studentenbude kann er sich nur leisten, weil er zwei Stipendien erhält und einen Sommerjob bei einem Lastwagenhersteller hat. „Das Leben ist teuer genug, da sollte der Strom wenigstens günstig sein. Und Yello ist günstig. Dabei aber auch irgendwie anders als andere Stromfirmen. Sympathisch und fix – ging alles ruck, zuck. Als ob die sich nur um mich kümmern würden.“

Der Yello-Preis ist einfach und gut: nur ein Preis pro Kilowattstunde, kein monatlicher Grundpreis, kein Tarif-Wirrwarr. Der tolle Service ist im Preis mit drin. Deshalb auch der Claim in Schweden: „Bra enkelt.“ – Einfach gut.

Zudem bietet Yello seinen Kunden die Garantie, dass der Preis ein Jahr lang nicht steigt. Damit bindet Yello sich, aber nicht die Kunden, denn die sind weiter frei. „Dieses Angebot gibt es sonst nicht auf dem schwedischen Markt“, erklärt Peter Vest. Feste Preise haben schwedische Stromkunden sonst nur, wenn sie sich längerfristig, in der Regel ein bis drei Jahre, an ihren Stromanbieter binden.

Aber der gute Preis ist nur die eine Seite der Medaille, sagt der Yello-Geschäftsführer: „Die Kunden kommen ja auch zu uns, weil wir ihnen etwas bieten, was sie woanders nicht immer bekommen: Sie wollen sich gut aufgehoben wissen, rundherum zufrieden sein. Wenn wir einen guten Service bieten, bleiben die Kunden bei uns. Das ist unsere Erfahrung auch in Deutschland. Wer einmal entdeckt hat, dass Strom gelb ist, will keine andere Farbe mehr.“

4. September 2007. Null Uhr. „Kann ich denn wirklich nachts mit euch über Strom reden?“, fragt eine Anruferin um Mitternacht bei der Yello-Hotline. „Ja klar, wir sind rund um die Uhr für Sie da. Viele Menschen sind tagsüber voll im Stress – wir richten uns eben einfach nach den Bedürfnissen unserer Kunden.“ Und dann erklärt die Kundenberaterin der verblüfften Anruferin alles, was sie wissen möchte rund um den gelben Strom.

Seit der Ölkrise in den Siebzigerjahren heizen viele Schweden mit Strom. „Die Stromheizung verbraucht heute die meiste Energie im Haus“, fasst Alva Andersson zusammen. Radiatoren beheizen die sechs Zimmer der Anderssons. Nachtspeicherheizungen sind in Schweden unbekannt. „Wenn es kalt ist, müssen wir heizen, und das geht halt nur mit Strom.“ Auch deshalb hofft Alva, dass Yello ihr, wenn sie erst einmal Kundin ist, noch den einen oder anderen Stromspartipp geben wird. „Viele Schweden schalten ihren Fernseher zum Beispiel nie aus, sondern lassen ihn im Stand-by-Betrieb laufen, weil sie meinen, der würde durch das häufige Ein- und Ausschalten schneller kaputtgehen.“ Und auch in puncto Spülmaschine hat Alva den Durchblick: Die verbraucht weniger Energie als Sohn Lars, wenn der das Geschirr von Hand spülen würde. Aber das ist ja sowieso eher Theorie.

3. Oktober 2007. Sieben Uhr. Das Kaffeewasser brodelt, Lars duscht mal wieder sehr ausführlich, und Filip schaut sich am PC die Nachrichten an. Das mit dem Strom ist erst mal geklärt. Der ist jetzt gelb. Alva hat sich heute Mittag eine Stunde freigenommen. Sie will durch Stockholms Boutiquen schlendern – denn sie weiß ja, dass ihre Stromrechnung jetzt niedriger ausfällt.

3. Oktober 2007. Zehn Uhr. Anders Olsson hat seinen Entwurf an der Technischen Hochschule mit Erfolg vorgestellt. Der Stress ist weg, Anders surft im Internet. Die Ergebnisse der deutschen Fußball-Bundesliga interessieren ihn, vor allem die von Werder Bremen, denn da spielt der Schwede Markus Rosenberg – auch das ein Beispiel für eine gute deutsch-schwedische Zusammenarbeit.

3. Oktober 2007. Zwölf Uhr. Im lichtdurchfluteten Büro von Yello kommen die Mitarbeiter zu einer Sitzung zusammen. Alle sind sich einig: „Geschafft! Die Ziele, die wir uns rund um den Marktstart gesetzt hatten, sind erreicht!“ Der Strom vieler Schweden ist jetzt „gul“ – also gelb. Eben Yello.

Klimawandel contra Wirtschaftswachstum? Ökonomische Perspektiven der Erderwärmung.

Unzählige Forscherteams, Organisationen – von der UNO bis zu kleinsten Verbänden – produzieren Studien, Perspektiven, Szenarien des Klimawandels. Keine internationale Konferenz, auf der nicht über das Klima ernsthaft diskutiert wird. Alle Welt sucht nach Wegen aus erwartbaren Problemen, man entwirft Verträge, formuliert Verpflichtungen, prüft politische Machbarkeit. Und ökonomische Konsequenzen werden analysiert. Welche Kosten, welche Investitionen sind sinnvoll, ökonomisch und ökologisch betrachtet? Wie können wir Klima- und Umweltschutz gestalten, sodass es keine Verwerfungen gibt und das Wirtschaftswachstum gehalten oder sogar gesteigert werden kann?

Deutschland als Vorreiter?

Vor dem Weltforum der UNO-Generalversammlung im Herbst 2007 forderte Angela Merkel konsequenten Klimaschutz. Untersuchungen zeigten, dass ein ungebremster Klimawandel den Wohlstand in der Welt um 5 bis 20 Prozent verringern würde. Konsequenter Klimaschutz koste etwa 1 Prozent des Wohlstands. „Klimaschutz ist also auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft", rechnete die Kanzlerin auf dem UNO-Klimagipfel vor. Bei Investitionen in klimafreundliche Technologien warb sie für zuverlässige Rahmenbedingungen. Die Industrieländer müssten hier Vorreiter sein und zeigen, wie sie die ambitionierten Reduktionsziele erreichen wollten. „Für mich ist das eine moralische und eine wirtschaftliche Notwendigkeit", sagte die Bundeskanzlerin.

Man kann den heftigen moralischen Impuls verstehen. Aber die Basis für alle ökonomischen und politischen Aktivitäten sowie Entscheidungen im rasch heraufziehenden Zeitalter des Klimawandels muss sein: Vorsichtige Annäherung, kühle Analyse, genaueste Abwägung der Wirksamkeit eingesetzter Technologien, ideologiefreie Vermessung der Kosten-Nutzen-Fläche. Es geht dabei – alles in allem – um eine einzige entscheidende Frage: Können wir heute schon eine Überlebensstrategie für morgen entwerfen? Und: Wer ist „wir"? Deutschland? Was bedeuten globale Herausforderung und Handlungsdruck, wenn nur die einen mitziehen, die anderen aber den Kyoto-Verpflichtungen den Rücken kehren, wie die USA als größter Verweigerer? Wie ist dem Klimawandel sinnvoll zu begegnen, wenn einzelne Länder ihre Wettbewerbsvorteile von heute durch aktive Teilnahme an Klima- und Umweltschutzprogrammen von morgen zu verlieren glauben? Oder, noch prekärer: Wenn sie sich durch Verweigerung wachsende Wettbewerbsvorteile verschaffen wollen, zulasten der klimaschützenden Volkswirtschaften.

Die Verweigerer – oder sagen wir: die auf Zeit Spielenden – wollen weiter von der Globalisierung, dem grenzenlosen Weltmarkt profitieren; sie blenden aus, dass Klima, Erderwärmung, das absehbare Ende von Ressourcen wie Öl, Gas, Kohle in ihrer Wirkungsmächtigkeit globalisiert sind. Keiner wird verschont. Der Klimawandel hat – dem Tod vergleichbar – einen elementaren Gerechtigkeitseffekt: Vor beidem sind alle gleich. Es ist mithin nur eine Frage der Zeit, bis sich wirklich alle – Verweigerer, Zögernde, Zweifelnde oder Ignoranten – der Lösung des Problems stellen müssen, wie eine umweltschonende Verwendung endlicher Ressourcen mit der Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Prosperität nebst gesicherter Energieversorgung gekoppelt werden kann.

Der Weg zu einer machbaren Klima und Wirtschaft schonenden Strategie muss aber in Begleitung von Pragmatismus und Realismus gefunden werden. Deutschland ist fast schon historisch Vorreiter, Taktgeber und so etwas wie ein politischer Sponsor für ein Klimaschutzprogramm, dem es zum internationalen Durchbruch verhelfen will – ja, sogar muss. Doch was, wenn es Deutschland nicht gelingt, andere von dieser Idee zu überzeugen? Eine Befürchtung, die den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) umtreibt. In seiner Initiative „Wirtschaft für Klimaschutz", an der unter anderem Bosch, BASF, EnBW, E.ON und RWE beteiligt sind, wird denn auch zur Reduzierung von CO_2 in einem „global gültigen, ambitionierten und umfassenden politischen Rahmen" gesprochen.

Dem Begriff „global“ werden hierbei besondere Bedeutung und Gewicht beigemessen – mit dem unverkennbaren Charakter einer Grundbedingung. Dahinter steht die durchaus realistische Furcht, bei europäischen oder deutschen Alleingängen Wettbewerbsnachteile beträchtlichen Umfangs auf den Weltmärkten einstecken zu müssen, zum Beispiel gegenüber den USA oder China.

Die Geschwindigkeit, mit der Chinas Rohstoff- und Energiehunger wächst, und Wachstumsraten von über 9 Prozent pro Jahr sind beeindruckend. Ebenso imponierend: ein gigantisches Devisenpolster, Exportrekorde, weltweite Investitionen in Rohstofflieferanten und global agierende Fonds. Ein Aktienboom ohnegleichen, Shanghai als glitzernd-moderne Metropole, ein Transrapid in voller Fahrt und dann als Krönung: Olympia 2008. Damit werden aber auch Fragen nach den Menschenrechten, der Produktpiraterie, der Presse- und Meinungsfreiheit immer lauter und kritischer gestellt – in China und vor allem aber im Ausland – und nach dem Klima.

Das Klima, nicht nur das politische, drängt immer stärker als gravierendes Problem des Landes in das chinesische Bewusstsein. Olympische Spiele im Pekinger Smog, weltweit per TV ausgestrahlt, Absetzung von Wettbewerben wegen unzumutbarer Luft- und Lichtverhältnisse . . . Das ist noch nicht alles, was während Olympia aus Peking und aus dem Land berichtet werden wird: Böden und Wasser verseucht, permanente Überschwemmungen, vergiftete Lebensmittel, einstürzende Gebäude und Brücken, belastetes Spielzeug, gesundheitsgefährdende Medikamente, Mängel bei exportierten Werkzeugen oder Elektrogeräten. Erst die große Bühne Olympia 2008 holt all die längst bekannten Umweltschäden, Probleme, Nachlässigkeiten und Vertuschungsversuche ins grelle Scheinwerferlicht. Vor die Augen eines televisionär teilhabenden Weltpublikums. Das ist der Trojanisches-Pferd-Effekt – auch und gerade in der Klimadebatte.

So sitzt also China als Hauptgewinner der Globalisierung in deren Falle. Auf offener Bühne, so offen wie nie zuvor. Genau das aber könnte der Wendepunkt chinesischer Wirtschafts-, Klima- und Umweltpolitik sein. Pekings politischer Führung wird nicht entgehen, wie die Zukunftsszenarien in Sachen Klimawandel aussehen. Sie wird wissen, dass auch für sie die Erkenntnis gilt, wonach die Kosten der umwelt- und klimabedingten Schäden um ein Vielfaches höher sein werden als der ökonomische Nutzen ihrer Ignoranz. Auch chinesisches Roulette ist ein gefährliches Spiel.

Der jetzt schon aufgelaufene Reparaturbedarf der bekannten Umweltschäden in China ist gewaltig, und so kommt Bewegung ins Spiel: Peking hat sich erstmals verpflichtet, an einer Nachfolgeregelung für das Kyoto-Protokoll der Vereinten Nationen zum Klimaschutz mitzuarbeiten. Als Begleiter haben die Chinesen auch gleich die Japaner mit ins Boot geholt, die dafür China beim Bau und sicheren Betrieb von Kernkraftwerken helfen sowie Technologien zur effizienten Energienutzung fördern werden.

Rechnet sich der Klimaschutz?

Ein Anfang ist gemacht. China kann dem Druck, aber auch der Einsicht nicht widerstehen, als zweitgrößter Emittent von Treibhausgasen bei der Suche nach einer weltweiten Klimaschutzstrategie mitzuwirken. Es ist durchaus keine abstruse Vision, dass China schon aus purem ökonomischen Eigeninteresse und innenpolitischem Zwang die Klimaschutz-Poleposition in diesem Rennen von Deutschland übernehmen wird. Denn um zukunftsfähig zu bleiben, kommt es nicht umhin, auch andere als die üblichen Rohstoffe ins Land zu holen. „Rohstoffe" in Form von Umwelttechnologien, ohne die China weder alte Schäden beheben noch neue verhindern kann.

Zum Klimagipfel der Vereinten Nationen im Herbst 2007 stellte der Direktor des UNO-Umweltprogramms (UNEP) Achim Steiner fest: „China ist heute mit 10 Prozent der gesamten erneuerbaren Energieinvestitionen am Weltmarkt beteiligt. Die größten fotovoltaischen Firmen (zur netzunabhängigen Stromversorgung) stehen bereits oder werden bald in China stehen – nicht in Europa oder Nordamerika."

„Die Kosten des Klimaschutzes sind deutlich geringer als die Kosten des Klimawandels", sagte Claudia Kemfert, die Energieexpertin des DIW.

Der frühere Weltbankchefökonom Nicholas Stern ist der Auffassung, dass die schlimmsten Folgen durch international abgestimmtes Handeln abgewehrt werden können. 350 Milliarden Dollar seien dafür nötig, die auch gleichzeitig der Weltwirtschaft mittels zielgerichteter Umweltinvestitionen bis 2050 insgesamt einen Profit von 2,5 Billionen Dollar brächten.

Die Stern-Studie prognostiziert, dass der Wirtschaft trotz schmerzender Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels sehr bald – zum Teil auch schon heute – beträchtliche neue Chancen geboten werden. Die gerade entstehenden, rasch wachsenden Märkte für kohlenstoffarme Energietechnologien sowie emissionsreduzierende Produkte und Dienstleistungen sind ein Beleg dafür. Auf Hunderte von Millionen Dollar jährlich schätzt Stern das Wachstum dieser Märkte, mit entsprechendem Anstieg der Beschäftigung. Fazit hier: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen keineswegs vor der Alternative, sich entweder für eine Verhütung der Erderwärmung oder für die Förderung des Wachstums nach bekanntem Muster zu entscheiden.

Eine im Auftrag des Bundesumweltministeriums von Roland Berger erstellte Studie stellt fest: „Im Jahr 2020 wird die Umweltbranche mehr Mitarbeiter ernähren als der Maschinenbau oder die Autoindustrie."

Schon jetzt ist eine erfolgversprechende innovative Energietechnologie auf der Basis sich allmählich verändernder volkswirtschaftlicher Strukturen und Unternehmensstrategien möglich. Das Wirtschaftswachstum kann von den Treibhausgasemissionen abgekoppelt werden, ohne dass Wachstumsverluste zwangsläufig wären. Allerdings werden nur bei konsequenter globaler Umsetzung von Klimaschutzprogrammen Wachstumsimpulse nicht abgewürgt. Dazu sind natürlich politische Maßnahmen auf Ebene der Vereinten Nationen nötig. Aber: Der Knoten wird erst durchhauen, wenn die Märkte die Risiken begreifen und auf die Wachstumschancen setzen. Klimaschutz muss den Ideologen und realitätsfreien Moralaposteln entwunden werden; nur über die Ökonomie wird er machbar. Diese Einsicht erlebt eine erfreuliche Konjunktur: Klimaschutz ist, so Greenpeace, mit Wirtschaftswachstum vereinbar. Der Klimaforscher Hans-Joachim Schellnhuber, Chef des Potsdamer Klimafolgenforschungsinstituts, sieht im Klimawandel sogar einen „Motor für Reformen, die die Menschheit ohnehin bewältigen muss".

Erleben wir unser grünes Wirtschaftswunder?
Nicht nur im deutschen Umweltministerium spricht man von der „dritten industriellen Revolution". Sie hat es möglich gemacht, dass die grüne Technologie mit derzeit rund 4 Prozent des gesamten deutschen Industrieumsatzes ihre Rolle des Nischenanbieters abstreift, um in die eines immer stärker werdenden Wachstumsmotors zu wechseln. Ein grünes Wunder, schon bald zu bestaunen im Jahr 2020, in dem „Green Tech – made in Germany" ein Zehntel des mit 2.200 Milliarden Euro bezifferten Weltmarkts ausmachen wird.

Nach der Roland-Berger-Studie erwirtschaften deutsche Unternehmen bei Abfallverwertungstechnologien, Energie-, Kraftwerks- und Antriebstechniken, effizienten Haushaltsgeräten, bei nachhaltigen Verkehrssystemen und der Aufbereitung von Wasser inzwischen 5 bis 30 Prozent des weltweiten Umsatzes. Tendenz auch hier steigend, weil der sich abzeichnende globale Boom der Öko-Energien ständig neue Möglichkeiten, vor allem im Export, eröffnet. Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) geht davon aus, dass bereits 2010 ein Drittel des gesamten Branchen-Umsatzes von 45 Milliarden Euro auf den Export entfallen werde. Und allen voran stürmt die Windenergie, die zwei Drittel ihres Geschäfts im Ausland macht. In respektvollem Abstand noch gefolgt von Solar- und Biogas-Unternehmen.

Nicht nur diese Entwicklung, sondern die sich bewegende geopolitische und gesellschaftliche Situation in Sachen Klimaschutz lassen den so lange in skeptisch-kritischer Distanz verharrenden BDI zum Optimisten mutieren. Die Verbreitung klimaschonender Technologien eröffnet dem „Weltmarkt- und Innovationsführer" Deutschland große Chancen für Wachstum und Beschäftigung, so der BDI. Wie der Weg zu diesen Chancen aussehen kann, diese Frage zieht sich wie ein roter Faden durch alle seriösen Studien zu den ökonomischen Folgen des Klimawandels. Und dieser Weg ist umso sicherer, je früher moderne, umweltfreundliche, hocheffiziente Technologien eingesetzt werden, zu denen allerdings auch die Entwicklungs- und Schwellenländer Zugang haben müssen.

Diese Erkenntnis komprimiert die deutsche Bundesregierung zu der nachvollziehbaren Feststellung: „Wer in Umwelttechnik investiert, investiert in die Zukunft und wird umweltpolitisch wie wirtschaftlich erfolgreich sein." Und der World Wide Fund For Nature (WWF) erkennt beim Blick in die Zukunft zum Beispiel eine Erfolgsstory unseres Grenznachbarn im Osten: Polen. Die „grünen Energien" könnten Polen bis zu 40.000 neue Jobs bescheren, wenn die Warschauer Regierung dafür gesetzliche Bedingungen schaffe. Auf die gesamte EU bezogen, liegt allein für die Produzenten von Windrädern, Solar- und Biogasanlagen ein Markt von 18 bis 40 Milliarden Euro vor der Haustür. Bayern, mit Blick auf seinen Nachbarn Tschechien, hat errechnet, dass dort in den nächsten 10 Jahren bis zu 10 Milliarden Euro in die Bereiche Umwelt und erneuerbare Energien investiert werden müssen, mit entsprechenden neuen Arbeitsplätzen. Die wird es auch geben, weil gemäß einer Studie der Internationalen Energieagentur (IEA) die erneuerbaren Energien im Jahr 2050 die Kernenergie an Bedeutung eingeholt haben werden. Sonne, Wind, Wasserkraft, Erdwärme, Biomasse, Wellen- und Gezeiten-Energien könnten bis dahin gut ein Drittel der weltweiten Stromerzeugung übernehmen.

Wohlklingende Zukunftsmusik oder Visionen ohne Realitätsbasis?
In einem viel beachteten und von der UNO als inspirierend gelobtem Szenario des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) wird Wachstumsskeptikern eine Antwort gegeben: „Ein klimaverträgliches Energiesystem", so das DLR, „ist kein Traum, sondern technisch machbar und wirtschaftlich darstellbar." Und weil nur „wirtschaftlich Darstellbares", vor allem Wachstum und Rendite Verheißendes, auf den Finanzmärkten den Duft des Erfolgs verströmt, haben diese den Klimawandel für sich als Wachstumsmarkt entdeckt. Gelder fließen in Fonds, die in grünen Energien engagiert sind, immer mehr Anlage- und Finanzprodukte mit der Aufschrift „Umwelttechnologie" finden immer mehr Käufer. Die Nachfrage wächst mit dem Druck auf börsennotierte Unternehmen, ein Klima-, Umwelt- oder ein grünes Profil durchscheinen zu lassen. Bonitätsbeurteilungen haben immer öfter auch Klimaschutzkriterien im Visier. Schwere Zeiten für Emissionsproduzenten.

Die Chancen, mit dem Klimawandel Geld zu verdienen, sind also erkannt, sogar in den USA und Indien. Grenzen des Wachstums dagegen sind nicht in Sicht. Bei einem Blick zurück ist zu erkennen, dass die intellektuellen und innovativen Fähigkeiten des Menschen stets die Grenzen des Wachstums durchstießen, sie sogar ständig weiter zogen. Nur so konnten die gewaltigen Umbrüche vom Agrar- zum Industriezeitalter, von dort in die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft ohne allzu große gesellschaftliche und ökonomische Verwerfungen geschafft werden. Ökonomische Umbrüche und Einschnitte, absehbare oder bereits eingetretene Naturkatastrophen wie die große holländische Flut erfordern von den handelnden Unternehmen Umdenken, Strategiewechsel, Neuausrichtung, veränderte Kursbestimmung, bei Investitionen zum Beispiel. Alternative Energieträger stehen längst auf den Einkaufs- und Beteiligungsagenden der Energiewirtschaftskonzerne. Neue Allianzen, Kooperationen bis hin zu Fusionen, sind die Reaktion auf die ökonomisch-ökologische Herausforderung.

Unser Autor, der freie Publizist Hans-Jürgen Speitel, war lange Jahre führender Wirtschaftsredakteur beim Westdeutschen Rundfunk (WDR) in Köln. In diesem Essay formuliert er seine persönliche Analyse der Auswirkungen des Klimawandels auf die Wirtschaft.

Gerade in Zeiten der weltweiten Anstrengungen gegen den Klimawandel steht die EnBW zur Kernkraft. Wir wissen: Sie ist eine wichtige, sie ist eine sichere, sie ist eine wirtschaftliche und klimaschonende Form der Energieerzeugung. Sie ist noch viele Jahre notwendig.

Zusammengefasster Lagebericht des EnBW-Konzerns und der EnBW AG

50 Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit

- 50 Struktur
- 55 Produkte, Markt und Wettbewerb

59 Konzernstrategie

62 Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

- 62 Gesamtwirtschaftliche Situation
- 62 Energiepolitik
- 65 Regulierung der Strom- und Gasmärkte
- 66 Marktsituation

72 Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns

- 72 Prognoseabweichungen
- 72 Umsatz und Absatz
- 73 Ergebnis und Geschäftsverlauf
- 76 Neutrales und Adjusted Ergebnis
- 76 Investitionen, Akquisitionen und Desinvestitionen
- 78 Finanzierung
- 82 Cashflow-Rechnung
- 82 Nettoschulden
- 82 Bilanzstruktur des EnBW-Konzerns
- 82 Unternehmenssituation der EnBW AG
- 86 Vermögenslage der EnBW AG
- 86 Ergebnis der EnBW AG und Dividende
- 86 Anmerkungen zur Berichtsweise
- 86 Schlusserklärung über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

87 Nachtragsbericht

87 Angaben nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

89 Vergütungsbericht

90 Wertorientierte Steuerung

93 Mitarbeiter

96 Forschung & Entwicklung und Innovation

101 Risikomanagement

107 Prognosebericht

Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit

Das operative Geschäft des EnBW-Konzerns wird durch die EnBW AG geführt. Es unterteilt sich für die Bereiche Strom und Gas entsprechend der jeweiligen Wertschöpfungskette. Das dritte Geschäftsfeld umfasst die Bereiche Energie- und Umweltdienstleistungen. EDF und OEW sind Hauptanteilseigner.

Struktur

EnBW-Konzern

Die EnBW konzentriert sich bei ihren Kernaktivitäten auf die Geschäftsfelder Strom, Gas sowie Energie- und Umweltdienstleistungen. Im Geschäftsfeld Strom decken wir sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette ab: Erzeugung, Handel, Transport und Verteilung sowie Vertrieb.

Das Geschäftsfeld Gas beinhaltet die Ferngasstufe (Midstream) mit Importverträgen und -infrastruktur, Speicherung, Handel/Portfoliosteuerung sowie die Verteilstufe (Downstream) mit Transport/Verteilung und Vertrieb.

Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen sind die Bereiche thermische und nicht thermische Entsorgung, Wasser sowie energienahe und sonstige Dienstleistungen enthalten. Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich durch die Veräußerung der U-plus-Gruppe.

Über diese drei Geschäftsfelder berichten wir gesondert in der Segmentberichterstattung.

Der Hauptsitz des EnBW-Konzerns ist in Karlsruhe. Die zentralen Verwaltungsgebäude sind in Karlsruhe und Stuttgart angesiedelt. Die wesentlichen Standorte des Konzerns, unsere Kraftwerke, Verteilungsanlagen, Regional- und Betriebszentren sowie Vertriebsniederlassungen und -abwicklungszentren sind in ganz Baden-Württemberg verteilt; weitere Vertriebsniederlassungen betreiben wir deutschlandweit. Darüber hinaus hält die EnBW Beteiligungen in Dresden, Düsseldorf, der Schweiz, Österreich, Ungarn, Tschechien und Polen. Die wesentlichen Beteiligungen der EnBW AG sind im Jahresabschluss dargestellt.

EnBW AG

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG übt als operative Holding die Leitungsfunktion im EnBW-Konzern aus. Mit wesentlichen Tochtergesellschaften der EnBW AG bestehen Ergebnisabführungsverträge. Darüber hinaus besteht für die EnBW AG ein zentrales Finanz- und Liquiditätsmanagement.

Da der Geschäftsverlauf, die wirtschaftliche Lage und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der EnBW AG nicht von dem Geschäftsverlauf, der wirtschaftlichen Lage und den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des EnBW-Konzerns abweichen, haben wir den Lagebericht des EnBW-Konzerns und der EnBW AG zusammengefasst.

Die Aktionärsstruktur der EnBW blieb im Geschäftsjahr 2007 im Wesentlichen unverändert. Die beiden Hauptanteilseigner, Electricité de France (EDF) und Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW), halten seit der letzten Anpassung am 8. April 2005 unverändert je 45,01 % der EnBW-Aktien.

Die Aktionärsstruktur der EnBW stellte sich im Einzelnen zum 31. Dezember 2007 wie folgt dar*:

EDF International SA (EDFI)	45,01 %
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW)	45,01 %
EnBW Energie Baden-Württemberg AG	2,30 %
Streubesitz	1,79 %
Badische Energieaktionärs-Vereinigung	2,59 %
Gemeindeelektrizitätsverband Schwarzwald-Donau	1,28 %
Landeselektrizitätsverband Württemberg	0,54 %
Neckarelektrizitäts-Verband	0,48 %
Weitere kommunale Aktionäre	1,00 %

* Werte auf zwei Kommastellen gerundet.

EnBW-Konzern[1]

Strom

Erzeugung	Handel/Beschaffung	Transport und Verteilung[2]	Vertrieb
EnBW Kraftwerke AG EnBW Kernkraft GmbH	EnBW Trading GmbH	EnBW Transportnetze AG EnBW Regional AG	EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH Yello Strom GmbH

Gas

Importverträge und -infrastruktur	Speicher	Handel Portfoliosteuerung	Transport und Verteilung[2]	Vertrieb
EnBW AG[3]	EnBW AG[4] Gasversorgung Süddeutschland GmbH EnBW Gas GmbH	EnBW Trading GmbH Gasversorgung Süddeutschland GmbH EnBW Gas GmbH	Gasversorgung Süddeutschland GmbH EnBW Gas GmbH	Gasversorgung Süddeutschland GmbH EnBW Gas GmbH EnBW Vertriebs- und Service-gesellschaft mbH Yello Strom GmbH[5]
Ferngasstufe			Verteilstufe	

Energie- und Umweltdienstleistungen

Gesellschaften mit Querschnittsfunktion:

EnBW Energy Solutions GmbH

EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH

[1] Die Grafik zeigt die Kerngesellschaften der EnBW. Detaillierte Angaben zu unseren wesentlichen Beteiligungen finden Sie ab Seite 202.
[2] Die netzbetreibenden Gesellschaften sind entsprechend den Unbundling-Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes als unabhängige Netzbetreiber aufgestellt.

Projekte:
[3] LNG-Terminal in Rotterdam.
[4] Gasspeicher in der Region Etzel.
[5] Gasvertrieb an Haushaltskunden.

Wesentliche Gesellschaften der EnBW im Überblick

Geschäftsfeld Strom

Die **EnBW Kraftwerke AG** betreibt den überwiegenden Teil des EnBW-Kraftwerksparks und verfügt mit eigenen und teileigenen Kraftwerken, Beteiligungen und langfristigen Kraftwerksbezugsverträgen über ein ausgewogenes Erzeugungsportfolio aus Kernenergie, Kohle, Gas, Wasser und sonstigen erneuerbaren Energieträgern.

Die **EnBW Kernkraft GmbH** ist für die Betriebsführung der Kernkraftwerke an den Standorten Neckarwestheim, Philippsburg und Obrigheim zuständig.

Die **EnBW Trading GmbH** ist für das Risikomanagement der Wertschöpfungskette Energie (Erzeugung, Handel, Vertrieb) verantwortlich. Diese Aufgabe bedingt den Handel mit physischen und finanziellen Handelsprodukten, also sowohl bilaterale Verträge mit Handelspartnern im In- und Ausland als auch Geschäfte an den europäischen Börsen. Dies gilt sowohl für Strom als auch für fossile Brennstoffe und CO_2.

Die **EnBW Transportnetze AG (TNG)** betreibt das Übertragungsnetz der EnBW (380 kV und 220 kV) und sorgt für einen transparenten und diskriminierungsfreien Marktzugang aller Marktteilnehmer. Darüber hinaus hat die TNG als einer der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber die Verantwortung für die Systemsicherheit und Systembalance innerhalb der TNG-Regelzone (Baden-Württemberg und Vorarlberg/Österreich).

Die **EnBW Regional AG** betreibt das Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetz der EnBW (110 kV, 20 kV, 0,4 kV). Sie sorgt dafür, dass Erdgas sicher durch das Rohrnetz zum Kunden gelangt, und versorgt in der Landeshauptstadt Stuttgart rund 600.000 Bürger mit Trinkwasser. Sie ist verantwortlich für die Beziehungen zu den Kommunen sowie für das Management der Geschäftsbeziehungen zu Stadtwerken in Baden-Württemberg. Zudem erbringt sie netznahe und kommunale Dienstleistungen in den Bereichen Strom, Gas, Wasser, Wärme und Telekommunikation.

Die **EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH** vertreibt Energie (Strom, Gas und Fernwärme), Wasser sowie Energie- und Servicedienstleistungen an Industrie-, Gewerbe- und Privatkunden, Stadtwerke und Kommunen.

Die **Yello Strom GmbH** vertreibt deutschlandweit Energie an Privat- und Gewerbekunden sowie das Telefonieprodukt Yello Tel.

Geschäftsfeld Gas

Die **EnBW Trading GmbH (ETG)** ist als Eigenhändler an nationalen und internationalen Handelspunkten aktiv und treibt die Entwicklung dieser Märkte voran. Darüber hinaus baut die ETG das Management von Preis- und Mengenrisiken für Konzerngesellschaften in dem sich entwickelnden Großhandelsmarkt weiter aus. Auch die Optimierung der Gasbezüge für konzerneigene Gaskraftwerke gehört zu ihren Aufgaben.

Die **Gasversorgung Süddeutschland GmbH (GVS)** zählt zu den großen deutschen Gasgesellschaften. Sie beliefert vor allem Stadtwerke und Industriekunden. Die GVS Netz GmbH übt seit Mitte 2007 die Netzbetreiberfunktion aus. Zusammen mit der Eni Gas Transport Deutschland bietet die GVS Netz GmbH ihren Kunden in einem eigenen Marktgebiet alle Dienstleistungen rund um den Gastransport an. So werden über etwa 1.900 Kilometer lange Hochdruckleitungen direkt und indirekt rund 750 Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg mit Erdgas versorgt. Darüber hinaus wird Gas auch noch nach Liechtenstein, Vorarlberg und in die deutschsprachige Schweiz transportiert und zum Teil geliefert. Die GVS verfügt über Speicherkapazitäten zur Portfoliosteuerung.

Die **EnBW Gas GmbH** ist mit über 245.000 Kunden der größte Gasversorger in Baden-Württemberg. Den Absatzschwerpunkt der EnBW Gas GmbH bildet der Großraum Stuttgart. Das Versorgungsgebiet erstreckt sich vom Schwarzwald über die Schwäbische Alb bis nach Hohenlohe. Viele andere Regionen Baden-Württembergs versorgt die EnBW Gas GmbH indirekt über ihre Tochtergesellschaften. Die Gesellschaft betreibt eigene Erdgasspeicher. Der Betrieb des Transport- und Verteilnetzes sowie die Wahrnehmung aller Aufgaben des Verteilnetzbetreibers Gas gemäß Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) erfolgt durch die 100 %-Tochter EnBW Gasnetz GmbH.

Die **Yello Strom GmbH** vertreibt im Rahmen eines Pilotprojekts Gas an Privatkunden in Essen und Nürnberg.

Die **EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH** trägt als Dienstleisterin für die EnBW Gas GmbH wesentlich zu den Vertriebstätigkeiten für Privat-, Industrie- und Weiterverteilerkunden bei.

Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen

Die **EnBW Energy Solutions GmbH** erbringt im Rahmen von Contractingmodellen energienahe Dienstleistungen. Als Partner der Industrie plant, finanziert und bewirtschaftet sie Energieerzeugungsanlagen und Medieninfrastrukturen und beliefert ihre Kunden mit Nutzenergien wie Dampf, Kälte, Druckluft und eigenerzeugtem Strom.

Die **EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH** ist interner Supportgeber des EnBW-Konzerns mit umfangreichen Beratungs- und Dienstleistungsfunktionen.

Die **T-plus GmbH** hat bis zur Jahresmitte 2007 in eigenen mechanisch-biologischen Anlagen sowie ganzjährig in konzerneigenen und konzernfremden thermischen Anlagen innerhalb und außerhalb von Baden-Württemberg die Hausmüll- und Restabfälle von rund 3 Mio. Einwohnern aus Baden-Württemberg entsorgt; bezogen auf die Tonnage der kommunalen Abfälle zur Beseitigung hält sie hier einen Marktanteil von rund 30 %. Künftig wird sich die T-plus GmbH im Wesentlichen mit der Absteuerung und der thermischen Entsorgung ihrer kontrahierten Abfallmengen sowie mit der Akquise neuer Abfallgeschäftsfelder zur thermischen Entsorgung im Rahmen ihrer vertraglich gebundenen Entsorgungskontingente beschäftigen.

Strombereitstellung des EnBW-Konzerns nach Primärenergieträgern in %	**2007**	**2006**
Fossile und sonstige Energien	16,1	19,3
Kernenergie	27,3	34,0
Erneuerbare Energien[1]	16,7	16,3
Primärenergie nicht bekannten Ursprungs	39,9[2]	30,4

[1] Analog der Ausweisung nach §42 EnWG.
[2] Gegenüber Vorjahr gestiegen, da am Markt beschaffte Strommenge angestiegen ist.

Erzeugungsportfolio des EnBW-Konzerns Elektrische Leistung in MW	**2007**	**2006**
Kernkraftwerke (inkl. EDF-Verträge)	4.842	4.843
Konventionelle Kraftwerke	6.620	6.579
Laufwasser- und Speicherkraftwerke	3.415	3.354
Sonstige erneuerbare Energien	86	35
Gesamt	**14.963**	**14.811**

Stromkreislängen des Übertragungsnetzes des EnBW-Konzerns[1] in km	**2007**	**2006**
Höchstspannung 380 kV	1.992	1.958
Höchstspannung 220 kV	1.787	1.787

[1] Einbezogene Gesellschaften: EnBW Transportnetze AG und Energiedienst Holding AG.

Stromkreislängen des Verteilnetzes des EnBW-Konzerns[1] in km	**2007**	**2006**
Hochspannung 110 kV	9.796	9.810
Mittelspannung 30/20/10 kV	48.571	48.237
Niederspannung 0,4 kV	103.004	102.334

[1] Einbezogene Gesellschaften: EnBW Regional AG, EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG, ZEAG Energie AG, Stadtwerke Düsseldorf AG, ENSO Strom Netz GmbH und Pražská energetika a.s.

Vorstand
Der Vorstand der EnBW AG besteht zum 31. Dezember 2007 aus sechs Mitgliedern, denen die gemeinschaftliche Leitung des Konzerns obliegt. Der Vorstand verfolgt bei seiner Arbeit das Ziel einer nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswerts.

Neben dem Ressort des Vorstandsvorsitzenden sind die Aufgaben des Vorstands in die Ressorts „Operations", „Personal, Recht und IT", „Finanzen", „Marketing und Vertrieb" sowie „Technik" gegliedert. Die Mitglieder des Vorstands sind im Jahresabschluss aufgeführt.

Im Ressort des Vorstandsvorsitzenden sind insbesondere die strategischen, aktionärsbezogenen, gesellschaftlichen, politischen und konzernübergreifenden Themen angesiedelt. Des Weiteren sind Unternehmenskommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Mergers and Acquisitions sowie Revision diesem Vorstandsbereich zugeordnet.

Dem vom stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden geführten Ressort Operations obliegt die Steuerung und Optimierung der Aktivitäten und Beteiligungen entlang der Wertschöpfungsketten Strom und Gas sowie die Steuerung der energiewirtschaftlichen Aspekte der Regulierung. Darüber hinaus wird in diesem Ressort der Ausbau des Midstream-Gasgeschäfts weiterentwickelt und die Umsetzung durch Projekte in den Bereichen Gasverflüssigung und Gasspeicherung vorangetrieben. Weiterhin erfolgt hier in Zusammenarbeit mit dem Ressort Technik die Entwicklung von Kraftwerksneubauten. Im Ressort liegt auch die Verantwortung für die Führung der EnBW-Auslandsbeteiligungen in Mittel- und Osteuropa sowie die Contracting- und die damit verbundenen energienahen Dienstleistungsaktivitäten.

Das Ressort Personal, Recht und IT, dem auch die Funktion des Arbeitsdirektors zugeordnet ist, verantwortet die entsprechenden Querschnittsfunktionen. Es ist ferner zuständig für die Themen Risikomanagement, Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit, Liegenschaften und Wissensmanagement sowie für die rechtlich-regulatorischen Fragen des neuen Ordnungsrahmens, insbesondere Fragen bezüglich der Koordination von Regulierungsmanagement und Compliance Office.

Das Finanzressort steuert und koordiniert die konzernweiten Finanzaktivitäten. Diese umfassen neben Konzerncontrolling, Konzernrechnungswesen und Steuern auch die Themenfelder Konzernfinanzen und Investor Relations.

Das Ressort Marketing und Vertrieb verantwortet die Aufgabenfelder Entwicklung, Implementierung und Überprüfung der konzernweiten Marketingkonzeption für alle Geschäftsfelder, Produkte, Konzernmarken, Vertriebskanäle, Tochtergesellschaften und Beteiligungen sowie den Vertrieb von Energie, Energiedienstleistungen und sonstigen Produkten und Dienstleistungen.

Der Verantwortungsbereich des Technikressorts umfasst die technisch geprägten Geschäftsfelder und Aufgaben im Konzern. Dies sind in erster Linie Energieerzeugung (nuklear, fossil) und erneuerbare Energien sowie Entsorgung. Aufgabe des Technikressorts ist in Zusammenarbeit mit dem Ressort Operations auch die Umsetzung von Kraftwerksneubaumaßnahmen. Beim Technikvorstand liegt die Führung der entsprechenden Konzerngesellschaften. Darüber hinaus ist sein Ressort für Forschung und Entwicklung, Innovationsmanagement, das zentrale Krisenmanagement, Materialwirtschaft, Technik im Netzbereich sowie für den Umweltschutz im Konzern verantwortlich.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der EnBW AG besteht aus 20 Mitgliedern und ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz zu gleichen Teilen mit Anteilseigner- und Arbeitnehmervertretern besetzt. Die Anteilseignervertreter werden von der Hauptversammlung, die Arbeitnehmervertreter von den Mitarbeitern der EnBW-Gesellschaften gewählt, wobei drei Arbeitnehmervertreter von der Gewerkschaft ver.di nominiert werden. Der Aufsichtsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Führung seiner Geschäfte. Er ist in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden.

Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat enthält einen Katalog zustimmungspflichtiger Rechtsgeschäfte und Maßnahmen. Der Aufsichtsrat ist insbesondere zuständig für die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder und die Feststellung des Jahresabschlusses.

Zusammen mit dem Vorstand erörtert er regelmäßig die Geschäftsentwicklung, Planung und Strategie des Unternehmens. Zur optimalen Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat einen Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten, einen Finanz- und Investitionsausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss, einen Ad-hoc-Ausschuss zur Prüfung von Organhaftungsansprüchen gegen frühere Vorstandsmitglieder sowie den Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 des Mitbestimmungsgesetzes gebildet. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse ist auf den Seiten 28 und 29 dargestellt.

Produkte, Markt und Wettbewerb

Strom

In unserem Heimatmarkt Baden-Württemberg beliefern wir private Endverbraucher, Gewerbe- und Industriekunden, Kommunen und Stadtwerke unter der Marke EnBW mit Strom und Nah- und Fernwärme. Im nationalen Markt außerhalb Baden-Württembergs versorgen wir private Endkunden und Gewerbekunden unter der Marke Yello mit Strom und mittelständische Unternehmen sowie Filialkunden unter der Marke Watt mit Energie. Für die Betreuung von Industriekunden außerhalb Baden-Württembergs sind unsere Mitarbeiter in den nationalen EnBW-Niederlassungen und unsere Key-Account-Manager zuständig.

Generell ist der Markt von einer wachsenden Sensibilität der Kunden und einer entsprechend höheren Wechselbereitschaft geprägt. Nach einer Untersuchung des Verbands der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) wechselten von Januar bis August 2007 rund 7,3 % der privaten Verbraucher ihren Stromanbieter aus eigenem Antrieb; hinzu kamen rund 3 %, die durch einen Umzug wechselten. Rund 37 % der Haushalte haben seit Beginn der Liberalisierung einen anderen Tarif bei ihrem bisherigen Versorger gewählt; im Vergleich zu 2006 ist dies ein Anstieg um 4 %.

Im Bereich der Business-to-Business-Kunden hat der Wettbewerb weiter an Intensität gewonnen: Neben den großen Konzernen E.ON, RWE und Vattenfall Europe sind immer mehr Anbieter aus dem In- und Ausland auf dem Markt aktiv. Trotzdem hat die EnBW im Jahr 2007 ihre starke Wettbewerbsposition innerhalb Baden-Württembergs halten und im bundesweiten Rahmen leicht ausbauen können. Gründe hierfür sind insbesondere die gute Qualität von Beratung und Betreuung sowie die guten, zum Teil langjährigen Beziehungen zu den Kundenunternehmen.

Auch im Geschäft mit Privat- und Gewerbekunden (Business-to-Consumer-Kunden) ist eine deutliche Zunahme des Wettbewerbs zu beobachten. Der Markteintritt neuer Anbieter fand zu Beginn des Jahres große öffentliche Beachtung. Auch die verstärkte öffentliche Diskussion über die Energiepreise hat zu einer höheren Wechselbereitschaft der Verbraucher geführt.

Bei zunehmendem Wettbewerb ist es uns durch den Ausbau von Kundenservice und Kundenbindungsmaßnahmen gelungen, unsere starke Position in Baden-Württemberg zu behaupten.

Mit der gestiegenen Wettbewerbsintensität kann auch Yello die Kundenbasis weiter ausbauen und profitiert von der erhöhten Wechselbereitschaft. Im Hinblick auf Kundenanzahl, Kundenzufriedenheit und Markenbekanntheit steht Yello nach wie vor an der Spitze der deutschen Energieversorger.

Der von EnBW, Yello und Watt getestete intelligente Stromzähler stieß auf außerordentlich positive Resonanz bei den Kunden und in der Öffentlichkeit.

Gas

Das Gasgeschäft war im Jahr 2007 geprägt von einer Verschärfung des Wettbewerbs. Begünstigt davon, dass der Gasnetzzugang ausschließlich über das Zweivertragsmodell innerhalb der Marktgebiete erfolgt, zeigten insbesondere in Baden-Württemberg neben neuen Anbietern bereits etablierte Gasanbieter verstärkt Wettbewerbsaktivitäten.

Die Gasversorgung Süddeutschland GmbH (GVS) – ein 50:50-Joint-Venture der EnBW und der italienischen Eni S. p. A. – nutzte ebenso die Chancen des Wettbewerbs und gewann außerhalb des Marktgebiets erste Weiterverteiler beziehungsweise Industriekunden hinzu. Gleichzeitig verlor GVS auf der Handelsseite Kunden an neue Anbieter.

Der Wettbewerb um Haushaltskunden nahm ebenfalls Fahrt auf. Einige Unternehmen bieten nun auch in diesem Kundensegment bundesweit Erdgas an. Die Yello Strom GmbH bietet im Rahmen eines Pilotprojekts Haushaltskunden seit Oktober 2007 in Essen und Nürnberg Erdgas an.

Um den erfolgreichen Wachstumspfad auch bei zunehmendem Wettbewerb fortsetzen zu können und vor dem Hintergrund neuer gesetzlicher Anforderungen, überarbeitete die EnBW Gas GmbH im Jahr 2007 ihr Produktportfolio vollständig. Künftig soll auch Bioerdgas dazugehören, das in eigenen Anlagen produziert werden soll. Mit der Produktion und der Einspeisung von Bioerdgas in das Erdgasnetz der EnBW unterstreicht die EnBW ihre Entschlossenheit, den Anteil der erneuerbaren Energien in ihrem Erzeugungsportfolio konsequent auszubauen. Die technologisch innovative Erzeugung und Einspeisung von Bioerdgas ergänzt somit nicht nur das Produktportfolio im Gasbereich der EnBW, sondern sorgt auch mit Kooperationsmodellen für die nachhaltige Integration von Kommunen, Forschung und Landwirtschaft in Baden-Württemberg.

Des Weiteren setzte die EnBW Gas GmbH den von ihr im Jahr 2006 begonnenen Aufbau eines Gasnetzes im Heckengäu 2007 fort.

Die Stadtwerke Düsseldorf AG versorgt rund 120.000 Privatkunden und über 600 Großkunden mit Erdgas. Die Geschäftstätigkeit der Stadtwerke Düsseldorf AG im Segment Gas blieb im Vergleich zum Vorjahr stabil. Es gab keine nennenswerten Kundengewinne oder -verluste.

Die ENSO Erdgas GmbH beschafft und vertreibt Erdgas zur Versorgung ihrer Kunden in Ostsachsen. Vor dem Hintergrund des beginnenden Gas-zu-Gas-Wettbewerbs richtete die ENSO Erdgas GmbH ihre Vertriebsstrategie noch konsequenter auf Kundenbindung aus. Im Fokus stehen eine hohe Gesamtzufriedenheit durch eine stärkere kommunikative Betreuung, Serviceleistungen und nachfrageorientierte Produkte.

Im EnBW-Konzern kamen die Gasgesellschaften der im novellierten EnWG zum 1. Juli 2007 vorgesehenen rechtlichen Entflechtung (Legal Unbundling) des Gasnetzes von den übrigen Geschäftsaktivitäten nach. Das Geschäft des Gastransports und der Gasverteilung wurde auf neu gegründete, rechtlich selbstständige Netzbetreiber übertragen.

Für die Gasnetzbetreiber stand die Umsetzung des Netzzugangs gemäß § 20 Abs. 1b EnWG entsprechend der seit Juni 2007 gültigen Kooperationsvereinbarung im Vordergrund.

Strategische Neuausrichtung des Gasgeschäfts

Die Bedingungen im Gasmarkt haben sich grundlegend verändert. Die Liberalisierung wird auch in Zukunft immer weiter fortschreiten. Darüber hinaus werden historisch gewachsene Lieferbeziehungen und bestehende Abhängigkeiten auf Dauer Veränderungen erfahren. Markt und Wettbewerb kommen in Bewegung, neue Bezugsquellen tun sich auf.

Die EnBW hat damit begonnen, ihr Gasgeschäft konsequent auf das veränderte Marktumfeld auszurichten und die sich ihr bietenden Wachstumschancen im Geschäftsfeld Gas zu nutzen. Das bestehende Geschäft im Downstreambereich wird gestärkt. Darüber hinaus werden wir im Midstream einen neuen Geschäftsbereich aufbauen. Der Abschluss von Importverträgen und der Ausbau von Speicherkapazitäten stehen im Mittelpunkt unserer Bestrebungen.

Im Mai 2007 unterzeichnete die EnBW eine Vereinbarung, die uns langfristige Nutzungsrechte für Salzkavernen zur unterirdischen Gasspeicherung in der Region Etzel (Niedersachsen) einräumt.

Einen Monat später unterzeichneten die EnBW und 4Gas ein Memorandum of Understanding über den Aufbau einer strategischen Partnerschaft beim LNG-Terminalprojekt LionGas in Rotterdam. Darin geht es um Kapazitätsrechte und eine Kapitalbeteiligung.

Langfristige Ziele des EnBW-Konzerns sind eine unabhängige Beschaffung und der sichere Zugang zu der notwendigen Transport- und Speicherinfrastruktur.

Energie- und Umweltdienstleistungen

Energiedienstleistungen

Die EnBW Energy Solutions GmbH (ESG) erbringt im Rahmen von Contractingmodellen energienahe Dienstleistungen und zählt im Bereich Industrie zu den führenden Contracting-Gesellschaften in Deutschland. Als Partner der Industrie plant, baut, finanziert und betreibt die ESG dezentrale Anlagen zur Energie- und Medienversorgung. Der Fokus der ESG liegt auf Dampf- und Kraft-Wärme-Kopplungs-(KWK-)Projekten wie der effizienten Strom- und Dampferzeugung in Industriekraftwerken. Ebenso realisiert die Gesellschaft Gesamtkonzepte unter Berücksichtigung aller Medien im Rahmen von individuellen Standortbetreibermodellen.

Durch das mit der Klenk Holz AG gegründete Joint Venture hat die ESG ihre Biomasseaktivitäten im Jahr 2007 weiter ausgebaut und den Grundstein für weiteres Wachstum im Bereich Biomasse gelegt.

Entsorgung

Mit dem Verkauf des Sammel-, Transport- und Sortiergeschäfts der U-plus-Gruppe und der Schließung der beiden mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen (MBA) in Heilbronn und in Buchen 2007 liegt der Fokus der EnBW noch deutlicher auf den Geschäftsfeldern Strom und Gas. Innerhalb des Entsorgungsbereichs konzentrieren wir uns jetzt auf das Handling und die anlagenintensive Entsorgung von Abfall in thermischen Abfallbehandlungsanlagen. Diese Anlagen dienen einerseits der Entsorgung von Hausmüll vor allem kommunaler Kunden und andererseits der Strom- und Wärmeerzeugung.

Nachdem in Stuttgart-Münster 2007 zwei neue Kessel mit einer jährlichen Durchsatzleistung von jeweils 140.000 t in Betrieb genommen wurden, verfügt die EnBW mit dem Müllheizkraftwerk Stuttgart-Münster und der Müllverbrennungsanlage der Stadtwerke Düsseldorf über eigene thermische Entsorgungskapazitäten in Höhe von insgesamt circa 870.000 t jährlich. Darüber hinaus wurden mit Betreibern anderer Müllverbrennungsanlagen Verträge zur Entsorgung insbesondere von Hausmüll vereinbart.

Demgegenüber stehen langfristige Entsorgungsverträge zur thermischen Entsorgung mit Landkreisen und Städten in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, sodass die EnBW auch nach Schließung der beiden MBA die Entsorgungssicherheit für ihre kommunalen Partner gewährleistet.

Die abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen in der Landeshauptstadt Düsseldorf und in der Region bündelt die AWISTA Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung mbH (AWISTA), ein 51%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Düsseldorf AG. Gemeinsam mit dem strategischen Partner REMONDIS Rhein-Wupper GmbH & Co. KG unternimmt die AWISTA abfallwirtschaftliche Aktivitäten außerhalb Düsseldorfs bis in den Raum Ratingen, Velbert, Wuppertal, Remscheid, Solingen und Monheim. Die AWISTA übernimmt dabei vor allem die kommunalen Aufgaben.

Wasserversorgung

Die Wasserversorgung gehört neben der Bereitstellung von Strom und Gas zu den zentralen Aufgaben der EnBW Regional AG. Mit einem Marktanteil von rund 11 % ist die EnBW – bezogen auf das Absatzvolumen, einschließlich anteiliger Stadtwerksbeteiligungen – der größte Wasserversorger in Baden-Württemberg und gehört durch die Anteilserhöhung bei den Stadtwerken Düsseldorf mit insgesamt über einer Million Kunden zu den großen Versorgern auf dem deutschen Wassermarkt. Der Umsatz aus der Wasserlieferung im Jahr 2007 war um fast 60 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres; er betrug rund 127 Mio. € bei einer Verkaufsmenge von rund 72 Mio. m^3.

Die EnBW Regional AG baute 2007 ihre Aktivitäten bei der Wasserversorgung weiter aus und konnte mehrere Betriebsführungsaufträge mit Kommunen und Wasserzweckverbänden abschließen. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Kunden im Geschäftsfeld Wasser um etwa 25 %.

Konzernstrategie

Das abgelaufene Geschäftsjahr war geprägt von einer weiteren Stärkung unseres Kerngeschäfts. Die Strategie der kommenden Jahre steht im Zeichen kapitalintensiver Investitionen im Bereich Erzeugung. Ziel ist es, die Marktposition der EnBW im Wettbewerb zu stärken. Die investive Strategie ist dabei geprägt von werthaltigem Wachstum. Durch Marktorientierung und Markenvielfalt wird die Zahl der Kunden erhöht und der Wert des Unternehmens gesteigert. Die Nachhaltigkeit der Strategie findet ihren Ausdruck sowohl in der langfristigen Wertorientierung der Investitionen als auch in der unternehmerischen Verantwortung für eine Reduktion des CO_2-Ausstoßes. Der Wert des Unternehmens der EnBW soll in den kommenden Jahren nachhaltig gesteigert werden. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung der EnBW soll signifikant erhöht werden.

Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen für die Strategie der EnBW haben sich deutlich verändert. Dabei spielen mehrere Faktoren eine Rolle:

- Wenn der Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie nicht revidiert wird, entfällt künftig eine wichtige, CO_2-freie Form der Energiegewinnung.
- In der Branche müssen großtechnische Erzeugungsanlagen ersetzt werden, bei gleichzeitig abnehmender öffentlicher Akzeptanz.
- In der Öffentlichkeit wird über die Auswirkungen fossiler Energiegewinnung auf das Klima diskutiert.
- Die Klimaziele der Bundesrepublik und der Europäischen Union sehen vor, dass Energieversorger den Anteil erneuerbarer Energien am Erzeugungsportfolio deutlich erhöhen.

Finanzziele

Das primäre strategische Ziel der EnBW ist eine Steigerung des Unternehmenswerts. Angestrebt wird eine nachhaltige Steigerung in den kommenden Jahren.

Die Wertsteigerung des Unternehmens wird trotz eines absehbaren Rückgangs der Erträge aus bestehenden Kraftwerkskapazitäten angestrebt, der sich erstmals signifikant ab 2010 bemerkbar machen kann. Dieser Rückgang wird mittelfristig durch Investitionen in neue Erzeugungskapazitäten und Geschäftsfelder kompensiert. Diese sollen der nachhaltigen Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und des Unternehmenswerts dienen.

Schwerpunkte künftiger Investitionen

Das Unternehmen hat mittelfristige Investitionen in Höhe von 7,6 Mrd. € in die Planung aufgenommen. Bei einem Großteil dieser Summe handelt es sich um Wachstumsinvestitionen. Rund 4,6 Mrd. € entfallen auf Sachinvestitionen, 3 Mrd. € auf Finanzinvestitionen.

Vor allem im Erzeugungsbereich sind verstärkte Investitionen notwendig. Durch den Aufbau neuer Erzeugungskapazitäten soll sich der Anteil der auf dem Markt zugekauften Stromvolumina verringern und sich damit auch die Handelsposition der EnBW weiter verbessern. Den möglichen Wegfall der Kernenergiekapazitäten werden wir zu großen Teilen durch fossile Kraftwerke ersetzen müssen und dies bei gleichzeitiger schwieriger Akzeptanz dieser Kraftwerkstypen. Um den spezifischen CO_2-Ausstoß niedrig zu halten, werden wir den Anteil der erneuerbaren Energien ausbauen.

Die EnBW ist bestrebt, auch künftig alle Teile der Wertschöpfung in Deutschland zu behalten. Zusätzlich sind natürlich Investitionen im europäischen Ausland unverändert Ziel der EnBW. Der Aufbau neuer Erzeugungskapazitäten wird sowohl in Baden-Württemberg als auch in anderen deutschen Bundesländern sowie im europäischen Ausland erfolgen.

- Neben dem Bau des Blocks 8 des Rheinhafen-Dampfkraftwerks in Karlsruhe werden zahlreiche weitere Standorte für den Bau von fossilen Erzeugungsblöcken in Deutschland geprüft. Ein Projekt ist dabei die Kooperation mit unserem Industriekunden und Partner Dow Chemical in Stade.

- Neben den Entwicklungsmöglichkeiten deutscher Standorte wird unter anderem ein Engagement in der Türkei geprüft. Der Schwerpunkt der Erzeugung liegt hier traditionell auf der Wasserkraft.

- Der Ausbau der Erzeugungskapazitäten bei den erneuerbaren Energien wird aus eigenen Projekten, vor allem aber durch den Zukauf von Gesellschaften erfolgen. So soll der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung signifikant erhöht werden.

Von erheblicher strategischer Bedeutung für das Unternehmen sind Investitionen zur Stärkung des Gasgeschäfts. Eine Beschränkung auf den klassischen Downstreambereich ist dabei für eine nachhaltige Weiterentwicklung der Wettbewerbsfähigkeit nicht ausreichend. Gleichzeitig wird der Anteil heimischer Gasgewinnung weiter abnehmen. Die EnBW setzt deshalb auf den Aufbau und die Stärkung des Midstream-Geschäfts. Hier ist durch das Memorandum of Understanding mit 4Gas über eine Kapitalbeteiligung sowie Nutzungsrechte am LionGas-LNG-Terminal im Hafen von Rotterdam ein erster wichtiger Schritt erfolgt. Die Sicherung langfristiger Nutzungsrechte für Salzkavernen zur unterirdischen Gasspeicherung in der Region Etzel ist ebenfalls Teil dieser Strategie.

Darüber hinaus wird die EnBW auch künftig ihrer Verantwortung für die Versorgungssicherheit durch kontinuierliche Investitionen in die Stromnetze gerecht werden. Die neu definierte Netzstruktur führt zum langfristigen Ersatz des 220-kV-Netzes und zu einer Verstärkung des 380-kV-Netzes sowie des 110-kV-Netzes bei gleichzeitigem Rückbau des 220-kV-Netzes. Die EnBW erreicht durch diesen Netzumbau einen zukunftsgerichteten Ausbau ihrer Netzkapazitäten, eine Erweiterung ihrer Leistungskapazitäten und erhöht damit die Leistungsfähigkeit im Übertragungsnetz. Eine zunehmende Verschärfung des deutschen und europäischen regulatorisch-politischen Rahmens erschwert jedoch die Wirtschaftlichkeit der Investitionen.

Präsenz, Konzessionsverträge, Finanzinvestitionen

Die Wurzeln der EnBW liegen in Baden-Württemberg. Dies drückt sich in einer traditionell starken regionalen Verankerung des Unternehmens aus. Rund zwei Drittel der Mitarbeiter der EnBW sind an Standorten in Baden-Württemberg tätig. Seit 2005 hat die EnBW Regional AG 352 Stromkonzessionsverträge mit Kommunen neu geschlossen und liegt damit über Plan. Damit haben wir zahlreiche Konzessionen in einem starken Wettbewerbsumfeld gewonnen. Auch im Jahr 2008 wird die Entwicklung neuer Kundenstandorte und die Gewinnung von Kommunen als Konzessionsvertragspartner ein Kernziel der EnBW Regional AG sein.

Darüber hinaus wird die EnBW ihre Chancen für Finanzinvestitionen auch über Baden-Württemberg hinaus prüfen. Hier bietet der Konsolidierungsprozess der weiterhin sehr heterogenen deutschen Stadtwerkelandschaft weitere Optionen für Akquisitionen und Beteiligungen.

Wettbewerb um Kunden

Die EnBW hat als erstes deutsches Energieversorgungsunternehmen eine konsequent synergetische Mehrmarkenstrategie verfolgt. Jede Marke des Konzerns nimmt eine klar definierte Rolle ein und spricht eine bestimmte Zielgruppe an. Auf diese unterschiedlichen Zielgruppen werden die Produkte, die Kommunikation sowie alle Dienstleistungen ausgerichtet.

In unserem Heimatmarkt Baden-Württemberg beliefern wir als Marktführer mit der Marke EnBW Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden sowie Kommunen und Stadtwerke mit Strom, Gas, Energiedienstleistungen, Fern- und Nahwärme sowie Wasser. Mit den weiteren Marken des Konzerns bieten wir die Stromversorgung auf dem nationalen Markt an: Mittelständische Unternehmen und Filialkunden betreuen wir unter der Marke Watt. Das Angebot der Marke NaturEnergie richtet sich an ökologisch orientierte Kunden. Mit Yello Strom, einer der bekanntesten Strommarken in Deutschland, liefern wir Strom an Privat- und Gewerbekunden. Vor allem die Bedeutung der Marke Yello geht inzwischen weit über den deutschen Strommarkt hinaus. Dies zeigte sich 2007 an der Einführung von Yello Gas in ausgewählten Gebieten Deutschlands sowie der Markenoffensive von Yello im schwedischen Markt.

Im deutschen Markt haben wir unsere Position in den vergangenen Jahren trotz eines zunehmend harten Wettbewerbs kontinuierlich ausgebaut. An einem ausschließlich auf den Preis fokussierten Wettbewerb wird sich die EnBW nicht beteiligen. Stattdessen verfolgt das Unternehmen eine Strategie werthaltiger Kundenbeziehungen, die auch in Zukunft fortgesetzt wird. Dazu gehören insbesondere eine weiter erfolgreiche Behauptung der Marktführerschaft für Privatkunden in Baden-Württemberg, deren Ausbau in geeigneten Teilmärkten sowie eine intensive bundesweite Marktbearbeitung bei Industriekunden. Nach einem starken Kundenzuwachs im Jahr 2007 auf über 1,4 Millionen wird Yello im laufenden Geschäftsjahr seine Wachstumsstrategie fortsetzen.

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang innovative Energieeffizienzprodukte (siehe Seite 98). Mit Angeboten wie dem intelligenten Stromzähler wird unter anderem Yello auch künftig bundesweit am Markt operieren.

Unternehmenskultur

Die Unternehmenskultur der EnBW ist geprägt von der unternehmerischen Ausrichtung ihrer Mitarbeiter. Diese findet ihren Ausdruck in eigenverantwortlichem Handeln und wettbewerblicher Orientierung. Das Unternehmen wird seine Auffassungen sachorientiert in die öffentliche Debatte einbringen. Die EnBW wird gleichermaßen mit Fakten und Engagement bei Bürgern und Politik um Verständnis für ihre Vorhaben werben. Dies gilt insbesondere für den Ausbau notwendiger Kapazitäten im fossilen Erzeugungsbereich.

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Politische und regulatorische Vorgaben einerseits sowie die Marktentwicklung andererseits sind als Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft eng miteinander verknüpft. 2007 wurde der Veränderungsdruck der Politik sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene deutlich erhöht. Für die EnBW bleibt auch in den kommenden Jahren ein erheblicher Anpassungsbedarf an sich stark verändernde Bedingungen gegeben.

Gesamtwirtschaftliche Situation

Das Wirtschaftsjahr 2007 war durch eine anhaltend gute konjunkturelle Entwicklung gekennzeichnet. Im Euro-Raum wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,6 %. Die Inflationsrate der Verbraucherpreise lag im Durchschnitt der Euro-Länder bei 2 % und ist somit weiterhin stabil. Durch die Abwertung des US-Dollars bedingte leichte Dämpfer im Außenhandel und eine abgeschwächte Entwicklung bei den Investitionen wurden durch die lebhafte Binnennachfrage kompensiert. Der Leitzins wurde von der Europäischen Zentralbank im Verlauf des Jahres 2007 in zwei Schritten auf 4 % erhöht.

Auch in Deutschland setzte sich der Konjunkturaufschwung fort. Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts lag im Jahr 2007 bei 2,5 %. Wie bereits im Vorjahr ist das Wirtschaftswachstum vor allem auf die Zunahme der Exporte sowie die gestiegenen Anlageinvestitionen zurückzuführen. Dagegen war der private Verbrauch im Jahr 2007 aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung preisbereinigt sogar leicht rückläufig. Auf dem Arbeitsmarkt hat der Wirtschaftsaufschwung zu einer deutlichen Erhöhung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse geführt. Die Inflationsrate der Verbraucherpreise lag mit 2,2 % etwas höher als im Vorjahr.

Energiepolitik

CO_2-Zertifikatehandel

Der deutsche Nationale Allokationsplan für die zweite Handelsperiode im europäischen CO_2-Handelssystem (NAP II) und das zugehörige Gesetz (ZUG 2012) traten im Sommer 2007 in Kraft. Zuvor hatte der Bundestag den Gesetzesentwurf um Regelungen zu einem teilweisen Verkauf von insgesamt etwa 10 % der Emissionsberechtigungen (CO_2-Zertifikate) an die Anlagenbetreiber erweitert. Das Gesetz schreibt darüber hinaus zwei wesentliche Neuerungen für den Energiesektor im Vergleich zum NAP I fest: Erstens wird auf ein BAT-(Best-Available-Technology-)basiertes Benchmark-System umgestellt, auf dessen Grundlage die Zuteilung der Emissionsberechtigungen erfolgen soll. Damit ist das Grandfathering-System des NAP I, bei dem Altanlagen mit kostenlosen Emissionszertifikaten ausgestattet und so bevorteilt wurden, nicht mehr Basis der Zertifikatevergabe. Zweitens werden Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke auf Grundlage eines einheitlichen Benchmarks mit Zertifikaten ausgestattet. Damit müssen Braunkohlekraftwerke eine besonders hohe Minderungslast erbringen, da ihre realen Emissionen deutlich über denen von Steinkohlekraftwerken liegen.

Diese Änderungen gegenüber der ersten Handelsperiode 2005 – 2007 werden die EnBW im Wettbewerbsvergleich aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzungen des jeweiligen Kraftwerksparks besserstellen. Allerdings fällt eine Abschätzung der absoluten Auswirkungen auf die Ertragslage schwer, weil das CO_2-Handelssystem immer noch nicht genug Erfahrungswerte für eine solche liefert.

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Am 22. Dezember 2007 trat eine geänderte Fassung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Kraft. Mithilfe dieser Novelle soll die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen im Energiebereich befristet verschärft und so für mehr Wettbewerb gesorgt werden.

Hauptkritikpunkte der EnBW an der GWB-Novelle sind die Kosten- und Gewinnkontrolle sowie das Klagerecht Dritter auf Grundlage von § 29 GWB.

Die Branche erwartet mit der GWB-Novelle nun eine staatliche Gewinnkontrolle, durch die ein funktionierender Großhandelsmarkt und der Handel an der Strombörse nachhaltig gestört werden können.

Kraftwerksanschlussverordnung
Am 30. Juni 2007 trat die Kraftwerksanschlussverordnung in Kraft. Ziel der Verordnung ist es, neuen Energieerzeugern einen Anreiz zu bieten, in Kraftwerke zu investieren und auf diesem Weg den Wettbewerb zu stärken. Auf Grundlage der Verordnung sollen neue Kraftwerke, die bis 2012 ans Netz gehen, unter gewissen Voraussetzungen eine Durchleitungsgarantie erhalten, auch bei Netzengpässen. Aus EnBW-Sicht führt dies zu einer räumlichen Ballung von Kraftwerksinvestitionen. Dies wird Engpässe hervorrufen und Netzkapazitätsprobleme nicht lösen.

Anwendbarkeit § 315 BGB
In einem Grundsatzurteil zur Anwendbarkeit von § 315 BGB für die Gasversorgung entschied der Bundesgerichtshof (BGH), dass in der Grundversorgung im Gasbereich Preisanpassungen durch Gerichte grundsätzlich auf ihre Billigkeit überprüft werden können. Auch bei Sonderkundenverträgen kommt die Billigkeitskontrolle nach § 315 BGB zur Anwendung, soweit die im Vertrag enthaltene Preisanpassungsregelung ein einseitiges Preisbestimmungsrecht einräumt. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung entspricht eine margenneutrale Weitergabe von Bezugskostensteigerungen dem Billigkeitsmaßstab. Die Billigkeitskontrolle nach § 315 BGB findet dabei nicht für den Preis bei Vertragsabschluss (Sockel), sondern nur für die vom Kunden angegriffene Preiserhöhungsmaßnahme statt. Preiserhöhungsmaßnahmen, die vom Kunden in der Vergangenheit unbeanstandet hingenommen worden sind, unterliegen nicht mehr der Billigkeitskontrolle.

Energie- und Klimapaket
Mit Verabschiedung des sogenannten Energie- und Klimapakets hat das Bundeskabinett am 5. Dezember 2007 insgesamt nahezu 20 Gesetzes- beziehungsweise Verordnungsentwürfe verabschiedet. Für die Energiebranche besonders bedeutsam sind die Entwürfe für eine Novellierung des Erneuerbare-Energien-(EEG-)Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungs-(KWK-)Gesetzes und des Gesetzes zum Einsatz erneuerbarer Energien im Wärmebereich und zur Liberalisierung des Messwesens. Die Gesetze beziehungsweise Verordnungen sollen in der ersten Jahreshälfte 2008 verabschiedet werden und voraussichtlich zum 1. Januar 2009 in Kraft treten.

Der Novellierungsentwurf des EEG umfasst vor allem Vorschläge für die Anpassung der EEG-Fördersätze. Darüber hinaus enthält er Maßnahmen, die zu einer stärkeren Marktintegration der erneuerbaren Energien führen sollen, allerdings noch keine konkreten Regelungen dafür. Die Neufassung des KWK-Gesetzes soll die angestrebte Verdoppelung der Stromerzeugung aus KWK bis zum Jahr 2020 auf 25 % sichern. Zu diesem Zweck sollen auch der Ausbau der Wärmenetze und Strom aus industrieller KWK gefördert werden. Allerdings soll die Höhe der jährlichen Gesamtfördersumme gleich bleiben.

Ziel des Wärmegesetzes (EEWärmeG) ist es, den Anteil erneuerbarer Energien im Wärmebereich auf 14 % bis 2020 zu steigern. Ab 31. Dezember 2008 wird im Neubaubereich der Einsatz erneuerbarer Energien für die Wärmebereitstellung verpflichtend sein. Dann müssen Biomasse, Geothermie, Umweltwärme oder Solarthermie zur Bedarfsdeckung eingesetzt werden. Für die energetische Sanierung von Altbauten wurde eine Erhöhung des Fördervolumens von 350 Mio. € auf 500 Mio. € beschlossen.

Baden-Württemberg hat ein eigenes Gesetz verabschiedet – mit weiter gehenden Auflagen für Gebäude im Bestand.

Für das Jahr 2008 sind für die EnBW noch keine wirtschaftlich relevanten Auswirkungen durch diese Gesetzesbereiche zu erwarten.

Für die weitere Zukunft könnten sich aber neue Möglichkeiten vor allem in folgenden Bereichen ergeben:

- Direktvermarktung von Strom aus erneuerbaren Energien, insbesondere bei der großen Wasserkraft.
- Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten im Kontext von Projekten industrieller KWK.
- Möglichkeiten in der Wärmeversorgung von Gebäuden gemäß den Bestimmungen des EEWärmeG (Mikro-KWK, Wärmepumpen).

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) legte im November 2007 einen Entwurf für eine Verordnung zur Liberalisierung des Messwesens vor. Damit soll das im Rahmen des Energie- und Klimapakets am 5. Dezember 2007 beschlossene Gesetz zur Öffnung des Messwesens näher ausgestaltet werden. Über den Verordnungsentwurf wird das Bundeskabinett im Mai 2008 entscheiden.

Europäische Energiepolitik

Am 19. September 2007 legte die Europäische Kommission das sogenannte dritte Liberalisierungspaket vor. Es ist Teil des zu Beginn des Jahres 2007 vorgestellten Energiepakets, das die künftige Ausrichtung der europäischen Energiepolitik beinhaltet. Das dritte Liberalisierungspaket beinhaltet weitreichende Änderungen, die sowohl den Strom- als auch den Gasbinnenmarkt betreffen. Im Zentrum der Vorschläge stehen weitere Entflechtungsvorgaben für vertikal integrierte Unternehmen im Hinblick auf das Übertragungsnetz. Für dieses bevorzugt die Kommission die Abtrennung durch eine eigentumsrechtliche Entflechtung (Ownership Unbundling). Als Alternative wurde die Einsetzung eines unabhängigen Systembetreibers vorgestellt, der den Betrieb des Übertragungsnetzes übernimmt, das jedoch weiter Eigentum des Energieversorgers bleibt.

Das Bemühen um eine weitere Marktintegration soll durch eine europäische Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulatoren und durch die Neugründung eines europäischen Netzwerks der Übertragungsnetzbetreiber erleichtert werden. Hinzu kommt eine Stärkung der Regulierungsbehörden auf nationaler Ebene in Bezug auf ihre Unabhängigkeit und ihre Kompetenzen. Im Gegensatz zu den bisher bekannten Regulierungsansätzen sollen die Eingriffsrechte nicht auf den Netzbereich als klassischer Monopolbereich begrenzt bleiben, sondern sich auch auf den Marktbereich erstrecken. Unter anderem kann sich die Kommission vorstellen, dass Erzeugungskapazitäten zwangsweise veräußert werden müssen.

Eine Verabschiedung des dritten Liberalisierungspakets im Jahr 2008 erscheint möglich.

Ein weiterer Teil des Energiepakets vom Januar 2007 soll Anfang 2008 vorgestellt werden. In einem Klimapaket will die Kommission die überarbeiteten Fassungen der Emissionshandelsrichtlinie und der Erneuerbare-Energien-Richtlinie vorlegen. Hinzukommen soll ein neuer gesetzlicher Rahmen für die Abspaltung und Speicherung von CO_2 bei der Stromgewinnung aus fossilen Energieträgern.

Regulierung der Strom- und Gasmärkte

Netzentgeltverfahren der BNetzA

Alle Stromnetzbetreiber haben am 30. Juni 2007 für die Zeit ab 1. Januar 2008, alle Gasnetzbetreiber am 30. September 2007 für die Zeit ab 1. April 2008 neue Netzentgelte beantragt.

Am 17. Januar 2008 beschied die Bundesnetzagentur (BNetzA) über den Netzentgeltantrag der EnBW Transportnetze AG (TNG). Die genehmigten Entgelte für die Nutzung des Transportnetzes wurden um rund 11 % gegenüber den vorherigen und 30 % gegenüber den beantragten Entgelten gekürzt. Durch die bisherigen Entscheidungen des Oberlandesgerichts Düsseldorf in Beschwerdeverfahren zu Netzentgeltbescheiden der BNetzA und die zwischenzeitlich ergangenen Änderungen der Stromnetzentgeltverordnung war eine Rücknahme der Beschwerde gegen den ersten Bescheid zu Netzentgelten der TNG vom 27. Juli 2006 angezeigt. Diese Sachverhalte erklären auch zu weiten Teilen die hohe Differenz der Kürzungen bezogen auf vorheriges und beantragtes Entgelt. Zum Zeitpunkt der Antragstellung hat die TNG zur Wahrung der Rechtsposition entsprechend unserer damaligen Rechtsauffassung beantragen müssen. In der Gesamtwertung der Rechtslage und des zweiten Genehmigungsverfahrens hat die TNG von einer Beschwerde gegen den zweiten Bescheid abgesehen. Die Netzentgeltverfahren der Verteilnetzbetreiber im EnBW-Konzern bei Bundesnetzagentur und Landesregulierungsbehörden laufen noch. Hier rechnen wir im ersten Quartal 2008 mit Bescheiden.

Anreizregulierung

Das den Netzentgeltentscheidungen zugrunde liegende Prinzip der Kostenregulierung soll gemäß Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) durch ein System der Anreizregulierung ersetzt werden.

Die zugehörige Verordnung ist im Herbst 2007 in Kraft getreten. Die Bundesnetzagentur wird auf dieser Grundlage in den nächsten Monaten weitere Daten erheben, sodass die Anreizregulierung zum 1. Januar 2009 wirksam werden kann. Erst nach Abschluss und Auswertung dieser Erhebung können belastbare Aussagen über die Auswirkungen auf die EnBW gemacht werden.

Das geplante System enthält Anreize zu Effizienzverbesserungen, zum Beispiel eine fixe Erlösobergrenze für Netzentgelte auf Grundlage einer zweiten Kostenprüfung der Netzentgelte. Mittels eines Kostenvergleichs werden den einzelnen Netzbetreibern darüber hinaus unternehmensindividuelle Effizienzziele vorgegeben, die sich am jeweils effizientesten Netzbetreiber orientieren. In zwei Regulierungsperioden von je fünf Jahren (Strom) beziehungsweise vier Jahren in der ersten und fünf Jahren in der zweiten Periode (Gas) sollen alle Netzbetreiber an das Effizienzniveau des besten Unternehmens herangeführt werden.

Kooperationsvereinbarung der Gaswirtschaft

Vor dem Hintergrund der Umsetzung des Netzzugangs gemäß § 20 Abs. 1b EnWG ist seit 1. Juni 2007 die Kooperationsvereinbarung zwischen den Betreibern von Gasversorgungsnetzen in Deutschland in Kraft. Sie regelt die Zusammenarbeit zwischen den Netzbetreibern und Transportkunden; der Netzzugang erfolgt ausschließlich auf Basis des Zweivertragsmodells. Wesentliche Inhalte sind unter anderem die Bedingungen zur Durchführung des netz- und marktgebietsübergreifenden Transports sowie die Definition und Darstellung der Marktgebiete. Hierzu zählt auch das Marktgebiet GVS-Eni der Gasversorgung Süddeutschland GmbH und Eni Gas & Power S. p. A.

Weitere Reduzierung der Anzahl der Marktgebiete

Die Anzahl der Marktgebiete, in denen definitionsgemäß eine freie Zuordnung von Ein- und Ausspeisekapazitäten möglich ist, hat sich seit Verabschiedung der Kooperationsvereinbarung im Jahr 2006 von 19 auf 14 zum Beginn des Gaswirtschaftsjahres 2007/2008 (1. Oktober 2007) verringert. Das bedeutet eine weitere Vereinfachung des Gasnetzzugangs. Weitere Zusammenlegungen sind in Aussicht. Voraussetzung dafür ist, dass den Netzbetreibern keine wirtschaftlichen Nachteile entstehen. Die erforderlichen Netzinvestitionen müssen im Rahmen der Anreizregulierung bei der Festlegung der Erlösobergrenze Berücksichtigung finden.

Marktsituation

Strommarkt

Verbrauch
Der Stromverbrauch in Deutschland ist nach Angaben der Union for the Co-ordination of Transmission of Electricity (UCTE) in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um circa 0,5 % gesunken.

Dies dürfte zu einem großen Teil auf das milde Wetter Anfang 2007 zurückzuführen sein, das den Einfluss des relativ hohen Wirtschaftswachstums ausgeglichen hat.

Erzeugung
Die Bruttoerzeugung aus Kraftwerken der allgemeinen Stromversorgung in Deutschland lag in den ersten zehn Monaten des Jahres 2007 etwa 4 % unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Wie 2006 waren Kernenergie und Braunkohle auch 2007 die wichtigsten Primärenergieträger in der Stromerzeugung (vorläufige Daten, Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – BDEW).

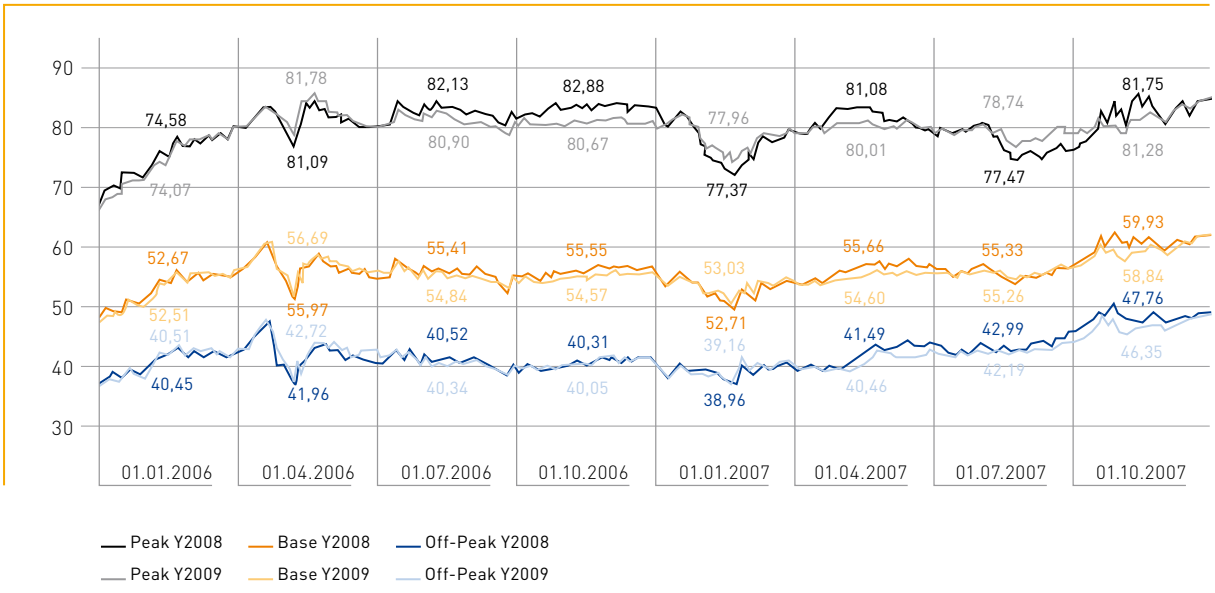
Export
Die deutschen Energieversorgungsunternehmen exportierten 2007 mehr Strom ins angrenzende Ausland, als sie von dort importierten. Der Exportüberschuss in den ersten zehn Monaten des Jahres ist mit etwa 11 TWh aber etwa 2 TWh geringer als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (vorläufige Daten, Quelle: BDEW).

Strompreise von Privat- und Industriekunden
Die Strompreise für Privatverbraucher sind auch im Jahr 2007 tendenziell gestiegen. So zahlte ein Dreipersonenmusterhaushalt nach Berechnungen des VDEW Mitte 2007 für Strom rund 60 € im Monat und damit rund 6 % mehr als im Vorjahr. Ursache dafür waren die weiter steigenden Beschaffungskosten der Energieversorger, die wiederum auf das höhere Preisniveau am Großhandelsmarkt und die kontinuierlich wachsenden Umlagen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zurückgehen. So ist die Belastung der Verbraucher durch das EEG laut VDEW von rund 3,18 Mrd. € im Jahr 2006 auf 4,15 Mrd. € (Januar bis Juli 2007) gestiegen. Insgesamt hat sich die monatliche Belastung eines Dreipersonenhaushalts mit durchschnittlichen Gesamtkosten von rund 60 € durch das EEG von 23 ct im Jahr 1998 auf 2,85 € im Jahr 2007 erhöht.

Für Industriekunden haben sich die Preise nach einem leichten Rückgang zu Beginn des Jahres 2007 auf dem Niveau des Jahres 2006 stabilisiert.

Entwicklung der Terminmarktpreise für Strom (EEX)
Tagesquotes und Quartalsdurchschnittspreise in €/MWh

Quelle: EEX



Großhandelsmarkt Strom

Der Spotmarktpreis für Strom in Deutschland war im Jahr 2007 zunächst maßgeblich vom Preis für Emissionszertifikate geprägt, der im Jahresverlauf bis nahe 0 €/t fiel und damit die Grenzkosten der Stromerzeugung deutlich absenkte. Daneben machten sich weitere Einflüsse bemerkbar, die wie folgt zusammengefasst werden können: Das erste Quartal des Jahres war durch sehr milde Temperaturen und dadurch einen geringeren Heizstrombedarf geprägt. Ein geringer Spotmarktpreis für Erdgas nach dem milden Winter wirkte zusätzlich senkend auf den Strompreis. Eine trockene und warme Witterung bewirkte im Juni erste kühlwasserbedingte Produktionseinschränkungen insbesondere in Kraftwerken in Norddeutschland; die wetterbedingten Einschränkungen verloren aber aufgrund der nachfolgenden feuchten Witterung im Verlauf des Sommers wieder an Bedeutung. Dahingegen machte sich die längere Nichtverfügbarkeit von vier deutschen Kernkraftwerksblöcken sowie der erneute deutliche Anstieg der Brennstoffpreise in hohen Strompreisen in der zweiten Jahreshälfte bemerkbar.

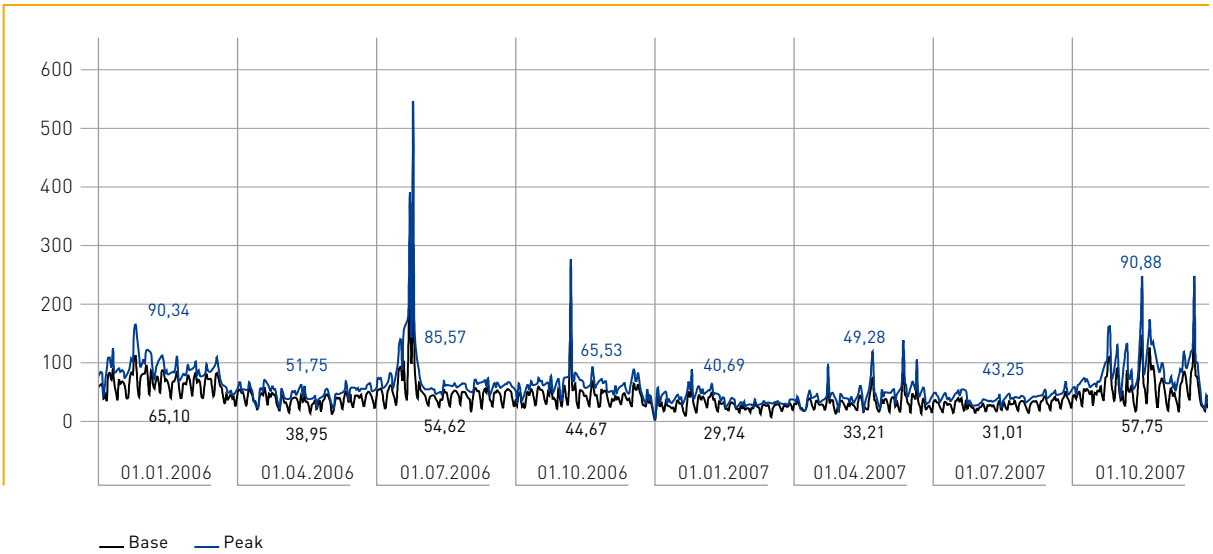
Insgesamt führten die beschriebenen Markteinflüsse zu einem jahresdurchschnittlichen Spotmarktpreis für Strom (Base) von 37,99 €/MWh. Dieser Wert sank damit im Vergleich zum Vorjahr um rund 25 %. Der Jahresdurchschnittswert für Peaklieferungen verminderte sich um circa 23 % auf 56,16 €/MWh.

Der Terminpreis für die Stromlieferung in den Folgejahren lag wegen des deutlich höheren Preises für Emissionszertifikate in der zweiten Handelsperiode 2008 – 2012 und des vom Markt nicht erneut angenommenen milden Winters mit anschließendem Spotgasüberangebot durchschnittlich über dem Preisniveau, das 2007 am Spotmarkt zu beobachten war. Die Entwicklung der Terminmarktnotierungen war im Verlauf des Jahres 2007 dann von einem weiteren Anstieg der Preise für Brennstoffe und Emissionszertifikate geprägt.

Der Periodenverlauf des Strompreises am Spot- und Terminmarkt ist in den Grafiken auf den Seiten 66 und 67 abgebildet.

Entwicklung der Spotmarktpreise für Strom (EEX)
Tages- und Quartalsdurchschnittswerte in €/MWh

Quelle: EEX



CO_2-Markt

Der CO_2-Markt war 2007 von starken Preisveränderungen gekennzeichnet. Vor dem Hintergrund der Markterwartung, dass in der ersten Handelsperiode 2005 – 2007 mehr Emissionszertifikate zur Verfügung stehen würden als benötigt, sank der CO_2-Preis (EU Allowance – EUA) im ersten Quartal auf etwa 1 €/t CO_2, stand im Juni bei etwa 0,10 €/t CO_2 und fiel im Dezember auf ein Niveau von 0,01 €/t CO_2.

Der Preis für Emissionszertifikate der zweiten Handelsperiode 2008 – 2012 sank zu Jahresbeginn auf ein Niveau von knapp 13 €/t CO_2 (EUA 2008). Ein vermutlicher Auslöser dafür waren Verkäufe durch Marktteilnehmer, die ihre Emissionszertifikate gegen günstigere Emissionsgutschriften aus Entwicklungs- und Schwellenländern (Certified Emission Reduction – CER) ersetzen wollten. Parallel zur Diskussion über die Versteigerung von Zertifikaten während der zweiten Handelsperiode in Deutschland zogen die CO_2-Preise gegen Anfang Juni auf über 24 €/t CO_2 (EUA 2008) an. Das Marktgeschehen während des dritten Quartals war relativ ruhig, und der EUA-Preis für das Jahr 2008 stieg nach zwischenzeitlichem Rückgang auf gut 18 €/t CO_2 gegen Quartalsende wieder auf knapp 22 €/t CO_2 an. Im letzten Quartal wurde die Marke von 22 €/t CO_2 nach oben durchbrochen und mit Ausnahme weniger Handelstage auch gehalten. Ab einer Widerstandsmarke von 23 €/t CO_2, die im November kurzzeitig getestet wurde, setzten Gewinnmitnahmen ein. Der Preis fiel so immer wieder auf ein Niveau zwischen 22 €/t CO_2 und 23 €/t CO_2 zurück.

Entwicklung der Preise für Emissionszertifikate (EUA*)
Tagesquotes und Quartalsdurchschnittswerte in €/t

Quelle: Point Carbon

*EUA = EU Allowance

Kohlemarkt

Die Entwicklung der Steinkohleimportpreise in Europa lässt sich für 2007 in zwei Phasen unterteilen:

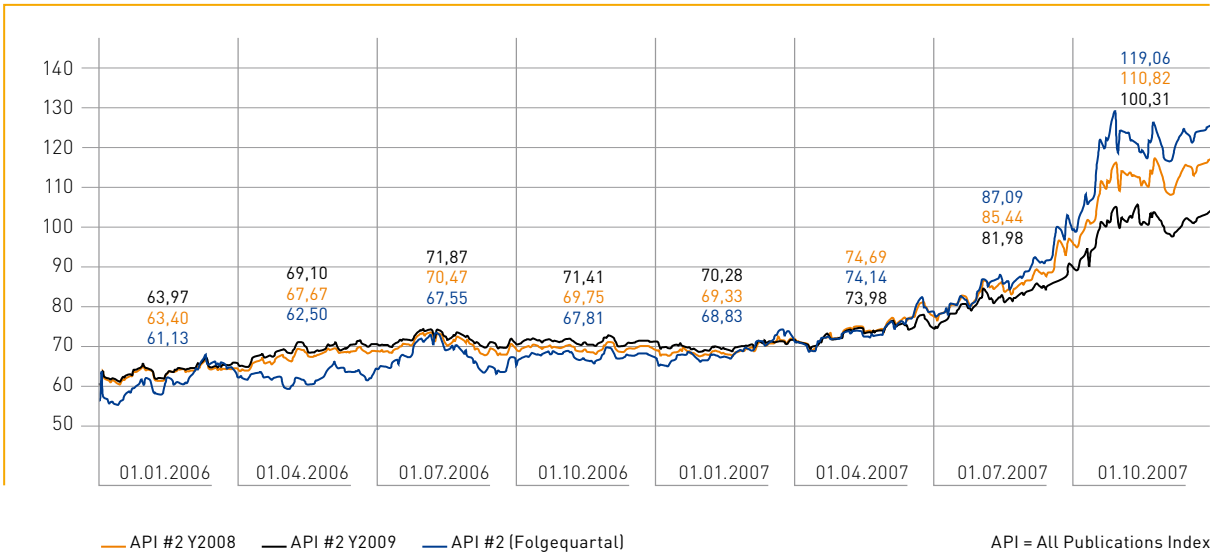
Fast im gesamten ersten Halbjahr waren sowohl die Preise für kurzfristige Lieferungen als auch die Terminpreise für Lieferungen in den ARA-Raum (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) nur relativ geringen Schwankungen unterworfen und lagen leicht über den Preisen des zweiten Halbjahres 2006. Allerdings zeichneten sich erste preistreibende Faktoren im Pazifik ab, wie zu Beginn des Jahres der Wechsel Chinas vom bisherigen Nettoexporteur auf dem Weltmarkt für Steinkohle hin zu einem Nettoimporteur.

Die preistreibenden Faktoren gewannen in der zweiten Jahreshälfte stark an Bedeutung, weshalb beispielsweise die Preise für Lieferungen in den ARA-Raum für das Jahr 2008 bis Ende Oktober einen Rekordstand von knapp 118 US-$/t erreichten und auch danach die Marke von 100 US-$/t nicht mehr unterschritten. Als Faktoren sind hier insbesondere die zunehmende Nachfrage aus China und Indien sowie Exportprobleme Russlands und Indonesiens zu nennen.

Ein weiterer wesentlicher Treiber der Steinkohleimportpreise in Europa war ferner die Entwicklung der Frachtraten. So kletterten die Raten für Transporte mit Capesize-Schiffen im Jahr 2008 auf der viel beachteten Route von Richards Bay, Südafrika nach ARA gegen Ende Oktober auf über 40 US-$/t, was ebenfalls ein Rekordhoch darstellt.

Entwicklung der Kohlepreise
Tagesquotes und Quartalsdurchschnittspreise in US-$/t

Quelle: verschiedene Broker



API = All Publications Index

Ölmarkt

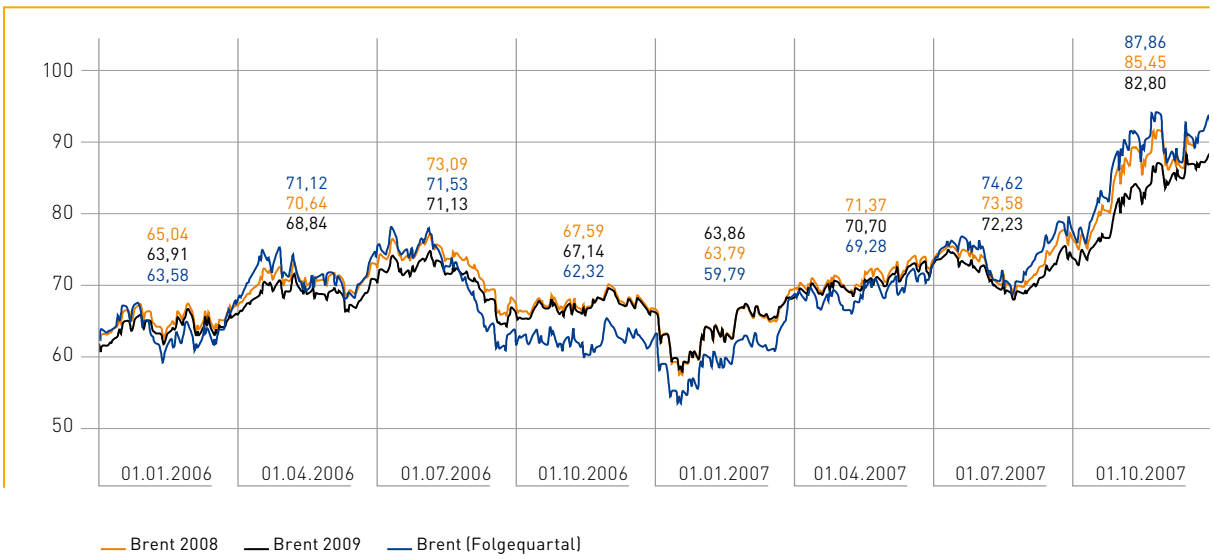
Im Mittel befanden sich die Ölpreise des Jahres 2007 auf einem deutlich höheren Niveau als im Vorjahr. Während ein Barrel (159 Liter) Nordseeöl Brent im Jahr 2006 durchschnittlich gut 66 US-$ kostete, lag der durchschnittliche Preis des Jahres 2007 bei über 72 US-$/bbl. Verantwortlich für das unterschiedliche Preisniveau waren vor allem die Preisentwicklungen ab dem Monat August.

Im Jahr 2006 ging der Brent-Preis ausgehend von einem Rekordhoch von über 78 US-$/bbl im August bis zum Januar 2007 auf 51 US-$/bbl zurück. Voraussetzung für den ausgeprägten Preisrückgang waren weltweit extrem hohe Lagerbestände an Rohöl und Ölprodukten. Darüber hinaus hatte die Hurrikan-Saison im Golf von Mexiko 2006 untypischerweise und in scharfem Kontrast zum Katastrophenjahr 2005 keinerlei Produktionsausfälle verursacht, und der Libanonkrieg endete ohne die befürchtete Eskalation, die den Ölpreis ebenso wie die Furcht vor Hurrikans vorher in die Höhe getrieben hatte. Der Wegfall dieser zuvor stark preistreibenden Faktoren in Verbindung mit sehr hohen Lagerbeständen an Rohöl sorgte für eine Abwärtsspirale der Ölpreise, die erst nach mehreren massiven Verknappungen des Ölangebots vonseiten der OPEC Anfang 2007 ein Ende fand.

Bis August entwickelten sich die Ölpreise 2007 ähnlich wie im Vorjahr. Hauptpreistreiber waren dabei neben einer wachsenden Nachfrage bei gleichzeitig begrenztem Angebot vermehrte Raffinerieausfälle in den USA, die einen Mangel an Ottokraftstoff und dadurch eine verstärkte Nachfrage nach leichten Rohölen zur Folge hatten. Im Gegensatz zum Vorjahr hielt die steigende Tendenz der Ölpreise 2007 allerdings bis zum Ende des Jahres an. Am 29. Oktober überschritt Brent erstmals die 90-US-$-Marke. Bis zum Jahresende kostete ein Barrel Brent mehrmals über 95 US-$. Anders als im Jahr 2006 kontrollierte die OPEC 2007 aktiv die Angebotsmenge und damit die weltweiten Lagerbestände an Rohöl, um einen ausgeprägten Preisverfall wie Ende 2006 auszuschließen.

Entwicklung der Preise für Rohöl (Brent)
Tagesquotes und Quartalsdurchschnittswerte in US-$/bbl

Quelle: ICE



Gasmarkt

Verbrauch

Der Erdgasverbrauch in Deutschland ging 2007 temperaturbedingt gegenüber dem Vorjahr um 4,5 % auf 930 Mrd. kWh zurück. Verantwortlich für die deutliche Verbrauchsminderung war die im Vergleich zum Vorjahr sehr milde Witterung von Januar bis April 2007. Dies führte zu einem Rückgang der Nachfrage nach Erdgas im ersten Halbjahr 2007 um rund 20 %. Im zweiten Halbjahr 2007 gab es allerdings bei etwa normalem Temperaturverlauf im Vergleich zum außergewöhnlich warmen zweiten Halbjahr 2006 deutliche Zuwächse. Mit insgesamt rund 10 % war der Rückgang des Erdgasverbrauchs der privaten Haushalte sowie im Bereich Gewerbe, Handel und Dienstleistungen erheblich. Auch der Erdgasverbrauch in der Industrie verlief rückläufig. Der Erdgaseinsatz in der Stromversorgung erreichte nicht ganz das Vorjahresniveau. Insgesamt blieb der Anteil des Erdgases am Primärenergieverbrauch mit 22,7 % (2006: 22,6 %) in etwa konstant (Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – BDEW).

Preisentwicklung

Aufgrund der Ölpreisbindung wirkt sich die Entwicklung der Ölpreise zeitversetzt auf die Preise der langfristigen Gasimportverträge aus.

Nach Tiefstständen zu Beginn des Jahres trieben die gestiegenen Rohölpreise auch die für die Gaspreisbildung in Deutschland maßgeblichen Rheinschiene-Notierungen (Handelsplätze Düsseldorf, Frankfurt am Main und Mannheim/Ludwigshafen) für schweres und leichtes Heizöl in die Höhe. Aufgrund des schwachen US-Dollars wirkte sich der Ölpreisanstieg jedoch nur gedämpft auf die in Euro notierten Rheinschiene-Notierungen aus. Im Jahresdurchschnitt 2007 lagen die Preise für leichtes Heizöl auf der Rheinschiene um 1,45 % niedriger als 2006, die Preise für schweres Heizöl um 1,33 %. Zudem gingen in die Gaspreisermittlung für 2007 aufgrund des Zeitverzugs noch die verhältnismäßig niedrigen Ölpreise Ende 2006 ein. Der Grenzübergangspreisindex des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) lag im Durchschnitt der Monate Januar bis November 2007 bei 19,82 €/MWh und damit unter dem durchschnittlichen Importpreis im Jahr 2006 von 21,33 €/MWh.

Entgegen den für die Importverträge nach Deutschland maßgeblichen Rheinschiene-Notierungen sind die Marktpreise für Erdgas an den Handelsplätzen in Nordwesteuropa nicht direkt an die Ölpreisentwicklung gekoppelt. Die Spotpreise am niederländischen Großhandelsmarkt lagen infolge des milden Winters im zweiten Quartal 2007 auf einem saisonal ungewöhnlich niedrigen Niveau von durchschnittlich unter 11 €/MWh. Im dritten Quartal zogen die Preise jedoch wieder deutlich, zeitweise auf über 19 €/MWh, an.

Die Preissteigerung setzte sich saisonbedingt im vierten Quartal fort, und die Spotpreise erreichten im Quartalsmittel ein Niveau von 21,80 €/MWh. Dies führte auch dazu, dass am Spotmarkt in Deutschland vorübergehend Mengen zu ähnlich niedrigen Preisen unterhalb der langfristigen Importpreise angeboten wurden, die zeitweise zu einem verstärkten Gaseinsatz in der Stromerzeugung führten.

Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des EnBW-Konzerns entwickelte sich im Geschäftsjahr 2007 weiter positiv. Der Adjusted Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG stieg von 739,6 Mio. € auf 821,0 Mio. €. Die Nettoverschuldung konnte weiter zurückgeführt werden. Die Dividende – vorbehaltlich der Zustimmung der Hauptversammlung – wird um 32,5 % auf 1,51 € je Aktie erhöht werden.

Prognoseabweichungen

Im letzten Geschäftsbericht hatten wir ein leicht steigendes Adjusted EBIT des Konzerns prognostiziert. Die Prognose wurde aufgrund besserer Ergebnisse im Geschäftsfeld Strom leicht übertroffen. Diese resultieren vor allem aus einer Optimierung der Erzeugungsmarge und positiven Ergebniseffekten von Derivaten.

Umsatz und Absatz

Der EnBW-Konzern erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2007 einen Außenumsatz vor Abzug von Strom- und Erdgassteuer in Höhe von 15.740,7 Mio. €; das sind 12,0 % mehr als im Vorjahr.

Die Außenumsatzerlöse nach Abzug von Strom- und Erdgassteuer stiegen im Geschäftsjahr 2007 um 14,4 % auf 14.712,2 Mio. €.

Der Umsatz erhöhte sich in den Geschäftsfeldern Strom und Energie- und Umweltdienstleistungen. Bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises stieg der Umsatz um 1.429,5 Mio. € oder 10,8 %.

Ergebnisentwicklung Adjusted EBIT 2007	Prognose laut Geschäftsbericht 2006 für 2007	Entwicklung 2007
Strom	konstant	leicht gestiegen
Gas	fallend	gefallen
Energie- und Umweltdienstleistungen	steigend	gestiegen
Konsolidierung (im Wesentlichen Stadtwerke Düsseldorf AG)	steigend	gestiegen
Adjusted EBIT Konzern	leicht steigend	gestiegen

Außenumsatz des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern in Mio. €[1, 2]	2007	2006	Veränderung in %
Strom	11.539,7	9.509,0	21,4
Gas	2.479,3	2.757,9	-10,1
Energie- und Umweltdienstleistungen	693,2	592,6	17,0
Gesamt	**14.712,2**	**12.859,5**	**14,4**

[1] Nach Abzug von Strom- und Erdgassteuer.
[2] Vorjahreszahlen angepasst.

Absatz des EnBW-Konzerns in Mrd. kWh	2007	2006	Veränderung in %
Strom	139,5	119,4	16,8
Gas	75,2	83,5	-9,9

Strom

Im Geschäftsfeld Strom erwirtschaftete die EnBW im Berichtsjahr 78,4 % der Umsatzerlöse des Konzerns. Damit erhöhte sich der Anteil des Geschäftsfelds Strom am Konzernumsatz im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 Prozentpunkte.

Der Stromabsatz stieg im Geschäftsjahr um 16,8 %. Bereinigt um Änderungen im Konsolidierungskreis waren das 13,6 %. Dieser Anstieg geht vor allem auf den Bereich Handel zurück. Auch im Bereich Industriekunden konnten wir unseren Absatz durch die Gewinnung neuer Kunden erhöhen; bei den Privatkunden ging er leicht zurück.

Die Umsatzerlöse legten um 21,4 % zu und belaufen sich damit auf 11.539,7 Mio. €. Der Stromumsatz stieg bereinigt um Konsolidierungseffekte um 1.809,4 Mio. € oder 18,6 %. Dieser Anstieg ist vor allem auf einen höheren Stromabsatz zurückzuführen.

Gas

Das Geschäftsfeld Gas steuerte im Geschäftsjahr 2007 einen Anteil von 16,9 % zu den Umsatzerlösen des EnBW-Konzerns bei. Damit verminderte sich der Anteil des Geschäftsfelds Gas am Konzernumsatz im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 Prozentpunkte.

Hauptsächlich aufgrund der warmen Temperaturen im ersten Quartal 2007 fiel der Gasabsatz im Berichtszeitraum um 9,9 % auf 75,2 Mrd. kWh. Bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises sank er um 12,8 %.

Diese Entwicklung führte zu einem Umsatzrückgang um 10,1 % auf 2.479,3 Mio. €. Bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises verringerte sich der Gasumsatz um 404,2 Mio. € oder 14,0 %.

Energie- und Umweltdienstleistungen

Das Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen steuerte im Geschäftsjahr 2007 einen Anteil von 4,7 % zu den Umsatzerlösen des EnBW-Konzerns bei. Damit erhöhte sich der Anteil des Geschäftsfelds Energie- und Umweltdienstleistungen am Konzernumsatz im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Prozentpunkte.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen setzen sich aus den Umsatzerlösen der Bereiche Entsorgung, Wasserversorgung sowie sonstige Energiedienstleistungen zusammen. Sie belaufen sich auf 693,2 Mio. €. Das entspricht einer Steigerung um 17,0 % gegenüber dem Geschäftsjahr 2006. Bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises stiegen die Umsatzerlöse um 24,3 Mio. € oder 3,6 %. Dieser Anstieg ist vor allem auf höhere Umsätze im Bereich sonstige Dienstleistungen zurückzuführen.

Ergebnis und Geschäftsverlauf

Das Ergebnis des EnBW-Konzerns im Geschäftsjahr 2007 ist erfreulich. Die Senkung der Netzentgelte durch die Bundesnetzagentur sowie die Absatzrückgänge im Gasbereich aufgrund der milden Witterung im ersten Quartal konnten durch positive Effekte aus der Erweiterung des Konsolidierungskreises und Margenverbesserungen im Stromgeschäft kompensiert werden.

Das EBITDA – das Ergebnis vor Ertragsteuern, Zinsen und Abschreibungen – stieg im Vergleich zum Geschäftsjahr 2006 um 2,8 % oder 62,6 Mio. €. Bereinigt um Konsolidierungseffekte erhöhte sich das EBITDA um 0,1 % oder 1,3 Mio. €. Das Adjusted EBITDA erhöhte sich um 6,9 % oder 151,1 Mio. € auf 2.328,3 Mio. €. Bereinigt um Konsolidierungseffekte stieg das Adjusted EBITDA um 4,0 % oder 89,8 Mio. €.

Im Geschäftsfeld Strom sank das EBITDA im Vergleich zum Geschäftsjahr 2006 aufgrund eines geringeren neutralen Ergebnisses um 2,7 % oder 54,2 Mio. €. Das Adjusted EBITDA erhöhte sich um 6,9 % oder 127,5 Mio. € auf 1.979,3 Mio. €. Die Steigerung des Adjusted EBITDA resultiert vor allem aus höheren Margen in der Stromerzeugung, aus der Marktbewertung von Derivaten und aus der Erweiterung des Konsolidierungskreises. Gegenläufig wirkten die Belastungen aus der Senkung der Netzentgelte durch die Bundesnetzagentur.

Im Geschäftsfeld Gas ging das EBITDA im Vergleich zum Vorjahr um 11,1 % auf 275,3 Mio. € zurück. Das Adjusted EBITDA im Geschäftsfeld Gas sank um 10,1 % oder 30,5 Mio. € auf 270,9 Mio. €. Ursache für den Rückgang des Adjusted EBITDA ist hauptsächlich der verminderte Gasabsatz sowie die Senkung der Netzentgelte durch die Bundesnetzagentur.

Das EBITDA im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen stieg im Vergleich zum Geschäftsjahr 2006 um 184,7 Mio. € auf 233,2 Mio. €. Das Adjusted EBITDA im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen stieg um 57,1 % oder 83,5 Mio. € auf 229,7 Mio. €. Verantwortlich hierfür sind hauptsächlich die Erweiterung des Konsolidierungskreises und der Ausbau des Müllheizkraftwerks Stuttgart-Münster.

Das EBIT – das Ergebnis vor Ertragsteuern und Zinsen – stieg im Vergleich zum Geschäftsjahr 2006 um 108,0 Mio. € auf 1.559,2 Mio. €. Das Adjusted EBIT stieg um 7,7 % oder 112,1 Mio. € auf 1.563,0 Mio. €.

Das EBT – das Ergebnis vor Ertragsteuern – verbesserte sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 um 182,8 Mio. € auf 1.372,9 Mio. €. Das Adjusted EBT stieg um 7,9 % oder 94,2 Mio. € auf 1.283,4 Mio. €.

Die Ertragsteuern belaufen sich auf 43,2 Mio. € (Steuerertrag). Darin ist ein steuerlicher Sonderertrag aufgrund des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 in Höhe von 412,0 Mio. € enthalten.

Das Ergebnis nicht fortzuführender Aktivitäten beträgt 97,9 Mio. €. Das positive Ergebnis ist vor allem auf die Veräußerung der U-plus-Gruppe und die Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen.

Der Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG erhöhte sich um 36,2 % auf 1.364,1 Mio. €. Der Anstieg ist zu 24,1 Mio. € durch die Änderungen des Konsolidierungskreises verursacht. Der Adjusted Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG stieg um 81,4 Mio. € auf 821,0 Mio. €.

Der Wertbeitrag des EnBW-Konzerns erhöhte sich um 24,5 Mio. € auf 839,1 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr stieg er damit um 3,0 %. Im Geschäftsjahr 2007 erzielten die Geschäftsfelder Strom, Gas und Energie- und Umweltdienstleistungen einen positiven Wertbeitrag. Zur Erhöhung trug maßgeblich das Geschäftsfeld Strom bei.

EBITDA des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern in Mio. €[1]	2007	2006	Veränderung in %
Strom	1.978,6	2.032,8	-2,7
Gas	275,3	309,5	-11,1
Energie- und Umweltdienstleistungen	233,2	48,5	–
Sonstige Aktivitäten/Holding	-150,7	-117,0	-28,8
Gesamt	**2.336,4**	**2.273,8**	**2,8**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

EBIT des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern in Mio. €[1]	2007	2006	Veränderung in %
Strom	1.409,9	1.473,0	-4,3
Gas	172,2	223,3	-22,9
Energie- und Umweltdienstleistungen	127,8	-128,1	–
Sonstige Aktivitäten/Holding	-150,7	-117,0	-28,8
Gesamt	**1.559,2**	**1.451,2**	**7,4**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Ergebniskennzahlen des EnBW-Konzerns in Mio. €[1]	2007	2006	Veränderung in %
EBITDA	2.336,4	2.273,8	2,8
EBIT	1.559,2	1.451,2	7,4
EBT	1.372,9	1.190,1	15,4
Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten	1.416,1	1.114,7	27,0
Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten	97,9	6,0	–
Konzernüberschuss	**1.514,0**	**1.120,7**	**35,1**
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter	(149,9)	(118,9)	26,1
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	(1.364,1)	(1.001,8)	36,2

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Wertbeitrag des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern in Mio. €[1]	2007	2006	Veränderung in %
Strom	929,7	868,7	7,0
Gas	32,6	83,8	-61,1
Energie- und Umweltdienstleistungen	25,3	-39,7	–
Sonstige Aktivitäten/Holding	–	–	–
Gesamt	**839,1**	**814,6**	**3,0**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Neutrales und Adjusted Ergebnis

Das neutrale Ergebnis des EnBW-Konzerns umfasst außerordentliche Ergebnisse. Periodenfremde Ergebnisse werden ab dem Geschäftsjahr 2007 nicht mehr im neutralen Ergebnis ausgewiesen. Die Vergleichszahlen wurden entsprechend angepasst.

Das positive neutrale EBT im Geschäftsjahr 2007 ist vor allem auf die Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen.

Die neutralen Ertragsteuern betragen im aktuellen Geschäftsjahr 426,8 Mio. € (Vorjahr: 255,8 Mio. €). Sie enthalten im Wesentlichen einen steuerlichen Sonderertrag aufgrund des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 von 412,0 Mio. €. Die neutralen Ertragsteuern des Vorjahres enthalten vor allem Erträge aus der erstmaligen Aktivierung von Körperschaftsteuerguthaben aus der Umstellung auf das sogenannte Halbeinkünfteverfahren.

Im neutralen Konzernüberschuss sind auch die Ergebnisse der nicht fortzuführenden Aktivitäten enthalten.

Investitionen, Akquisitionen und Desinvestitionen

Im Geschäftsjahr 2007 setzten wir 816,1 Mio. € für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen bei den fortzuführenden Aktivitäten ein. Das sind 186,0 Mio. € oder 29,5 % mehr als im Vorjahr.

Rund 69,7 % der Investitionen tätigten wir im Geschäftsfeld Strom. Die Investitionsschwerpunkte lagen hier im Ausbau der Kraftwerke und der Verteilungsanlagen.

Dabei entfielen auf die beispielhaften Großprojekte Neubau Laufwasserkraftwerk in Rheinfelden 58,8 Mio. €, Neubau Steinkohlekraftwerk RDK 8 in Karlsruhe 34,3 Mio. €, Neubau Müllverbrennungskessel in Stuttgart-Münster 19,4 Mio. €, Restrukturierung der Höchstspannungsnetze 18,4 Mio. € und Neubau EnBW City in Stuttgart 55,2 Mio. €.

Die EnBW erwarb von der Thüga AG Anteile an der Erdgas Südwest GmbH (ESW), der ENSO Energie Sachsen Ost GmbH (ENSO) und der GSW Gasversorgung Sachsen Ost Wärmeservice GmbH & Co. KG (GSWK). Mit dem Anteilserwerb erhöhte sich der von der EnBW AG mittelbar gehaltene Anteil an der ESW von 51 % auf 79 %, an der ENSO von 50,4 % auf 64,8 % und an der GSWK von 23,5 % auf 100 %. Mit der Aufstockung ihrer Anteile stärkt die EnBW ihre Position in den für sie wichtigen Märkten Baden-Württemberg und Ostsachsen.

Die Anteilserwerbe wurden aus dem Free Cashflow finanziert.

Die EnBW verkaufte ihre Anteile an der U-plus-Gruppe an das Berliner Entsorgungsunternehmen ALBA AG.

Neutrales Ergebnis des EnBW-Konzerns in Mio. €[1]	2007	2006	Veränderung in %
Neutrales EBITDA	8,1	96,6	-91,6
Neutrales EBIT	-3,8	0,3	–
Neutrales EBT	89,5	0,9	–
Neutrale Ertragsteuern	426,8	255,8	66,8
Ergebnis nicht fortzuführender Aktivitäten	97,9	6,0	–
Neutraler Konzernüberschuss	614,2	262,7	–
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter	(71,1)	(0,5)	–
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	(543,1)	(262,2)	107,1

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Adjusted Ergebnis des EnBW-Konzerns in Mio. €[1]	2007	2006	Veränderung in %
Adjusted EBITDA	2.328,3	2.177,2	6,9
Adjusted EBIT	1.563,0	1.450,9	7,7
Adjusted EBT	1.283,4	1.189,2	7,9
Adjusted Konzernüberschuss	899,8	858,0	4,9
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter	(78,8)	(118,4)	-33,4
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	(821,0)	(739,6)	11,0

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Investitionen des EnBW-Konzerns in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen nach Geschäftsfeldern in Mio. €[1]	2007	2006	Veränderung in %
Strom	568,9	403,4	41,0
Gas	71,7	71,4	0,4
Energie- und Umweltdienstleistungen	175,5	155,3	13,0
Gesamt	**816,1**	**630,1**	**29,5**

[1] Aus fortzuführenden Aktivitäten.

Finanzierung

Grundlage des langfristig orientierten Kapitalmanagements der EnBW ist eine kapitalmarkttheoretische Analyse zur Bestimmung der optimalen Kapitalstruktur. Für die Betrachtung werden Fremd- und Eigenkapital berücksichtigt. Die Optimierung der Kapitalstruktur ist auf die Minimierung der Gesamtkapitalkosten ausgerichtet, wobei jedoch eine Prämie für die Beibehaltung der finanziellen Flexibilität berücksichtigt wird. Die optimale Kapitalstruktur impliziert ein Ratingziel im A-Bereich für die EnBW. Diese Analyse wurde zuletzt in ausführlicher Form im Jahr 2006 durchgeführt und im Jahr 2007 überprüft.

Die kurzfristige Liquiditätssteuerung für die EnBW erfolgt mit einem rollierenden Planungshorizont von drei Monaten.

Das Kapitalmanagement bei der EnBW umfasst auch die bewusste Steuerung der Finanzaktiva. Basierend auf den aktuarischen Gutachten zu Pensionsrückstellungen sowie externen Gutachten zu Nuklearrückstellungen ermittelt die EnBW in einem Cashflow-orientierten Modell die sich in den nächsten 30 Jahren ergebenden Effekte in GuV und Cashflow-Rechnung. Dieses Modell ist Grundlage für die Steuerung der Finanzanlagen. Es lässt die Simulation von verschiedenen Rendite- und Zuführungsalternativen zu.

Asset-Management

Die in den Vorjahren begonnene Optimierung des Risiko-/Ertragsprofils unserer Finanzanlagen wurde 2007 erfolgreich fortgeführt. Auf insgesamt zehn Asset-Klassen verteilt haben wir Ende 2007 rund 5,7 Mrd. € Anlagevolumen gesteuert.

Die Finanzanlagen sind großteils in vier Masterfonds gebündelt.

Folgende Anlageziele werden konsequent verfolgt:

- Langfristige Zielrendite der Finanzanlagen bei 5,5 %
- Risikominimierung
- Minimierung der Auswirkungen auf Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- Breite Diversifizierung der Asset-Klassen
- Kostenreduktion und Verwaltungsvereinfachung

Unsere Strategie, die vorgegebenen Anlageziele bei minimalem Risiko zu erreichen, spiegelt auch die Absicht wider, unsere langfristigen Pensions- und Kernenergierückstellungen innerhalb eines ökonomisch sinnvollen Zeitraums durch entsprechende Finanzanlagen zu decken.

Die Umsetzung unserer Asset-Management-Strategie wurde von einer Fachjury mit dem Award „Bester Corporate Investor 2007“ ausgezeichnet.

Finanzierungsbedarf

Für die Deckung des Gesamtfinanzierungsbedarfs im EnBW-Konzern stehen uns neben der Innenfinanzierungskraft und vorhandenen eigenen Mitteln unverändert die folgenden vier Instrumente zur Verfügung:

- Euro-Medium-Term-Note-(EMTN-)Programm
- Syndizierte Kreditlinie
- Commercial-Paper-(CP-)Programm
- Emission von Sonderprodukten und Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung

Trotz des schwierigen Marktumfelds infolge der Subprime-Krise konnte sich die EnBW während des gesamten Jahresverlaufs 2007 jederzeit über das etablierte Commercial-Paper-Programm kurzfristig refinanzieren.

Syndizierte Kreditlinie

Im Mai 2007 hat die EnBW wieder von den vereinbarten Verlängerungsoptionen für die syndizierte Kreditlinie Gebrauch gemacht. Diese Kreditlinie über 2,5 Mrd. € war im Mai 2005 mit einem Bankenkonsortium vereinbart worden; sie besteht aus zwei Tranchen.

Die erste Tranche wurde im Volumen von 1 Mrd. € um ein weiteres Jahr bis Mai 2008 verlängert. Die zweite Tranche wurde mit einem Teilbetrag von 1,442 Mrd. € ebenfalls um ein weiteres Jahr bis Mai 2012 verlängert; der restliche Teilbetrag in Höhe von 58 Mio. € steht weiterhin bis Mai 2010 zur Verfügung. Die gesamte syndizierte Kreditlinie war im Berichtszeitraum vollständig ungenutzt.

Zins- und Währungsmanagement

Die Zinssätze bei den Finanzverbindlichkeiten sind zum großen Teil vertraglich fixiert, sodass sich eine Änderung des Zinsniveaus nur bei Neuaufnahmen und anstehenden Refinanzierungen (zum Beispiel bei fälligen Commercial-Paper-Emissionen) auf das Zinsergebnis der EnBW auswirkt.

Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Währungspositionen werden durch entsprechende Devisentermingeschäfte geschlossen. Insofern haben Währungsschwankungen keine wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis der EnBW.

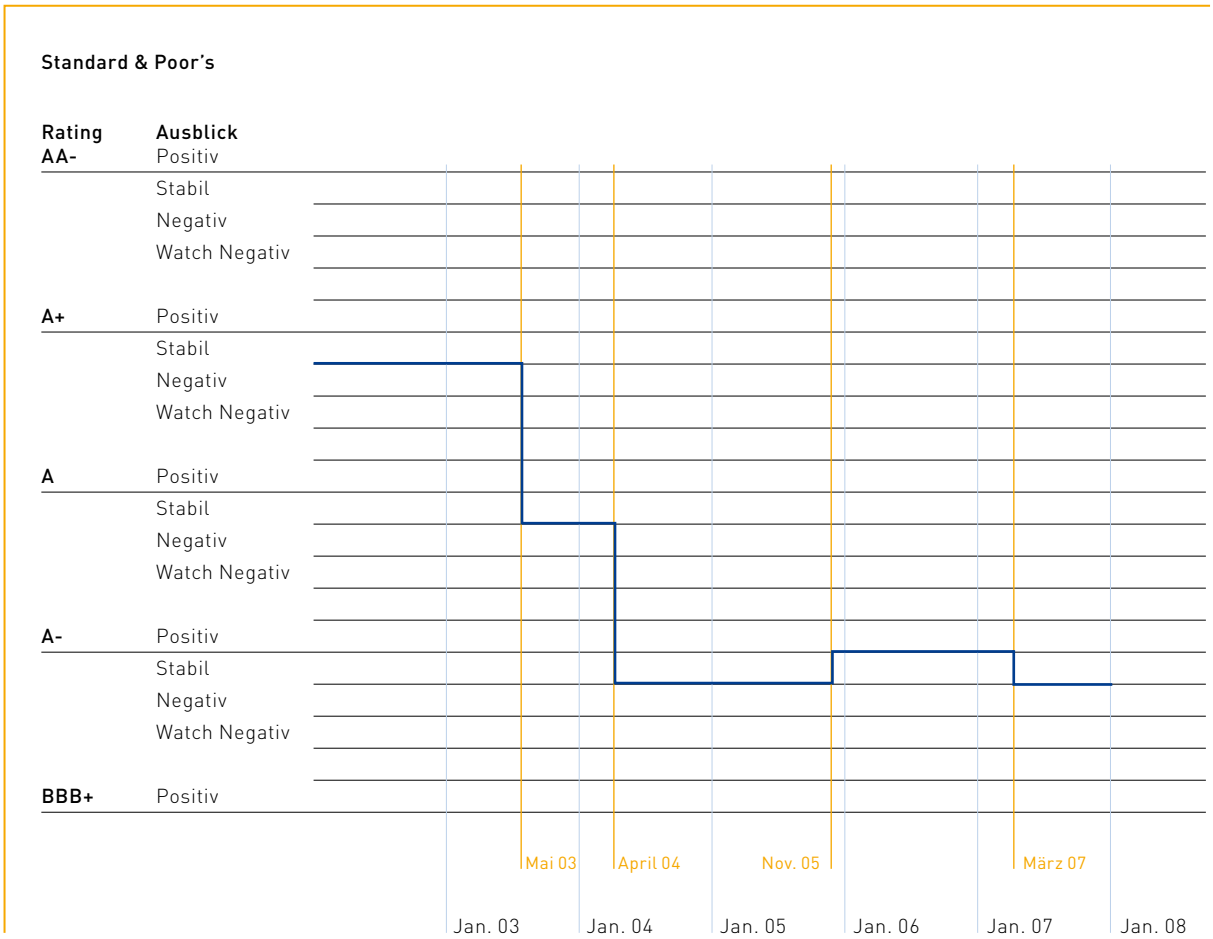
Ratings

Seit die beiden Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's die Bonität der EnBW erstmals 2000 beziehungsweise 2002 bewertet hatten, haben wir unser Ziel, mittelfristig ein Rating in der A-Kategorie zu halten, immer erfüllt.

Die EnBW überprüft regelmäßig die Angemessenheit des Ratingziels.

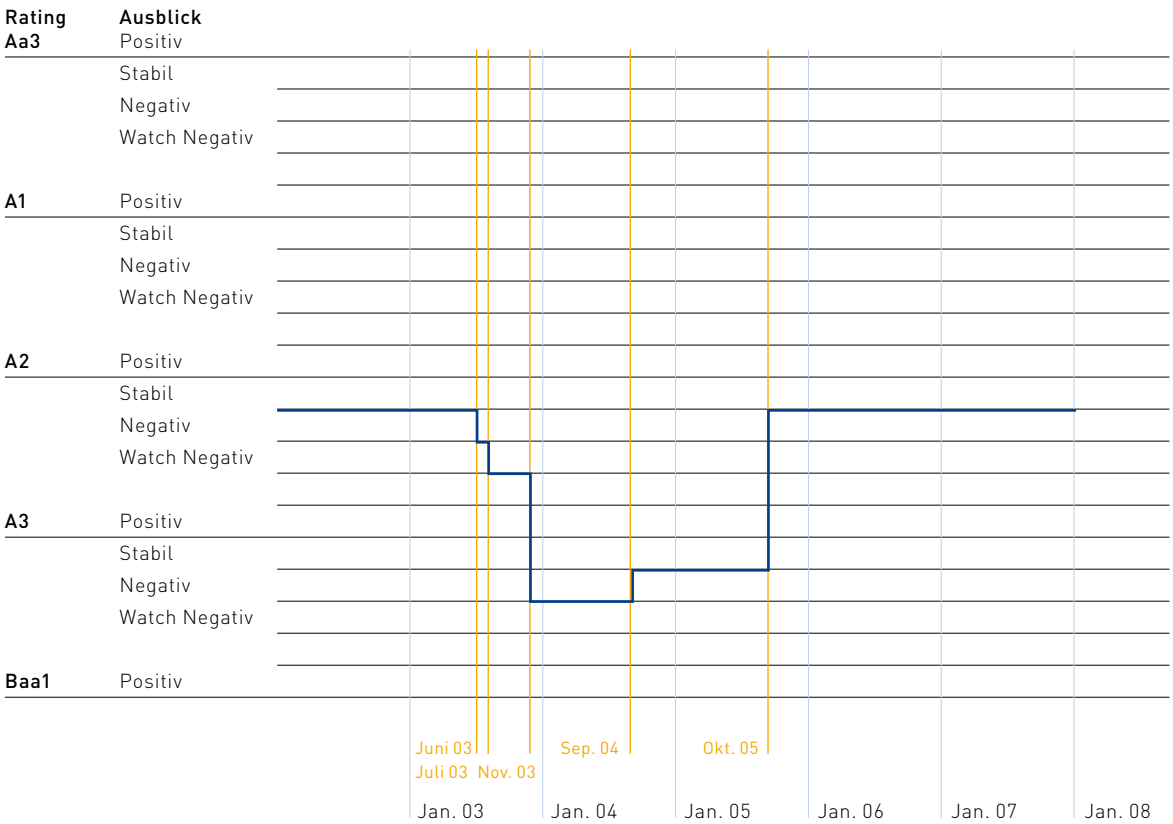
Die Grafiken zeigen den Bewertungsverlauf der vergangenen Jahre.

Die Rating-Entwicklung in den vergangenen Jahren



Watch = Überwachung
Stand: 31. Dezember 2007

Moody's



Watch = Überwachung
Stand: 31. Dezember 2007

Cashflow-Rechnung

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Operating Cashflow um 92,1 Mio. € auf 1.558,7 Mio. €. Verantwortlich für den Anstieg waren vor allem die Verbesserung des EBITDA und eine Reduzierung des Working Capital. Höhere Ertragsteuerzahlungen belasteten den Operating Cashflow. Zur Verbesserung des Working Capital trug überwiegend der Rückgang des Saldos aus Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bei. Die Ertragsteuerzahlungen erhöhten sich insbesondere aufgrund zusätzlicher Zahlungen infolge von Betriebsprüfungen.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit stieg unter anderem aufgrund gesunkener Auszahlungen für den Erwerb von Konzernunternehmen von -560,4 Mio. € auf -381,6 Mio. €.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit sank gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 1.387,6 Mio. € auf -1.786,6 Mio. €. Grund hierfür war die höhere Tilgung von Finanzverbindlichkeiten, höhere Zinszahlungen sowie die höhere Dividendenausschüttung für 2006.

Diese Entwicklung führte – unter Berücksichtigung von Währungskursveränderungen – zu einem Rückgang der flüssigen Mittel des EnBW-Konzerns um 614,5 Mio. € auf 1.317,8 Mio. €.

Trotz des höheren Operating Cashflow ging der Free Cashflow um 173,9 Mio. € auf 853,2 Mio. € zurück. Ursächlich hierfür waren primär die um 186,8 Mio. € höheren Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte.

Mit dem positiven Free Cashflow und den freien Kreditlinien in Höhe von 2,84 Mrd. € ist die künftige Zahlungsfähigkeit der EnBW gesichert.

Nettoschulden

Die Nettoschulden konnten im Geschäftsjahr 2007 um 391,6 Mio. € auf 5.869,7 Mio. € reduziert werden. Grund hierfür ist vor allem, dass der Free Cashflow neben der Zahlung von Zinsen und Dividenden zur Reduzierung der Nettoschulden verwandt wurde.

Bilanzstruktur des EnBW-Konzerns

Die Bilanzsumme im Konzern erhöhte sich im Vergleich zum 31. Dezember 2006 um 266,0 Mio. € oder 0,9 %.

Die langfristigen Vermögenswerte – sie umfassen 75,8 % der Bilanzsumme – verminderten sich um 0,6 % auf 21.543,4 Mio. €.

Die kurzfristigen Vermögenswerte erhöhten sich um 6,8 % auf 6.867,5 Mio. €.

Die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und die Vermögenswerte der nicht fortzuführenden Aktivitäten verringerten sich um 91,2 % auf 3,4 Mio. €.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote im Konzern – einschließlich der Fremdanteile – erhöhte sich von 16,0 % (Stand: 31. Dezember 2006; angepasst) auf 21,1 %. Verantwortlich für den Anstieg ist in erster Linie das positive Ergebnis.

Die langfristigen Schulden des EnBW-Konzerns gingen um 4,6 % auf 16.097,1 Mio. € zurück. Sie umfassen die langfristigen Rückstellungen, latente Steuern sowie langfristige Verbindlichkeiten. Die langfristigen Rückstellungen beinhalten vor allem die Rückstellungen im Bereich der Stilllegung und Entsorgung unserer Kernkraftwerke sowie die Pensionsrückstellungen. Die langfristigen Verbindlichkeiten setzen sich im Wesentlichen aus Finanzverbindlichkeiten und Baukostenzuschüssen zusammen.

Die kurzfristigen Schulden gingen um 5,5 % auf 6.307,6 Mio. € zurück.

Die Schulden der nicht fortzuführenden Aktivitäten verringerten sich auf 7,9 Mio €.

Cashflow-Rechnung in Mio. €	2007	2006	Veränderung in %
Operating Cashflow	1.558,7	1.466,6	6,3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-381,6	-560,4	31,9
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.786,6	-399,0	–
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	-609,5	507,2	–
Währungskursveränderung der flüssigen Mittel	-5,0	-1,3	–
Veränderung der flüssigen Mittel	**-614,5**	**505,9**	**–**

Free Cashflow in Mio. €	2007	2006	Veränderung in %
Operating Cashflow	1.558,7	1.466,6	6,3
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-816,9	-630,1	29,6
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	30,2	105,2	-71,3
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	81,2	85,4	-4,9
Free Cashflow	**853,2**	**1.027,1**	**-16,9**

Nettoschulden in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Flüssige Mittel[1]	-829,2	-1.367,7	-39,4
Kurzfristige Wertpapiere[1]	-171,5	-149,6	14,6
Kurzfristige Finanzmittel[1]	**-1.000,7**	**-1.517,3**	**-34,0**
Anleihen[2]	2.698,2	3.258,1	-17,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	546,9	853,9	-36,0
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	727,9	998,1	-27,1
Finanzverbindlichkeiten[2]	**3.973,0**	**5.110,1**	**-22,3**
Nettofinanzschulden[1,2]	**2.972,3**	**3.592,8**	**-17,3**
Pensions- und Kernenergierückstellungen	8.527,9	8.392,1	1,6
Langfristige Wertpapiere und Ausleihungen	-4.906,4	-5.347,4	-8,2
Kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen	-832,4	-619,8	34,3
Verbindlichkeiten aus Put-Optionen	397,4	396,9	0,1
Sonstiges	-289,1	-153,3	88,6
Nettoschulden[2]	**5.869,7**	**6.261,3**	**-6,3**

[1] Ohne kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen.
[2] Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.

Kurzfassung der Bilanz des EnBW-Konzerns in Mio. €[1]	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Aktiva			
Langfristige Vermögenswerte	21.543,4	21.681,0	-0,6
Sachanlagen	(11.416,2)	(11.336,1)	0,7
Übrige finanzielle Vermögenswerte	(5.734,4)	(6.031,7)	-4,9
Latente Steuern	(6,0)	(38,9)	-84,6
Kurzfristige Vermögenswerte	6.867,5	6.428,8	6,8
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte nicht fortzuführender Aktivitäten	3,4	38,5	-91,2
	28.414,3	**28.148,3**	**0,9**
Passiva			
Eigenkapital	6.001,7	4.492,4	33,6
Langfristige Schulden	16.097,1	16.875,6	-4,6
Rückstellungen	(8.989,1)	(8.865,8)	1,4
Latente Steuern	(1.616,8)	(2.000,0)	-19,2
Finanzverbindlichkeiten	(3.364,2)	(3.883,8)	-13,4
Kurzfristige Schulden	6.307,6	6.677,3	-5,5
Rückstellungen	(1.131,3)	(1.306,3)	-13,4
Finanzverbindlichkeiten	(588,3)	(1.226,3)	-52,0
Schulden der nicht fortzuführenden Aktivitäten	7,9	103,0	-92,3
	28.414,3	**28.148,3**	**0,9**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Unternehmenssituation der EnBW AG

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW AG) hat als operative Holding die Leitungsfunktion im EnBW-Konzern. Die wirtschaftliche Lage der EnBW AG hängt wesentlich von der wirtschaftlichen Lage des Konzerns ab.

Der von der Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart, mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene ausführliche Jahresabschluss der EnBW AG wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Unter www.enbw.com steht der vollständige Jahresabschluss der EnBW AG als Download zur Verfügung.

Der Jahresabschluss der EnBW AG wird gemäß den Vorschriften von Handelsgesetzbuch und Aktiengesetz aufgestellt.

Kurzfassung der Bilanz der EnBW AG in Mio. €[1]	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Aktiva			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögenswerte	9,3	5,1	82,4
Sachanlagen	7,8	6,0	30,0
Finanzanlagen	11.547,9	11.122,8	3,8
	11.565,0	**11.133,9**	**3,9**
Umlaufvermögen			
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.091,9	2.693,8	-22,3
Übrige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	533,0	387,7	37,5
Wertpapiere und flüssige Mittel	518,6	1.023,1	-49,3
	3.143,5	**4.104,6**	**-23,4**
Rechnungsabgrenzungsposten	53,8	74,9	-28,2
	14.762,3	**15.313,4**	**-3,6**
Passiva			
Eigenkapital	1.826,3	1.499,3	21,8
Rückstellungen	3.229,1	3.360,1	-3,9
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	9.593,9	10.129,3	-5,3
Übrige Verbindlichkeiten	93,9	303,2	-69,0
Rechnungsabgrenzungsposten	19,1	21,5	-11,2
	14.762,3	**15.313,4**	**-3,6**

[1] Nach deutschem Handelsrecht.

Kurzfassung der Gewinn- und Verlustrechnung der EnBW AG in Mio. €[1]	2007	2006	Veränderung in %
Finanzergebnis	953,2	815,5	16,9
Personalaufwand	-110,2	-170,5	-35,4
Sonstige Aufwendungen und Erträge	-172,2	-190,6	-9,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**670,8**	**454,4**	**47,6**
Steuern	-65,3	59,4	–
Jahresüberschuss	**605,5**	**513,8**	**17,8**

[1] Nach deutschem Handelsrecht.

Vermögenslage der EnBW AG

Die Vermögenslage der EnBW AG hängt maßgeblich von ihren Beteiligungen sowie der zentralen Finanz- und Liquiditätssteuerung ab. Die zentrale Finanz- und Liquiditätssteuerung wirkt sich sowohl auf die Finanzanlagen als auch auf die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus.

Bei der EnBW AG werden die Pensionsverpflichtungen der wesentlichen Tochtergesellschaften gebündelt. Die jährlichen Aufwendungen für die Altersversorgung werden von den jeweiligen Tochtergesellschaften vergütet.

Ergebnis der EnBW AG und Dividende

Dank der positiven Entwicklung des Konzerns beträgt der Jahresüberschuss der EnBW AG 605,5 Mio. €; er übertrifft damit den Vorjahreswert um 91,7 Mio. €. Der Bilanzgewinn beläuft sich auf 406,9 Mio. €. Er berücksichtigt den Gewinnvortrag in Höhe von 1,4 Mio. € sowie die Zuführung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 200,0 Mio. €.

Der Vorstand wird der Hauptversammlung am 25. April 2008 vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn der EnBW AG eine Dividende von 1,51 € je Aktie auszuschütten. Zum 31. Dezember 2007 waren insgesamt 244.256.523 Aktien dividendenberechtigt. Die Ausschüttungssumme der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2007 wird bei entsprechendem Beschluss durch die Hauptversammlung 368,8 Mio. € betragen.

Anmerkungen zur Berichtsweise

Der Konzernabschluss der EnBW wird entsprechend § 315 a Abs. 1 HGB zu den am Bilanzstichtag verpflichtend in der Europäischen Union anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Die Zahlen des Vorjahres wurden aufgrund von im Geschäftsjahr 2007 vorgenommenen Bilanzierungs- und Ausweisänderungen angepasst. Ausführliche Erläuterungen sind im Konzernanhang dargestellt.

Schlusserklärung über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand der EnBW AG erstellte für das Geschäftsjahr 2007 gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, der mit folgender Erklärung schließt: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, an dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist nicht benachteiligt worden. Berichtspflichtige Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der herrschenden Unternehmen lagen nicht vor."

Nachtragsbericht | Angaben nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

Nachtragsbericht

Vorgänge, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der EnBW von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem 31. Dezember 2007 nicht eingetreten.

Angaben nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

Der Vorstand macht nachfolgend die nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB vorgeschriebenen Angaben und erläutert diese zugleich gemäß den §§ 120 Abs. 3 Satz 2, 175 Abs. 2 Satz 1 AktG.

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das Grundkapital der EnBW beträgt 640.015.872,00 € und ist in 250.006.200 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von jeweils 2,56 € eingeteilt.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Die EDF hat unter dem Datum vom 19. April 2007 das Referenzdokument 2006 für die französische Finanzmarktaufsicht veröffentlicht, in dem die Finanzmärkte über zwischen EDF und OEW getroffene Vereinbarungen informiert wurden. Danach haben sich die beiden EnBW-Hauptaktionäre EDF und OEW in einer Aktionärsvereinbarung vom 26. Juli 2000 über die Innehabung sowie Koordinierung der Ausübung der Rechte und der Einflussmöglichkeiten als Aktionäre verständigt. Danach werden EDF und OEW ihre Stimmrechte aus ihren Aktien einheitlich nach vorausgehender Beratung in einem von ihnen eingerichteten Aktionärsausschuss ausüben.

Insbesondere werden EDF und OEW Vorschläge für die Wahl von Aktionärsvertretern in den Aufsichtsrat machen und mit ihren Stimmen die Wahl von vier Mitgliedern auf EDF- und drei Mitgliedern auf OEW-Vorschlag, darunter der Vorsitzende des Aufsichtsrats, zu erreichen suchen. Außerdem wollen die Parteien der Aktionärsvereinbarung ihren Einfluss geltend machen, dass ein von der EDF empfohlenes Mitglied des Vorstands bestellt wird.

EDF und OEW haben sich in der Aktionärsvereinbarung außerdem Beschränkungen für die Übertragung von EnBW-Aktien auferlegt. Die OEW kann gebundene Aktien (= 25,005 % aller EnBW-Aktien) nur mit Zustimmung der EDF an Dritte veräußern, während EDF gebundene EnBW-Aktien (25,005 %) nur mit Zustimmung von OEW an Dritte veräußern kann, wenn der Dritte nicht bereit ist, EnBW-Aktien der OEW zum gleichen Preis zu erwerben. Zudem steht OEW ein Vorkaufsrecht auf die von EDF gehaltenen gebundenen EnBW-Aktien (25,005 %) zu. In Bezug auf die von EDF und OEW über die gebundenen Aktien (jeweils 25,005 %) hinaus gehaltenen EnBW-Aktien haben sich EDF und OEW für jeden Fall einer beabsichtigten Veräußerung wechselseitig Vorkaufsrechte eingeräumt.

Diese Beschränkungen dauern für die Laufzeit der Aktionärsvereinbarung zunächst bis zum 31. Dezember 2011 und darüber hinaus, solange EDF und OEW gemeinsam eine Mehrheitsbeteiligung halten und jede Partei wenigstens 17 % der EnBW-Aktien hält.

Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 % überschreiten

Die EDF International SA mit Sitz in Paris (Frankreich) und der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke mit Sitz in Biberach an der Riß halten zum 31. Dezember 2007 jeweils direkt 45,01 % des Grundkapitals der EnBW.

Alleinige Anteilsinhaberin der EDF International SA ist die börsennotierte Electricité de France SA mit Sitz in Paris (Frankreich), die wiederum von der Republik Frankreich kontrolliert wird. Die Electricité de France SA und die Republik Frankreich sind daher jeweils indirekt über die EDF International SA mit 45,01 % am Grundkapital der EnBW beteiligt.

Der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke hält seine Beteiligung an der EnBW treuhänderisch für die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit Sitz in Ravensburg, die wirtschaftlicher Eigentümer der vom Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke gehaltenen EnBW-Aktien ist. Die OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist daher indirekt über den Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke mit 45,01 % am Grundkapital der EnBW beteiligt. Alleiniger Anteilsinhaber der OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke. Dieser ist daher nicht nur direkt, sondern auch indirekt über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit 45,01 % am Grundkapital der EnBW beteiligt.

Inhaber von Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen
Entfällt bei der EnBW derzeit.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben
Entfällt bei der EnBW derzeit.

Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung
Die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands obliegt dem Aufsichtsrat gemäß § 84 AktG i. V. m. § 31 MitbestG. Diese Kompetenz wird in § 7 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der EnBW abgebildet. Sollte ausnahmsweise ein erforderliches Vorstandsmitglied fehlen, hat nach § 85 AktG die Bestellung eines Vorstandsmitglieds durch das Gericht zu erfolgen, wenn ein dringender Fall vorliegt.

Das Recht zu Satzungsänderungen liegt gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 5 AktG bei der Hauptversammlung, die entsprechenden konkretisierenden Verfahrensregeln sind in den §§ 179, 181 AktG enthalten. Aus Praktikabilitätsgesichtspunkten wurde die Kompetenz zu Änderungen der Satzung, die lediglich die Fassung betreffen, dem Aufsichtsrat übertragen. Diese durch § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG gesetzlich eröffnete Möglichkeit wurde in § 18 Abs. 3 der Satzung verankert.

Beschlüsse der Hauptversammlung zur Änderung der Satzung bedürfen nach § 179 Abs. 2 AktG einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, sofern die Satzung nicht eine andere – für die Änderung des Unternehmensgegenstands jedoch nur eine höhere – Kapitalmehrheit bestimmt. Nach § 18 Abs. 1 der Satzung bedürfen die Beschlüsse der Hauptversammlung der Mehrheit der abgegebenen Stimmen (einfache Stimmenmehrheit), soweit nicht Gesetz oder Satzung eine größere Mehrheit oder weitere Erfordernisse bestimmen. Schreibt das Gesetz eine größere Mehrheit der abgegebenen Stimmen beziehungsweise des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals vor, so genügt in den Fällen die einfache Mehrheit, in denen das Gesetz es der Satzung überlässt, dies zu bestimmen.

Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen
Seit dem 29. April 2004 existiert bei der EnBW keine Ermächtigung der Hauptversammlung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zum Erwerb eigener Aktien durch die Gesellschaft mehr. Eigene Aktien können von der Gesellschaft daher nur aufgrund der übrigen Erwerbstatbestände des § 71 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 AktG erworben werden.
Die Gesellschaft verfügt zum 31. Dezember 2007 über 5.749.677 eigene Aktien, die aufgrund früherer Ermächtigungen nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworben wurden. Die Veräußerung von eigenen Aktien der Gesellschaft kann über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre der Gesellschaft erfolgen. Eine Verwendung – insbesondere Veräußerung – eigener Aktien in anderer Weise kann nur im Rahmen des Beschlusses der Hauptversammlung vom 29. April 2004 erfolgen.

Die dem Vorstand durch Beschluss der Hauptversammlung vom 23. April 2002 für fünf Jahre erteilte und am 4. Juni 2002 in das Handelsregister eingetragene Ermächtigung, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer Aktien gegen Bareinlage beziehungsweise Bar- oder Sacheinlage jeweils um maximal 10 % zu erhöhen (genehmigte Kapitalia I und II), ist am 4. Juni 2007 ausgelaufen. Diese Ermächtigungen waren in § 5 Abs. 2 beziehungsweise Abs. 3 der Satzung niedergelegt.

Vergütungsbericht

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, und die hieraus folgenden Wirkungen
Zwei Vereinbarungen der EnBW stehen unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots im Sinne von § 289 Abs. 4 Nr. 8 HGB:

Der syndizierte Darlehensvertrag über eine bis zum 31. Dezember 2007 noch nicht in Anspruch genommene Kreditlinie in Höhe von 2,5 Mrd. € (Näheres dazu auf Seite 79) kann von den Darlehensgebern beim Kontrollerwerb eines Dritten gekündigt und zur Zahlung fällig gestellt werden. Dies gilt nicht, wenn es sich bei dem Dritten um die EDF oder die OEW oder eine andere deutsche öffentlich-rechtliche Körperschaft handelt.

Im Rahmen des Shareholder Agreements zwischen der EnBW und Eni S.p.A. hat Eni S.p.A. im Fall eines Kontrollwechsels bei der EnBW das Recht, die 50%ige Beteiligung der EnBW an der EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH zu erwerben. Die EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH hält 100 % der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland GmbH. Der Kaufpreis, den die Eni S. p. A. für den Anteil der EnBW an der EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH bezahlen müsste, bemisst sich nach einem gutachterlich ermittelten Marktwert.

Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen sind
Entfällt bei der EnBW derzeit.

Vergütungsbericht

Der im Corporate-Governance-Bericht auf den Seiten 32 bis 37 enthaltene Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts. Der Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die für die Festlegung der Vergütung der Vorstandsmitglieder maßgeblich sind, und erläutert die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung sowie die Vergütung des Aufsichtsrats.

Wertorientierte Steuerung

Der wirtschaftliche Erfolg des EnBW-Konzerns wird im gesamten Unternehmen in einem transparenten Verfahren mit einheitlichen Kriterien bemessen. Der Wertbeitrag stellt dabei die wichtigste Kennzahl zur Bewertung des unternehmerischen Erfolgs dar. Mit 839,1 Mio. € im Jahr 2007 konnte der Wert des vergangenen Geschäftsjahres noch übertroffen werden.

Entwicklung des Wertbeitrags im Geschäftsjahr 2007

Sowohl auf Konzernebene als auch in allen operativen Geschäftsfeldern ist ein Wachstum der Kapitalbasis zu verzeichnen. In den Geschäftsfeldern Strom und Energie- und Umweltdienstleistungen konnte dabei gleichzeitig die Rendite gesteigert werden. Im Geschäftsfeld Gas kam es zu einem Ergebnisrückgang, wobei immer noch ein positiver Wertbeitrag erwirtschaftet wurde.

Im Geschäftsjahr 2007 setzte sich die positive Entwicklung des wertsteigernden Wachstums weiter fort. Der Anstieg des Capital Employed ging einher mit einer deutlichen Steigerung des Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis. Hierdurch wurde ein positiver Wertbeitrag von 839,1 Mio. € erzielt. Dies entspricht gegenüber 2006 einem Zuwachs von 24,5 Mio. € oder 3,0 %.

Zur Wertbeitragsentwicklung der Geschäftsfelder:

- Der maßgebliche Anteil der Wertschaffung stammt wie im letzten Jahr aus dem Geschäftsfeld Strom. Dort konnte der Wertbeitrag um 61,0 Mio. € oder 7,0 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Steigerung des Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis resultiert vor allem aus höheren Margen in der Stromerzeugung, aus der Marktbewertung von Derivaten und aus der Erweiterung des Konsolidierungskreises. Gegenläufig wirkten die Belastungen aus der Senkung der Netzentgelte durch die Bundesnetzagentur. Die gestiegene Kapitalbasis ist vor allem auf gestiegene Sachinvestitionen, Effekte aufgrund des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008, eine Erhöhung bei Beteiligungen (insbesondere EVN Energie-Versorgung Niederösterreich AG) und die ganzjährige Konsolidierung der Stadtwerke Düsseldorf AG zurückzuführen.

- Der Wertbeitrag im Geschäftsfeld Gas ist im Vergleich zum Vorjahr um 51,2 Mio. € oder 61,1 % zurückgegangen. Die Ursache liegt im Ergebnisrückgang, hauptsächlich bedingt durch verminderten Gasabsatz sowie die Senkung der Netzentgelte. Die Erhöhung der Kapitalbasis ist insbesondere konsolidierungsbedingt.

- Der Wertbeitrag im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 65,0 Mio. € erhöht. Diese Entwicklung resultiert in erster Linie aus einer deutlichen Ergebnissteigerung als Folge der Erweiterung des Konsolidierungskreises und der Erweiterung des Müllheizkraftwerks Stuttgart-Münster. Die Erhöhung der Kapitalbasis resultiert insbesondere aus gestiegenen Sachinvestitionen und der Erweiterung des Konsolidierungskreises.

Wertbeitrag nach Geschäftsfeldern[1]	**Strom**		**Gas**		**Energie- und Umweltdienstleistungen**		**Sonstige Aktivitäten/ Holding**		**Gesamt**	
	2007	**2006**	**2007**	**2006**	**2007**	**2006**	**2007**	**2006**	**2007**	**2006**
Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis (Mio. €)	1.697,5	1.573,7	179,9	224,4	138,6	67,9	-151,6	-122,2	1.864,4	1.743,8
Durchschnittliches Capital Employed (Mio. €)	8.531,0	7.833,0	1.733,4	1.654,7	1.193,1	1.132,6	-65,8	-295,3	11.391,7	10.325,0
ROCE (%)	**19,9**	**20,1**	**10,4**	**13,6**	**11,6**	**6,0**	**–**	**–**	**16,4**	**16,9**
Kapitalkostensatz (%)	9,0	9,0	8,5	8,5	9,5	9,5	–	–	9,0	9,0
Wertbeitrag (Mio. €)	**929,7**	**868,7**	**32,6**	**83,8**	**25,3**	**-39,7**	**–**	**–**	**839,1**	**814,6**

[1] Die Zahlen des Vorjahres wurden angepasst.

Verwendete Steuerungskennzahlen

Wesentliche Faktoren für die Berechnung des Wertbeitrags sind die Differenz zwischen ROCE (Return on Capital Employed) und Kapitalkosten sowie die Kapitalbasis (Capital Employed). Der ROCE misst die Rentabilität des eingesetzten Kapitals. Als Ergebnisgröße definieren wir das Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis, das die operative und nachhaltige Leistung der EnBW misst. Beteiligungen werden einbezogen, da sie zum Kerngeschäft gehören und somit integraler Bestandteil unseres Geschäftsmodells sind. Die Umrechnung des Beteiligungsergebnisses auf einen Vorsteuerwert findet aus Konsistenzgründen zum EBIT statt, das ebenfalls einen Wert vor Steuern darstellt. Neutrale Effekte werden bereinigt. Dem Capital Employed rechnen wir alle Vermögenswerte des operativen Geschäfts zu. Von diesen Vermögenswerten wird das nicht zinstragende Kapital abgezogen. Um die stichtagsbezogene Größe Capital Employed kongruent zum zeitraumbezogenen Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis darzustellen, bringen wir den Durchschnitt von Jahresanfangs- und Jahresendwert sowie den drei dazwischenliegenden Quartalsendwerten zum Ansatz.

Wertbeitrag	=	ROCE – Kapitalkostensatz	x	Capital Employed

$$\text{Mit ROCE} = \frac{\text{Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis}}{\text{Capital Employed}}$$

Ableitung des Kapitalkostensatzes (WACC)	**2007**
Risikofreier Zinssatz (r_F)	5,1 %
Marktrisikoprämie (MRP)	5,0 %
Beta-Faktor (ß)	0,8
Eigenkapitalkostensatz nach Steuern	**9,1 %**
Fremdkapitalkostensatz vor Steuern (r_{FK})	5,7 %
Tax Shield der Fremdkapitalzinsen	-2,0 %
Fremdkapitalkostensatz nach Steuern	**3,7 %**
Anteil Eigenkapital (EK)	40 %
Anteil Fremdkapital (FK)	60 %
Kapitalkostensatz nach Steuern	**5,8 %**
Steuersatz (s)	35 %
Kapitalkostensatz vor Steuern (Konzern)	**9,0 %**

$$\text{WACC} = (r_F + ß \times \text{MRP}) \times \frac{EK}{EK + FK} \times \frac{1}{(1 - s)} + r_{FK} \times \frac{FK}{EK + FK}$$

Unsere Kapitalkosten ermitteln wir als gewichteten Durchschnitt der Eigen- und Fremdkapitalkosten. Die Eigenkapitalkosten erfassen die über eine risikolose Anlage hinausgehende unternehmensspezifische Renditeerwartung des Kapitalmarkts. Die Fremdkapitalkosten orientieren sich an den langfristigen Finanzierungskonditionen des EnBW-Konzerns und berücksichtigen die steuerliche Abzugsfähigkeit von Fremdkapitalzinsen (Tax Shield).

Das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital leitet sich nicht aus der Bilanz ab, sondern basiert auf einer Marktbewertung des Eigenkapitals und einer langfristig angestrebten Zielkapitalstruktur. Um den unterschiedlichen Risiken unserer Aktivitäten entlang der Wertschöpfungskette gerecht zu werden, differenzieren wir unsere Kapitalkosten auch für die Geschäftsfelder.

Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis in Mio. €[1]	**2007**	**2006**
EBIT	1.559,2	1.451,2
Neutrales EBIT	3,8	-0,3
Beteiligungsergebnis	272,2	211,1
Neutrales Beteiligungsergebnis	-76,3	-20,7
Steueranpassung Beteiligungsergebnis[2]	105,5	102,5
Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis	**1.864,4**	**1.743,8**

Durchschnittliches Capital Employed in Mio. €[1]	**2007**	**2006**
Immaterielles Vermögen	1.636,4	1.661,2
Sachanlagen	11.416,2	11.336,1
Investment Properties	87,7	115,1
Beteiligungen[3]	2.684,5	2.442,9
Vorratsvermögen	732,7	612,3
Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen[4]	2.097,4	2.236,6
Übrige Vermögenswerte	2.716,6	2.025,8
Nicht zinstragende Rückstellungen	-1.592,5	-1.780,0
Nicht zinstragende Verbindlichkeiten[5]	-4.555,6	-4.085,5
Zuschüsse	-1.733,3	-1.777,8
Latente Steuern[6]	-1.610,8	-1.961,1
Capital Employed zum 31.12.	**11.879,3**	**10.825,6**
Durchschnittliches Capital Employed[7]	**11.391,7**	**10.325,0**

[1] Die Zahlen des Vorjahres wurden angepasst.
[2] Adjusted Beteiligungsergebnis/0,65-Adjusted Beteiligungsergebnis (mit 0,65 = 1 – Steuersatz 35 %).
[3] Beinhaltet at equity bewertete Unternehmen, Anteile an verbundenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen.
[4] Ohne verbundene Unternehmen.
[5] Ohne verbundene Unternehmen, ohne potenzielle Kaufpreisverpflichtungen aus Put-Optionen.
[6] Aktive und passive latente Steuern saldiert.
[7] Berechnung auf Basis der jeweiligen Quartalswerte des Berichtsjahres und des Vorjahresendwerts.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2007 beschäftigte der EnBW-Konzern 20.265 Mitarbeiter, das sind 883 Mitarbeiter oder 4,2 % weniger als im Vorjahr. Der Personalaufwand erhöhte sich um 7,9 % auf 1.476,2 Mio. €.

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen

Der Rückgang der Mitarbeiterzahlen ist in erster Linie auf die Entkonsolidierung der U-plus-Gruppe im Geschäftsfeld der nicht fortzuführenden Aktivitäten zurückzuführen. Bereinigt um diesen Entkonsolidierungseffekt stieg die Zahl der Beschäftigten um 2,0 %. Im Geschäftsfeld Gas stieg die Mitarbeiterzahl vor allem durch die Vollkonsolidierung der Erdgas Südwest GmbH. Der Zuwachs im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen basiert überwiegend auf einer geänderten Zuordnung von Mitarbeitern aus dem Geschäftsfeld Strom.

Mitarbeiter des EnBW-Konzerns[1]	31.12.2007	31.12.2006[2]	Veränderung in %
Strom	11.632	11.754	-1,0
Gas	891	827	+7,7
Energie- und Umweltdienstleistungen	7.187	6.734	+6,7
Holding	555	547	+1,5
Fortzuführende Aktivitäten	**20.265**	**19.862**	**+2,0**
Nicht fortzuführende Aktivitäten	0	1.286	–
Gesamt	**20.265**	**21.148**	**-4,2**
In Mitarbeiteräquivalenten[3]	19.424	20.282	-4,2

[1] Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse; der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.
[2] Angepasst an die Geschäftsfeldstruktur zum 31.12.2007.
[3] Umgerechnet in Vollzeitbeschäftigungen.

Personalstruktur

Der Frauenanteil innerhalb der Gesamtbelegschaft betrug zum 31. Dezember 2007 24,1 % (Vorjahr: 23,0 %). Von den insgesamt 2.005 Mitarbeitern in Teilzeit (9,9 %) sind 1.222 Frauen (60,9 %). Die Teilzeitquote, die auch unsere Mitarbeiter in Altersteilzeit berücksichtigt, stieg im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag bei 16,1 Jahren, das durchschnittliche Alter bei 43,1 Jahren. 69,1 % unserer Mitarbeiter waren in unserem Stammland Baden-Württemberg beschäftigt, 27,1 % in anderen Bundesländern und 3,8 % im Ausland.

Mitarbeiter im In- und Ausland	
Baden-Württemberg	69,1 %
Andere Bundesländer	27,1 %
Ausland	3,8 %

Mitarbeiterverteilung nach Altersgruppen	
bis 25	5,0 %
26 – 35	17,1 %
36 – 45	35,3 %
46 – 55	35,6 %
über 55	7,0 %

Entwicklung des Personalaufwands

Der Personalaufwand für die fortzuführenden Aktivitäten erhöhte sich von Januar bis Dezember 2007 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 108,5 Mio. € oder 7,9 % auf 1.476,2 Mio. € (Vorjahr: 1.367,7 Mio. €). Die Änderungen im Konsolidierungskreis sowie Einmaleffekte, die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter, die Beendigung der Arbeitszeitverkürzung und die Anhebung des Vergütungstarifs zum 1. März 2007 der Mitarbeiter, die dem Manteltarifvertrag Arbeitgeberverband Elektrizitätswerke Baden-Württemberg (MTV) unterliegen, zählen zu den wesentlichen Ursachen für den Anstieg des Personalaufwands.

Tarifverträge

Zum 28. Februar 2007 endete die Tarifvereinbarung zur Verkürzung der Arbeitszeit, die 2004 im Rahmen des Kostensenkungsprogramms TOP FIT abgeschlossen wurde. Damit beträgt die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit seit dem 1. März 2007 wieder 38 Stunden für die Mitarbeiter, die dem Manteltarifvertrag Arbeitgeberverband Elektrizitätswerke Baden-Württemberg (MTV) unterliegen.

Auf Grundlage des im März 2006 abgeschlossenen Vergütungstarifvertrags wurden die Tarifvergütungen für die MTV-gebundenen Mitarbeiter mit Wirkung zum 1. März 2007 um 1,8 % angehoben. Gleichzeitig stiegen die Vergütungen der Auszubildenden um 100 € pro Monat. Des Weiteren einigten sich die Tarifparteien auf eine ergänzende Einmalzahlung von 1.500 €, die im April 2007 an die Beschäftigten ausbezahlt wurde. Die Kombination von Tariferhöhungen und Einmalzahlungen ist für uns ein richtiges und zukunftsweisendes Instrument, das sowohl der Arbeitgeber- als auch der Arbeitnehmerseite Planungssicherheit gibt. Das Engagement der Mitarbeiter auf betrieblicher Ebene wird zudem mit einer jährlich gewährten Erfolgsbeteiligung honoriert.

Weitere Personalmaßnahmen

- Top Arbeitgeber: Beim Unternehmensranking „Top Arbeitgeber in Deutschland 2007“ belegte die EnBW den zwölften von 85 Plätzen. In den Kategorien „Jobsicherheit“ und „Work-Life-Balance“ erreichten wir den vierten beziehungsweise fünften Rang.

- Führungskräfte: Im Frühjahr 2007 wurde für die Führungskräfte des oberen und des Topmanagements erstmals im Rahmen des neuen Vergütungssystems ein sogenanntes Performance-Management durchgeführt; ab 2008 soll dieses Instrument auch für das mittlere Management genutzt werden. Im Mittelpunkt steht eine transparente Leistungsbeurteilung und Standortbestimmung. Durch eine systematische Analyse der Nachfolgesituation gelang es uns, potenzielle Nachfolgekandidaten für das Topmanagement zu identifizieren.

- Managemententwicklung: Seit 2007 bietet die EnBW-Akademie unter dem Titel Management[6] ein weiterentwickeltes und fokussiertes Seminarangebot mit je sechs anforderungsspezifischen Veranstaltungen, analog den Kompetenzfeldern, für Führungskräfte des mittleren und des oberen Managements an.

- Nachwuchskräfteförderung: Die Förderung von Führungsnachwuchskräften im Rahmen der Job-Family-Programme trägt Früchte: Schon über 40 % der Absolventen konnten seit 2005 in eine Managementfunktion aufsteigen. Fortgesetzt wurde auch das Co-Recruitment-Programm von EDF und EnBW für Nachwuchsingenieure im Bereich Kernkraft. Nach einem dreimonatigen Einarbeitungsprogramm werden die Teilnehmer für drei Jahre im Partnerunternehmen eingesetzt. Ziel ist es, Kooperation, Know-how-Transfer und Netzwerkbildung zu fördern.

- Studentische Förderung: Im Berichtsjahr startete Network[2], das Förderprogramm der EnBW für Studenten energiewirtschaftlicher und netztechnischer Studiengänge. Gemeinsam mit zehn Hochschulen leisten wir im Rahmen dieser Initiative auch einen Beitrag zur praxisnahen Ausbildung im akademischen Bereich.

- Ausbildung: Die EnBW engagiert sich nach wie vor in besonderem Maße für die Ausbildung junger Menschen. Zum 31. Dezember 2007 betrug die Ausbildungsquote in den Kerngesellschaften der EnBW in Baden-Württemberg 8,0 %; sie liegt damit weiterhin deutlich über dem Eigenbedarf.

- Work-Life-Balance: Wenn Beruf und Privatleben im Einklang stehen, wirkt sich das positiv auf Arbeitszufriedenheit, Motivation und Engagement der Mitarbeiter aus. Im Jahr 2007 haben wir von der Hertie-Stiftung das Zertifikat audit berufundfamilie® verliehen bekommen. In den nächsten drei Jahren werden wir die im Rahmen des Zertifizierungsprozesses vereinbarten Maßnahmen umsetzen.

- Gesundheits- und Arbeitsschutz: Der unternehmenseigene arbeitsmedizinische Dienst bietet den Mitarbeitern der EnBW neben den gängigen Vorsorgeuntersuchungen ein großes Leistungsspektrum. Zu den präventivmedizinischen Maßnahmen gehören medizinische und psychosoziale Beratungen, Gesundheits- und Arbeitsschutz, Gesundheits-Check-up, Impfungen und Krankengymnastik.

- Entrepreneurship Trophy: Mit der Verleihung dieses Preises für das beste unternehmerische Projekt wollen die Personalbereiche der vier großen Gesellschaften der EDF-Gruppe (EDF, EnBW, EDF Energy und Edison) die Bedeutung von Innovation, Kreativität, Veränderungsbereitschaft und gelebtem Wissensmanagement für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit hervorheben. Die Preisverleihung fand im Januar 2008 in Paris statt.

Forschung & Entwicklung und Innovation

Der Schwerpunkt der EnBW-Forschungs- und Entwicklungsarbeit liegt in der Kooperation mit Projektpartnern aus Wissenschaft und Unternehmen und widmet sich vor allem der energiewirtschaftlichen und technischen Grundlagenforschung und Erprobung. Aufgabe des Innovationsmanagements ist es, die Ergebnisse der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit des Unternehmens in markt- und kundenspezifischen Geschäftsmodellen weiterzuentwickeln. Als Entwicklungsziele stehen dabei die Effizienzsteigerung der Stromerzeugung, der umweltschonende Umgang mit Ressourcen, die Erschließung neuer Energiequellen und damit letztlich die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im Mittelpunkt der Arbeit.

Aufwendungen, Kooperationen, Personal

Im Jahr 2007 betrugen die Aufwendungen für Forschung & Entwicklung (F&E) und Innovation 32,4 Mio. €. Das entspricht einer Steigerung von 57 % im Vergleich zum Vorjahr (20,6 Mio. €). Die Steigerung beruht auf gestiegenen Aktivitäten im Bereich Kunden. Insgesamt waren 2007 mit F&E-Aktivitäten und Innovationsprojekten rund 150 Mitarbeiter befasst. Die strategischen Kernbereiche F&E und Innovation sind mit 27 Mitarbeitern in der Holding angesiedelt. Diese werden von mehr als 120 Mitarbeitern in den Gesellschaften unterstützt, die im Rahmen ihrer operativen Arbeit Forschungs- & Entwicklungs- sowie Innovationsprojekte durchführen. Bei den Mitarbeitern der beiden strategischen Kernbereiche Forschung & Entwicklung und Innovation handelt es sich vorwiegend um Ingenieure, Physiker und Wirtschaftswissenschaftler.

Die wichtigsten externen Forschungs- und Innovationspartner sind die Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg, insbesondere in Karlsruhe, Stuttgart und Hohenheim. Des Weiteren gibt es enge Verbindungen zu Universitäten und Forschungseinrichtungen in München, Darmstadt und Cottbus.

Einzelprojekte

Energieoffensive Baden-Württemberg

Die Entwicklung des Brennstoffmarkts legt nahe, Gaskraftwerke künftig auch mit Brenngasen unterschiedlicher Zusammensetzung betreiben zu können. Im Projekt Brennstoff-Flexibilisierung für Kombinationskraftwerke mit der Option eines CO_2-freien Betriebs untersuchen Forschungsinstitute der Universität und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Stuttgart die Grundlagen hierfür. Das Land Baden-Württemberg, EnBW und Alstom unterstützen das Vorhaben. Das Gesamtbudget beläuft sich auf 3,85 Mio. €. Der Anteil der EnBW liegt bei 32 %.

In dem Forschungsprojekt geht es zum einen darum, ein Verfahren zur Bereitstellung eines wasserstoffreichen Synthesegases zu entwickeln, das zuverlässig und schadstoffarm verbrannt werden kann. Zum anderen wird untersucht, wie Gasturbinen-Brennkammern im Hinblick auf die besonderen Verbrennungseigenschaften dieser neuen Synthesegase ausgelegt werden können. Da die Kohle als Energieträger mittelfristig relevant bleibt, soll das Projekt Erkenntnisse zu klimaschonenden Kombinationskraftwerken liefern, die aus festen Brennstoffen gewonnene Synthesegase verbrennen und gleichzeitig eine effiziente CO_2-Abscheidung ermöglichen.

CDM-Pilotprojekt Madagaskar

Gemeinsam mit Partnern aus dem Umfeld der Universität Hohenheim hat die EnBW in Madagaskar ein Clean-Development-Mechanism-(CDM-)Pilotprojekt gestartet. Auf einer Fläche von 3.000 ha soll durch den Anbau der Jatropha-Pflanze die Voraussetzung für die Produktion von Biokraftstoff geschaffen werden. Zudem erhält das Unternehmen aus dem Anbau CO_2-Zertifikate. Hauptaufgabe des Projekts ist es, diese umweltfreundliche Produktion eines Primärenergieträgers ökonomisch zu bewerten. Unsere Partner vor Ort haben mit den Anpflanzungen im Herbst 2007 begonnen. Bei erfolgreichem Verlauf besteht eine Option, die Anbaufläche auf 100.000 ha zu erweitern.

Geothermie

Nach Verzögerungen im Planungs- und Genehmigungsprozess soll das Geothermiekraftwerk in Bruchsal in der zweiten Jahreshälfte 2008 ans Netz gehen. Die Anlage im elsässischen Soultz-sous-Forêts soll im ersten Halbjahr 2008 in Betrieb genommen werden.

Beim Geothermieprojekt in Basel hält die Ursachenforschung in Zusammenhang mit im Winter 2006/2007 aufgetretenen Erdstößen an. Nach der ersten Geothermiebohrung waren in Basel beim Einpressen von Wasser in das Bohrloch mehrere leichte Erdstöße aufgetreten. Der Abschluss der Untersuchung wird 2008 erwartet.

Geothermische Speisewasservorwärmung

Beim Kraftwerksneubauprojekt im Karlsruher Rheinhafen wurde geprüft, welche erneuerbaren Energien am Ort einsetzbar sind. Hier könnte insbesondere der Einsatz der Geothermie infrage kommen, zum Beispiel für eine geothermische Speisewasservorwärmung im Kraftwerk, die in der ersten Ausbaustufe fast 7 MW Mehrleistung aus erneuerbarer Energie bewirken kann. Auf diese Weise will die EnBW ihre Kompetenz auf dem Gebiet der geothermischen Energiegewinnung auch für die konventionellen Kraftwerke nutzen. Im August 2007 beantragte die EnBW beim Landesamt für Geologie und Rohstoffe in Freiburg eine entsprechende Aufsuchungserlaubnis für das Gebiet. Die Erlaubnis wird im Juli 2008 erwartet.

Brennstoffzellenprogramm

Bereits seit Ende 2001 läuft ein Programm zur Erprobung von Brennstoffzellen bei Kunden und Partnern der EnBW. Dabei geht es vor allem darum, diese Technologie zur Strom- und Wärmeversorgung auf ihre Eignung im häuslichen, gewerblichen und kommunalen Bereich zu testen. In dem Praxistest mit den Brennstoffzellenherstellern Hexis, Vaillant, Baxi Innotech, Alstom und CFC Solutions sind bis Ende 2007 27 Anlagen installiert worden, davon 23 Heizgeräte für Häuser.

Nach fünf Jahren Betrieb bei einem EnBW-Kunden stellte eines der Heizgeräte des Schweizer Herstellers Sulzer Hexis im Oktober 2007 mit fast 43.000 Betriebsstunden einen (neuen) Rekord auf. Der Gerätetyp kann künftig den Betrieb von Gasheizungen in Ein- und Mehrfamilienhäusern ersetzen.

Bei den langfristig angelegten Demonstrationsvorhaben haben die Brennstoffzellenstapel in den vergangenen fünf Jahren deutliche Fortschritte in Bezug auf die Lebensdauer sowie bei Größe, Gewicht und Handhabung der Anlagen gemacht. Das gilt auch für die mittelgroßen Brennstoffzellen für den gewerblichen und kommunalen Bereich (zum Beispiel für Hallenbäder). Im November 2007 wurde für dieses Segment mit maßgeblicher Beteiligung der EnBW im Raum Stuttgart eine zweite Anlage in Betrieb genommen, die Strom und Wärme aus Klärgas gewinnt. Die Inbetriebnahme der ersten Anlage hatte 2006 in Leonberg stattgefunden.

Das Energiesystem optimieren

Im Pilotprojekt „Preissignal an der Steckdose“ haben die ersten von geplanten 1.000 Kunden im Oktober ihr Anzeigegerät für die neuen zeitvariablen Tarife des Feldtests erhalten. Die Preisanzeige versetzt sie in die Lage, den Betrieb ihrer Geräte aus Peakzeiten in preisgünstige Zeiten zu verschieben. Der Feldtest soll die Möglichkeiten ausloten, Lastvergleichsmäßigung im elektrischen Netz durch Selbstorganisation der Benutzer zu erreichen und damit die Effizienz der Erzeugung und langfristig auch der Netze zu erhöhen.

Energieeffizienz

Die EnBW hat in den vergangenen beiden Jahren in Ravensburg und Mitteldeutschland zwei „Netzwerke Energieeffizienz“ aufgebaut. Ziel ist es, mittelständischen Industrieunternehmen in einem moderierten Wissensmanagementprozess Effizienzsteigerungsmöglichkeiten zu erschließen. Drei weitere Energieeffizienz-Netzwerke, „Weser-Ems“, „Franken-Oberpfalz“ und „Donau-Alb“, gingen 2007 mit 11, 13 beziehungsweise 16 Unternehmen an den Start.

Bioenergie

Im Sommer 2007 begann die EnBW-Tochtergesellschaft Erdgas Südwest in Burgrieden bei Laupheim mit dem Bau der fortschrittlichsten Anlage Baden-Württembergs zur Aufbereitung und Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz. Eine Erzeugungsgemeinschaft aus 22 Landwirten der Region errichtet die zugehörige Biogasanlage. Ab Frühjahr 2008 sollen hier 2,8 Mio. m^3 biogenes Erdgas ins Netz eingespeist werden. Das Projekt zeichnet sich durch eine besonders nachhaltige und wirtschaftliche Organisation der Wertschöpfungskette vom Landwirt bis zum Biogasnutzer aus. Darüber hinaus werden hier die bei der Gasreinigung entweichenden klimaschädlichen Methangase aufgefangen und energiesparend zur Heizung der Fermenter genutzt.

Eislast-Monitoring

Um das frühzeitige Erkennen von Schnee- und Eisbehang an unseren Leitungen – und damit die Möglichkeit, drohenden Versorgungsausfällen entgegenzuwirken – geht es in einem im Jahr 2007 initiierten Forschungsprojekt, das im Januar 2008 startet. Ein am Forschungszentrum Karlsruhe entwickeltes Hochfrequenzmessverfahren wird zwei Jahre an zwei EnBW-Leitungen erprobt. Bisher gibt es kein Messverfahren, das die Netzführung unterstützt, Aneisung zu erkennen.

Kernenergie

In mehreren durch VGB Power Tech koordinierten Gemeinschaftsvorhaben engagiert sich die EnBW seit vielen Jahren in der deutschen Kernenergieforschung. 2007 war unser Unternehmen an rund 120 Projekten führender nationaler und internationaler Institute und Einrichtungen beteiligt, wobei die Schwerpunkte im Bereich Werkstoffkunde sowie bei der Weiterentwicklung elektro- und leittechnischer Komponenten lagen. Zum Erhalt und Ausbau des Know-hows im Bereich Kernenergie unterstützte die EnBW im Jahr 2007 zwölf Promotionsstipendien.

Arbeiten am Forschungszentrum Karlsruhe und am Institut für Kernenergetik und Energiesysteme Stuttgart befassen sich beispielsweise mit Simulationsrechnungen für Kernreaktoren der vierten Generation, die Wirkungsgrade bis 44 % erzielen sollen. Außerdem werden Sicherheitsaspekte dieser neuartigen Reaktortypen untersucht.

Daneben unterstützt die EnBW Arbeiten, die teilweise vor Ort und in enger Zusammenarbeit mit den sich in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken der EnBW durchgeführt werden. So werden beispielsweise Grundlagen für weiterentwickelte Programme zur Berechnung von Neutroneneinfangquerschnitten bei Druckwasserreaktoren anhand realer, aktueller Beispiele geschaffen. Es werden bei der Modellierung und Berechnung von Rohrleitungen die aktuellsten wissenschaftlichen Möglichkeiten genutzt oder Verfahren zur Aufbereitung von radioaktiven, wässrigen Medien entwickelt, um das Aufkommen radioaktiver Abfälle zu minimieren.

Intelligente Systemplattform für Energiedienstleistungen der Zukunft

Die intelligente Systemplattform für Energiedienstleistungen der Zukunft ist eine Innovation, die als Schnittstelle zwischen Energiekunden und Energieversorger erstmalig Energie- und Datenflüsse auf einer gemeinsamen Plattform zusammenführt. So werden Einzelsysteme wie Mess- und Zählgeräte, Breitband-Kommunikationstechnologien, Endgeräte eines Haushalts, Steuer- und Regelsysteme, das Internet und Webtechnologien zu einer neuen integrierten Lösung verbunden. Im Jahr 2007 wurden bereits circa 1.200 intelligente Stromzähler bei Kunden der EnBW im Rahmen eines Pilotprojekts eingebaut. Bis April 2008 werden 2.000 intelligente Zähler mit Internetanbindung im Einsatz sein. Diese intelligenten Stromzähler sind der erste Baustein des innovativen Gesamtsystems.

Stromkunden haben auf diese Weise erstmals jederzeit Transparenz über ihren aktuellen Stromverbrauch. Dieser wird in hoher zeitlicher Auflösung kontinuierlich gemessen und an das Rechenzentrum der EnBW übertragen. Die Datenübertragung auf die Systemplattform erfolgt vollkommen gesichert und gewährleistet dem Kunden vollen Datenschutz. Im Rechenzentrum werden die Daten in Echtzeit zu einem zeitlich aufgelösten Verbrauchsprofil zusammengefasst und mit dem jeweils gültigen Tarif des Kunden verknüpft.

Über ein Internetportal der EnBW haben die Kunden die Möglichkeit, ihren individuellen Stromverbrauch abzurufen und zu analysieren. Geräte mit hohem Stromverbrauch können ausfindig gemacht, ausgeschaltet oder durch effizientere ersetzt werden. Künftig ermöglicht die intelligente Systemplattform, Steuerbefehle an einzelne Geräte oder Gerätegruppen in einem Haushalt (zum Beispiel die Lampen in einem Raum) zu senden. Messdaten zur Temperatur, Luftfeuchtigkeit oder Helligkeit in einem Raum bieten dann die Grundlage, bei möglichst niedrigem Energieverbrauch ein optimales Raumklima zu schaffen.

Darüber hinaus würde die intelligente Systemplattform Informationen bieten, zum Beispiel über die Schwankungen bei der Stromnachfrage. Zeitflexible Tarife, wie das Preissignal an der Steckdose, schaffen einen Anreiz, den Stromverbrauch in Zeiten geringer Stromnachfrage zu verlegen.

Erste Abschätzungen zeigen, dass allein durch die Darstellung von Verbrauchs- und Nachfragedaten und die hieraus resultierenden Verhaltensveränderungen der jährliche Stromverbrauch eines Haushalts um rund 6 % sinkt. Die Regelung von Wärme und Kühlung im Haus sowie die Verbrauchssteuerung von Strom durch die Systemplattform werden über die reine Visualisierung hinaus zu noch weitergehenden Energieeinsparungen führen. So wird ein entscheidender Erfolgsfaktor im Wettbewerb um Energiekunden im Haushalts- und Gewerbesektor geschaffen.

Adiabater Druckluftspeicher

Die EnBW plant, an einem Standort in Niedersachsen den weltweit ersten adiabaten Druckluftspeicher zu errichten und zu betreiben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem der Windkraft im norddeutschen und nordeuropäischen Raum, verlangt mittelfristig die Integration effizienter Energiespeicher in das Versorgungssystem. Wind weht nicht immer dann, wenn Strom gebraucht wird. Bei starkem Wind und geringer Stromnachfrage kommt es zu einem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. In dem Maße, in dem das Angebot an Windstrom wächst, werden künftig diese Unterschiede zwischen Stromnachfrage und -angebot zunehmen. Adiabate Druckluftspeicher können dieses Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage ausgleichen und damit das Versorgungssystem stabilisieren.

Das Land Niedersachsen unterstützt die EnBW bei diesem Vorhaben. Die norddeutsche Tiefebene bietet aufgrund ihrer Salzlagerstätten ideale geologische Voraussetzungen für die Aushöhlung großer unterirdischer Speicherkavernen für Druckluft. Diese Technik wird bisher für das Speichern von Erdgas und Erdöl eingesetzt.

Erste Versuche, Strom in Form von Druckluft in Speicherkavernen zu speichern, führten zu CO_2-emittierenden Speicherkraftwerken mit einem Wirkungsgrad von lediglich 54 %. Die gespeicherte Druckluft wird als Verbrennungsluft zum Antrieb eines Gasturbinenkraftwerks verwendet. Die daraus resultierenden wirtschaftlichen und ökologischen Nachteile stehen einer Markteinführung dieser Anlagen im Weg.

Der adiabate Druckluftspeicher der EnBW speichert Strom in Form von Druckluft und Wärme. Die Ausspeicherung des Stroms erfolgt ohne CO_2-Emissionen, bei einem Wirkungsgrad von 70 %. Dabei werden erstmalig alle Systeme zur Luftkompression, Wärmespeicherung, Druckluftspeicherung und Stromerzeugung mit Druckluft zu einer technisch optimierten Speicheranlage zusammengeführt. Der Einsatz dieser adiabaten Druckluftspeicher zur Zwischenspeicherung großer Strommengen ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch energiewirtschaftlich interessant.

EnBW EnyCity – die Energiestadt der Zukunft

EnBW EnyCity ist ein umfassendes, modulares Planungssystem für eine Energiestadt der Zukunft. Ziel ist die Optimierung der Energieversorgung. Dabei werden ökologische und ökonomische Aspekte gleichberechtigt betrachtet, um nicht allein eine Reduktion der Emissionen und des Primärenergiebedarfs herbeizuführen, sondern auch die Interessen von Investoren an einer angemessenen Verzinsung des Kapitaleinsatzes zu berücksichtigen.

Die wirtschaftliche Bewertung der Gesamtkonzeption eines urbanen Versorgungssystems berücksichtigt den gesamt- und den betriebswirtschaftlichen Aspekt, die Amortisationsdauer der Investition sowie den Umweltaspekt. Durch Berücksichtigung der Interessen aller relevanten Akteure und Investoren einer Stadt ist sichergestellt, dass eine Win-win-Situation entsteht, bei der alle Beteiligten ein Interesse haben, die Planung für eine EnBW EnyCity zu realisieren.

Diese Planung bezieht erstmalig das gesamte urbane Energieversorgungssystem mit sämtlichen Rahmenbedingungen ein und optimiert die gesamte Kette von Erzeugung und Umwandlung über Transport und Verteilung bis hin zum Endverbrauch der Energie. Auf diese Weise haben Entscheidungsträger eine zuverlässige Grundlage für eine langfristige und vorausschauende Entwicklung urbaner Räume.

Die EnBW EnyCity zeichnet sich dadurch aus, dass ihre Planer bereits erprobte Systeme und Komponenten in optimaler Weise kombinieren und das gesamte technologische Spektrum zur Nutzung erneuerbarer und fossiler Energiequellen mit seinen Wechselwirkungen zwischen Erzeugung und Verbrauch betrachten. Das beinhaltet auch den Einsatz neuer bauphysikalischer Technologien und Materialien zur Reduktion des Energiebedarfs von Gebäuden.

Wellenkraftwerk

Gemeinsam mit der Voith Siemens Hydro Power Generation GmbH & Co. KG und in Partnerschaft mit dem Land Niedersachsen plant die EnBW, an der deutschen Nordseeküste das erste deutsche Wellenkraftwerk zu bauen und zu betreiben. Als Demonstrationsanlage kann dieses Kraftwerk einen wichtigen Beitrag zur Etablierung dieser Technik für den weltweiten Einsatz liefern. Geplant ist eine Leistung von maximal 250 kW.

Das von der EnBW untersuchte Kraftwerk arbeitet nach dem Prinzip der oszillierenden Wassersäule. Das weltweit erste und bislang einzige Wellenkraftwerk dieser Art steht auf der schottischen Insel Islay. Betreiber ist Wavegen Ltd., eine Tochterfirma von Voith Siemens Hydro Power Generation GmbH & Co. KG, die die Anlage auch entwickelt hat.

Die neue Anlage würde unterhalb der Wasseroberfläche zur See hin geöffnet sein und idealerweise in ein Küstenschutzbauwerk oder eine Hafenmole eingebaut. Die Wassersäule innerhalb der Kammer oszilliert, das heißt, sie befindet sich im ständigen Auf und Ab der Wellenbewegung des Meeres. Bei der Aufwärtsbewegung drückt sie die über ihr befindliche Luft durch eine Turbine nach außen. Bei der Abwärtsbewegung entsteht in der Kammer Unterdruck. In der Folge wird Luft angesaugt, die wiederum die Turbine antreibt.

Risikomanagement

Im Jahr 2007 richteten wir unseren Fokus besonders auf das Geschäftsfeld Gas. Damit trugen wir der steigenden wirtschaftlichen Bedeutung dieser Sparte Rechnung. Darüber hinaus integrierten wir im abgelaufenen Geschäftsjahr weitere Konzerngesellschaften in unser Risikomanagementsystem und intensivierten die Zusammenarbeit mit unseren Auslandsgesellschaften. Voraussetzung für die erfolgreiche Weiterentwicklung des konzernweiten Risikomanagements ist die enge Vernetzung mit anderen Konzernmanagementsystemen, vor allem mit der Planung und der Rechnungslegung, dem Krisenmanagement, der Konzernsicherheit sowie der Konzernrevision. Zum 1. Juli 2007 setzten wir die gesetzlichen Anforderungen des Legal Unbundling unserer Verteilnetzbetreiber auch im Risikomanagement fristgerecht um.

Risikomanagementstruktur und -prozess

Das Risikomanagement hat das Ziel, Transparenz bezüglich der bestehenden Risiken des EnBW-Konzerns herzustellen. Über die gesetzlichen Anforderungen hinaus besteht ein unternehmenswertorientiertes Risikobewusstsein und ein antizipativer Umgang mit unsicheren Ereignissen.

Die Risikobewertung erfolgt situationsabhängig durch Szenarioanalysen oder stochastische Modellierung. Um eine vollständige Erfassung der Risiken, eine durchgängige Methodik und die Nutzung von Expertenwissen zu gewährleisten, wird ein konzernweites Netzwerk unter Führung des Konzernrisikomanagements gepflegt.

Unser Risikomanagementsystem ist in zentrale und dezentrale Einheiten gegliedert. Auf Holdingebene nimmt das Konzernrisikomanagement die Ordnungsfunktion für das Risikomanagement wahr. Dazu gehört die konzernweite Vorgabe von Methoden und Prozessen. Darüber hinaus ist es für die Risikoberichterstattung an den Konzernvorstand verantwortlich.

Die Struktur auf Konzernebene wird komplettiert durch einen interdisziplinär besetzten Konzernrisikoausschuss. Seine Aufgabe ist es, Fragen und Sachverhalte des Risikomanagements aus verschiedenen Perspektiven des Konzerns zu behandeln. Er sichert zudem die Qualität des Konzernrisikoberichts.

Unser Risikomanagementprozess ist als kontinuierlicher Vorgang in die betrieblichen Abläufe unserer Gesellschaften sowie auf Holdingebene integriert. Der Prozess umfasst die Risikoidentifikation, Risikoanalyse und Bewertung, die Beobachtung von Frühwarnindikatoren sowie die Risikosteuerung in ihren verschiedenen Ausprägungen und die kontinuierliche Berichterstattung.

Die Risikoberichterstattung erfolgt monatlich in standardisierter Form. Damit stellen wir sowohl die Informationstiefe über Risiken in den fachlichen Verantwortungsbereichen als auch die Informationsbreite auf Konzernvorstands- und Aufsichtsratsebene sicher.

Das Risikomanagementsystem ist ständig Gegenstand der Prüfung durch Konzernrevision und Wirtschaftsprüfer. Diese untersuchen das Risikomanagement sowohl hinsichtlich der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen als auch im Hinblick auf seine Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit. Konzernrevision und Wirtschaftsprüfer bestätigten die Eignung unseres Risikofrüherkennungs- und Risikomanagementsystems, wesentliche Risiken zu erkennen, und attestierten einen hohen Qualitätsstandard.

Die nachfolgende Berichterstattung konzentriert sich auf die wesentlichen Risiken für den EnBW-Konzern. Chancen werden gesondert vom Risikobericht im Kapitel „Prognosebericht“ dargestellt. Aus Transparenzgründen erfolgt keine Verrechnung von Chancen und Risiken.

Gesamtwirtschaftliche Risiken

CO_2-Zertifikatezuteilung

Der Nationale Allokationsplan (NAP) II aktualisiert das Nationale Klimaschutzprogramm der Bundesregierung vom 13. Juli 2005, das eine Minderung der Emission von Treibhausgasen bis zum Jahr 2012 um 21 % gegenüber 1990 vorsieht. Das Zuteilungsgesetz 2008 – 2012 (ZuG 2012) sowie die dazugehörige Zuteilungsverordnung (ZuV 2012), die die Verteilung der durch den NAP II festgelegten CO_2-Mengen regelt, sind am 11. beziehungsweise 18. August 2007 in Kraft getreten.

Obgleich die Handelsobergrenze von 453 Mio. t CO_2 sowie die Verauktionierungsmenge von 40 Mio. t CO_2 feststehen, wird sich die genaue Höhe der Zuteilung für jedes Unternehmen erst aus dem Zuteilungsbescheid ergeben. Im Rahmen unserer Planungen bestehen daher Unsicherheiten über die Kosten der für die Auktion zu erwerbenden CO_2-Zertifikate.

Branchenrisiken

Energiemarkt

Unser Risikomanagement und Risikocontrolling basiert auf Best-Practice-Verfahren und wird kontinuierlich den Marktentwicklungen angepasst. Unsere Tradinggesellschaft EnBW Trading GmbH (ETG) hat sich dabei auf freiwilliger Basis den für Finanzdienstleister vorgeschriebenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verpflichtet. Das Risikocontrolling der ETG erfasst täglich die Marktpreisänderungs- und Kreditrisiken, die Einhaltung der Limits und das an aktuellen Marktpreisen gemessene Ergebnis.

Marktpreisrisiken

Nahezu alle Assets und Geschäfte unserer Konzerngesellschaften in den Bereichen Erzeugung, Handel und Vertrieb sind Marktpreisänderungsrisiken ausgesetzt. Die Bewertung und Steuerung des aus Marktpreisänderungen entstehenden Gewinn- beziehungsweise Verlustpotenzials zählen zu den Hauptaufgaben unseres Risikomanagements.

Durch das frühzeitige Absichern von Energiepreisrisiken an den Terminmärkten sichern wir das Konzernergebnis. Grundlage der Absicherungsstrategie ist ein Hedgekonzept, das auch die Wahrung von Chancen beinhaltet. Zentrales Organ unserer Risikosteuerung ist ein Risikomanagement-Komitee, in das verschiedene Konzerngesellschaften entlang der Wertschöpfungskette sowie die Konzernholding eingebunden sind.

Das Kerngeschäft unserer Handelsgesellschaft ETG ist die Vermarktung unserer Erzeugungsassets über die Vertriebsgesellschaften oder den Großhandelsmarkt. Im Rahmen der Risikosteuerung für den Vertrieb sichern wir die Bereitstellung erwarteter Absatzmengen aus unserer Eigenerzeugung oder gegebenenfalls aus dem Großhandelsmarkt.

Die Risikosteuerung für unsere Stromerzeugung sieht insbesondere die finanzielle Absicherung gegen fallende Strompreise und steigende Brennstoff- und Emissionszertifikatepreise vor. Währungsrisiken aus dem Bezug von Brennstoffen, die in Fremdwährungen gehandelt werden, sichern wir grundsätzlich ab. Chancen, die sich aus der Flexibilität unserer Kraftwerke ergeben, werden durch eine kontinuierliche Optimierung gegen aktuelle Marktpreise genutzt.

Um zusätzliche Erträge zu erwirtschaften, nutzen wir unser Know-how an den Energiemärkten über die Risikosteuerung für unsere Konzernaktivitäten Erzeugung und Vertrieb hinaus auch für unseren Eigenhandel.

Bezüglich weiterer Informationen zu Derivaten verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang unter Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten.

Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen vor allem aus unbesicherten Forderungen gegenüber Handelspartnern und Kunden. Für Geschäfte an Energiebörsen, zum Beispiel EEX oder ICE, reduzieren Clearing und Margining das Kreditrisiko deutlich. Handelsgeschäfte auf dem Over-the-Counter-Markt schließt die ETG grundsätzlich auf Basis von Rahmenverträgen ab, wie sie von der European Federation of Energy Traders, der International Swaps and Derivatives Association oder der International Emissions Trading Association veröffentlicht werden. Um Kreditrisiken effektiv zu begrenzen, schließen wir darüber hinaus mit unseren Handelspartnern bilaterale Margining-Vereinbarungen ab. Hierbei werden gegen bestehende Forderungen Sicherheiten gestellt, womit das Kreditrisiko aus der gegebenen Geschäftsbeziehung aktiv begrenzt und innerhalb der akzeptierten Grenzen gehalten wird.

In Abhängigkeit von der Bonität der Handelspartner legen wir für diese einen Kreditrahmen fest. Regelmäßig ermitteln wir die Kreditrisiken und überwachen die Einhaltung der Kreditrahmen.

Regulierung der Netzentgelte

Für den EnBW-Konzern bestehen bedeutende Ergebnisrisiken aufgrund der erzwungenen Absenkung der Netzentgelte bei Strom und Gas. Sie resultieren aus der Überprüfung und Genehmigung der Netznutzungsentgelte durch die Bundesnetzagentur. Auf Konzernebene hatte sich die Regulierung bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr negativ auf die Ertragslage ausgewirkt.

Entgegen der ursprünglichen Einschätzung ist der Start der Anreizregulierung um ein Jahr auf 2009 verschoben worden. Für 2008 erfolgt stattdessen eine erneute Überprüfung der Netzentgelte auf Kostenbasis. Dieses Vorgehen ist vergleichbar mit der ersten Genehmigungsrunde für 2007. Die BNetzA beschied am 17. Januar 2008 über den Netzentgeltantrag der EnBW Transportnetze AG. Gegenüber den beantragten und auch den bisherigen Netzentgelten wurde eine deutliche Kürzung vorgenommen. Weitere Netzentgeltbescheide liegen aktuell für die Netzbetreiber des Konzerns noch nicht vor. Aus diesen noch ausstehenden Bescheiden erwarten wir negative wirtschaftliche Auswirkungen für die betroffenen Netzbetreiber.

EEG

Das Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) regelt die Abnahme und Vergütung von Strom, der aus erneuerbaren oder anderen förderungswürdigen Energiequellen im Sinn des Gesetzes stammt. Die Vergütung dieser EEG-Energie liegt in der Regel über den Marktpreisen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten werden dem Grundsatz nach in einem mehrstufigen Wälzungsverfahren über die Netzebenen und Vertriebsgesellschaften an den Endverbraucher weitergegeben. Allerdings bestehen hier für verschiedene Konzerngesellschaften Ertragsrisiken.

Als Übertragungsnetzbetreiber muss die EnBW Transportnetze AG (TNG) den Endversorgern „veredelte“ EEG-Energie in Form von Bandlieferungen zur Verfügung stellen und im Gegenzug einen Anteil an der fluktuierenden, tatsächlich erzeugten EEG-Energie aufnehmen. Die Fluktuation betrifft vor allem die Energie aus Windkraft. Die gesamte von der TNG als Band zur Verfügung gestellte Energiemenge bestimmt sich aus der prognostizierten Einspeisung von EEG-Energie. Weicht die tatsächlich eingespeiste EEG-Energie von der Prognose ab, müssen überschüssige Mengen verkauft beziehungsweise fehlende Mengen beschafft werden. Problematisch ist hierbei vor allem die Windeinspeisung. Durch Abweichungen der tatsächlichen Einspeisung von der Prognose und aufgrund von Marktpreisänderungen besteht hier im Geschäftsjahr 2008 ein Ertragsrisiko.

Endversorger müssen einen von ihrer Absatzmenge abhängenden Anteil der EEG-Energie beziehen. Liegen die aufzunehmenden Mengen oder deren Preise über Plan, verteuert sich die Energiebeschaffung. Ein Risiko besteht darin, dass diese steigenden EEG-Bezugskosten nicht weitergegeben werden können.

Im Rahmen der Energiebereitstellung für die Vertriebe entstehen durch unterjährige Anpassungen der aufzunehmenden EEG-Mengen teilweise ebenfalls Risiken. Die nach der Anpassung überschüssigen Mengen müssen gegebenenfalls zu Marktpreisen verkauft werden, die unter den geplanten Preisen liegen.

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Im vergangenen Jahr wurde die Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verabschiedet. Im Vergleich zu dem ursprünglichen Referentenentwurf wurde der die Energiewirtschaft betreffende, neue § 29 GWB marktverträglicher gestaltet. Dennoch bleiben aus unserer Sicht weiterhin Kritikpunkte mit Auswirkung auf unsere Geschäftstätigkeit bestehen.

3. Binnenmarkt-Paket
Die Europäische Kommission präsentierte am 19. September 2007 den Entwurf des 3. Binnenmarktpakets. Mit dem Paket will die Kommission den Wettbewerb auf dem europäischen Strom- und Gasmarkt fördern.

Das Papier beinhaltet fünf Kernpunkte. Dies sind im Einzelnen:

- Entflechtung der Netze auf Basis eines Ownership-Unbundling- beziehungsweise Deep-Independent-System-Operator-Modells.
- Höhere Transparenz der Netzbetriebsdaten, um neuen Anbietern den Zugang zu den Märkten zu erleichtern.
- Intensivierung der Zusammenarbeit der Netzbetreiber.
- Stärkung der Regulierungsbehörden. Unter anderem ist vorgesehen, dass diese Strafen gegen Unternehmen verhängen können, die den Wettbewerb behindern. Auch sollen sie die Versteigerung von Strom- und Gasmengen anordnen können, um neuen Anbietern den Marktzugang zu erleichtern.
- Einrichtung einer Agentur für die Zusammenarbeit der europäischen Regulierungsbehörden (Agency for the Cooperation of European Regulators – ACER). Diese soll sich vor allem um grenzüberschreitende Netzprobleme kümmern wie den Ausbau von transnationalen Übertragungs- und Fernleitungsnetzen.

Der Entwurf wird nun vom Rat und vom Europäischen Parlament diskutiert. Die konkreten Folgen für den EnBW-Konzern lassen sich zu diesem Zeitpunkt des Normsetzungsverfahrens noch nicht abschätzen.

Wiederabschluss von Konzessionsverträgen
Im Netzgebiet der EnBW wird in den kommenden Jahren eine große Zahl von Stromkonzessionsverträgen neu verhandelt. Allein bei der EnBW Regional AG (REG) laufen bis 2012 etwa 350 Konzessionen aus. Der Verlust eines Konzessionsgebiets stellt ein Risiko dar, weil ein Ertragsverlust damit verbunden ist. Die REG hat sich unter anderem mit einem aktiven Konzessionsmanagement auf die Neuverhandlungen vorbereitet.

Im Jahr 2007 verhandelte die REG 140 bestehende Konzessionsverträge erfolgreich neu. Der EnBW-Konzern konnte nahezu alle Konzessionen sichern – trotz des verstärkten Wettbewerbs durch Stadtwerke. Inwiefern sich die Regulierung der Netzentgelte auf die kommenden Konzessionsverhandlungen auswirkt, können wir nicht prognostizieren.

Ein Konzessionsvertrag ist eine Übereinkunft zwischen einer Gemeinde und einem Energieversorgungsunternehmen (EVU). Es räumt dem EVU das Recht ein, auf öffentlichen Wegen Leitungen zu verlegen und zu betreiben, mit denen Endverbraucher im Gemeindegebiet unmittelbar versorgt werden. Im Gegenzug erhält die Gemeinde eine Konzessionsabgabe. Nach Ablauf eines Konzessionsvertrags hat die Gemeinde das Recht, das Leitungsnetz zu erwerben und Konzessionen auch an andere EVU zu vergeben.

Kraftwerksneubau
Die EnBW trifft derzeit Vorbereitungen für den Bau eines Steinkohlekraftwerks am Standort Karlsruhe. Standortspezifische Risiken haben wir durch eine detaillierte Standortbewertung reduziert. Bei der Planung identifizierten wir sorgfältig die wirtschaftlichen Parameter, die der Investition zugrunde liegen, und bewerteten sie. Es ist nicht möglich, über die lange Nutzungsdauer eines Kraftwerks hinweg die maßgeblichen wirtschaftlichen Parameter wie Brennstoff-, CO_2- und Stromabsatzpreise exakt zu prognostizieren.

Ferner treten in der Genehmigungsphase des Kraftwerks mittelfristige Risiken im Rahmen der Umsetzung auf. Besonders relevant sind hierbei Terminverzögerungen und Kostenüberschreitungen.

Kraftwerksrückbau

Grundsätzlich sind Risiken, die im Zusammenhang mit dem Rückbau unseres Kernkraftwerks Obrigheim entstehen, nicht auszuschließen. Im Rückbauprozess unterliegen wir Risiken wie der Nichterreichung von Zeitplänen und Kostenüberschreitungen. Wir begegnen diesen durch eine sorgsame Planung und ein permanentes Monitoring der Fortschritte. Für künftige Rückbauprojekte sichern wir unser aktuell erworbenes Wissen, indem wir es in unsere Wissensmanagementsysteme einfließen lassen.

Der Rückbau des Kernkraftwerks Obrigheim erfolgt bisher gemäß Plan. Es zeichnen sich aktuell keine Verzögerungen ab.

Operative Risiken

Technische Risiken in den Geschäftsfeldern Strom und Gas

Unsere Produktionsprozesse entlang unserer Wertschöpfungskette erfordern komplexe und hoch spezialisierte technische Anlagen. Wir sind bestrebt, Schäden an unseren Anlagen zu vermeiden. Ferner versuchen wir, Ausfälle unserer Anlagen zu minimieren. Dazu setzen wir moderne Technik ein, halten unsere Anlagen angemessen instand und schulen unsere Mitarbeiter. Risiken können wir trotz unserer hohen Standards nicht gänzlich vermeiden.

Die Deutsche Kommission für Elektrotechnik plant die Einführung einer Eislastkarte für Hoch- und Höchstspannungsnetze. Orientiert an einem geografischen Höhenlagenmodell werden hier technische Anforderungen an Masten und Freileitungen zur Eislasttragfähigkeit definiert. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Umsetzung dieser Eislastkarte können wir zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

Wirtschaftliche Auswirkungen aus operativen Risiken minimieren wir unter anderem durch den Abschluss von Versicherungen. Hierzu analysieren wir jedes Jahr Bedarf und Wirtschaftlichkeit unseres Versicherungsschutzes. Dies gewährleistet, dass wir gegen eintretende Sachschäden in ausreichendem Umfang versichert sind. Die Höhe des zu tragenden Selbstbehalts wählen wir nach ökonomisch sinnvollen Maßstäben. Betriebsunterbrechungen, gegen die wir nicht versichert sind, weil dies nicht wirtschaftlich wäre, können je nach Dauer die Ertragslage des Konzerns deutlich belasten.

Technische und wirtschaftliche Risiken aus mechanisch-biologischen Abfallentsorgungsanlagen

Nach der Schließung unserer mechanisch-biologischen Abfallentsorgungsanlagen in Heilbronn und Buchen bestehen weiterhin verschiedene vertragliche Verpflichtungen. Für die sich hieraus ergebenden Restrisiken haben wir umfangreiche Vorsorge getroffen. Unter anderem schlossen wir für die bestehenden kontrahierten Entsorgungsmengen Verträge zur Ersatzentsorgung ab.

IT-Risiken

Unsere IT-Risiken minimieren wir durch hohe Sicherheitsstandards. Ein fester Bestandteil dieser Standards sind die EnBW-Konzerngrundsätze zur Sicherheit in der Informations- und Kommunikationstechnologie (EKSIT@). Diese stellen ein konzernweites, verbindliches Regelwerk zur Nutzung unserer Informations- und Kommunikationssysteme dar. Dabei wird besonderer Wert auf die Aspekte IT-Security, Datenschutz und Datensicherheit gelegt.

Die ständige Verfügbarkeit unseres IT-Netzwerks und unserer IT-Applikationen ist immens wichtig. Durch die Förderung und Verstärkung der Zusammenarbeit von IT- und Risikomanagern im Analyse- und Bewertungsprozess identifizieren wir proaktiv Schutzbedarfe und mögliche Schwachstellen in der IT-Landschaft.

Rechtliche Risiken

Unsere unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl rechtlicher Risiken mit sich, die zum einen aus unseren vertraglichen Beziehungen zu Kunden und Geschäftspartnern, zum anderen aus der rechtspolitischen Entwicklung resultieren.

Im operativen Geschäft liegen die Risiken vor allem im Bereich der Preisgestaltung für Energielieferungen (im Besonderen §§ 315, 307 BGB), bei den Netznutzungsentgelten (§ 315 BGB) sowie den Bedingungen der Netznutzung. Neben zivilrechtlichen Auseinandersetzungen mit Geschäftspartnern spielen in diesem Zusammenhang auch mögliche kartell- und regulierungsrechtliche Maßnahmen eine Rolle.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Risiken aus dem rechtspolitischen Umfeld in der Berichtsperiode erneut deutlich zunahmen. Gerichtsprozesse und sonstige rechtliche Auseinandersetzungen haben ihren Schwerpunkt im zivilrechtlichen Bereich. Allerdings werden auch im gesellschaftsrechtlichen Umfeld (zum Beispiel infolge gesellschaftsrechtlicher Umstrukturierungen) wie auch im öffentlich-rechtlichen Bereich (zum Beispiel Strommengenübertragung) Gerichtsverfahren mit hoher wirtschaftlicher Bedeutung geführt.

In Abstimmung mit den Fachbereichen sowie dem Rechtsbereich wurden bilanzielle Risikovorsorgen in angemessenem Umfang gebildet.

Finanzrisiken

Asset-Management

Bei der Anlage unserer Finanzmittel achten wir unverändert auf eine gute Bonität und hohe Marktgängigkeit.

Die Diversifizierung unserer Anlagen führt zu einer Risikoreduktion. Die Ermittlung des Value at Risk erfolgt auf Einzeltitelbasis.

Der Value at Risk zum Bilanzstichtag beträgt 57 Mio. € (95 %/10 Tage). Von den Anlagen in Publikumsfonds erhalten wir zusätzlich risikorelevante Daten.

Zins- und Währungsexposure

Die Zins- und Währungsrisiken aus der operativen Geschäftstätigkeit werden in unserem Treasury einzelfallabhängig mit Derivaten abgesichert.

Bezüglich weiterer Informationen zu Derivaten verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang unter Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten.

Liquidität/Finanzierung

Unsere vorhandenen liquiden Mittel und zugesagten freien Kreditlinien stellen sicher, dass die EnBW ihren Mittelbedarf jederzeit decken kann.

Darüber hinaus können wir uns aufgrund unseres stabilen Ratings an den Kapitalmärkten bedarfsgerecht refinanzieren. Die EnBW war auch in den vergangenen Monaten vor dem Hintergrund der schwierigen Marktsituation jederzeit in der Lage, sich am Commercial-Paper-Markt zu refinanzieren.

Gesamtbeurteilung

Die politischen Risiken bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau. Wir befürchten negative Auswirkungen auf die Ergebnislage in nahezu allen Bereichen der Wertschöpfungskette. Bei den Wettbewerbs- und Marktrisiken zeichnet sich eine steigende Tendenz ab.

Durch operative Maßnahmen und bilanzielle Vorsorge in Form von Rückstellungen und Wertberichtigungen tragen wir Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit Rechnung. Aktuelle Vorschauen reflektierten die Risikolage im Budgetjahr.

Bestandsgefährdende Risiken waren 2007 weder aus Einzelrisiken noch aus der Gesamtrisikoposition des EnBW-Konzerns erkennbar.

Prognosebericht

Die EnBW strebt an, in allen wesentlichen operativen Finanzkennzahlen zu wachsen. Trotz der Risiken aus dem volatilen politischen und regulatorischen Umfeld erwartet die EnBW für das Jahr 2008 ein Ergebnis (Adjusted EBIT) über Vorjahresniveau und eine weitere Steigerung des Wertbeitrags.

Für 2008 bis 2010 hat die EnBW ein Investitionsvolumen von 7,6 Mrd. € eingeplant, von dem 3 Mrd. € für Finanzinvestitionen vorgesehen sind. Sich aus der strategischen Ausrichtung ergebende Akquisitionen sollen zu weiteren Steigerungen des operativen Ergebnisses führen.

Im folgenden Prognosebericht gehen wir auf die erwartete künftige Entwicklung unseres Unternehmens und unternehmerischen Umfelds in den nächsten zwei Geschäftsjahren ein. Dabei zeigen wir besonders auch die Chancen auf, die sich für die EnBW ergeben können. Unter Chancen der künftigen Entwicklung unseres Unternehmens verstehen wir kurzfristige positive Möglichkeiten der Entwicklung, die unter bestimmten Voraussetzungen für realisierbar gehalten werden. Zur Darstellung der Risiken der künftigen Entwicklung unseres Unternehmens verweisen wir auf unseren Risikobericht.

Künftige Konzernstrategie

Die Strategie der kommenden Jahre steht im Zeichen kapitalintensiver Investitionen insbesondere im Bereich Erzeugung. Sämtliche Investitionen stehen unter der Prämisse, zum werthaltigen Wachstum des Unternehmens beizutragen. Durch Marktorientierung und Markenvielfalt sollen die Zahl der Kunden erhöht und der Wert des Unternehmens gesteigert werden. Teil der investiven Strategie ist darüber hinaus eine deutliche Stärkung des Gasgeschäfts. Der Wert des Unternehmens der EnBW soll in den kommenden Jahren nachhaltig gesteigert werden. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung der EnBW soll signifikant erhöht werden. Zusätzlich sind Investitionen im europäischen Ausland Ziel der EnBW. Der Aufbau neuer Erzeugungskapazitäten wird sowohl in Baden-Württemberg als auch in anderen deutschen Bundesländern sowie im europäischen Ausland erfolgen.

Künftige gesamtwirtschaftliche Situation

Für das Jahr 2008 erwarten wir eine leichte Abschwächung der Konjunktur. Aufgrund der ungünstigeren weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürfte sich insbesondere der Außenhandel dämpfend auf das Wachstum auswirken. Für einen teilweisen Ausgleich wird nach unserer Einschätzung die Zunahme der privaten Konsumnachfrage sorgen, da das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte aufgrund des Beschäftigungsaufbaus und der real steigenden Löhne zunehmen wird.

Künftige Branchensituation

Erwartete Entwicklung des Strommarkts und unseres Stromgeschäfts

Der Terminmarkt zeigt für Stromlieferungen im Jahr 2008 und in den Folgejahren deutlich höhere Preise als der Spotmarkt (Handel für den Folgetag) im Jahr 2007. Dies ist insbesondere auf den Preis für Emissionszertifikate und den nicht erneut zu erwartenden milden Witterungseinfluss des Jahres 2007 zurückzuführen. Der Zertifikatspreis notierte am Jahresende 2007 für die zweite Handelsperiode (2008 – 2012) mit circa 22 €/t erheblich über dem Preis von 0,01 €/t für die erste Handelsperiode (2005 – 2007).

Durch die unsichere Entwicklung auf den Emissionsmärkten, die Preisausschläge in beide Richtungen mit sich bringen kann, und wegen des hohen Einflusses des Zertifikatspreises auf die Grenzkosten der Erzeugung und damit den Preis am Großhandelsmarkt für Strom lassen sich entsprechende Preisausschläge im Strompreis nicht ausschließen. Ebenso können sich Bewegungen des Kohle- und Ölpreises im Strompreis auswirken.

Neben schwer einschätzbaren witterungsbedingten, anlagenseitigen und politischen Einflüssen kann sich auch die veränderte Marktintegration, zum Beispiel durch die für 2009 geplante Kopplung des deutschen Markts mit den westlichen Nachbarländern oder die Kopplung mit den nordeuropäischen Ländern, auf die künftige Entwicklung der Strompreise auswirken.

Aufgrund der beschriebenen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der lebhaften Diskussion in der Öffentlichkeit gehen wir auch für die Zukunft von einer hohen Sensibilität der Verbraucher für die Energiepreise aus. Die erhöhte Wechselbereitschaft kann weitere Wettbewerber zum Markteintritt ermutigen. Auch im Industriekundenbereich rechnen wir mit einem sich weiter verschärfenden Wettbewerb.

Erwartete Entwicklung des Kohlemarkts

Die Entwicklung der Weltmarktpreise für Steinkohle wird in den kommenden Jahren entscheidend von zwei Faktoren abhängen.

Zum einen ist das Nachfragewachstum in Asien zu nennen, das 2007 zu einer Angebotsknappheit und in der Folge zu einem sehr hohen Preisniveau geführt hat. Zum anderen werden die weitere Entwicklung der Transportkapazitäten und mögliche Verbesserungen im Bereich der Transportlogistik Einfluss auf die Frachtraten haben, die sich entsprechend auch auf die Steinkohleimporte nach Europa auswirken.

Erwartete Entwicklung des CO_2-Markts

Für die Preisentwicklung der CO_2-Zertifikate in der zweiten Handelsperiode 2008 – 2012 ist weiterhin mit einer relativ hohen Volatilität zu rechnen. Grund hierfür sind unter anderem Unsicherheiten über die Menge der künftigen projektbasierten Emissionsreduktionen, die von den im Rahmen des Kyoto-Protokolls etablierten flexiblen Mechanismen Clean-Development-Mechanismus (CDM) und Joint Implementation (JI) generiert werden und innerhalb des europäischen Emissionshandelssystems zum Einsatz kommen. Diese Reduktionen sind zahlreichen, vor allem auch politischen Unsicherheiten unterworfen.

Die Zertifikate der zweiten Handelsperiode können in die dritte Handelsperiode übertragen werden. Deshalb wird auch die künftige Ausgestaltung des europäischen Handelssystems einen starken Einfluss auf die Preisentwicklung während der zweiten Handelsperiode haben.

Erwartete Entwicklung des Ölmarkts

Die gemittelten Notierungen der Warenterminkontrakte des Jahres 2008 ergaben zum Ende des Jahres 2007 einen Preis von 92 US-$ für ein Barrel des Nordseeöls Brent. Das wären 20 US-$/bbl mehr als 2007, was die Erwartung der Marktteilnehmer verdeutlicht, dass 2008 im Mittel die Ölpreise weiter steigen und damit den seit einigen Jahren zu beobachtenden Trend fortsetzen. Haupttreiber der steigenden Ölpreise ist die stark zunehmende weltweite Nachfrage nach Rohöl und Ölprodukten in Kombination mit schleppenden Produktionsausweitungen außerhalb der OPEC, restriktiven Förderquoten für OPEC-Mitglieder sowie geopolitischen Unsicherheiten. Haupttreiber des Nachfragewachstums sind China, Indien und der Mittlere Osten.

Erwartete Entwicklung des Gasmarkts und unseres Gasgeschäfts

Der Gas-zu-Gas-Wettbewerb wird sich in allen Kundengruppen im Downstream-Geschäft weiter verschärfen. Midstream- und Upstream-Bereich sind weiterhin geprägt durch langfristige Investments in entsprechende Infrastruktur. Dabei hat die Regulierung allerdings weiterhin keinen Einfluss auf den Upstream-Bereich außerhalb der Europäischen Union.

Aufgrund der gestiegenen Ölpreise werden die Importpreise für Erdgas voraussichtlich auch im Jahr 2008 weiter steigen. Der Ölpreis wird auch weiterhin der dominierende Einflussfaktor für den Gaspreis bleiben.

Es bleibt abzuwarten, ob die genehmigten Netzentgelte Neuinvestitionen und insbesondere den wirtschaftlichen Betrieb der Netze rechtfertigen.

Verbesserte Bedingungen für den Netzzugang Dritter unterstützen die Entwicklung eines liquiden Gasmarkts. In der Folge ist mit einer steigenden Zahl aktiver Marktteilnehmer und höheren Umsätzen an den Gashandelspunkten zu rechnen. Die Anzahl der Marktgebiete in Deutschland wurde zum 1. Oktober 2007 auf 14 reduziert. Auf Initiative der Bundesnetzagentur wird die Anzahl der Marktgebiete im Jahr 2008 weiter sinken.

Dadurch wird sich die Marktliquidität auf weniger Handelspunkte konzentrieren. An der europäischen Energiehandelsbörse EEX werden derzeit Gaskontrakte mit physischer Erfüllung in den Marktgebieten E.ON Gastransport (EGT) und BEB Transport und Speicher Service GmbH gehandelt. Durch die Zusammenlegung von Marktgebieten könnte sich der Handel zunehmend von Brokern auf die Börse verlagern.

Die EnBW ist darauf eingestellt, sich bietende Chancen und Handlungsspielräume in den Gashandelsmärkten zu nutzen. Die EnBW hat die Weichen gestellt, um das bestehende Gasgeschäft im Downstream zu stärken und den Midstream-Bereich aufzubauen. Die Wachstumsstrategie und die 2007 begonnenen Projekte werden konsequent verfolgt.

Erwartete Entwicklung unseres Energie- und Umweltdienstleistungsgeschäfts

Dem Contracting-Markt wird derzeit noch eine geringe Markterschließung und für die kommenden Jahre ein großes Wachstumspotenzial bescheinigt. Wachstumsfelder der EnBW Energy Solutions GmbH (ESG) sind insbesondere Lösungen im Bereich der dezentralen Erzeugung als Partner der Industrie. Durch die aktuelle Klimadiskussion und den Bedarf aufseiten der Industrie, die Energie- und Medienversorgung technisch und wirtschaftlich weiter zu optimieren, gewinnt die kombinierte Erzeugung von Prozesswärme und Strom, auch auf Basis erneuerbarer Brennstoffe, im Contracting-Bereich zunehmend an Bedeutung. Die politische Zielsetzung des Ausbaus der erneuerbaren Energien flankiert die Überlegungen, nachhaltige Lösungen der Kraft-Wärme-Kopplung umzusetzen. Entsprechend entwickelt sich der Nachfragemarkt für diese Projekte positiv.

Die ESG zählt für das Segment Industrie zu den führenden Contractinggesellschaften in Deutschland und ist aufgrund der bestehenden Erfahrung in komplexen Projekten und neun Biomasseanlagen im Wettbewerbsumfeld gut positioniert. Für das Geschäftsjahr 2008 ist deshalb wieder mit einer Steigerung der Umsatzerlöse und der Erträge zu rechnen.

In Baden-Württemberg reichen die Kapazitäten der thermischen Abfallentsorgungsanlagen derzeit nicht aus. Eigene Recherchen und eine Marktstudie der Prognos AG weisen eine fehlende Anlagenkapazität von jährlich über 1 Mio. t zur Abfallentsorgung aus. Die EnBW prüft nun, ob sie ihre bisherige kerngeschäftsnahe und erfolgreiche Position in der thermischen Abfallentsorgung mit einer jährlichen Kapazität von circa 870.000 t profitabel ausbauen kann. Zur Debatte steht ein Ersatzbrennstoffkraftwerk in Baden-Württemberg mit einer langjährig bewährten Rostfeuerungstechnik und einer jährlichen Durchsatzleistung von circa 300.000 t.

Erwartete Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen

Die Europäische Kommission hat im September 2007 ihren Richtlinienentwurf für das sogenannte 3. Binnenmarktpaket vorgestellt, mit dem die Liberalisierung der europäischen Energiemärkte weiter entwickelt werden soll (siehe Seite 104). Parallel dazu soll Anfang 2008 das sogenannte Umwelt- und Klimapaket vorgestellt werden.

Aufgrund der Europawahlen im Juni 2009 und der Neubesetzung der Europäischen Kommission im Herbst des gleichen Jahres ist fraglich, ob es im Jahr 2008 noch zu einer Verabschiedung des für die Ausgestaltung des europäischen Binnenmarkts wichtigen 3. Binnenmarktpakets kommt. Gleiches gilt für den im Klima- und Umweltschutzpaket enthaltenen Emissionshandel und die Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien.

Auf bundesdeutscher Ebene werden einige Gesetzgebungsverfahren 2008 ihre Wirkung entfalten oder zu umfangreichen Vorbereitungen innerhalb der Energiewirtschaft führen:

So hat die Bundesregierung 2007 die Verordnung zur Anreizregulierung in Kraft gesetzt. Der Start der Anreizregulierung wird der 1. Januar 2009 sein. Die EnBW begrüßt die Einführung der Anreizregulierung, befürchtet aber, dass die Verordnung zum Teil überzogene Anforderungen stellt, deren Auswirkungen noch nicht abzuschätzen sind.

Trotz vielfältiger Gegenstimmen unabhängiger Wirtschaftswissenschaftler hat die Bundesregierung an ihrem Vorhaben der Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) festgehalten. Das GWB ist Ende Dezember 2007 in Kraft getreten. Hauptkritikpunkt der EnBW an der GWB-Novelle ist neben der Kosten- und Gewinnkontrolle das sogenannte Klagerecht Dritter auf Grundlage von § 29 GWB.

Das Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) wurde im Koalitionsvertrag in seiner Grundstruktur festgeschrieben und soll im Frühjahr 2008 novelliert werden. Die wesentlichen absehbaren Änderungen werden vor allem in der Anpassung der Vergütungssätze für die verschiedenen Arten der erneuerbaren Energien liegen. Die für die EnBW besonders wichtigen Förderbedingungen für die große Wasserkraft werden voraussichtlich insgesamt verbessert. Diese Anpassungsempfehlungen werden zu einer Erhöhung des gesamten Fördervolumens und damit voraussichtlich zu einer Erhöhung der Strompreise führen.

Erwartete Entwicklung bedeutender Akquisitionen

Im Rahmen des Investitionsprogramms sind auch 3 Mrd. € für Finanzinvestitionen vorgesehen. Chancen werden sowohl im Bereich der deutschen Stadtwerke/Regionalversorger als auch in Mittel- und Südosteuropa (einschließlich Türkei) gesehen. Darüber hinaus können die bereits beschriebenen Wachstumsstrategien in Ergänzung zu den geplanten Sachinvestitionen in Einzelfällen zu weiteren Finanzinvestitionen führen.

Sich hieraus ergebende Akquisitionen in Deutschland beziehungsweise in Mittel- und Osteuropa, die zu weiteren Steigerungen wesentlicher Finanzkennzahlen des EnBW-Konzerns führen können, sind mit hoher Unsicherheit behaftet. Deshalb beschränkt sich die Prognose im Folgenden auf die operative Ertragskraftentwicklung des bestehenden EnBW-Konzerns.

Erwartete Entwicklung des Capital Employed[1]

Für die interne und externe Steuerung des Konzerns und der Geschäftsfelder verwenden wir auch in der Planung das Konzept der Wertorientierung. Wesentliche Kennzahlen für den ROCE (Return on Capital Employed) und den Wertbeitrag sind das Adjusted EBIT, das Capital Employed und die Kapitalkosten.

Wir erwarten auf Basis unseres Wachstumsprogramms ein deutlich steigendes Capital Employed. Zurückzuführen ist dies trotz eines weiterhin fokussierten Forderungsmanagements auf über den Abschreibungen liegende Nettoinvestitionen insbesondere in den Neubau von Kraftwerken sowie den Umbau des Höchstspannungsnetzes. Die Umsetzung der geplanten Erzeugungsstrategie schlägt sich ab 2008 nieder. Trotz der sich über mehrere Jahre hinziehenden Bauzeit für derartige Investitionsvorhaben sind wir zuversichtlich, den Wertbeitrag in den Jahren 2008 und 2009 kontinuierlich zu steigern.

Erwartete Umsatz- und Absatzentwicklung[1]

Die geschätzte Umsatzentwicklung im Geschäftsfeld Strom ist im Wesentlichen gekoppelt an die Handelsaktivitäten unserer Tradinggesellschaft. Diese sind jedoch abhängig von der künftigen, auch unterjährigen Marktentwicklung und daher mit großer Unsicherheit behaftet.

Im Geschäftsfeld Gas sorgt zusätzlich die Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis für Planungsunsicherheit in Bezug auf die Umsatzerlöse.

Das Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen ist geprägt durch einen hohen Anteil an Innenumsätzen (für Shared Services). Die Außenumsätze (für die Aktivitäten Wasser, thermische Entsorgung und Contracting) werden voraussichtlich moderat steigen.

Wesentlich für die künftige Ergebnisentwicklung ist aber weniger der Umsatz, als der Absatz im B2C- und B2B-Bereich der Geschäftsfelder Strom und Gas.

Im Geschäftsfeld Strom gehen wir für 2008 von einer auf dem Niveau des Jahres 2007 liegenden Absatzmenge im B2C- und B2B-Bereich aus. Während wir im B2C-Bereich insbesondere aufgrund der Wachstumsstrategie unserer Vertriebstochter Yello von steigenden Absatzzahlen ausgehen, wird der zunehmende Wettbewerb im B2B-Bereich voraussichtlich zu moderaten Absatzrückgängen führen.

Im Geschäftsfeld Gas erwarten wir auf Basis unserer Verdichtungsstrategie und eines durchschnittlich kalten Winters einen höheren Gasabsatz im B2C-Segment, dem Verluste aufgrund der fortschreitenden Liberalisierung im Gasmarkt im B2B-Segment (besonders Weiterverteiler) gegenüberstehen werden.

(Außen-)Absatz der Geschäftsfelder 2008 gegenüber Vorjahr

Geschäftsfeld Strom ohne Handel	konstant
Geschäftsfeld Gas ohne Handel	konstant

Erwartete Ergebnisentwicklung[1]

Die Geschäftsfeldbereiche im Strom werden sich voraussichtlich im Jahr 2008 im Vergleich zu 2007 sehr unterschiedlich darstellen:

Im regulierten Bereich ist zurzeit der Umfang der Reduzierung der Netznutzungsentgelte für das Geschäftsjahr 2008 größtenteils noch offen. Erklärtes Ziel der Bundesnetzagentur ist die Absenkung der Netznutzungsentgelte. Basis hierfür sind die Kosten des Jahres 2006. Dem stehen allerdings deutlich gestiegene Kosten der Verteil- und der Übertragungsnetzbetreiber gegenüber. Deutlich steigende Preise im Jahr 2008 für Verlust- und Regelenergie sowie für die Veredelung der eingespeisten Windenergie werden voraussichtlich nicht über die genehmigten Netznutzungsentgelte weitergegeben werden können. Die Weitergabe ist nach Auffassung der Bundesnetzagentur erst mit einem Verzug von zwei Jahren möglich. Deshalb streben wir an, durch das Aufsetzen von Effizienzprogrammen (fortlaufende Optimierung der operativen Prozesse) in den Konzernnetzgesellschaften den Ergebnisrückgang möglichst moderat zu gestalten.

Der Vertrieb ist 2008 gekennzeichnet durch deutlich steigende Preise auf dem Terminmarkt. Weiterhin steigende Quoten und Preise für erneuerbare Energien können darüber hinaus in der Regel nur verzögert weitergegeben werden. Die Auswirkungen des neu gestalteten § 29 GWB sind noch nicht abzusehen. Das Ergebnisniveau 2008 wird trotz Fortsetzung der konsequenten Margenorientierung und Effizienzverbesserungen durch Wettbewerb und Margendruck im Vergleich zum Vorjahr belastet sein.

Insgesamt sind wir zuversichtlich, durch eine verbesserte Erzeugungs- und Handelsposition die negativen Einflüsse auf das Ergebnis durch die Regulierung und den Wettbewerb kompensieren zu können.

Im Geschäftsfeld Gas erwarten wir auf Basis eines konstanten Absatzes einen Rückgang des Ergebnisses infolge der Regulierungsaktivitäten sowie des deutlich stärkeren Wettbewerbs.

Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen gehen wir nach einem sehr guten Jahr 2007 von einem rückläufigen Ergebnis 2008 aus. Wesentliche Ursachen hierfür sind zum einen geringere Ergebnisse im Bereich Sonstige Dienstleistungen und einmalige Modernisierungsaufwendungen für Immobilien, die nach dem Umzug in EnBW-City (das neue Verwaltungsgebäude in Stuttgart) aufgegeben beziehungsweise anders genutzt werden.

Erwartete Ergebnisentwicklung 2008 (Adjusted EBIT) gegenüber Vorjahr

Geschäftsfeld Strom inklusive Handel	steigend
Geschäftsfeld Gas	fallend
Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen	fallend
Konsolidierung (zu Akquisitionen derzeit keine Ergebnisaussage möglich)	–
Adjusted EBIT Konzern	moderat steigend

[1] Bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises.

Erwartete Dividende

Für das Geschäftsjahr 2007 ist eine Dividende von 1,51 € je Aktie geplant. Für das Geschäftsjahr 2008 streben wir eine Dividende auf weiterhin hohem Niveau an. Voraussetzung hierfür ist eine positive Entwicklung der Ertragskennzahlen im geplanten Umfang, das heißt unter anderem eine weiterhin kontinuierliche Verbesserung der operativen Performance und eine entsprechende Entwicklung der energiewirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sowie der Preise bei den End- und Industriekunden. Allerdings besteht das Risiko, dass operative Probleme sowie weitere, heute noch unbekannte Faktoren auftreten, die einen negativen Einfluss auf das Ergebnis haben könnten.

Geplante Sachinvestitionen

Im Planungszeitraum 2008 – 2010 sind Investitionen in Sachanlagen in der Größenordnung von 4,6 Mrd. € vorgesehen. Rund 75 % des Investitionsvolumens entfallen auf das Geschäftsfeld Strom, rund 12 % der Investitionen sind für das Geschäftsfeld Gas vorgesehen. Die verbleibenden Anteile entfallen im Wesentlichen auf das Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen.

Schwerpunkte der Sachinvestitionen im Geschäftsfeld Strom bilden der Ersatz von Kraftwerkskapazitäten unter anderem der Neubau eines Steinkohlekraftwerks in Karlsruhe, die Erneuerung der Verteilnetze und die Restrukturierung der Höchstspannungsnetze (380 kV und 220 kV). Darüber hinaus engagiert sich die EnBW im Bereich der erneuerbaren Energien. Schwerpunkte bilden dabei das Laufwasserkraftwerk in Rheinfelden und Biomassekraftwerke. Zur Bündelung unserer Aktivitäten in Stuttgart wurde mit dem Neubau eines Bürokomplexes bereits begonnen.

Geplante Finanzierungsmaßnahmen

Die EnBW verfügt über eine starke Innenfinanzierungskraft, die sie in die Lage versetzt, auch größere Investitionsprojekte ohne die weitere Aufnahme von Fremdkapital zu realisieren.

Abgesehen von der Fälligkeit der CHF-Anleihe am 25. Februar 2008 hat die EnBW keine Fälligkeiten, die für sich allein betrachtet einen Refinanzierungsbedarf auslösen könnten.

In Abhängigkeit des Fortgangs der Investitionsprojekte wird die EnBW erwägen, Fremdkapital an den Banken- oder Kapitalmärkten aufzunehmen, um die finanzielle Flexibilität des Unternehmens aufrechtzuerhalten.

Geplante Entwicklung im Personal- und Sozialbereich

Unsere Mitarbeiter sind der Garant für unseren Erfolg. Die besten Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden ist für unseren Konzern von zentraler Bedeutung.

Damit uns dies bestmöglich gelingt, werden wir auch in Zukunft in ein attraktives Arbeitsumfeld investieren:

- Wir arbeiten nachhaltig an der kontinuierlichen Verbesserung unserer personalwirtschaftlichen Instrumente. Dazu gehören unter anderem Vergütungssysteme, Arbeitszeitmodelle, Führungsinstrumente, Personalaustauschprogramme sowie Personal- und Führungskräfteentwicklungsangebote.

- Im Jahr 2007 haben wir von der Hertie-Stiftung das Zertifikat „berufundfamilie®“ verliehen bekommen. In den nächsten drei Jahren werden wir die im Rahmen des Zertifizierungsprozesses vereinbarten Maßnahmen umsetzen und so unser Angebot zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben weiter ausbauen. Ziel ist es, eine nachhaltige Work-Life-Balance-Kultur in unserem Unternehmen zu etablieren.

- Unserer sozialen Verantwortung wollen wir auch in der Zukunft gerecht werden und wie bisher weit über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden. Im Jahr 2008 werden wir deshalb wieder 334 Plätze für Auszubildende und Studenten der Berufsakademien und Fachhochschulen anbieten.

- Auch im nächsten Jahr werden wir unsere Arbeitgeberattraktivität im Rahmen der externen „Top Arbeitgeber in Deutschland"-Studie auf den Prüfstand stellen.

Die konzernweit steigenden Anforderungen an die Informationstechnologie und unsere Projekte zum Kraftwerksneubau werden voraussichtlich zu einem Personalaufbau führen. Andererseits arbeiten wir weiterhin nachhaltig an der Steigerung unserer Effizienz. Wir gehen deshalb davon aus, dass – bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises – die Anzahl unserer Mitarbeiter über die nächsten zwei Jahre nahezu konstant bleibt.

Mit dem Ziel, die Personalprozesse schneller, effizienter, effektiver und qualitativ noch besser zu machen, haben wir im Jahr 2007 mit der Einführung des neuen Geschäftsmodells für unseren Personalbereich begonnen. Diesen Einführungsprozess werden wir 2008 abschließen.

Künftige Forschung & Entwicklung und Innovation

Gegenüber 2007 sind zusätzliche Aufwendungen für Forschung & Entwicklung und Innovation geplant. Die Schwerpunkte werden sich nicht ändern.

Die Geothermiekraftwerke in Soultz-sous-Forêts und in Bruchsal sollen im Frühjahr beziehungsweise in der zweiten Jahreshälfte 2008 ihren Betrieb aufnehmen.

Im Jahr 2008 beginnen darüber hinaus die Studien und Voruntersuchungen für die Testanlage zur CO_2-Abscheidung am neuen Kohleblock in Karlsruhe, die zeitgleich mit diesem in Betrieb gehen soll.

Im CDM-Pilotprojekt Madagaskar wird die Anpflanzung im Jahr 2008 mit dem Ziel fortgesetzt, im Jahr 2009 3.000 ha zur Verfügung zu haben.

Das langfristig angelegte Brennstoffzellenprogramm wird im Bereich der Hausenergieversorgung in den Jahren 2008 und 2009 deutlich ausgebaut werden. Die intelligente Systemplattform für Energiedienstleistungen der Zukunft wird im Jahr 2008 konsequent weiterentwickelt. Die Vorarbeiten zu den Investitionsentscheidungen für den adiabaten Druckluftspeicher und das Wellenkraftwerk werden im Jahr 2008 weiter vorangetrieben.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der EnBW beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen. Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier gegebenen Einschätzungen abweichen. Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Unsere Netze sind uns wichtig und wir wollen auch weiterhin in sie investieren. Wir können Netze betreiben und wissen, was wir tun müssen, damit unsere Investitionen langfristig und nachhaltig wirtschaftlich sind.

Weitere Informationen aus dem EnBW-Konzern

116 Kooperation von EnBW und EDF

119 Wissensmanagement

121 Umweltschutz, soziale und gesellschaftliche Verantwortung

Kooperation von EnBW und EDF

Aktionärsstruktur

Seit der letzten Anpassung am 8. April 2005 halten die beiden Großaktionäre, Electricité de France (EDF) und Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW), unverändert je 45,01 % der EnBW-Aktien.

Für uns ist diese stabile Aktionärsstruktur ein wertvolles Fundament, auf dem wir eine erfolgreiche, wachstumsorientierte Zukunft gestalten können.

Berufung von Hans-Peter Villis in das Comité Exécutif der EDF

Auch auf höchster Ebene wird die Zusammenarbeit mit der EDF fortgesetzt. Wie zuvor Prof. Dr. Utz Claassen ist Hans-Peter Villis seit dem 1. Oktober 2007 Mitglied des Comité Exécutif der EDF – kurz COMEX –, in dem insbesondere die strategischen Entwicklungen der EDF-Gruppe beraten werden.

Gemeinsamer Fokus von EnBW und EDF auf Europa

Das internationale Engagement von EnBW und EDF konzentriert sich weiter auf Europa und eröffnet Möglichkeiten einer nachhaltigen und intensiven Zusammenarbeit in Europa. Die beiden Unternehmen stehen in einem partnerschaftlichen und konstruktiven Dialog, der sich auch auf die Definition regionaler Führungsverantwortlichkeiten erstreckt. Er ist das Fundament für gemeinsame erfolgreiche Projekte.

Bei den bestehenden – zum Teil gemeinsamen – Beteiligungen in Zentraleuropa wurde die bewährte Zusammenarbeit fortgesetzt. Ziel ist es, die Entwicklung der Unternehmen in diesen Ländern zu fördern. Dies geschieht vor allem durch die Entsendung von Personal. Die Erschließung der Märkte vor allem in Südosteuropa ist im Fokus von EDF und EnBW. Die laufenden und geplanten Investitions- und Beteiligungsvorhaben in diesen Ländern geben EnBW und EDF Gelegenheit, ihre Kooperation auszubauen.

Synergien

Zur Jahresmitte 2007 wurde das bilaterale Synergieprojekt EnBW/EDF abgeschlossen und in eine gruppenweite Aktivität überführt. Dabei konnte die EnBW durch die Zusammenarbeit mit der EDF in den Themenfeldern Einkauf, thermische, hydraulische und nukleare Erzeugung, Forschung & Entwicklung sowie Engineering insgesamt Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe realisieren.

Im vierten Quartal 2007 initiierte das COMEX zwei neue EDF-gruppenweite Synergieprojekte: Das Skill-Synergies-Projekt und das Nachfolgeprojekt von Altitude. Dabei konnten sowohl die Erfahrungen und Erkenntnisse des bilateralen Synergieprojekts als auch der Business Lines integriert werden. Beim Skill-Synergies-Projekt benannte das COMEX für die internationale Zusammenarbeit sechs wissensbasierte Synergiefelder, in die neben EDF, EDF Energy und Edison auch die EnBW einbezogen ist: Engineering für kerntechnische und für kohlebefeuerte Anlagen, GuD-Turbinen, Gas, Energieeffizienz und Klimawandel. Das Nachfolgeprojekt von Altitude mit dem Arbeitstitel „Operational Excellence“ bildet die Klammerfunktion über die in den nächsten drei Jahren zu bearbeitenden Synergiefelder in der internationalen Zusammenarbeit. In neun unterschiedlichen Synergiefeldern sollen von 2008 bis 2010 Synergiepotenziale entlang der gesamten Wertschöpfungskette realisiert werden. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Themen Einkauf, Managementprozess, Optimierung und Handel, Customer Relations, künftige Führungskräfte, Netzinfrastruktur, Gas und Energieeffizienz sowie um die Investition in Erzeugungskapazitäten. Durch diese internationale Zusammenarbeit hat die Kooperation von EnBW und EDF eine weitere Entwicklungsstufe erreicht.

Als Beispiel für die erfolgreiche vertriebliche Zusammenarbeit innerhalb der EDF-Gruppe kann der im September abgeschlossene Stromlieferungsvertrag mit der italienischen Riva-Gruppe gesehen werden. Allein die EnBW gewinnt dabei in den Jahren 2008 und 2009 ein Volumen von rund 3.500 GWh hinzu.

Gemeinsames Gasspeicherprojekt Etzel von EDF und EnBW

EDF und EnBW haben sich jeweils langfristige Nutzungsrechte für Salzkavernen zur unterirdischen Gasspeicherung in der Region Etzel gesichert. Um künftige Wachstumspotenziale im Geschäftsfeld Gas konsequent erschließen zu können, wollen EDF und EnBW Synergien innerhalb der EDF-Gruppe nutzen: EDF und EnBW operieren als Koinvestoren bei der obertägigen Anlage. Die EDF unterstützt die Projektentwicklung mit ihren Erfahrungen als Speicher- und Pipelinebetreiber. Darüber hinaus sind EDF und EnBW einem Konsortium beigetreten, das zur Anbindung der Speicher in Etzel eine 56 km lange Pipeline baut.

Personalaustausch

Die Zusammenarbeit von EnBW und EDF drückt sich auch darin aus, dass Mitarbeiter beider Unternehmen oft mehrere Jahre im jeweiligen Partnerunternehmen oder in einer Auslandsbeteiligung arbeiten. Ständig sind etwa 15 EnBW-Mitarbeiter bei der EDF in Frankreich tätig und etwa 20 weitere an anderen internationalen EnBW- oder EDF-Standorten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Belgien, England, Vereinigte Arabische Emirate); 25 EDF-Kollegen arbeiten derzeit bei der EnBW.

Auch im Personalbereich arbeiten EnBW und EDF zusammen; gemeinsam führen wir zahlreiche Events und Seminare durch. So fand zum Beispiel im Januar 2007 in Mailand die jährliche Human Resources Convention der EDF-Gruppe statt. Führungskräfte und Mitarbeiter aus den Personalbereichen konnten sich hier über aktuelle fachspezifische Ereignisse und Strategien der EDF-Gruppe austauschen.

Das Co-Recruitment-Programm von Nachwuchsingenieuren im Bereich Kernkraft, das zum ersten Mal im Jahr 2005 aufgelegt worden war, ging im September 2007 in eine zweite Runde. Beide Unternehmen stellten insgesamt zehn Hochschulabsolventen der Ingenieurwissenschaft ein. Nach einem dreimonatigen Einarbeitungsprogramm werden diese Nachwuchskräfte für jeweils drei Jahre im jeweiligen Partnerunternehmen eingesetzt mit dem Ziel, den Know-how-Transfer, die Intensivierung der Kooperation und die Bildung von Netzwerken zu fördern.

Das 2004 gestartete Leadership-Twinning-Programm, das dem Wissens- und Erfahrungsaustausch unter den Leitern der unteren und mittleren Führungsebene im Vertrieb und in vertriebsnahen Bereichen von EnBW und EDF dienen soll, wurde auch 2007 erfolgreich durchgeführt. Ein ähnlicher gruppenweiter Austausch zwischen den Mitarbeitern aus dem Einkauf von EnBW, EDF, EDF Energy und Edison fand im Juni 2007 in Karlsruhe statt.

European Institute for Energy Research

Die EnBW hat ihre Zusammenarbeit mit dem 2001 von EDF und der Universität Karlsruhe gegründeten European Institute for Energy Research (EIfER) im Jahr 2007 erfolgreich fortgeführt und um weitere gemeinsame Projekte ergänzt. In Triberg im Schwarzwald wurde eine 250 Meter tiefe CO_2-Erdwärmesonde installiert.

In Soultz-sous-Forêt im Elsass engagieren sich EDF, die EDF-Tochtergesellschaft Electricité de Strasbourg (ES) und EnBW gemeinsam mit weiteren Partnern in einem Projekt zur geothermischen Stromerzeugung. Im Jahr 2008 soll hier ein Geothermiekraftwerk in Betrieb gehen.

Die Folgen des Klimawandels für die Energiewirtschaft sind zentrales Thema eines weiteren Projekts. Unter Federführung des EIfER erstellen Experten vom Max-Planck-Institut, vom Deutschen Wetterdienst und von EDF und EnBW Prognosen für die zu erwartenden Eis- und Schneelasten auf Freileitungen und erarbeiten Lösungen, um die dadurch drohenden Schäden zu vermeiden.

Im Rahmen eines weiteren Vorhabens wurden 2007 unter Leitung des EIfER zwei Mikro-KWK-(Kraft-Wärme-Kopplungs-)Anlagen in Reutlingen und Nürtingen in Betrieb genommen.

Regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Das mit der Electricité de Strasbourg und der Regionalvertretung EDF Alsace im Sommer 2005 eingerichtete grenzüberschreitende Netzwerk führte 2007 seine Aktivitäten fort:

- Im Rahmen des Projekts „Via Energia“ sollen 24 Standorte der Energiegewinnung am Oberrhein grenzüberschreitend verbunden und für den Besuch durch kommunale Vertreter und interessierte Bürgerinnen und Bürger erschlossen und attraktiver gestaltet werden.

- Ein Team untersucht die Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich erneuerbarer Energien und prüft die Potenziale der Biogaserzeugung auf grenzüberschreitender Basis.

- Ziel des Austauschs über die Aktivitäten auf politischer und wirtschaftlicher Ebene ist eine gemeinsame Handlungsstrategie im Bereich der kommunalen Betreuung am Oberrhein.

Wissensmanagement

Um im dynamischen Marktumfeld der Energiebranche dauerhaft unsere Wettbewerbsfähigkeit sichern zu können, sind wir in Zukunft in noch viel stärkerem Maße als bisher auf eine Förderung und Entwicklung unseres Wissens angewiesen. Wir stellen uns dieser strategisch bedeutsamen Aufgabe schon seit mehreren Jahren erfolgreich durch ein systematisch betriebenes Wissensmanagement.

Intellektuelles Kapital

Ein zentrales Element unserer Wissensmanagementaktivitäten ist die gezielte Entwicklung unseres intellektuellen Kapitals im Hinblick auf künftige Anforderungen. Wir nutzen hierfür seit drei Jahren das Instrument der Wissensbilanzierung nach dem Ansatz der „Wissensbilanz – made in Germany". Dieses Instrument haben wir weiterentwickelt und an den Bedürfnissen des vertikal integrierten EnBW-Konzerns ausgerichtet. Unter den Großunternehmen nehmen wir hier eine Vorreiterrolle ein.

Im Vergleich zu klassischen, auf Finanzkennzahlen basierenden Bilanzen verschafft uns die Wissensbilanzierung ein größeres Maß an Transparenz bezüglich der im Konzern vorhandenen Potenziale. Dabei gewinnen wir im Zweijahresrhythmus einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation unseres Human-, Struktur- und Beziehungskapitals und können so bei Bedarf gezielt Optimierungsmaßnahmen einleiten.

Aktualisierung der Wissensbilanz

Turnusgemäß aktualisierten wir 2007 die Wissensbilanz für das Geschäftsfeld Strom. Dabei wurde deutlich, dass die in den vergangenen beiden Jahren eingeleiteten Maßnahmen bereits die gewünschte positive Wirkung erzielt haben. So haben die eingeführten Personalentwicklungsprogramme zum Beispiel zur Stärkung der Management- und Sozialkompetenz geführt. Profitiert hat auch die Unternehmenskultur von der Implementierung des Unternehmensleitbilds.

Eine kontinuierliche Wissensbilanzierung ermöglicht ein Controlling der getroffenen Maßnahmen. Wir werden deshalb auch in Zukunft das Management unseres intellektuellen Kapitals in dieser Weise konsequent fortführen.

Humankapital	**2007**
Rahmendaten	
Personalstand zum 31.12.2007[1]	20.265
Fachkompetenz	
Beschäftigte mit Hochschul-, Fachhochschul- oder BA-Studium	20 %
Beschäftigte mit Fachabschluss oder Lehre	73 %
Beschäftigte mit Schulabschluss ohne weitere nachgewiesene Ausbildung	7 %
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit in Jahren	16,1
Weiterbildungstage pro Mitarbeiter intern[2]	3,1
Konzerninterne Wechsel (Jobrotation) im Jahr 2007	2,9 %
Management- und Sozialkompetenz	
Anteil betrachteter Führungskräfte (oberes/mittleres Management) im internen Management-Review[3]	80 %
Motivation	
Mitarbeiterfluktuation im Konzern	4,6 %

[1] Anzahl der Beschäftigten ohne Auszubildende und ruhende Arbeitsverhältnisse.
[2] Bezogen auf die Teilnehmer der Kerngesellschaften der EnBW in Baden-Württemberg.
[3] Bezogen auf die Kerngesellschaften der EnBW in Baden-Württemberg.

Weitere Informationen

Neue Handlungsschwerpunkte

Mit der Aktualisierung der Wissensbilanz wurden auch neue Handlungsschwerpunkte identifiziert. Ursache hierfür sind Veränderungen im Umfeld der EnBW wie die Anforderungen des Unbundlings, die Marktentwicklungen im Geschäftsfeld Gas oder die Planung neuer Kraftwerke.

Mithilfe eines systematischen Kompetenzmanagements werden wir die erforderlichen neuen Fachkompetenzen aufbauen. Bei der Verbesserung unserer Geschäfts- und Kommunikationsprozesse sowie unserer Innovationsfähigkeit bedienen wir uns unseres Konzernprogramms zur Förderung der operativen Exzellenz.

Wissenszentrierte Geschäftsprozessanalyse

Auch in den Geschäftsprozessen im operativen Geschäft werden wir systematisch Wissensmanagement praktizieren. Die Voraussetzung dafür schufen wir 2007 mit der von uns entwickelten, universell anwendbaren Methode der wissenszentrierten Geschäftsprozessanalyse; sie wird Führungskräfte und Prozessverantwortliche in die Lage versetzen, ihre Geschäftsprozesse im Hinblick auf Informationsflüsse und die erforderlichen Kompetenzen zu analysieren. Die Vermittlung dieser Methodik wird im Rahmen der im Konzern etablierten Managemententwicklung und Förderung der operativen Exzellenz erfolgen.

Sicherung von Expertenwissen

Erfahrungen aus Pilotanwendungen flossen in die Weiterentwicklung der Wissensstafette ein. Dieses Instrument steht heute allen EnBW-Gesellschaften als interne Dienstleistung der EnBW-Akademie zur Verfügung. Wir sind somit konzernweit in der Lage, den Transfer von Erfahrungswissen insbesondere bei personellen Veränderungen effektiv zu unterstützen.

Intern erfuhren Wissensmanagement und Wissenstransfer auch Unterstützung durch die 2006 etablierte Community of Practice. Den Austausch mit externen Institutionen gewährleisteten wir durch die Mitarbeit in Praktikernetzwerken und Fachgremien sowie durch die Kooperation mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Ausblick

Die zurückliegenden Jahre waren geprägt von der Anpassung und Einführung bekannter Wissensmanagement-Instrumente und der Entwicklung eigener Methoden. Sie bilden die Grundlagen für die Etablierung einer wissensorientierten Unternehmensführung. Nach dieser Phase des Aufbaus steht nun die kontinuierliche Weiterentwicklung und Anpassung der eingeführten Instrumente und Methoden an die internen Bedarfe im Fokus.

Umweltschutz, soziale und gesellschaftliche Verantwortung

Zertifiziertes Umweltmanagement

Bereits 2006 hatte die EnBW als erster großer Energiekonzern Deutschlands ihr Umweltmanagementsystem nach dem internationalen Standard ISO 14001 zertifizieren lassen. Nach dieser erfolgreichen Erstzertifizierung der EnBW-Holding und der EnBW Regional AG wurde im Lauf des Jahres 2007 ein großer Teil der EnBW-Gesellschaften und -Beteiligungsunternehmen mit umweltrelevanten Tätigkeiten zertifiziert. 2008 sind weitere Zertifizierungen geplant (siehe Abb. 1). Damit setzte die EnBW auch im Berichtsjahr konsequent den begonnenen Prozess der kontinuierlichen Verbesserung ihrer Umweltleistung fort.

Dass die EnBW ihrer Vorreiterrolle in Sachen Umweltschutz gerecht wird, belegt auch der aktuelle Stand der ISO-14001-Zertifizierung bezogen auf die Mitarbeiterzahl: Danach waren Ende 2007 über 70 % der EnBW-Mitarbeiter in Gesellschaften beschäftigt, deren Umweltmanagement zertifiziert ist. 2008 werden durch geplante Zertifizierungen weitere 15 % hinzukommen (siehe Abb. 2). Wir sind zuversichtlich, dass in ein bis zwei Jahren alle EnBW-Gesellschaften mit umweltrelevanten Anlagen und Tätigkeiten das konzernweit gültige Umweltmanagementsystem etabliert haben werden, das der strengen ISO-14001-Norm gerecht wird.

Konzernweite IT-Plattform für Kennzahlen

Als wichtigen ergänzenden Schritt zur Weiterentwicklung unseres Umweltmanagementsystems haben wir eine IT-Plattform zur Erfassung und Auswertung aller konzernrelevanten Umweltdaten eingeführt. Diese Plattform ermöglicht es, jederzeit konzernweit aktuelle Kennzahlen in aggregierter Form zu generieren. Darüber hinaus können alle EnBW-Gesellschaften eigene Kennzahlen generieren und damit ihre Umweltleistung messen und bewerten.

Abb. 1
Zeitplan der Zertifizierungen 2007 und 2008

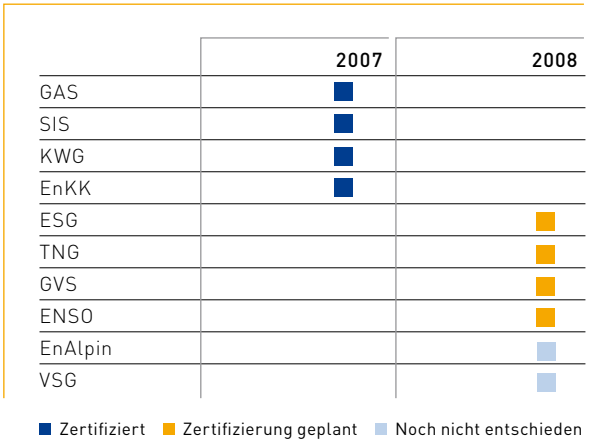
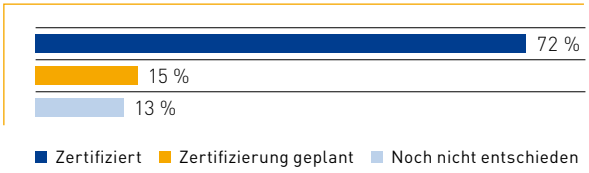


Abb. 2
Stand der ISO-14001-Zertifizierung nach Mitarbeitern in Prozent



Weitere Informationen

Corporate Responsibility

„Wir handeln vorausschauend im Bewusstsein unserer besonderen Verantwortung für Umwelt und Gesellschaft." Dieser Satz stammt aus unserem Unternehmensleitbild und zeigt unser Selbstverständnis als verantwortlicher Konzern.

Für die EnBW bedeutet gesellschaftliche Verantwortung, Menschen zuverlässig mit Energie zu versorgen, Gewinn auf einwandfreie Art zu erwirtschaften und den Unternehmenserfolg langfristig stabil zu halten. Gesellschaftliche Verantwortung heißt auch, die Konsequenzen aus unserem wirtschaftlichen Handeln zu berücksichtigen und unser Kerngeschäft gewissenhaft und nachhaltig zu betreiben und dabei die Region zu stärken.

Die EnBW ist mehr als nur ein Energieversorger: Wir wollen nicht nur wirtschaftlich erfolgreich, sondern auch gern gesehener Partner und guter Nachbar sein. Zum Versorgen gehört für uns auch die Vorsorge und Fürsorge. Dieses Grundverständnis bezieht sich auf den verantwortungsvollen Umgang mit unseren Mitarbeitern, Kunden und Geschäftspartnern und unserem gesamten gesellschaftlichen Umfeld. Die EnBW versteht sich als Bürger einer Zivilgesellschaft – als Corporate Citizen.

Unser Handeln orientiert sich am Gedanken der Nachhaltigkeit: Wir denken langfristig und investieren in die Zukunft. Denn wir wollen nachfolgenden Generationen gleiche oder bessere Bedingungen hinterlassen. Wir sind davon überzeugt, dass sich verantwortliches Handeln auszahlt: für die Gesellschaft und für das Unternehmen.

Verantwortung für das Umfeld

Wir kümmern uns um ein attraktives Unternehmensumfeld und engagieren uns in Sport, Kunst und Kultur, Gesundheit und Sozialem. Als Förderer von Kunst und Kultur in Baden-Württemberg ist die EnBW zum Beispiel Partner einer der wichtigsten Kulturinstitutionen in Deutschland, dem Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe. Die von uns angeregte und finanzierte Ausstellungsreihe „Ateliereinblicke" am Konzernsitz Karlsruhe legt den Fokus auf baden-württembergische Nachwuchskünstler. Der Showroom in unserer Hauptstadtrepräsentanz bietet auch internationaler Kunst Raum.

2007 unterstützten wir die EnBW Turn-WM™ und den EnBW-Turnweltcup (vormals DTP-Turnier) sowie den Nachwuchs- und Breitensport in lokalen Vereinen. Seit Juli 2004 beziehungsweise 2005 sind wir außerdem Hauptsponsor der beiden Fußballclubs Karlsruher SC und VfB Stuttgart. Den Sportgeist in der Region stärken wir darüber hinaus durch unser Engagement bei Deutschlands größter Freizeitradtour „Tour de Ländle".

Wir finden soziales Engagement wichtig und fördern dies bereits bei unseren Auszubildenden mit dem Projekt „Soziales Lernen". Aber auch andere sollen für ihren Einsatz belohnt werden. Deswegen unterstützen wir seit Jahren die Drogenberatungsstelle Release Stuttgart e. V. und honorieren zum Beispiel die Aktion „Echt gut! Ehrenamt in Baden-Württemberg" mit dem Sonderpreis EnBW-Ehrenamt-Impuls.

Besondere Verantwortung als Energieversorger

Unsere Aufgabe ist es, zukunftsweisende Technologien und Ideen für die Energieversorgung von morgen zu entwerfen. Diese Verantwortung für unser Kerngeschäft äußert sich in unserem Engagement für Umwelt, Technik und Wissen. Unsere Themenschwerpunkte sind Energieeffizienz und Klimaschutz. Wir arbeiten nicht nur daran, dass unsere eigenen Kraftwerke immer effizienter und sparsamer werden. Mit unserem Projekt „Energieeffiziente Schule“ sorgen wir zum Beispiel dafür, dass Schulgebäude so modernisiert werden, dass sie künftig viel weniger Energie verbrauchen. Wir teilen Wissen und geben es weiter – an Lehrer, an Schüler und ihre Eltern und auch an andere Unternehmen: Im Rahmen der Initiative „Netzwerk Energieeffizienz“ geben Experten aus unserem Haus anderen Unternehmen Tipps, wie sie mit Energie besser haushalten können.

Wissen ist ein wichtiger Rohstoff. Deshalb unterstützen wir das phaeno Science Center in Wolfsburg und das Science Center im Europapark Rust, die ihren großen und kleinen Besuchern naturwissenschaftliche Themen näherbringen. Die von der EnBW gegründete Regenwald-Stiftung dient der Forschung und dem aktiven Schutz und Erhalt der Regenwälder und ihrer Artenvielfalt.

Um unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden, legen wir sehr großen Wert auf den Gedankenaustausch mit Mitarbeitern, Kunden, Geschäftspartnern, Politikern, Journalisten, Kulturschaffenden. Unser Ziel ist die vertrauensvolle Partnerschaft. Wir fragen Erwartungen ab, stehen beratend zur Seite und suchen das Gespräch. Wir wollen wirtschafts- und gesellschaftspolitische Diskurse führen und dafür geeignete Foren bieten. So führten wir 2007 zum Beispiel die dritte „EnBW Summer Conference on Energy“ durch, und im Herbst veranstalteten wir in Berlin den 2. Deutschen Klimakongress.

Mit dem Klimawandel wird sich auch die nächste Publikation unserer Buchreihe „Ethik – Energie – Ästhetik“ beschäftigen. Mit ihr haben wir nicht nur einen Designpreis gewonnen, sondern auch gesellschaftliche Debatten aufgegriffen, in unserer letzten Publikation „Das neue Denken – Das Neue denken“ zum Beispiel das Thema Innovation.

Deutscher Klimakongress der EnBW

Der Klimawandel ist bereits im Gang. Er ist eines der größten globalen Probleme. Viel Zeit zum Handeln bleibt nicht. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Klimawandel ist für uns nicht nur Teil unserer gesellschaftlichen Verantwortung, sondern auch von fundamentalem wirtschaftlichen Interesse. Entsprechend frühzeitig befassten wir uns mit diesem Thema und gründeten Anfang des Jahres 2006 einen wissenschaftlichen Beirat, dem die namhaftesten Klimaforscher Deutschlands angehören.

Im September 2006 veranstaltete die EnBW den 1. Deutschen Klimakongress. Damit hatte erstmals ein Wirtschaftsunternehmen die Initiative ergriffen und Wirtschaft, Wissenschaft und Politik an einen Tisch gebracht. Im Nachgang zu diesem Kongress initiierte und begleitete die EnBW die Gründung verschiedener Unternehmensinitiativen. So sind wir zum Beispiel Gründungsmitglied der Gruppe „2° – deutsche Unternehmer für Klimaschutz“, und auch beim Aufbau einer ähnlichen Gruppe des Bundesverbands der Deutschen Industrie war die EnBW maßgeblich beteiligt.

Im Oktober 2007 fand unter dem Motto „Die Ökonomie des Klimawandels“ der 2. Deutsche Klimakongress in Berlin statt. Internationale Nobelpreisträger, Wissens- und Entscheidungsträger waren unserer Einladung gefolgt, um gemeinsam Perspektiven für den Klimaschutz zu entwickeln. Der ehemalige US-Vizepräsident und Friedensnobelpreisträger Al Gore hielt seine Oscar-prämierte Präsentation über die Gefahren des Klimawandels. Er warb nachdrücklich für ein entschiedenes Eintreten für den Klimaschutz und ein vorgezogenes Inkrafttreten des internationalen Folgeabkommens zum Kyoto-Protokoll. Hans-Peter Villis würdigte den großen Anteil Gores am weltweiten Bewusstseinswandel. Gore ist laut Nobelpreiskomitee derjenige, der als einzelnes Individuum am meisten dafür getan hat, ein neues Verständnis dafür zu schaffen, dass etwas gegen den Klimawandel getan werden muss.

Wir wollen in das LNG-Geschäft einsteigen, in das Geschäft mit flüssigem Gas. Das ist richtig, weil wir damit neue Bezugsmöglichkeiten erschließen, die uns freier und stärker machen. Aus demselben Grund wollen wir Pipelines bauen und natürlich auch Speicher.

Jahresabschluss des EnBW-Konzerns

126 Gewinn- und Verlustrechnung

127 Bilanz

128 Cashflow-Rechnung

130 Eigenkapitalspiegel

132 Anhang

200 Bestätigungsvermerk

201 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

202 Wesentliche Beteiligungen der
EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW AG)

Gewinn- und Verlustrechnung des EnBW-Konzerns

Mio. €[1]	Anhang	2007	2006
Umsatzerlöse inklusive Strom- und Erdgassteuer		15.740,7	14.054,8
Strom- und Erdgassteuer		-1.028,5	-1.195,3
Umsatzerlöse	(1)	**14.712,2**	**12.859,5**
Bestandsveränderung		1,5	10,1
Andere aktivierte Eigenleistungen		51,9	41,8
Sonstige betriebliche Erträge	(2)	987,9	836,5
Materialaufwand	(3)	-10.943,9	-9.045,3
Personalaufwand	(4)	-1.476,2	-1.367,7
Abschreibungen	(5)	-777,2	-822,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(6)	-997,0	-1.061,1
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit		**1.559,2**	**1.451,2**
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	(7)	158,9	161,5
Übriges Beteiligungsergebnis	(7)	113,3	49,6
Finanzerträge	(8)	397,9	374,8
Finanzaufwendungen	(8)	-856,4	-847,0
Ergebnis vor Ertragsteuern		**1.372,9**	**1.190,1**
Ertragsteuern	(9)	43,2	-75,4
Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten[2]		**1.416,1**	**1.114,7**
Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten	(25)	97,9	6,0
Konzernüberschuss		**1.514,0**	**1.120,7**
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter		(149,9)	(118,9)
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG		(1.364,1)	(1.001,8)
Aktien im Umlauf (Mio. Stück), gewichtet		**244,257**	**244,232**
Ergebnis je Aktie aus fortzuführenden Aktivitäten (€)[3]		**5,18**	**4,07**
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss (€)[3]		**5,58**	**4,10**

Fußnoten zur Gewinn- und Verlustrechnung
[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG: 1.266,2 Mio. € (Vorjahr: 995,0 Mio. €).
[3] Verwässert und unverwässert; bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.

Fußnoten zur Bilanz
[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Davon lang- und kurzfristige Ertragsteuerrückstellungen insgesamt: 229,9 Mio. € (Vorjahr: 339,4 Mio. €).

Bilanz des EnBW-Konzerns

Mio. €[1]	Anhang	31.12.2007	31.12.2006
Aktiva			
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	(10)	1.636,4	1.661,2
Sachanlagen	(11)	11.416,2	11.336,1
Investment Properties	(12)	87,7	115,1
At equity bewertete Unternehmen	(13)	1.856,5	1.758,6
Übrige finanzielle Vermögenswerte	(14)	5.734,4	6.031,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(15)	372,6	334,3
Ertragsteuererstattungsansprüche	(16)	253,8	256,6
Sonstige langfristige Vermögenswerte	(17)	179,8	148,5
Latente Steuern	(23)	6,0	38,9
		21.543,4	**21.681,0**
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorratsvermögen	(18)	732,7	612,3
Finanzielle Vermögenswerte	(19)	727,6	274,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(15)	2.108,7	2.245,7
Ertragsteuererstattungsansprüche	(16)	255,1	186,0
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	(17)	1.725,6	1.178,5
Flüssige Mittel	(20)	1.317,8	1.932,3
		6.867,5	**6.428,8**
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte nicht fortzuführender Aktivitäten	(25)	3,4	38,5
		6.870,9	**6.467,3**
		28.414,3	**28.148,3**
Passiva			
Eigenkapital	(21)		
Anteile des Konzerns			
Gezeichnetes Kapital		640,0	640,0
Kapitalrücklage		22,2	22,2
Gewinnrücklagen		3.787,7	2.702,1
Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3		49,6	7,3
Eigene Aktien		-204,1	-204,1
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen		756,0	395,4
		5.051,4	**3.562,9**
Anteile anderer Gesellschafter		950,3	929,5
		6.001,7	**4.492,4**
Langfristige Schulden			
Rückstellungen[2]	(22)	8.989,1	8.865,8
Latente Steuern	(23)	1.616,8	2.000,0
Finanzverbindlichkeiten	(24)	3.364,2	3.883,8
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	(24)	2.127,0	2.126,0
		16.097,1	**16.875,6**
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen[2]	(22)	1.131,3	1.306,3
Finanzverbindlichkeiten	(24)	588,3	1.226,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(24)	2.323,3	2.164,6
Ertragsteuerverbindlichkeiten	(24)	6,3	126,8
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	(24)	2.258,4	1.853,3
		6.307,6	**6.677,3**
Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten	(25)	7,9	103,0
		6.315,5	**6.780,3**
		28.414,3	**28.148,3**

Cashflow-Rechnung des EnBW-Konzerns

Mio. €[1, 2]	2007	2006
1. Operativer Bereich		
EBITDA	2.336,4	2.273,8
EBITDA der nicht fortzuführenden Aktivitäten	131,5	25,1
Veränderung der langfristigen Rückstellungen	-256,1	-303,5
Ergebnis aus Anlagenabgängen	-24,0	-27,3
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-69,4	-69,1
Funds from Operations (FFO) vor Steuern und Finanzierung	**2.118,4**	**1.899,0**
Veränderung des Working Capitals und der kurzfristigen Rückstellungen	131,8	-245,4
Gezahlte Ertragsteuern	-691,5	-187,0
Operating Cashflow	**1.558,7**	**1.466,6**
davon nicht fortzuführende Aktivitäten	(-33,8)	(11,9)
2. Investitionsbereich		
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-816,9	-630,1
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	30,2	105,2
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	81,2	85,4
Auszahlungen aus dem Erwerb von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	-190,5	-387,0
Einzahlungen aus dem Verkauf von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	74,1	50,5
Investitionen in sonstige finanzielle Vermögenswerte	-588,1	-594,1
Einzahlungen aus dem Verkauf sonstiger finanzieller Vermögenswerte	551,4	458,1
Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdispositionen	27,9	-30,4
Erhaltene Zinsen	311,6	254,8
Erhaltene Dividenden	137,5	127,2
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**-381,6**	**-560,4**
davon nicht fortzuführende Aktivitäten	(72,4)	(46,2)

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Weitere Erläuterungen im Anhang unter „Sonstige Angaben".

Mio. €[1,2]	2007	2006
3. Finanzierungsbereich		
Gezahlte Zinsen	-403,2	-291,0
Gezahlte Dividenden	-359,0	-285,9
Einzahlungen aus dem Verkauf eigener Anteile	0,0	14,4
Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten	303,6	604,4
Tilgung von Finanzverbindlichkeiten	-1.322,9	-435,8
Kapitalherabsetzung für Anteile anderer Gesellschafter	-5,1	-5,1
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**-1.786,6**	**-399,0**
davon nicht fortzuführende Aktivitäten	(2,6)	(2,9)
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	**-609,5**	**507,2**
Währungskursveränderung der flüssigen Mittel	-5,0	-1,3
Veränderung der flüssigen Mittel	**-614,5**	**505,9**
Flüssige Mittel am Anfang der Periode	1.932,3	1.426,4
Flüssige Mittel am Ende der Periode	**1.317,8**	**1.932,3**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Weitere Erläuterungen im Anhang unter „Sonstige Angaben".

Eigenkapitalspiegel des EnBW-Konzerns

Mio. €[1]	Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklagen	Neubewer-tungsrücklage gemäß IFRS 3
Stand: 31.12.2005	**640,0**	**22,2**	**1.818,5**	**0,0**
Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden			92,5	
Stand: 31.12.2005 nach Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	**640,0**	**22,2**	**1.911,0**	**0,0**
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen				7,3
Konzernüberschuss			1.001,8	
davon Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten			(6,8)	
Summe aus kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen und Konzernüberschuss	**0,0**	**0,0**	**1.001,8**	**7,3**
Verkauf eigener Aktien			4,2	
Gezahlte Dividenden			-214,9	
Übrige Veränderungen				
Stand: 31.12.2006	**640,0**	**22,2**	**2.702,1**	**7,3**
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen				42,3
Konzernüberschuss			1.364,1	
davon Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten			(97,9)	
Summe aus kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen und Konzernüberschuss	**0,0**	**0,0**	**1.364,1**	**42,3**
Gezahlte Dividenden			-278,5	
Übrige Veränderungen				
Stand: 31.12.2007	**640,0**	**22,2**	**3.787,7**	**49,6**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

	Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen						
Eigene Aktien	Unterschiedsbetrag aus der Währungsumrechnung	Cashflow Hedge	Weiterveräußerbare Wertpapiere und Beteiligungen	At equity bewertete Unternehmen	Anteile des Konzerns	Anteile anderer Gesellschafter	Summe
-214,3	**7,4**	**-103,4**	**246,7**	**3,5**	**2.420,6**	**647,1**	**3.067,7**
					92,5		92,5
-214,3	**7,4**	**-103,4**	**246,7**	**3,5**	**2.513,1**	**647,1**	**3.160,2**
	12,2	19,8	137,1	72,1	248,5	-2,0	246,5
					1.001,8	118,9	1.120,7
					(6,8)	(-0,8)	(6,0)
0,0	**12,2**	**19,8**	**137,1**	**72,1**	**1.250,3**	**116,9**	**1.367,2**
10,2					14,4		14,4
					-214,9	-71,0	-285,9
						236,5	236,5
-204,1	**19,6**	**-83,6**	**383,8**	**75,6**	**3.562,9**	**929,5**	**4.492,4**
	2,3	159,2	165,2	33,9	402,9	-1,2	401,7
					1.364,1	149,9	1.514,0
					(97,9)		(97,9)
0,0	**2,3**	**159,2**	**165,2**	**33,9**	**1.767,0**	**148,7**	**1.915,7**
					-278,5	-80,5	-359,0
						-47,4	-47,4
-204,1	**21,9**	**75,6**	**549,0**	**109,5**	**5.051,4**	**950,3**	**6.001,7**

Anhang des EnBW-Konzerns zum Jahresabschluss 2007

Allgemeine Grundlagen und Erläuterungen des Konsolidierungskreises

Allgemeine Grundlagen

Der Konzernabschluss der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) wird entsprechend § 315a Abs. 1 HGB zu den am Bilanzstichtag verpflichtend in der Europäischen Union anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Noch nicht verpflichtend in Kraft getretene IFRS werden nicht angewendet. Zusätzlich werden die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee/Standing Interpretations Committee (IFRIC/SIC) beachtet. Der Konzernabschluss der EnBW entspricht in allen Punkten den IFRS sowie den Interpretationen des IFRIC.

Der Konzernabschluss wird in Millionen Euro ausgewiesen. Neben der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz werden die Cashflow-Rechnung sowie die Eigenkapitalentwicklung des EnBW-Konzerns gesondert dargestellt.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Konzernabschluss wird auf den Stichtag des Jahresabschlusses des Mutterunternehmens aufgestellt. Das Geschäftsjahr des Mutterunternehmens ist das Kalenderjahr.

Der Sitz der Gesellschaft ist Karlsruhe, Deutschland. Die Anschrift lautet EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe.

Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das International Accounting Standards Board (IASB) und das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) haben einige Standards und Interpretationen geändert beziehungsweise neu verabschiedet, die ab dem Geschäftsjahr 2007 verpflichtend anzuwenden sind:

- **IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“:** Durch die Änderung des IAS 1 sind im Abschluss Informationen zu veröffentlichen, die den Abschlussadressaten eine Bewertung der Ziele, Methoden und Prozesse beim Kapitalmanagement ermöglichen.

- **IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“:** Die mit dem neuen Standard verbundenen Änderungen sind im Wesentlichen dazu bestimmt, die bisherigen Anforderungen aus den Vorschriften zu den Angaben und zur Offenlegung bei der Bilanzierung von Finanzinstrumenten zusammenzufassen, zu überarbeiten und zu erweitern.

- **IFRIC 7 „Anwendung des Anpassungsansatzes nach IAS 29 Rechnungslegung in Hochinflationsländern“:** Die Interpretation klärt Fragen im Zusammenhang mit IAS 29 für den Fall, dass das Land, dessen Währung die funktionale Währung des bilanzierenden Unternehmens ist, zu einem Hochinflationsland wird.

- **IFRIC 8 „Anwendungsbereich von IFRS 2“:** Das IASB nimmt in IFRIC 8 Stellung zum Anwendungsbereich von IFRS 2 „Aktienbasierte Vergütung“, der auf Geschäftsvorfälle anzuwenden ist, in deren Rahmen eine Gesellschaft Güter oder Dienstleistungen als Gegenleistung für eine aktienbasierte Vergütung erhält.

- **IFRIC 9 „Neubeurteilung eingebetteter Derivate“:** Die Interpretation IFRIC 9 klärt die Frage, ob ein Vertrag lediglich zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses oder während seiner gesamten Vertragslaufzeit dahingehend zu prüfen ist, ob ein nach IAS 39 trennungspflichtiges eingebettetes Derivat vorliegt.

- **IFRIC 10 „Zwischenberichterstattung und Wertminderung“:** Die Interpretation befasst sich mit der Behandlung von Wertminderungen bezogen auf den Geschäfts- oder Firmenwert nach IAS 36 „Wertminderungen von Vermögenswerten“ sowie auf bestimmte finanzielle Vermögenswerte nach IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ im Rahmen von Zwischenabschlüssen gemäß IAS 34 „Zwischenberichterstattung“.

Die erstmalige Anwendung der Änderungen des IAS 1 und des IFRS 7 führt zu erweiterten Anhangsangaben im EnBW-Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2007. Die weiteren genannten Interpretationen hatten keine wesentlichen Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.

Equity-Bewertung

Im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 weist die EnBW die folgenden bisher als sonstige Beteiligungen bilanzierten Unternehmen unter den at equity bewerteten Unternehmen aus:

- DREWAG-Stadtwerke Dresden GmbH, Dresden (Anteilsquote 35,00 %)
- FairEnergie GmbH, Reutlingen (Anteilsquote 24,90 %)
- Grosskraftwerk Mannheim AG, Mannheim (Anteilsquote 32,00 %)
- Stadtwerke Esslingen am Neckar GmbH & Co. KG, Esslingen am Neckar (Anteilsquote 49,98 %)
- Stadtwerke Karlsruhe GmbH, Karlsruhe (Anteilsquote 20,00 %)
- Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung, Stuttgart (Anteilsquote 22,39 %)
- Zweckverband Landeswasserversorgung, Stuttgart (Anteilsquote 28,12 %)

Da uns keine IFRS-Abschlüsse dieser Gesellschaften vorlagen, bewerteten wir diese Gesellschaften bisher nicht nach der Equity-Methode. Zum Jahresabschluss 2007 führten wir erstmals die Equity-Bewertung auf Grundlage einer Schätzung der HGB-IFRS-Unterschiede durch.

Im Rahmen der Equity-Bewertung entstandene negative Unterschiedsbeträge wurden soweit möglich mit den im Erwerb in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Firmenwerten bei nachgeordneten Mutterunternehmen verrechnet. Die verbleibenden Unterschiedsbeträge wurden mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

Die Vorjahreszahlen wurden rückwirkend angepasst. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss stellen sich wie folgt dar:

Bilanz **Veränderung in Mio. €**	**31.12.2006**
Geschäfts- oder Firmenwert	-108,0
At equity bewertete Unternehmen	+431,0
Übrige finanzielle Vermögenswerte	-227,9
Gewinnrücklagen	+90,9
Passive latente Steuern	+4,2

Gewinn- und Verlustrechnung **Veränderung in Mio. €**	**01.01. – 31.12.2006**
Konzernüberschuss	-1,6

Die Equity-Bewertung dieser Unternehmen führte im Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2006 zu einer Verminderung des Ergebnisses je Aktie aus Konzernüberschuss um 0,01 € auf 4,10 €.

Auswirkungen neuer, noch nicht anzuwendender Rechnungslegungsstandards

IASB und IFRIC veröffentlichten bereits folgende Interpretationen, deren Anwendung für das Geschäftsjahr 2007 jedoch noch nicht verpflichtend ist. Die künftige Anwendung setzt die Übernahme durch die EU in europäisches Recht voraus:

- **IFRS 8 „Segmentberichterstattung“:** IFRS 8 ersetzt den bisherigen IAS 14 „Segmentberichterstattung“ und passt den Standard mit geringfügigen Unterschieden an die US-GAAP-Regelungen des Statement of Financial Accounting Standards (SFAS) 131 an. IFRS 8 schreibt die Identifizierung von operativen Segmenten basierend auf der internen Steuerung (Management Approach) vor. Der Standard ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die erstmalige Anwendung des IFRS 8 wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW haben.

- **IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“:** Die wesentlichen Änderungen betreffen die Darstellung des Eigenkapitals sowie die Bezeichnungen der einzelnen Bestandteile des Jahresabschlusses. Die überarbeitete Fassung des IAS 1 ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die Übernahme in europäisches Recht durch die EU steht noch aus. Die Änderungen werden keine wesentliche Auswirkung auf den EnBW-Konzernabschluss haben.

- **IAS 23 „Fremdkapitalkosten“:** Durch die Änderung des IAS 23 wird das bisherige Wahlrecht der sofortigen aufwandswirksamen Erfassung von Fremdkapitalkosten, die unmittelbar in Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung qualifizierter Vermögenswerte anfallen, abgeschafft. Diese Fremdkapitalkosten sind künftig verpflichtend als Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu aktivieren. Der Standard ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Er wurde von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

- **IFRIC 11 „IFRS 2 – Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen“:** Die Interpretation befasst sich mit der Frage, wie IFRS 2 „Aktienbasierte Vergütung“ auf Vereinbarungen über aktienbasierte Vergütungen anzuwenden ist, die eigene Eigenkapitalinstrumente sowie Eigenkapitalinstrumente eines Unternehmens innerhalb des Konzerns beinhalten. Die Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. März 2007 beginnen. Die erstmalige Anwendung von IFRIC 11 wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.

- **IFRIC 12 „Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen“:** IFRIC 12 regelt die Bilanzierung von Vereinbarungen, bei denen die öffentliche Hand als Konzessionsgeber Aufträge an private Betreiber als Konzessionsnehmer vergibt und die der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen dienen (zum Beispiel von Flughäfen, Gefängnissen, Energie- und Wasserversorgungseinrichtungen etc.). Zur Erfüllung dieser Aufgaben nutzt der Betreiber eine Infrastruktur, die in der Verfügungsmacht der öffentlichen Hand bleibt. Für Bau, Betrieb und Instandhaltung jedoch ist der Betreiber zuständig. Die Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2008 beginnen. IFRIC 12 wurde noch nicht von der EU in europäisches Recht übernommen. Die Auswirkungen der erstmaligen Anwendung des IFRIC 12 auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

- **IFRIC 13 „Kundenbindungsprogramme“:** Die Interpretation befasst sich mit der Bilanzierung und Bewertung von Umsatzerlösen aus Verkaufsprozessen und damit im Zusammenhang stehenden Aufwendungen für Verpflichtungen, die aus Kundenbindungsprogrammen, zum Beispiel Prämien-, Bonus- beziehungsweise Treueprogrammen, resultieren, die von den Herstellern beziehungsweise Dienstleistungsanbietern selbst oder durch Dritte betrieben werden. Die Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2008 beginnen. Die Übernahme in europäisches Recht steht noch aus. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

- **IFRIC 14 „Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswerts, Mindestfinanzierungsvorschriften und ihre Wechselwirkung“:** Die Interpretation gibt Hinweise, wie die Begrenzung nach IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ für einen Überschuss festzulegen ist, der als Vermögenswert angesetzt werden kann. Zudem wird erklärt, welche Auswirkungen sich auf die Bewertung von Vermögenswerten und Rückstellungen aus leistungsorientierten Plänen aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung zu einer Mindestbeitragszahlung ergeben, beispielsweise durch Gesetz oder durch die Regelungen des Plans. Dadurch wird sichergestellt, dass Unternehmen einen Planvermögensüberschuss als Vermögenswert konsistent bilanzieren. Keine weitere Verpflichtung ist jedoch nach IFRIC 14 durch den Arbeitgeber anzusetzen, solange die Mindestbeitragszahlung an das Unternehmen zurückgezahlt wird. Die Interpretation ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2008 beginnen. Die Übernahme in europäisches Recht durch die EU steht noch aus. Die Auswirkungen von IFRIC 14 auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

Ausweisänderungen

Die U-plus-Gruppe wurde im ersten Halbjahr 2007 an das Entsorgungsunternehmen ALBA AG, Berlin, veräußert. Die U-plus-Gruppe wird in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Cashflow-Rechnung als **nicht fortzuführende Aktivität** ausgewiesen. Die Vergleichszahlen wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Cashflow-Rechnung angepasst. Die Darstellung des Ergebnisses aus nicht fortzuführenden Aktivitäten erfolgt unter Anhangsangabe (25) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte sowie Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten.

Zur besseren Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben wir im Geschäftsjahr 2007 folgende Ausweisänderungen vorgenommen. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst:

- Die langfristigen **Ertragsteuererstattungsansprüche** sowie die **langfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** wurden in der Bilanz separat ausgewiesen.

- Ergebniseffekte aus der **Marktbewertung freistehender Commodityderivate** werden unverändert in den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Ergebnisse aus der Realisierung dieser Termingeschäfte werden in den Umsatzerlösen beziehungsweise im Materialaufwand erfasst. Im Vorjahr erfolgte bei der Realisierung – mit Ausnahme der Futures – noch ein Ausweis in den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Gewinn- und Verlustrechnung Veränderung in Mio. €	01.01. – 31.12.2006
Umsatzerlöse	-133,3
Sonstige betriebliche Erträge	-192,9
Materialaufwand	213,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	112,4

- Die **Erträge und Aufwendungen aus der Veräußerung von Beteiligungen** werden nicht mehr als sonstige betriebliche Erträge beziehungsweise sonstige betriebliche Aufwendungen, sondern als übriges Beteiligungsergebnis erfasst.

Gewinn- und Verlustrechnung Veränderung in Mio. €	01.01. – 31.12.2006
Sonstige betriebliche Erträge	-23,8
Übriges Beteiligungsergebnis	+23,8

- Das **Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten** sowie der **Konzernüberschuss** beinhalten im Berichtsjahr erstmals die Gewinnanteile anderer Gesellschafter. Die diesbezüglichen Gewinnanteile anderer Gesellschafter sowie der Gesellschafter der EnBW AG werden als Davon-Vermerk ausgewiesen.

- Das **neutrale Ergebnis** des EnBW-Konzerns umfasst außerordentliche Ergebnisse. Periodenfremde Ergebnisse werden ab dem Geschäftsjahr 2007 nicht mehr im neutralen Ergebnis ausgewiesen.

- In der **Segmentberichterstattung** weisen wir erstmals den Operating Cashflow für jedes primäre Berichtssegment aus. Auf den Ausweis der nicht zahlungswirksamen Aufwendungen wird daher verzichtet.

- Zur besseren Darstellung der unterjährigen Veränderungen des Konsolidierungskreises haben wir die Berechnungsbasis des durchschnittlichen Capital Employed im Rahmen der wertorientierten Steuerungskonzeption angepasst. Für die Berechnung des durchschnittlichen Capital Employed werden neben den Jahresendstichtagswerten zusätzlich auch die unterjährigen Quartalsstichtagswerte einbezogen.

Konsolidierungskreis

Nach der Vollkonsolidierungsmethode werden alle Tochterunternehmen einbezogen, auf deren Finanz- und Geschäftspolitik nach dem sogenannten Control Concept ein beherrschender Einfluss ausgeübt werden kann. Bei der Vollkonsolidierung werden die Vermögenswerte und Schulden einer Tochtergesellschaft vollständig in den Konzernabschluss übernommen.

Gemeinschaftlich geführte Unternehmen werden anhand der Quotenkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Bei der Quotenkonsolidierung werden die Vermögenswerte und Schulden des Tochterunternehmens entsprechend der Höhe der Beteiligung des Mutterunternehmens im Konzernabschluss berücksichtigt.

Die Equity-Bewertung kommt zur Anwendung, wenn die Möglichkeit eines maßgeblichen Einflusses auf die Geschäftspolitik des assoziierten Unternehmens besteht, aber weder die Voraussetzungen eines Tochter- noch die eines Gemeinschaftsunternehmens vorliegen. Bei der Bewertung von Anteilen bedeutet dies, dass nicht die Vermögenswerte und Schulden des Unternehmens im Konzernabschluss dargestellt werden, sondern nur sein anteiliges Eigenkapital.

Der Anteilsbesitz des EnBW-Konzerns wird entsprechend § 313 Abs. 4 HGB in einer gesonderten Aufstellung angegeben, die zusammen mit dem Jahresabschluss im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Die Liste der wesentlichen Beteiligungen ist Bestandteil des Anhangs.

Wechselseitige Beteiligungen nach § 19 Abs. 1 AktG liegen im EnBW-Konzern nicht vor.

Der Konsolidierungskreis setzt sich wie folgt zusammen:

Art der Konsolidierung Anzahl[1]	31.12.2007	31.12.2006
Vollkonsolidierung	95	100
Quotenkonsolidierung (Gemeinschaftsunternehmen)	10	10
At equity bewertete Unternehmen	17	28

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Änderungen des Konsolidierungskreises

Von den im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden im Berichtsjahr 13 (Vorjahr: 5) inländische und 1 (Vorjahr: 0) ausländische Gesellschaften erstmals konsolidiert. 18 (Vorjahr: 5) Gesellschaften wurden entkonsolidiert, 1 (Vorjahr: 2) Gesellschaft wurde verschmolzen. Von den entkonsolidierten Gesellschaften waren 18 (Vorjahr: 1) Unternehmen aus dem Inland und kein (Vorjahr: 4) Unternehmen aus dem Ausland.

Von den Gemeinschaftsunternehmen, die entsprechend unserer Anteilshöhe in den Konzernabschluss einbezogen werden, wurde im Berichtsjahr 1 (Vorjahr: 0) inländische Gesellschaft erstmals vollkonsolidiert und 1 (Vorjahr: 2) inländische Gesellschaft erstkonsolidiert.

Im Bereich der at equity bewerteten Unternehmen wurden im Berichtsjahr 0 (Vorjahr: 2) ausländische und 0 (Vorjahr: 0) inländische Gesellschaften erstmals konsolidiert. Es wurden 2 (Vorjahr: 1) inländische und 9 (Vorjahr: 0) ausländische Gesellschaften entkonsolidiert.

Vollkonsolidierung der Erdgas Südwest GmbH, Karlsruhe

Die EnBW erwarb mit Wirkung zum 20. Februar 2007 einen weiteren Anteil von 28,0 % an der Erdgas Südwest GmbH (ESW). Der Kaufpreis für diesen Anteil betrug 56,5 Mio. €. Die Anteilsquote erhöhte sich auf 79,0 %. Aufgrund des entstandenen beherrschenden Einflusses wird die ESW vollkonsolidiert. Bisher war die ESW als quotenkonsolidiertes Unternehmen (Anteilsquote 51,0 %) im Konzernabschluss erfasst. Die ESW versorgt Privatkunden, Industriekunden sowie Weiterverteiler mit Erdgas.

Der Übergang zur Vollkonsolidierung wird als sukzessiver Unternehmenszusammenschluss behandelt. Durch den stufenweisen Vergleich der Kosten der einzelnen Anteilserwerbe mit dem prozentualen Anteil des beizulegenden Zeitwerts ergab sich für die 2007 neu konsolidierten 28,0 % ein Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 22,2 Mio. €. Die Veränderung des Eigenkapitals, die auf den alten Anteil von 51,0 % entfällt, beträgt 36,6 Mio. € und ist ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst. Die ESW trug 26,8 Mio. € zum Ergebnis nach Ertragsteuern bei.

Die beizulegenden Zeitwerte der identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden der ESW sahen zum Erwerbszeitpunkt wie folgt aus:

Mio. €	Buchwert nach IFRS	Bei Erwerb angesetzt
Immaterielle Vermögenswerte	0,6	14,6
Sachanlagen	206,2	245,3
Sonstige langfristige Vermögenswerte	0,3	0,3
Kurzfristige Vermögenswerte	173,9	173,9
Summe Vermögenswerte	**381,0**	**434,1**
Langfristige Schulden	121,4	102,6
Kurzfristige Schulden	209,0	209,0
Summe Schulden	**330,4**	**311,6**
Nettovermögen	50,6	122,5
Anteil der EnBW am Nettovermögen 28,0 %		34,3
Anschaffungskosten		56,5
Geschäfts- oder Firmenwert		**22,2**

Vollkonsolidierung der GSW Gasversorgung Sachsen Ost Wärmeservice GmbH & Co. KG, Dresden

Die EnBW erwarb mit Wirkung zum 1. März 2007 den verbleibenden Anteil von 76,5 % an der GSW Gasversorgung Sachsen Ost Wärmeservice GmbH & Co. KG, Eigentümerin lokaler Gasversorgungsnetze im ostsächsischen Raum. Die GSW war bisher als sonstige Beteiligung (Anteilsquote 23,5 %) im Konzernabschluss erfasst. Der Kaufpreis für den Resterwerb betrug 30,5 Mio. €. Die Anteilsquote erhöhte sich auf 100 %. Die GSW wurde aufgrund des entstandenen beherrschenden Einflusses vollkonsolidiert.

Der Übergang zur Vollkonsolidierung wird als sukzessiver Unternehmenszusammenschluss behandelt. Durch den stufenweisen Vergleich der Kosten der einzelnen Anteilserwerbe mit dem prozentualen Anteil des beizulegenden Zeitwerts ergab sich für die 2007 neu erworbenen 76,5 % ein vorläufiger Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 11,0 Mio. €. Die vorläufige Veränderung des Eigenkapitals, die auf den alten Anteil von 23,5 % entfällt, beträgt 5,7 Mio. € und ist ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst.

Die Auswirkungen der Erstkonsolidierung der GSW auf die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns sind nicht wesentlich.

Quotenkonsolidierung der EnBW Klenk Holzenergie GmbH, Oberrot

Im zweiten Halbjahr 2007 beteiligte sich die EnBW durch die Leistung einer Einlage in Höhe von 20 Mio. € an der EnBW Klenk Holzenergie GmbH. Die Gesellschaft beschäftigt sich mit dem Bau und Betrieb von Biomasse-Heizkraftwerken. Die Klenk Holz AG sowie die EnBW sind zu je 50 % an dem Unternehmen beteiligt. Die Geschäftsführung der Gesellschaft erfolgt gemeinschaftlich und wird somit unter der Anwendung der Quotenkonsolidierung in den EnBW-Konzernabschluss einbezogen.

Die Auswirkungen der Erstkonsolidierung der EnBW Klenk Holzenergie GmbH auf die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns sind nicht wesentlich.

Pro-forma-Rechnung

Bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises würden sich Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des Vorjahres wie folgt darstellen (pro forma Vorjahr):

Angaben zur Bilanz Mio. €	31.12.2007	Pro forma 31.12.2006
Langfristige Vermögenswerte	21.543,4	21.771,2
Kurzfristige Vermögenswerte	6.867,5	6.200,9
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte nicht fortzuführender Aktivitäten	3,4	38,5
Langfristige Schulden	16.097,1	16.818,6
Kurzfristige Schulden	6.307,6	6.557,2
Schulden der nicht fortzuführenden Aktivitäten	7,9	103,0

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung Mio. €	2007	Pro forma 2006
Umsatzerlöse	14.712,2	13.282,7
Bestandsveränderung	1,5	9,7
Andere aktivierte Eigenleistungen	51,9	42,9
Sonstige betriebliche Erträge	987,9	856,2
Materialaufwand	-10.943,9	-9.329,7
Personalaufwand	-1.476,2	-1.425,5
Abschreibungen	-777,2	-853,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-997,0	-1.101,2
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	**1.559,2**	**1.481,4**
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	158,9	168,4
Übriges Beteiligungsergebnis	113,3	49,7
Finanzerträge	397,9	374,8
Finanzaufwendungen	-856,4	-853,2
Ergebnis vor Ertragsteuern	**1.372,9**	**1.221,1**
Ertragsteuern	43,2	-87,7
Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten	**1.416,1**	**1.133,4**
Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten	97,9	11,9
Konzernüberschuss	**1.514,0**	**1.145,3**
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter	(149,9)	(119,4)
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	(1.364,1)	(1.025,9)

Gemeinschaftsunternehmen

Der Anteil der Gemeinschaftsunternehmen an der Konzernbilanz sowie an der Gewinn- und Verlustrechnung gliedert sich wie folgt:

Bilanz Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Langfristige Vermögenswerte	303,5	399,5
Kurzfristige Vermögenswerte	116,8	166,2
Langfristige Schulden	79,2	155,3
Kurzfristige Schulden	59,6	153,6

Gewinn- und Verlustrechnung Mio. €	2007	2006
Umsatzerlöse	284,4	356,4
Materialaufwand	-187,9	-247,6
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	46,7	56,3
Finanzergebnis	7,8	0,6
Ergebnis vor Ertragsteuern	54,5	56,9
Ertragsteuern	-7,4	-14,3
Ergebnis nach Ertragsteuern	47,1	42,6

Konsolidierungsgrundsätze

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse der in- und ausländischen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen wurden einheitlich nach den bei der EnBW geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Erwerbsmethode durch Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem anteiligen, neu bewerteten Eigenkapital der Tochterunternehmen zum Zeitpunkt ihres Erwerbs. Dabei werden Vermögenswerte und Schulden mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Danach noch verbleibende positive Unterschiedsbeträge werden als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Negative Unterschiedsbeträge werden nach nochmaliger Überprüfung ihrer Berechnung sofort ertragswirksam erfasst.

Forderungen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen zwischen konsolidierten Unternehmen werden aufgerechnet. Konzerninterne Erträge werden mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet. Zwischenergebnisse wurden eliminiert, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Steuerabgrenzungen werden vorgenommen.

Die Konsolidierung der Gemeinschaftsunternehmen erfolgt nach den gleichen Grundsätzen wie bei den Tochterunternehmen.

Die gleichen Bilanzierungsgrundsätze gelten auch für die nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen. Ein bilanzierter Geschäfts- oder Firmenwert wird im Beteiligungsansatz ausgewiesen. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert werden im Beteiligungsergebnis ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden im Beteiligungsergebnis ertragswirksam erfasst.

Währungsumrechnung

In den Einzelabschlüssen rechnen die Gesellschaften die Transaktionen in fremder Währung mit dem Wechselkurs zum Zeitpunkt des Zugangs um. Nicht monetäre Posten werden zum Bilanzstichtag mit dem Kurs bewertet, der zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes galt. Monetäre Posten werden mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus monetären Posten werden ergebniswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Berichtswährung der EnBW ist der Euro (€). Die Jahresabschlüsse der Konzerngesellschaften werden in Euro umgerechnet. Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß IAS 21 (Auswirkungen von Wechselkursveränderungen) nach der Methode der funktionalen Währung. Gemäß dieser Methode werden bei den Gesellschaften, die nicht in Euro berichten, die Vermögenswerte und Schulden mit dem Mittelkurs zum Bilanzstichtag, die Aufwendungen und Erträge mit dem Jahresdurchschnittskurs umgerechnet. Bei den entsprechenden Gesellschaften handelt es sich um wirtschaftlich selbstständige ausländische Teileinheiten. Unterschiedsbeträge aus der Währungsumrechnung der Vermögenswerte und Schulden gegenüber der Umrechnung des Vorjahres sowie Umrechnungsdifferenzen zwischen der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz werden erfolgsneutral im Eigenkapital innerhalb der kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen erfasst. Bei den ausländischen Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, wird entsprechend vorgegangen.

Die Gesellschaften des EnBW-Konzerns entfalten ihre Geschäftstätigkeit im Wesentlichen im Euro-Raum.

Für die Währungsumrechnung wurden unter anderem folgende Wechselkurse zugrunde gelegt:

	Stichtagskurs		Durchschnittskurs	
1 €	2007	2006	2007	2006
Schweizer Franken	1,65	1,61	1,64	1,57
Pfund Sterling	0,73	0,67	0,68	0,68
US-Dollar	1,47	1,32	1,37	1,26
Ungarische Forint	253,73	251,77	251,31	264,13
Tschechische Kronen	26,63	27,49	27,76	28,34

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit den fortgeführten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bilanziert und mit Ausnahme des Geschäfts- oder Firmenwerts linear entsprechend ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer der immateriellen Vermögenswerte – ohne Geschäfts- oder Firmenwerte – beträgt 3 bis 20 Jahre.

Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung werden entsprechend den Regelungen des IFRS 3 (Unternehmenszusammenschlüsse) nicht planmäßig abgeschrieben, sondern mindestens einmal jährlich oder dann auf Wertminderung getestet, wenn Anhaltspunkte darauf hindeuten, dass der erzielbare Betrag geringer als der Buchwert sein könnte.

Sachanlagen

Abnutzbare Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bewertet und linear abgeschrieben. Fremdkapitalkosten werden nicht als Teil der Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten aktiviert. Die Abschreibung im Zugangsjahr erfolgt zeitanteilig.

Wartungs- und Reparaturkosten werden als Aufwand erfasst. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen, die zu einem künftigen Nutzenzufluss eines Vermögenswerts führen, werden aktiviert.

Investitionszulagen oder -zuschüsse mindern die Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten der entsprechenden Vermögenswerte nicht. Sie werden entsprechend IAS 20 unter den Zuschüssen ausgewiesen.

Unter den nuklearen Erzeugungsanlagen wird auch der um Abschreibungen verminderte Barwert der zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme geschätzten Kosten für die Stilllegung und den Abbau der kontaminierten Anlagen ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen für unsere wesentlichen Sachanlagen werden nach folgenden konzerneinheitlichen Nutzungsdauern bemessen:

	Jahre
Gebäude	25 – 50
Kraftwerke	15 – 50
Stromverteilungsanlagen	25 – 45
Gasverteilungsanlagen	15 – 55
Wasserverteilungsanlagen	20 – 40
Andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 – 14

Leasingverhältnisse

Im Wege eines Finanzierungsleasings genutzte Sachanlagen, bei denen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken auf den EnBW-Konzern übertragen werden, werden zu Beginn des Leasingvertrags zu Marktwerten bilanziert. Ist der Barwert der Leasingraten geringer als der Marktwert, wird dieser angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen planmäßig über die wirtschaftliche Nutzungsdauer.

Bei Operating-Leasingverhältnissen werden die Leasingraten beziehungsweise Mietzahlungen direkt als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Finanzierungsleasingverhältnisse, bei denen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übergehen, bilanzieren wir als Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts.

Investment Properties

Investment Properties, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, umfassen Grundstücke und Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten und von der EnBW nicht selbst genutzt werden. Abnutzbare Investment Properties werden zu fortgeführten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bewertet und nach der linearen Methode über eine Laufzeit von 25 bis 50 Jahren planmäßig abgeschrieben. Der Marktwert wird nach international anerkannten Methoden, zum Beispiel nach der Discounted-Cashflow-Methode oder durch Ableitung aus aktuellen Marktpreisen, ermittelt und ist im Anhang angegeben.

Wertminderungen
Zu jedem Bilanzstichtag werden die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen und die Investment Properties auf Werthaltigkeit überprüft. Bei Hinweisen auf eine mögliche Wertminderung wird im Rahmen des Wertminderungstests der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswerts ermittelt. Dieser entspricht dem höheren der Beträge aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert.

Der beizulegende Zeitwert wird auf Grundlage eines Unternehmensbewertungsmodells ermittelt und spiegelt als bestmögliche Schätzung den Betrag wider, zu dem ein unabhängiger Dritter den betreffenden Vermögenswert erwerben würde. Der Nutzungswert entspricht dem Barwert der künftigen Cashflows, die voraussichtlich aus einem Vermögenswert oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit (kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten) erzielt werden können.

Sofern kein erzielbarer Betrag für einen einzelnen Vermögenswert ermittelt werden kann, wird der erzielbare Betrag für die zahlungsmittelgenerierende Einheit bestimmt, zu der der betreffende Vermögenswert zugeordnet werden kann.

Aus Unternehmenserwerben resultierende Geschäfts- oder Firmenwerte werden den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet, die erwartungsgemäß aus den Synergien des Unternehmenszusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Der erzielbare Betrag dieser zahlungsmittelgenerierenden Einheit beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten wird mindestens einmal jährlich auf Werthaltigkeit überprüft. Eine zusätzliche Überprüfung findet statt, wenn zu anderen Zeitpunkten Hinweise auf eine mögliche Wertminderung vorliegen. Für weitere Einzelheiten verweisen wir auf die Ausführungen unter Anhangsangabe (10) Immaterielle Vermögenswerte.

Ist der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts niedriger als der Buchwert, erfolgt eine sofortige ergebniswirksame Wertberichtigung des Vermögenswerts. Im Fall von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, denen ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde, wird zunächst der zugeordnete Geschäfts- oder Firmenwert reduziert. Übersteigt der Wertberichtigungsbedarf den Buchwert des Geschäfts- oder Firmenwerts, wird der Differenzbetrag proportional auf die verbleibenden langfristigen Vermögenswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheit verteilt.

Entfällt zu einem späteren Zeitpunkt der Grund für eine früher vorgenommene Wertminderung, erfolgt eine ergebniswirksame Zuschreibung. Die Wertobergrenze bildet hierbei der Buchwert, der sich ohne Wertberichtigung in der Vergangenheit ergeben hätte (fortgeführte Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten). Zuschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sind nicht zulässig und werden daher nicht vorgenommen.

At equity bewertete Unternehmen
Die nach der Equity-Methode bilanzierten Anteile an assoziierten Unternehmen werden zunächst mit den Anschaffungskosten und in den Folgeperioden entsprechend dem fortgeschriebenen anteiligen Nettovermögen angesetzt. Die Buchwerte werden jährlich um die anteiligen Ergebnisse, ausgeschütteten Dividenden und sonstigen Eigenkapitalveränderungen erhöht oder vermindert. Ein bilanzierter Geschäfts- oder Firmenwert wird im Beteiligungsansatz ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, an nicht nach der Equity-Methode bilanzierten assoziierten Unternehmen und an übrigen Beteiligungen sowie Teile der Wertpapiere des Anlagevermögens sind der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar" zugeordnet. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, sofern dieser verlässlich ermittelt werden kann. Unrealisierte Gewinne und Verluste werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Sofern am Bilanzstichtag eine dauerhafte oder signifikante Wertminderung vorliegt, werden Anpassungen an den negativen Marktwert ergebniswirksam erfasst. Bei Veräußerung wird der bisher im Eigenkapital erfolgsneutral erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust ergebniswirksam ausgewiesen. Wertminderungen werden über ein Wertberichtigungskonto abgebildet.

Wertpapiere, die der Kategorie „bis zur Endfälligkeit gehalten" zugeordnet sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Ausleihungen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Marktüblich verzinste Ausleihungen werden mit dem Nominalwert bilanziert, gering oder unverzinsliche Ausleihungen mit dem Barwert.

Die unter den kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten ausgewiesenen und zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapiere werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert. Änderungen des Marktwerts werden sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Von der Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten (Fair Value Option), macht die EnBW keinen Gebrauch.

Der beizulegende Zeitwert der öffentlich gehandelten Wertpapiere und sonstigen Finanzinvestitionen basiert auf den zum Bilanzstichtag veröffentlichten Marktwerten.

Vorräte
Die Vorräte werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu Durchschnittswerten. Die Herstellungskosten enthalten gemäß IAS 2 die direkt zurechenbaren Einzelkosten und angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich Abschreibungen. Die Herstellungskosten werden auf Basis der Normalbeschäftigung ermittelt. Fremdkapitalkosten werden nicht als Teil der Herstellungskosten aktiviert. Risiken aus einer geminderten Verwertbarkeit wird durch angemessene Abschläge Rechnung getragen. Soweit erforderlich wird der im Vergleich zum Buchwert niedrigere realisierbare Nettoveräußerungswert angesetzt. Wertaufholungen bei früher abgewerteten Vorräten werden als Minderung des Materialaufwands erfasst.

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Kernbrennelemente werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die Abschreibungen werden nach Maßgabe des Verbrauchs ermittelt.

Emissionsrechte
Unentgeltlich erworbene Emissionsrechte des laufenden Geschäftsjahres werden mit dem Nominalwert, die zur Deckung des erwarteten Verbrauchs entgeltlich erworbenen Emissionsrechte mit den Anschaffungskosten unter den Vorräten bilanziert. Zu Handelszwecken erworbene Emissionsrechte werden dagegen erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert unter den sonstigen Vermögenswerten bilanziert, wobei die Zeitwertschwankungen unmittelbar ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden.

Forderungen

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen werden mit den Anschaffungskosten nach Abzug erforderlicher Wertberichtigungen bilanziert, die sich am tatsächlichen Ausfallrisiko orientieren. Unter- oder nicht verzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert angesetzt. Wertberichtigungen werden teilweise unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos vorgenommen. Die Entscheidung, ob die Wertberichtigung über ein Wertberichtigungskonto erfolgt oder direkt den Buchwert mindert, hängt von der Wahrscheinlichkeit des erwarteten Forderungsausfalls ab.

Eigene Anteile

Erwirbt der Konzern eigene Anteile, so werden diese vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, Verkauf, die Ausgabe oder Einziehung von eigenen Anteilen werden nicht erfolgswirksam erfasst.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden entsprechend IAS 19 nach der Projected-Unit-Credit-Methode berechnet. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die außerhalb einer Bandbreite von 10 % des Verpflichtungsumfangs liegen, werden auf die durchschnittliche Restlebensarbeitszeit verteilt. Die Rückstellung wird in Höhe des Vermögens der zur Deckung der Pensionsverpflichtung gebildeten Fonds gekürzt. Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand ausgewiesen, der Zinsanteil der Rückstellungszuführung hingegen im Finanzergebnis.

Im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung werden leistungsorientierte Zusagen über einen Multi-Employer-Plan gewährt. Die Beitragszahlungen an die Zusatzversorgungskasse werden in der Gewinn- und Verlustrechung im Personalaufwand ausgewiesen.

Latente Steuern

Latente Steuern wurden gemäß dem Temporary Concept (IAS 12) auf sämtliche zeitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede zwischen Steuerbilanz und IFRS-Bilanz der Einzelgesellschaften gebildet. Latente Steuern aus Konsolidierungsvorgängen werden gesondert angesetzt. Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden bilanziert, sofern deren Realisierung mit ausreichender Sicherheit gewährleistet ist. Die latenten Steuern werden auf Basis der Steuersätze ermittelt, die in den jeweiligen Ländern zum Zeitpunkt der Realisierung gelten oder erwartet werden. Für inländische Konzerngesellschaften wurde ein Steuersatz von 29,0 % angewandt. Steueransprüche und Steuerschulden werden saldiert, sofern die Voraussetzungen hierfür bestehen.

Sonstige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen berücksichtigen sämtliche am Bilanzstichtag erkennbaren rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gegenüber einer anderen Partei aufgrund von Ereignissen der Vergangenheit, die der Höhe und/oder dem Eintrittszeitpunkt nach unsicher sind. Die Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Bewertung erfolgt mit dem Erwartungswert beziehungsweise mit dem Betrag, der über die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit verfügt.

Die langfristigen Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag angesetzt. Davon ausgenommen sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Für diese gelten gemäß IAS 19 besondere Regelungen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen werden zum niedrigeren Wert aus beizulegendem Zeitwert und Barwert der Mindestleasingraten zum Zeitpunkt der Aktivierung des Leasinggegenstands bewertet.

Die als Schulden passivierten Baukostenzuschüsse werden entsprechend der Nutzung der Sachanlagen ergebniswirksam unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst. Der Auflösungszeitraum bei den Baukostenzuschüssen beträgt in der Regel 40 bis 45 Jahre. Investitionszuschüsse und -zulagen werden entsprechend dem Abschreibungsverlauf der zugehörigen Anlagegüter aufgelöst. Die Auflösung wird offen mit den Abschreibungen verrechnet.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten
Als zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte nicht fortzuführender Aktivitäten werden einzelne langfristige Vermögenswerte, Gruppen von Vermögenswerten oder Unternehmensbereiche ausgewiesen, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können, deren Veräußerung sehr wahrscheinlich ist und die insgesamt die in IFRS 5 definierten Kriterien erfüllen. Unter der Position „Schulden der nicht fortzuführenden Aktivitäten" werden Schulden ausgewiesen, die Bestandteile einer nicht fortzuführenden Aktivität darstellen.

Vermögenswerte, die erstmalig als „zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte" klassifiziert werden, dürfen nicht mehr planmäßig abgeschrieben werden, sondern sind mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen.

Gewinne oder Verluste aus der Bewertung einzelner zur Veräußerung gehaltener Vermögenswerte und von Gruppen von Vermögenswerten werden bis zu ihrer endgültigen Veräußerung im Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten ausgewiesen.

Aufwendungen und Erträge aus der Geschäftstätigkeit nicht fortzuführender Aktivitäten werden ebenso wie Gewinne und Verluste aus deren Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten als Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus der Veräußerung der nicht fortzuführenden Aktivitäten sind ebenfalls unter dieser Position auszuweisen.

Derivate
Derivate nach IAS 39 werden zum beizulegenden Zeitwert (Marktwert) bewertet. Ihr Ausweis erfolgt unter den sonstigen Vermögenswerten und übrigen Verbindlichkeiten und Zuschüssen. Die Marktwerte werden aus Börsenkursen oder anhand anerkannter Bewertungsmethoden abgeleitet.

Handelt es sich um Verträge, die zum Zweck des Empfangs oder der Lieferung von nicht finanziellen Posten gemäß des erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarfs abgeschlossen wurden und weiterhin diesem Zweck dienen (Own Use), werden diese nicht als Derivate nach IAS 39, sondern als schwebende Geschäfte gemäß IAS 37 bilanziert.

Derivate sind der Kategorie „zu Handelszwecken gehalten" zugeordnet, sofern kein Hedge Accounting angewendet wird. Änderungen des Marktwerts werden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Bei Derivaten, die in einem Sicherungszusammenhang stehen, bestimmt sich die Bilanzierung von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts nach Art des Sicherungsgeschäfts.

Bei Marktwertveränderungen von Cashflow Hedges, die zum Ausgleich künftiger Cashflow-Risiken aus bereits bestehenden Grundgeschäften oder mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden geplanten Transaktionen eingesetzt werden, werden die unrealisierten Gewinne und Verluste in Höhe des eingedeckten Grundgeschäfts zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital (kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen) ausgewiesen. Eine Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt zeitgleich mit der Ergebniswirkung des abgesicherten Grundgeschäfts.

Bei einem Fair Value Hedge, der zur Absicherung von beizulegenden Zeitwerten von bilanzierten Vermögenswerten oder Schulden eingesetzt wird, werden die Ergebnisse aus der Marktbewertung von Derivaten und der dazugehörigen Grundgeschäfte ergebniswirksam gebucht.

Fremdwährungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung werden durch Hedges einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb abgesichert. Unrealisierte Wechselkursdifferenzen werden zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst und zum Zeitpunkt der Veräußerung des ausländischen Geschäftsbetriebs erfolgswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Eventualverbindlichkeiten

Bei Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um mögliche Verpflichtungen gegenüber Dritten oder um gegenwärtige Verpflichtungen, bei denen ein Ressourcenabfluss unwahrscheinlich ist oder deren Höhe nicht verlässlich bestimmt werden kann. Eventualverbindlichkeiten werden grundsätzlich nicht bilanziert.

Wesentliche Ermessensentscheidungen und Schätzungen

Aus **Ermessensausübungen** bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ergeben sich keine erheblichen Auswirkungen auf die Wertansätze der im Abschluss ausgewiesenen Vermögenswerte und Schulden.

Zur Bestimmung der Buchwerte gewisser Vermögenswerte und Schulden ist eine Schätzung unbestimmter künftiger Ereignisse zum Bilanzstichtag erforderlich. Die Schätzungen beruhen auf Annahmen und Prognosen und sind damit Risiken und Ungewissheiten unterworfen. Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie sonstige am Stichtag bestehende Quellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein beträchtliches Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein wird, werden im Folgenden erläutert.

Geschäfts- oder Firmenwerte: Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte wird jährlich im Rahmen eines Impairment-Tests geprüft. Im Zuge dieses Tests müssen vor allem in Bezug auf künftige Zahlungsmittelüberschüsse Schätzungen vorgenommen werden. Eine Änderung der gesamtwirtschaftlichen, der Branchen- oder der Unternehmenssituation in der Zukunft kann zu einer Reduzierung der Zahlungsmittelüberschüsse und zu einer außerplanmäßigen Abschreibung der Geschäfts- oder Firmenwerte führen.

Sachanlagen: Technischer Fortschritt, eine Verschlechterung der Marktsituation oder Schäden können zu einer außerplanmäßigen Abschreibung der Sachanlagen führen.

Pensionsrückstellungen: Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen kommt es durch die Wahl der Prämissen wie Rechnungszins oder Trendannahmen, durch den Ansatz biometrischer Wahrscheinlichkeiten mit den Heubeck-Richttafeln 2005 G sowie durch anerkannte Näherungsverfahren bei der Ermittlung der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung gegebenenfalls zu Abweichungen im Vergleich zu den tatsächlichen im Zeitablauf entstehenden Verpflichtungen.

Kernenergierückstellungen: Die Rückstellungen für Stilllegung und Entsorgung im Kernenergiebereich basieren auf externen Gutachten, die jährlich aktualisiert werden. Diesen Gutachten liegen Kostenschätzungen der Erfüllungsbeträge für die jeweilige Verpflichtung zugrunde. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere aus Änderungen des Verpflichtungsumfangs und Abweichungen von den angenommenen Kostenentwicklungen sowie bei Änderungen der Zahlungszeitpunkte. Weiterhin kann eine Änderung des Diskontierungszinses zu einer Anpassung der Kernenergierückstellungen führen.

Drohverlustrückstellungen: Drohverlustrückstellungen werden in der Regel für nachteilige Bezugs- und Absatzverträge gebildet. Eine künftige Änderung der Marktpreise auf der Bezugs- oder Absatzseite kann zu einer Anpassung der Drohverlustrückstellungen führen.

Bilanzierung von Erwerben: Im Rahmen eines Anteilserwerbs werden sämtliche identifizierten Vermögenswerte und Schulden sowie Eventualverbindlichkeiten für Zwecke der Erstkonsolidierung zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbsstichtag angesetzt. Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte dieser Vermögenswerte und Schulden zum Erwerbsstichtag werden Schätzungen herangezogen. Die Bewertung von Grundstücken, Gebäuden sowie von Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt in der Regel durch unabhängige Gutachter. Der Ansatz börsengehandelter Wertpapiere erfolgt zum Börsenpreis. Die Bewertung immaterieller Vermögenswerte richtet sich zum einen nach der Art des immateriellen Vermögenswerts und zum anderen nach der Komplexität der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts. Der beizulegende Zeitwert wird demnach auf Basis eines unabhängigen Gutachtens eines externen Bewertungsgutachters bestimmt.

Ertragsteuern: Für die Bildung von Steuerrückstellungen sowie bei der Beurteilung der Werthaltigkeit von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge sind gleichermaßen Schätzungen vorzunehmen. Bei der Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern bestehen Unsicherheiten in Bezug auf die Auslegung komplexer Steuervorschriften und die Höhe sowie den Zeitpunkt künftiger zu versteuernder Einkünfte.

Equity-Bewertung: Bei einigen Gesellschaften lagen uns keine IFRS-Abschlüsse vor. Aus diesem Grund wurde die Equity-Bewertung auf Grundlage einer Schätzung der HGB-IFRS-Unterschiede durchgeführt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz

(1) Umsatzerlöse

Umsatzerlöse werden erfasst, wenn der Risikoübergang auf den Kunden erfolgt ist. Die von den Gesellschaften gezahlte Strom- und Erdgassteuer wird offen von den Umsatzerlösen abgesetzt.

Aufwendungen und Erträge aus Energiehandelsgeschäften werden netto ausgewiesen. Der Nettoausweis führt zu einer Saldierung von Umsatzerlösen und Materialaufwand aus Energiehandelsgeschäften. Für das Geschäftsjahr 2007 betrugen die netto ausgewiesenen Energiehandelsumsätze 2.247,9 Mio. € (Vorjahr, angepasst: 2.636,5 Mio. €).

Die Segmentberichterstattung enthält eine Gliederung der Umsätze nach Geschäftsfeldern.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

Mio. €[1]	2007	2006
Pacht- und Mieterträge	31,5	40,8
Erträge aus der Auflösung und Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	13,1	13,7
Anlagenabgänge	18,8	28,5
Währungskursgewinne	15,1	7,7
Auflösung Rückstellungen	293,4	273,8
Auflösung Baukostenzuschüsse	88,1	84,5
Erträge aus Derivaten	213,7	62,9
Übrige	314,2	324,6
Gesamt	**987,9**	**836,5**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

In den Anlagenabgängen sind Erträge aus dem Abgang von zur Veräußerung gehaltenen Immobilien in Höhe von 5,7 Mio. € (Vorjahr: 6,7 Mio. €) enthalten.

Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten außerordentliche Erträge in Höhe von 21,1 Mio. € (Vorjahr: 32,2 Mio. €).

Die Zuschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties betrugen im Berichtsjahr 7,7 Mio. € (Vorjahr: 8,4 Mio. €).

(3) Materialaufwand

Mio. €[1]	2007	2006
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.759,5	6.990,2
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.184,4	2.055,1
Gesamt	**10.943,9**	**9.045,3**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren umfassen insbesondere die Gas- und Strombezugskosten, die erforderlichen Zuführungen – mit Ausnahme der Aufzinsung – zu Rückstellungen für die Stilllegung der Kernkraftwerke, die Kosten für die Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle sowie den Verbrauch an Kernbrennelementen und Kernbrennstoffen sowie an Brennstoffen konventioneller Kraftwerke.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen enthalten überwiegend Aufwendungen für Netznutzung, Fremdleistungen für Betrieb und Instandhaltung der Anlagen sowie Aufwendungen für Abfallbeseitigung und Lohnfertigung. Des Weiteren sind hier die sonstigen direkt der Leistungserstellung zurechenbaren Aufwendungen ausgewiesen.

(4) Personalaufwand

Mio. €[1]	2007	2006
Vergütungen	1.125,9	989,4
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	350,3	378,3
davon für Altersversorgung	(157,5)	(189,2)
Gesamt	**1.476,2**	**1.367,7**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Mitarbeiter der fortzuführenden Aktivitäten im Jahresdurchschnitt[1]	2007	2006
Strom	11.592	11.494
Gas	881	796
Energie- und Umweltdienstleistungen	7.149	6.123
Sonstige Aktivitäten/Holding	555	527
Mitarbeiter der fortzuführenden Aktivitäten	**20.177**	**18.940**
Auszubildende im Konzern	1.225	1.205

[1] Angepasst an die Geschäftsfeldstruktur zum 31.12.2007.

Die Aufwendungen für Altersversorgung aus der Zuführung zur Pensionsverpflichtung betragen 72,2 Mio. € (Vorjahr: 75,5 Mio. €). Die übrigen Aufwendungen für Altersversorgung beinhalten im Wesentlichen sonstige rückstellungsfähige Sozialleistungen sowie Beiträge an den Pensionssicherungsverein.

In der Gesamtzahl sind die Mitarbeiter der quotal einbezogenen Unternehmen mit 678 Mitarbeitern (Vorjahr: 723) entsprechend ihrem EnBW-Anteil erfasst. Die Anzahl der Mitarbeiter der nicht fortzuführenden Aktivitäten betrug 2007 im Jahresdurchschnitt 322 (Vorjahr: 1.319).

(5) Abschreibungen

Mio. €[1]	2007	2006
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	92,0	80,4
Abschreibungen auf Sachanlagevermögen	689,1	741,8
Abschreibungen auf Investment Properties	2,0	7,1
Auflösung der Investitionskostenzuschüsse	-5,9	-6,7
Gesamt	**777,2**	**822,6**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Im Berichtsjahr wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung vorgenommen (Vorjahr: 0,0 Mio. €). Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagevermögen und Investment Properties betragen 11,9 Mio. € (Vorjahr: 96,3 Mio. €). Die außerplanmäßigen Abschreibungen des Vorjahres waren hauptsächlich durch die technischen Probleme und die damit verbundene Stilllegung der mechanisch-biologischen Abfallentsorgungsanlagen verursacht.

(6) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Mio. €[1]	2007	2006
Mieten, Pachten, Leasing	73,0	69,8
Aufwand aus Einzelwertberichtigungen zu Forderungen	40,5	37,6
Anlagenabgänge	27,7	21,6
Währungskursverluste	27,1	13,4
Sonstige Personalkosten	85,7	51,1
Werbeaufwand	137,8	131,4
Verwaltungs- und Vertriebskosten	136,7	119,5
Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten	134,7	99,2
Aufwand aus Derivaten	26,7	100,9
Versicherungen	40,3	38,8
Abgaben	8,1	8,3
Sonstige Steuern	15,3	8,6
Übrige	243,4	360,9
Gesamt	**997,0**	**1.061,1**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 17,8 Mio. € (Vorjahr: 115,8 Mio. €).

(7) Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen und übriges Beteiligungsergebnis

Mio. €[1]	2007	2006
Erträge at equity bewerteter Unternehmen	158,9	146,7
Auflösung negativer Unterschiedsbetrag at equity bewerteter Unternehmen	0,0	14,8
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	**158,9**	**161,5**
Erträge aus Beteiligungen	48,5	49,5
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	(3,9)	(2,8)
Abschreibungen auf Beteiligungen	-8,6	-23,5
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	(0,0)	(-4,7)
Ergebnis aus dem Verkauf von Beteiligungen	17,3	23,8
Sonstiges	56,1	-0,2
Übriges Beteiligungsergebnis	**113,3**	**49,6**
Beteiligungsergebnis	**272,2**	**211,1**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Im Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen sind im Geschäftsjahr 2007 keine (Vorjahr: 12,0 Mio. €) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für den potenziellen Erwerb assoziierter Unternehmen enthalten. Die Abschreibungen enthalten außerplanmäßige Abschreibungen auf sonstige Beteiligungen in Höhe von 8,6 Mio. € (Vorjahr: 18,8 Mio. €) und außerplanmäßige Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 4,7 Mio. €). Das sonstige Beteiligungsergebnis enthält unter anderem Erträge aus der Auflösung von Drohverlustrückstellungen aus Stillhalteverpflichtungen für den potenziellen Erwerb von Beteiligungen in Höhe von 54,3 Mio. € (Vorjahr: Zuführung in Höhe von 4,8 Mio. €).

(8) Finanzerträge und Finanzaufwendungen

Mio. €[1]	2007	2006
Zinsen und ähnliche Erträge	327,1	248,6
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	(0,4)	(0,0)
Andere Finanzerträge	70,8	126,2
Finanzerträge	**397,9**	**374,8**
Finanzierungszinsen	-276,9	-282,4
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-27,6	-69,9
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	(-0,3)	(-0,2)
Zinsanteil der Zuführungen zu den Rückstellungen	-466,1	-447,6
Personalrückstellungen	(-208,6)	(-200,7)
Kerntechnische Rückstellungen	(-246,2)	(-240,0)
Sonstige langfristige Rückstellungen	(-11,3)	(-6,9)
Andere Finanzaufwendungen	-85,8	-47,1
Finanzaufwendungen	**-856,4**	**-847,0**
Finanzergebnis	**-458,5**	**-472,2**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Zinsen und ähnliche Erträge enthalten Zinserträge aus verzinslichen Wertpapieren und Ausleihungen, Dividenden und sonstige Gewinnanteile.

Im Geschäftsjahr wurden Zinserträge in Höhe von 385,7 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) mit diesen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Zinsaufwendungen verrechnet.

Finanzierungszinsen, sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen enthalten insbesondere Aufwendungen für Bankzinsen und Anleihen in Höhe von 190,5 Mio. € (Vorjahr: 191,7 Mio. €), Zinsen auf Steuernachzahlungen von 1,9 Mio. € (Vorjahr: 28,1 Mio. €) sowie den Zinsanteil für die Kosten von Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 45,9 Mio. € (Vorjahr: 60,2 Mio. €), sonstige Finanzierungszinsen in Höhe von 40,5 Mio. € (Vorjahr: 31,2 Mio. €) sowie Zinsen auf Put-Optionen von Minderheitsgesellschaftern bereits vollkonsolidierter Unternehmen in Höhe von 22,5 Mio. € (Vorjahr: 20,6 Mio. €). Die Zinsanteile aus der Zuführung von Rückstellungen betreffen die jährliche Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen.

Die anderen Finanzerträge/Finanzaufwendungen beinhalten Zuschreibungen/Abschreibungen auf Wertpapiere, Auflösung von Drohverlustrückstellungen aus Stillhalteverpflichtungen und realisierte Kursgewinne/Kursverluste aus dem Verkauf von Wertpapieren.

(9) Ertragsteuern

Mio. €[1]	2007	2006
Tatsächliche Ertragsteuern	406,2	54,0
Latente Steuern	-449,4	21,4
Ertragsteuern (-Ertrag/+Aufwand)	**-43,2**	**75,4**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

In den tatsächlichen Ertragsteuern sind im Saldo Aufwendungen von 84,1 Mio. € enthalten (Vorjahr: Erträge 279,6 Mio. €), die vorangegangene Perioden betreffen. In den latenten Steuern sind im Saldo Erträge von 81,6 Mio. € enthalten (Vorjahr: 34,4 Mio. €), die vorangegangene Perioden betreffen. Der Saldo der Steuererträge resultiert im Wesentlichen aus der Anwendung des durch das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 reduzierten Steuersatzes zur Berechnung der latenten Steuern von 29,0 % (bisher 38,0 %).

Für die Berechnung der latenten Steuern wird ein Steuersatz von 29,0 % (Vorjahr: 38,0 %) angewandt. Dieser beinhaltet die Körperschaftsteuer, den Solidaritätszuschlag sowie die durchschnittliche Gewerbesteuer mit den ab 2008 geltenden Steuersätzen.

Der latente Steueraufwand wurde im Jahr 2007 durch den Ansatz bisher nicht genutzter steuerlicher Verlustvorträge um 35,3 Mio. € (Vorjahr: 24,5 Mio. €) gemindert und durch die Abwertung eines latenten Steueranspruchs um 12,0 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €) erhöht. Ferner wurde der latente Steueraufwand durch die Erhöhung von steuerlichen Verlustvorträgen um 186,8 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) reduziert.

Die Überleitung vom theoretischen Ertragsteueraufwand zum effektiven Ertragsteueraufwand stellt sich wie folgt dar:

Mio. €[1]	2007	%	2006	%
Ergebnis vor Ertragsteuern	**1.372,9**		**1.190,1**	
Theoretischer Steuersatz		38,0		38,0
Theoretischer Ertragsteueraufwand	**521,7**		**452,2**	
Steuereffekte durch				
Unterschiede ausländischer Steuersätze und Steuersatzabweichungen	-19,5	-1,4	5,9	0,5
Steuerfreie Erträge	-92,8	-6,8	-67,4	-5,7
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	29,3	2,1	48,9	4,1
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen und Kürzungen	12,9	0,9	9,7	0,8
Equity-Bewertung assoziierter Unternehmen	-54,9	-4,0	-43,0	-3,6
Veränderung nicht bewerteter Verlustvorträge	-22,9	-1,7	-15,2	-1,3
Steuerfreie Veräußerungen von Beteiligungen	-0,1	0,0	-9,0	-0,8
Periodenfremde Steuern	2,5	0,2	-314,0	-26,4
Einmaleffekt Steuersatzsenkung Unternehmenssteuerreform 2008	-412,0	-30,0	0,0	0,0
Sonstiges	-7,4	-0,4	7,3	0,6
Effektive Ertragsteuern (-Ertrag/+Aufwand)	**-43,2**		**75,4**	
Effektive Steuerquote		**-3,1**		**6,3**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

(10) Immaterielle Vermögenswerte

Mio. €[1]	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen u. ä. Rechte	Selbst erstellte immaterielle Wirtschafts-güter	Geschäfts- oder Firmen-werte	Sonstige	Summe
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					
Stand: 01.01.2007	1.491,1	47,6	606,1	17,3	2.162,1
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises[2]	15,5	0,0	57,5	0,0	73,0
Zugänge	25,1	7,3	0,0	12,5	44,9
Umbuchungen	-0,1	13,9	0,0	-12,7	1,1
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	-2,7	0,0	-8,9	0,0	-11,6
Währungsanpassungen	-10,2	0,0	-0,2	0,0	-10,4
Abgänge	-43,9	0,0	0,0	0,0	-43,9
Stand: 31.12.2007	1.474,8	68,8	654,5	17,1	2.215,2
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2007	474,9	12,0	14,0	0,0	500,9
Zugänge	83,5	8,5	0,0	0,0	92,0
Umbuchungen	-0,3	0,3	0,0	0,0	0,0
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	-2,3	0,0	0,0	0,0	-2,3
Währungsanpassungen	-0,9	0,0	0,0	0,0	-0,9
Abgänge	-10,9	0,0	0,0	0,0	-10,9
Stand: 31.12.2007	544,0	20,8	14,0	0,0	578,8
Buchwerte					
Stand: 31.12.2007	930,8	48,0	640,5	17,1	1.636,4
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					
Stand: 01.01.2006	1.213,7	43,2	475,0	12,5	1.744,4
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	286,4	0,0	143,6	0,3	430,3
Zugänge	19,9	1,2	0,0	13,2	34,3
Umbuchungen	10,2	3,2	0,0	-8,1	5,3
Währungsanpassungen	-9,4	0,0	0,0	0,0	-9,4
Abgänge	-29,7	0,0	-12,5	-0,6	-42,8
Stand: 31.12.2006	1.491,1	47,6	606,1	17,3	2.162,1
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2006	403,9	7,0	14,0	0,0	424,9
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	-0,3	0,0	0,0	0,0	-0,3
Zugänge	75,4	5,0	0,0	0,0	80,4
Zugänge der nicht fortzuführenden Aktivitäten	0,4	0,0	0,0	0,0	0,4
Währungsanpassungen	-0,7	0,0	0,0	0,0	-0,7
Abgänge	-3,8	0,0	0,0	0,0	-3,8
Stand: 31.12.2006	474,9	12,0	14,0	0,0	500,9
Buchwerte					
Stand: 31.12.2006	1.016,2	35,6	592,1	17,3	1.661,2

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Beinhaltet auch Anteilsaufstockungen.

Vom Buchwert der **immateriellen Vermögenswerte** entfallen 249,7 Mio. € (Vorjahr: 281,8 Mio. €) auf ein Strombezugsrecht, das als Finanzierungsleasing zu klassifizieren ist. Die Laufzeit des Vertrags endet im Jahr 2015. Außerdem sind im Buchwert der immateriellen Vermögenswerte Konzessionen zum Betreiben von Kraftwerken in Höhe von 311,2 Mio. € (Vorjahr: 328,9 Mio. €) und Kundenbeziehungen in Höhe von 159,6 Mio. € (Vorjahr: 162,3 Mio. €) enthalten.

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 32,4 Mio. € (Vorjahr: 20,6 Mio. €) für **Forschung & Entwicklung** aufgewendet. Die nach IFRS geforderten Aktivierungskriterien wurden nicht erfüllt.

Im Rahmen des Wertminderungstests wurden die Geschäfts- oder Firmenwerte den jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Im Jahr 2007 wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte vorgenommen.

Zum 31. Dezember 2007 betrug der gesamte Geschäfts- oder Firmenwert 640,5 Mio. €. Von diesem Betrag entfallen 85,1 % auf die in der folgenden Tabelle dargestellten zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten:

Zahlungsmittelgenerierende Einheit/Gruppe von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten	Buchwert des der zahlungsmittelgenerierenden Einheit/der Gruppe von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerts Mio. €
Stromverteilung/ Stromvertrieb	183,9
Gasverteilung/ Gasvertrieb	99,5
Teilkonzern Stadtwerke Düsseldorf AG	143,8
Teilkonzern Energiedienst Holding AG	117,8

Die den anderen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte betrugen jeweils weniger als 10 % des gesamten Geschäfts- oder Firmenwerts. Ihre Summe belief sich insgesamt auf 95,5 Mio. €.

Die Bestimmung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten erfolgt auf Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten. Der beizulegende Zeitwert wird anhand eines Unternehmensbewertungsmodells unter Zugrundelegung von Cashflow-Planungen ermittelt, die auf der vom Vorstand für einen Zeitraum von drei Jahren genehmigten und zum Zeitpunkt der Durchführung des Wertminderungstests gültigen Mittelfristplanung basieren. Die Planungen beruhen auf Erfahrungen der Vergangenheit sowie auf Einschätzungen über die künftige Marktentwicklung.

Die zur Diskontierung der Cashflows verwendeten Zinssätze werden auf Basis von Marktdaten ermittelt und betragen zwischen 5,1 % und 7,8 % nach Steuern (Vorjahr: 4,8 % bis 7,4 % nach Steuern).

Für die Extrapolation der Cashflows jenseits des Detailplanungszeitraums wird zur Berücksichtigung des erwarteten preis- und mengenbedingten Wachstums eine konstante Wachstumsrate von 1,5 % verwendet (Vorjahr: 1,5 %).

Die Wertänderung einer Put-Option eines Minderheitsgesellschafters eines bereits vollkonsolidierten Unternehmens wurde rückwirkend für das Geschäftsjahr 2006 mit dem dazugehörigen Firmenwert verrechnet. Die Verrechnung führte zu einem Rückgang des Firmenwerts um 41,2 Mio. €.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte entwickelten sich in den einzelnen Geschäftsfeldern wie folgt:

Mio €[1]	Strom	Gas	Energie- und Umweltdienstleistungen	Summe
Buchwerte Stand: 01.01.2007	441,1	91,6	59,4	592,1
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises[2]	15,5	41,7	0,3	57,5
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	0,0	0,0	-8,9	-8,9
Sonstige Veränderungen	-0,2	0,0	0,0	-0,2
Buchwerte Stand: 31.12.2007	456,4	133,3	50,8	640,5
Buchwerte Stand: 01.01.2006	383,6	61,9	15,5	461,0
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	65,9	33,8	43,9	143,6
Sonstige Veränderungen	-8,4	-4,1	0,0	-12,5
Buchwerte Stand: 31.12.2006	441,1	91,6	59,4	592,1

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Beinhaltet auch Anteilsaufstockungen.

(11) Sachanlagen

Mio. €	Grundstücke und Bauten	Kraftwerksanlagen	Verteilungsanlagen	Andere Anlagen	Anlagen im Bau	Summe
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten						
Stand: 01.01.2007	3.578,0	11.481,8	14.082,2	1.549,2	391,0	31.082,2
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	1,0	14,3	129,3	0,6	0,2	145,4
Zugänge	33,9	134,4	247,3	91,2	347,7	854,5
Umbuchungen	41,6	100,2	47,2	84,3	-253,7	-19,6
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	-88,2	0,0	0,0	-179,7	-1,9	-269,8
Währungsanpassungen	1,6	-8,9	3,0	-0,3	0,1	-4,5
Abgänge	-9,2	-119,3	-94,7	-39,2	-2,3	-264,7
Stand: 31.12.2007	3.558,7	11.602,5	14.414,3	1.506,1	481,1	31.562,7
Kumulierte Abschreibungen						
Stand: 01.01.2007	1.313,3	9.365,1	8.028,4	1.032,3	7,0	19.746,1
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	-0,1
Zugänge	58,3	236,1	304,3	90,4	0,0	689,1
Umbuchungen	14,4	-3,2	0,2	0,8	0,0	12,2
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	-30,5	0,0	0,0	-125,7	0,0	-156,2
Währungsanpassungen	0,0	-5,4	0,9	-0,2	0,0	-4,7
Abgänge	-3,7	-25,5	-72,3	-36,0	0,0	-137,5
Zuschreibungen	0,0	-2,4	0,0	0,0	0,0	-2,4
Stand: 31.12.2007	1.351,8	9.564,7	8.261,5	961,5	7,0	20.146,5
Buchwerte						
Stand: 31.12.2007	2.206,9	2.037,8	6.152,8	544,6	474,1	11.416,2

Mio. €	Grundstücke und Bauten	Kraftwerksanlagen	Verteilungsanlagen	Andere Anlagen	Anlagen im Bau	Summe
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten						
Stand: 01.01.2006	3.240,9	11.016,1	13.371,9	1.350,9	345,2	29.325,0
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	310,8	230,2	484,4	164,8	19,5	1.209,7
Zugänge	31,1	205,3	239,7	75,7	205,1	756,9
Umbuchungen	27,1	59,9	63,9	27,7	-163,6	15,0
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	-3,1	0,0	0,0	0,0	0,0	-3,1
Währungsanpassungen	3,7	-7,0	5,9	0,5	0,0	3,1
Abgänge	-32,5	-22,7	-83,6	-70,4	-15,2	-224,4
Stand: 31.12.2006	3.578,0	11.481,8	14.082,2	1.549,2	391,0	31.082,2
Kumulierte Abschreibungen						
Stand: 01.01.2006	1.229,0	9.176,5	7.793,0	959,0	7,3	19.164,8
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	-1,3	0,1	0,0	-5,6	-0,3	-7,1
Zugänge	97,4	224,2	292,4	127,8	0,0	741,8
Zugänge der nicht fortzuführenden Aktivitäten	2,8	0,0	0,0	11,8	0,0	14,6
Umbuchungen	1,4	-7,3	7,2	3,1	0,0	4,4
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	1,5	0,0	0,0	0,0	0,0	1,5
Währungsanpassungen	0,1	-4,7	2,0	0,2	0,0	-2,4
Abgänge	-14,4	-19,5	-66,2	-64,0	0,0	-164,1
Zuschreibungen	-3,2	-4,2	0,0	0,0	0,0	-7,4
Stand: 31.12.2006	1.313,3	9.365,1	8.028,4	1.032,3	7,0	19.746,1
Buchwerte						
Stand: 31.12.2006	2.264,7	2.116,7	6.053,8	516,9	384,0	11.336,1

Gegenstände des **Sachanlagevermögens** unterliegen im Umfang von 19,7 Mio. € (Vorjahr: 22,2 Mio. €) Verfügungsbeschränkungen in Form von Grundpfandrechten.

Die Grundstücke und Bauten umfassen unter anderem auch grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken. Bei den anderen Anlagen werden Abfallentsorgungsanlagen, die sonstigen technischen Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung mitberücksichtigt.

Vom Buchwert der Sachanlagen entfallen 11,0 Mio. € (Vorjahr: 168,0 Mio. €) auf Finanzierungsleasingverträge. Diese betreffen im Wesentlichen das Maschinengebäude des Rheinhafen-Dampfkraftwerks Karlsruhe. Die EnBW wird ihre Option, das Maschinengebäude 2015 bei Ende der Vertragslaufzeit zu erwerben, mit hoher Wahrscheinlichkeit ausüben.

Die Buchwerte der in den langfristigen Vermögenswerten aktivierten Finanzierungsleasingverträge sind nachfolgend zusammengefasst dargestellt:

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	249,7	281,8
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	11,0	26,2
Technische Anlagen und Maschinen	0,0	141,8
Gesamt	**260,7**	**449,8**

Die Konzerninvestitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen in Höhe von 816,1 Mio. € (Vorjahr: 630,1 Mio. €) lassen sich wie folgt aus dem Anlagespiegel ableiten:

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Zugänge zu den immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen laut Anlagespiegel	899,4	791,2
Zugänge zur aktivierten Rückstellung für Stilllegung und Abbau der nuklearen Erzeugungsanlagen	-83,3	-161,1
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen[1]	**816,1**	**630,1**

[1] Aus fortzuführenden Aktivitäten.

(12) Investment Properties

Mio. €	
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten	
Stand: 01.01.2007	200,4
Zugänge	0,6
Umbuchungen	-22,1
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	-26,5
Abgänge	-2,3
Stand: 31.12.2007	150,1
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2007	85,3
Zugänge	2,0
Umbuchungen	-11,9
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	-6,5
Abgänge	-1,2
Zuschreibungen	-5,3
Stand: 31.12.2007	62,4
Buchwert	
Stand: 31.12.2007	87,7
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten	
Stand: 01.01.2006	229,0
Zugänge	1,7
Umbuchungen	-20,4
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	-5,7
Abgänge	-4,2
Stand: 31.12.2006	200,4
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2006	90,8
Zugänge	7,1
Umbuchungen	-7,4
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	-2,6
Abgänge	-1,6
Zuschreibungen	-1,0
Stand: 31.12.2006	85,3
Buchwert	
Stand: 31.12.2006	115,1

Der Marktwert der Immobilien, die als **Investment Properties** zu klassifizieren sind, betrug zum Bilanzstichtag 96,3 Mio. € (Vorjahr: 128,2 Mio. €). Der Marktwert wurde entweder durch ein Discounted-Cashflow-Verfahren ermittelt oder aus aktuellen Marktpreisen abgeleitet. Die Bewertung erfolgte sowohl durch interne als auch durch externe Gutachter. Rund die Hälfte der Investment Properties wurde von externen Gutachtern bewertet. Die Mieterträge betrugen 10,7 Mio. € (Vorjahr: 14,1 Mio. €). Die direkt zurechenbaren betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 0,9 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €). Die betrieblichen Aufwendungen, denen keine Mieterträge gegenüberstehen, betrugen 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €).

Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Investment Properties betrugen 0,5 Mio. € (Vorjahr: 5,2 Mio. €). Es bestehen keine Verpflichtungen zum Erwerb von Investment Properties.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden durch den Verkauf von Investment Properties Veräußerungserlöse in Höhe von 21,8 Mio. € (Vorjahr: 4,5 Mio. €) erzielt.

(13) At equity bewertete Unternehmen

Mio. €[1]	
Anschaffungskosten	
Stand: 01.01.2007	1.765,4
Zu-/Abgänge aufgrund von Ergebnissen	158,9
Zu-/Abgänge aufgrund von direkt im Eigenkapital erfassten Beträgen	33,9
Umbuchungen	-7,5
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	-0,8
Währungsanpassungen	0,5
Abgänge aufgrund von Dividendenausschüttungen	-87,1
Stand: 31.12.2007	1.863,3
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2007	6,8
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0
Stand: 31.12.2007	6,8
Buchwert	
Stand: 31.12.2007	1.856,5
Anschaffungskosten	
Stand: 01.01.2006	1.807,0
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	-308,8
Zu-/Abgänge aufgrund von Ergebnissen	134,7
Erfolgswirksame Verrechnung negativer Unterschiedsbeträge	14,8
Zu-/Abgänge aufgrund von direkt im Eigenkapital erfassten Beträgen	72,1
Umbuchungen	27,9
Währungsanpassungen	-1,9
Abgänge aufgrund von Dividendenausschüttungen	-79,6
Sonstige Zu-/Abgänge	99,2
Stand: 31.12.2006	1.765,4
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2006	37,7
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	-30,9
Stand: 31.12.2006	6,8
Buchwert	
Stand: 31.12.2006	1.758,6

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Die innerhalb des Bilanzansatzes ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Equity-Konsolidierung betrugen 124,5 Mio. € (Vorjahr: 128,8 Mio. €).

Die folgenden Darstellungen zeigen die wesentlichen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz der at equity bewerteten Unternehmen:

Ergebnisdaten at equity bewerteter Unternehmen Mio. €[1]	2007	2006
Umsatzerlöse	6.653,5	6.552,8
Jahresüberschuss	477,9	460,4
Anpassung an EnBW-Anteil und Equity-Bewertung	-319,0	-298,9
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	158,9	161,5

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Bilanzdaten at equity bewerteter Unternehmen Mio. €[1]	31.12.2007	31.12.2006
Vermögenswerte	11.063,3	10.714,1
Schulden	5.898,7	5.840,1
Eigenkapital	5.164,6	4.874,0
Anpassung an EnBW-Anteil und Equity-Bewertung	-3.308,1	-3.115,4
Buchwert at equity bewerteter Unternehmen	1.856,5	1.758,6

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Unser Anteil an den Eventualverbindlichkeiten at equity bewerteter Unternehmen zum 31. Dezember 2007 beträgt 423,8 Mio. € (Vorjahr: 476,8 Mio. €).

Der beizulegende Zeitwert der Anteile, für die öffentliche Marktpreise existieren, liegt bei 1.571,4 Mio. € (Vorjahr: 1.571,9 Mio. €). Die entsprechenden Buchwerte dieser Anteile betragen 1.155,4 Mio. € (Vorjahr: 1.060,1 Mio. €).

Folgende at equity bewertete Unternehmen haben einen abweichenden Abschlussstichtag und werden mit ihren Jahresabschlusszahlen zum Stichtag 30. September 2007 einbezogen:

- Elektrizitätswerk Rheinau AG, Rheinau/Schweiz
- DIW Deutsche Industriewartung AG, Stuttgart
- EVN Energie-Versorgung Niederösterreich AG, Maria Enzersdorf/Österreich

(14) Übrige finanzielle Vermögenswerte

Bei den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen **Anteilen an verbundenen Unternehmen** handelt es sich um aus Wesentlichkeitsgründen nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen.

Bei den **langfristigen Wertpapieren** handelt es sich vor allem um festverzinsliche Wertpapiere sowie um börsennotierte Aktien. Ein Großteil der langfristigen Wertpapiere wird in Spezialfonds gehalten. Im Rahmen der Konsolidierung werden die einzelnen Wertpapiere der Spezialfonds in der Konzernbilanz gesondert nach der jeweiligen Anlageart ausgewiesen.

Die Ausleihungen bestehen aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 0,3 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €), Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 22,4 Mio. € (Vorjahr: 23,5 Mio. €) sowie aus sonstigen Ausleihungen in Höhe von 68,9 Mio. € (Vorjahr: 110,7 Mio. €).

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte werden auf einem gesonderten Wertberichtigungskonto erfasst und sind aus nachfolgendem Anlagenspiegel ersichtlich.

Mio. €[1]	Anteile an verbundenen Unternehmen	Sonstige Beteiligungen[2]	Langfristige Wertpapiere[3]	Ausleihungen	Summe
Anschaffungskosten					
Stand: 01.01.2007	64,1	774,7	5.229,7	187,9	6.256,4
Zugänge	6,5	168,5	2.919,3	9,1	3.103,4
Umbuchungen	0,3	6,9	-445,8	-26,8	-465,4
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	-2,1	-9,4	0,0	-0,1	-11,6
Währungsanpassungen	0,0	-1,2	-0,1	-1,3	-2,6
Abgänge	-5,2	-26,6	-2.871,5	-23,1	-2.926,4
Stand: 31.12.2007	63,6	912,9	4.831,6	145,7	5.953,8
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2007	15,3	139,2	16,8	53,4	224,7
Zugänge	0,0	8,6	0,0	0,9	9,5
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	-2,6	-7,2	0,0	0,0	-9,8
Währungsanpassungen	0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,1
Abgänge	-4,6	-0,2	0,0	-0,1	-4,9
Stand: 31.12.2007	8,1	140,4	16,8	54,1	219,4
Buchwerte					
Stand: 31.12.2007	55,5	772,5	4.814,8	91,6	5.734,4
Anschaffungskosten					
Stand: 01.01.2006	54,6	621,8	4.963,7	161,6	5.801,7
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	25,0	-456,9	49,0	-382,9
Zugänge	1,2	136,3	3.258,5	40,0	3.436,0
Umbuchungen	8,4	68,4	-51,0	-16,4	9,4
Währungsanpassungen	0,0	-0,9	0,0	-2,8	-3,7
Abgänge	-0,1	-75,9	-2.484,6	-43,5	-2.604,1
Stand: 31.12.2006	64,1	774,7	5.229,7	187,9	6.256,4
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2006	10,6	116,8	31,1	66,8	225,3
Zugänge	4,7	18,8	0,0	2,2	25,7
Umbuchungen	0,0	14,3	-14,3	0,0	0,0
Abgänge	0,0	-10,7	0,0	-4,5	-15,2
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,0	-11,1	-11,1
Stand: 31.12.2006	15,3	139,2	16,8	53,4	224,7
Buchwerte					
Stand: 31.12.2006	48,8	635,5	5.212,9	134,5	6.031,7

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Von den Zugängen stammen 67,5 Mio. € (Vorjahr: 68,5 Mio. €), von den Abgängen 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) aus der Marktbewertung.
[3] Von den Zugängen stammen 96,8 Mio. € (Vorjahr: 167,3 Mio. €), von den Abgängen 8,5 Mio. € (Vorjahr: 70,2 Mio. €) aus der Marktbewertung.

(15) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

			31.12.2007			31.12.2006
Mio. €	**Kurzfristig**	**Langfristig**	**Gesamt**	**Kurzfristig**	**Langfristig**	**Gesamt**
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.108,7	372,6	2.481,3	2.245,7	334,3	2.580,0
davon gegen verbundene Unternehmen	(11,3)	(14,2)	(25,5)	(9,1)	(14,2)	(23,3)
davon gegen Beteiligungen	(36,5)	(4,1)	(40,6)	(107,0)	(0,2)	(107,2)
davon gegen at equity bewertete Unternehmen	(9,3)	(0,0)	(9,3)	(1,0)	(0,1)	(1,1)

Bei den langfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen im Zusammenhang mit Stromlieferungen, deren Laufzeiten nicht dem gewöhnlichen Geschäftszyklus entsprechen.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entwickelten sich wie folgt:

Mio. €	**2007**	**2006**
Stand zum 01.01.	74,7	100,2
Verbrauch	-52,4	-40,2
Nettozuführungen	33,8	14,7
Stand zum 31.12.	56,1	74,7

Die in den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthaltenen Kreditrisiken stellen sich wie folgt dar:

Mio. €	**31.12.2007**	**31.12.2006**
Nicht überfällig und nicht wertgemindert	2.353,4	2.447,4
Überfällig und nicht wertgemindert		
≤ 3 Monate	65,4	60,7
> 3 Monate ≤ 6 Monate	7,8	8,4
> 6 Monate ≤ 1 Jahr	3,9	8,1
> 1 Jahr	6,0	20,4
Wertgemindert	44,8	35,0
Gesamt	**2.481,3**	**2.580,0**

Für die nicht wertgeminderten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen zum Bilanzstichtag keine Anzeichen eines Wertberichtigungsbedarfs vor.

(16) Ertragsteuererstattungsansprüche

Unter den kurz- und langfristigen Ertragsteuererstattungsansprüchen ist im Wesentlichen das Körperschaftsteuerguthaben aus der Umstellung auf das sogenannte Halbeinkünfteverfahren nach dem Steuersenkungsgesetz vom 23. Oktober 2000 durch die Neuregelung des Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) vom 7. Dezember 2006 ausgewiesen.

Ferner sind anrechenbare Kapitalertragsteuern und anrechenbare Zinsabschlagsteuern aus Vorjahren sowie des laufenden Jahres enthalten.

(17) Sonstige Vermögenswerte

			31.12.2007			31.12.2006
Mio. €	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Sonstige Steuererstattungsansprüche	33,7	0,0	33,7	25,1	0,0	25,1
Derivate	1.014,0	7,7	1.021,7	524,7	11,1	535,8
davon ohne Sicherungsbeziehung	(836,2)	(1,9)	(838,1)	(490,9)	(2,6)	(493,5)
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	(177,8)	(5,8)	(183,6)	(33,8)	(6,7)	(40,5)
davon in Sicherungsbeziehung Fair Value Hedge	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(1,8)	(1,8)
Forderungen aus Finanzierungsleasing	7,9	48,3	56,2	7,7	47,1	54,8
Geleistete Anzahlungen	253,6	33,8	287,4	216,1	29,2	245,3
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	18,3	71,0	89,3	31,9	59,7	91,6
Übrige Vermögenswerte	398,1	19,0	417,1	373,0	1,4	374,4
	1.725,6	**179,8**	**1.905,4**	**1.178,5**	**148,5**	**1.327,0**

Die **Forderungen aus Finanzierungsleasing** resultieren aus Verträgen zur Lieferung verschiedener Energiemedien wie zum Beispiel Strom, Wärme, Kälte und Druckluft, bei denen das wirtschaftliche Eigentum der geleasten technischen Anlagen und Maschinen dem Leasingnehmer zuzurechnen ist. Die Leasingverträge beinhalten Preisanpassungsklauseln sowie Mietverlängerungs- und Kaufpreisoptionen, die nur von den entsprechenden Vertragsunternehmen ausgeübt werden können. Den Verträgen liegen folgende Parameter und Fristigkeiten zugrunde:

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Summe der Leasingraten	69,3	77,8
Zinsanteil der ausstehenden Leasingraten	13,1	23,0
Barwert der ausstehenden Leasingraten	**56,2**	**54,8**

Der Nominalwert der ausstehenden Leasingraten hat folgende Fälligkeiten:

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Fälligkeit bis 1 Jahr	10,7	11,1
Fälligkeit 1 bis 5 Jahre	39,6	43,8
Fälligkeit über 5 Jahre	19,0	22,9
Gesamt	**69,3**	**77,8**

Der Barwert der noch ausstehenden Leasingraten verteilt sich wie folgt:

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Fälligkeit bis 1 Jahr	9,2	10,6
Fälligkeit 1 bis 5 Jahre	32,9	31,3
Fälligkeit über 5 Jahre	14,1	12,9
Gesamt	**56,2**	**54,8**

Für ausstehende Forderungen aus Finanzierungsleasing bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 0,4 Mio. € (Vorjahr: 7,3 Mio. €). Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 6,9 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) Forderungen auf Finanzierungsleasing zugeschrieben.

Die geleisteten Anzahlungen enthalten Anzahlungen für Strombezugsverträge in Höhe von 204,9 Mio. € (Vorjahr: 142,7 Mio. €). Von den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen 38,4 Mio. € (Vorjahr: 43,3 Mio. €) abgegrenzte Leasingraten.

Die Wertberichtigungen auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete sonstige Vermögenswerten entwickelten sich wie folgt:

Mio. €	2007	2006
Stand zum 01.01.	52,2	44,2
Verbrauch	-17,1	-1,2
Nettozuführungen	-6,4	9,2
Stand zum 31.12.	**28,7**	**52,2**

Die Kreditrisiken der in den sonstigen Vermögenswerten enthaltenen Finanzinstrumente stellen sich wie folgt dar:

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Nicht überfällig und nicht wertgemindert	1.489,8	927,9
Überfällig und nicht wertgemindert		
≤ 3 Monate	0,1	0,4
> 3 Monate ≤ 6 Monate	0,1	0,1
> 6 Monate ≤ 1 Jahr	0,1	0,1
> 1 Jahr	0,0	18,9
Wertgemindert	0,5	0,8
Gesamt	**1.490,6**	**948,2**

Für die nicht wertgeminderten sonstigen Vermögenswerte liegen zum Bilanzstichtag keine Anzeichen eines Wertberichtigungsbedarfs vor.

(18) Vorratsvermögen

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	289,4	246,1
Kernbrennelemente (inkl. darauf geleistete Anzahlungen)	380,6	285,0
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	29,5	31,0
Fertige Erzeugnisse und Waren	25,1	34,5
Geleistete Anzahlungen	8,1	15,7
Gesamt	**732,7**	**612,3**

Verfügungsbeschränkungen oder andere Belastungen liegen nicht vor. Wesentliche langfristige Fertigungsaufträge, die eine Bilanzierung als langfristige Auftragsfertigung erfordern würden, sind nicht gegeben.

Im Berichtsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf die Vorräte in Höhe von 4,6 Mio. € (Vorjahr: 9,2 Mio. €) vorgenommen.

(19) Finanzielle Vermögenswerte

Die kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte enthalten im Wesentlichen Genussscheine sowie festverzinsliche Wertpapiere. Die übrigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte betreffen im Wesentlichen ausgegebene Darlehen. Aufgrund der Bewertung zum Marktwert ergaben sich im Geschäftsjahr Zuschreibungen in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 3,3 Mio. €) sowie Abschreibungen in Höhe von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €).

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Genussscheine, Fonds und Aktien	515,3	204,8
Übrige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	212,3	69,2
Gesamt	**727,6**	**274,0**

Insgesamt wurden kurzfristige finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 119,9 Mio. € (Vorjahr: 133,2 Mio. €) als Sicherheiten gestellt. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sicherheiten für Börsengeschäfte, die sich entsprechend der Entwicklung des Handelsvolumens und der Marktpreisentwicklung verändern. Die gestellten Sicherheiten unterliegen einer marktüblichen Verzinsung. Diese Sicherheiten werden von den Börsen bei Nichterfüllung der durch die Börsengeschäfte resultierenden Verpflichtungen in Anspruch genommen.

(20) Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel betreffen fast ausschließlich Guthaben bei Kreditinstituten, die überwiegend als Termin- und Tagesgeld angelegt sind.

(21) Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals und das Gesamtergebnis sind im Eigenkapitalspiegel gesondert dargestellt.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der EnBW AG beträgt 640.015.872,00 € (Vorjahr: 640.015.872,00 €) und ist in 250.006.200 (Vorjahr: 250.006.200) auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt, die voll eingezahlt sind. Die Stückaktien sind rechnerisch mit jeweils 2,56 €/Stück (Vorjahr: 2,56 €/Stück) am gezeichneten Kapital beteiligt.

Die Electricité de France International SA (EDFI) und der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) halten zum 31. Dezember 2007 jeweils direkt 45,01 % des Grundkapitals der EnBW AG (Vorjahr: 45,01 %).

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage sind die Beträge enthalten, die bei der Ausgabe von Aktien der EnBW AG über den rechnerischen Wert der Aktien hinaus erzielt wurden.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten die anteiligen Gewinnrücklagen der Muttergesellschaft und der sonstigen einbezogenen Gesellschaften nach dem Erstkonsolidierungszeitpunkt.

Bilanzgewinn der EnBW AG

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 1,4 Mio. € (Vorjahr: 30,3 Mio. €) sowie nach Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 200,0 Mio. € (Vorjahr: 249,6 Mio. €) ergibt sich ein Bilanzgewinn von 406,9 Mio. € (Vorjahr: 279,9 Mio. €). Im Vorjahr wurden noch 14,6 Mio. € in die gesetzliche Rücklage eingestellt. Der Vorstand wird der Hauptversammlung am 25. April 2008 vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn der EnBW AG eine Dividende von 1,51 € (Vorjahr: 1,14 €) je Aktie auszuschütten. Zum 31. Dezember 2007 waren insgesamt 244.256.523 (Vorjahr: 244.256.523) Aktien dividendenberechtigt. Die Ausschüttungssumme der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2007 wird bei entsprechendem Beschluss durch die Hauptversammlung 368,8 Mio. € (Vorjahr: 278,5 Mio. €) betragen.

In der Konzerneigenkapitalgliederung nach IFRS wurden für das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage die Ansätze der EnBW AG nach deutschem Handelsrecht übernommen. Der Bilanzgewinn der EnBW AG wird innerhalb der Gewinnrücklagen ausgewiesen.

Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3

Die Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3 wurde in Zusammenhang mit den sukzessiv durchgeführten Erwerben der Stadtwerke Düsseldorf AG, der Erdgas Südwest GmbH sowie der GSW Gasversorgung Sachsen Ost Wärmeservice GmbH & Co. KG gebildet. Sie ermittelt sich aus den zwischen den Erwerbszeitpunkten eingetretenen Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte der Vermögenswerte und Schulden gemäß der vor der Vollkonsolidierung gehaltenen Anteile.

Eigene Aktien

Zum 31. Dezember 2007 hält die EnBW AG 5.749.677 Stück (Vorjahr: 5.749.677 Stück) eigene Aktien, die im Einzelabschluss der EnBW AG zu 35,79 € (Vorjahr: 35,79 €) bewertet sind. Dies entspricht 2,3 % (Vorjahr: 2,3 %) des Grundkapitals.

Aus den unmittelbar und mittelbar gehaltenen eigenen Aktien stehen der Gesellschaft keine Rechte zu; sie sind insbesondere nicht dividendenberechtigt. Die eigenen Aktien werden entsprechend den Regelungen der IFRS nicht als Wertpapiere ausgewiesen, sondern von den Gewinnrücklagen offen abgesetzt.

Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen

In den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen werden Marktwertänderungen weiterveräußerbarer Wertpapiere und Beteiligungen, Marktwertänderungen von Cashflow Hedges, die direkt im Eigenkapital erfassten Werte für die Equity-Bewertung sowie Währungsumrechnungsdifferenzen aus der Umrechnung ausländischer Abschlüsse erfasst.

Hinsichtlich der erfolgsneutralen Veränderungen der veräußerbaren Wertpapiere und Beteiligungen sowie der Cashflow Hedges verweisen wir auf die Ausführungen zur Berichterstattung der Finanzinstrumente.

Anteile anderer Gesellschafter
Die Anteile anderer Gesellschafter zeigen den Anteilsbesitz Dritter an den Konzerngesellschaften. Die Anteile anderer Gesellschafter betreffen insbesondere ENSO Strom AG, ENSO Erdgas GmbH, Energiedienst-Gruppe, Stadtwerke Düsseldorf AG, Gasversorgung Süddeutschland GmbH und Erdgas Südwest GmbH.

(22) Rückstellungen

Für die Erläuterung der Rückstellungen im Anhang werden die in der Bilanz nach Fristigkeiten getrennt ausgewiesenen Rückstellungen wieder zusammengefasst betrachtet.

			31.12.2007			31.12.2006
Mio. €	**Kurzfristig**	**Langfristig**	**Gesamt**	**Kurzfristig**	**Langfristig**	**Gesamt**
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	199,2	3.722,6	3.921,8	191,4	3.667,2	3.858,6
Steuerrückstellungen	202,5	40,4	242,9	319,0	34,3	353,3
Rückstellungen für nicht vertragliche nukleare Verpflichtungen	18,4	3.280,6	3.299,0	12,7	3.140,2	3.152,9
Rückstellungen für vertragliche nukleare Verpflichtungen	108,0	1.199,1	1.307,1	115,7	1.264,9	1.380,6
Sonstige Stromrückstellungen	227,1	27,6	254,7	188,2	30,5	218,7
Personalrückstellungen	91,9	343,1	435,0	107,7	304,7	412,4
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	49,2	312,0	361,2	92,1	328,9	421,0
Übrige Rückstellungen	235,0	63,7	298,7	279,5	95,1	374,6
Gesamt	**1.131,3**	**8.989,1**	**10.120,4**	**1.306,3**	**8.865,8**	**10.172,1**

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden entsprechend den bestehenden Versorgungszusagen für Anwartschaften und laufende Leistungen an die berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeiter sowie die Hinterbliebenen gebildet. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um leistungsorientierte Versorgungspläne. Die Zusagen bemessen sich vor allem nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie der Vergütung der Mitarbeiter. Darüber hinaus werden leistungsorientierte Zusagen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung über Multi-Employer-Plans gewährt. Die Beitragszahlung an die Zusatzversorgungskasse erfolgt in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Arbeitsentgelts des Arbeitnehmers.

Die Höhe der Rückstellungen der leistungsorientierten Zusagen entspricht dem Barwert der künftig erwarteten Verpflichtungen, korrigiert um die noch nicht amortisierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Methoden. Es wurde Planvermögen gemäß IAS 19.7 geschaffen, das ausschließlich zur Deckung von Pensionsverpflichtungen verwendet und von den Pensionsverpflichtungen abgesetzt wird.

Die wesentlichen Parameter (Durchschnittswerte) der Berechnung der leistungsorientierten Versorgungszusagen für die inländischen Gesellschaften sind nachfolgend dargestellt:

	31.12.2007	31.12.2006
Diskontierungszins	5,25 %	4,50 %
Künftig erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	2,50 %	3,00 %
Künftig erwarteter Rentenanstieg	2,25 %	2,25 %
Fluktuationsrate	2,00 %	2,00 %
Erwartete Rendite des Planvermögens	5,50 %	5,50 %

Den Berechnungen liegen die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Der Aufwand für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €[1]	2007	2006
Personalaufwand		
Aufwand für im Berichtsjahr verdiente Versorgungsansprüche	65,4	62,9
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0,1	0,1
Erwarteter Ertrag aus dem Planvermögen	-5,3	-5,2
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	12,0	17,7
	72,2	**75,5**
Zinsergebnis		
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	194,5	188,5
Gesamt	**266,7**	**264,0**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Der Barwert der Versorgungsansprüche für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen lässt sich zum bilanzierten Wert der Versorgungsansprüche wie folgt überleiten:

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Anwartschaftsbarwert aller Versorgungsansprüche	4.090,8	4.452,3
davon intern finanzierte Versorgungsansprüche	(3.875,0)	(4.232,6)
davon extern finanzierte Versorgungsansprüche	(215,8)	(219,7)
Marktwert des Planvermögens	-105,4	-105,6
Überdeckung aus den Versorgungsansprüchen	3,5	11,5
Noch nicht verrechnete versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-67,1	-499,5
Noch nicht verrechnete Kosten aus Planänderungen	0,0	-0,1
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	**3.921,8**	**3.858,6**

Entwicklung des Planvermögens Mio. €	2007	2006
Marktwert des Planvermögens zu Beginn des Geschäftsjahres	105,6	101,2
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	5,3	5,2
Vermögensübertragungen	2,8	8,8
Auszahlung an Begünstigte	-7,5	-7,0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-0,8	-1,8
Sonstige Veränderungen	0,0	-0,8
Marktwert des Planvermögens zum Ende des Geschäftsjahres	**105,4**	**105,6**

Die tatsächlichen Erträge aus Planvermögen betrugen 4,2 Mio. € (Vorjahr: 3,4 Mio. €).

Erfahrungsbedingte Anpassungen Mio. €	2007	2006	2005
Anwartschaftsbarwert der Versorgungsansprüche	-31,9	-22,7	29,6
Marktwert des Planvermögens	-0,8	-1,8	-0,1

Zusammensetzung des Planvermögens in %	31.12.2007	31.12.2006
Aktien	22,9	23,5
Festverzinsliche Wertpapiere	57,3	61,5
Sonstige Vermögenswerte	19,8	15,0
	100,0	**100,0**

Das Anlageziel für das ausgelagerte Pensionsvermögen ist die fristenkongruente Abdeckung der Versorgungsansprüche. Das Planvermögen enthält keine Aktien von EnBW-Konzernunternehmen. Die Anlagestrategie berücksichtigt die Fälligkeitsstruktur und den Umfang der Versorgungsansprüche. Die durchschnittliche Rendite betrug 4,0 % (Vorjahr: 3,4 %). Die erwartete Rendite lag bei 5,5 % (Vorjahr: 5,5 %). Der Bestimmung der erwarteten Rendite liegen Asset-Prognosen der jeweiligen Asset-Klassen sowie Bankgespräche zugrunde. Die Prognosen basieren auf Erfahrungswerten und Wirtschaftsdaten.

Entwicklung des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung Mio. €	2007	2006
Anwartschaftsbarwert aller Versorgungsansprüche zu Beginn des Geschäftsjahres	4.452,3	4.529,9
Aufwand für im Berichtsjahr verdiente Versorgungsansprüche	65,4	63,4
davon Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	(0,0)	(0,5)
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	194,5	189,0
davon Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	(0,0)	(0,5)
Auszahlung an Begünstigte	-203,7	-195,3
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-420,1	-153,8
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0,1	-0,1
Änderung des Konsolidierungskreises und Währungsanpassungen	0,0	17,3
Umbuchungen	13,6	1,9
Umbuchungen in Schulden der nicht fortzuführenden Aktivitäten	-11,3	0,0
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung zum Ende des Geschäftsjahres	**4.090,8**	**4.452,3**

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Versorgungsansprüche mit Vermögensdeckung	215,8	219,7
vollständige Vermögensdeckung	98,6	91,8
teilweise Vermögensdeckung	117,2	127,9
Versorgungsansprüche ohne Vermögensdeckung	3.875,0	4.232,6

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
Barwert der Versorgungsansprüche	4.090,8	4.452,3	4.529,9
Marktwert des Planvermögens	-105,4	-105,6	-101,2
Überschuss bzw. Fehlbetrag des Plans	3.985,4	4.346,7	4.428,7

Multi-Employer-Plans

Der Aufwand aus leistungsorientierten Pensionszusagen über Multi-Employer-Plans belief sich auf 8,3 Mio. € (Vorjahr: 8,2 Mio. €). Im Vorjahr wurden zusätzlich 18,4 Mio. € für die Jahre 2006 bis 2015 an die Zusatzversorgungskasse gezahlt, wodurch sich in der Berichtsperiode ein zusätzlicher Aufwand in Höhe von 2,4 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €) ergibt.

Rückstellungsspiegel

Mio. €	Stand 01.01.2007	Zuführungen	Auflösungen	Aufzinsungen
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.858,6	75,5	0,0	190,6
Steuerrückstellungen	353,3	118,5	10,7	0,0
Rückstellungen im Kernenergiebereich	4.533,5	180,9	190,5	246,2
Sonstige Stromrückstellungen	218,7	110,5	49,1	0,5
Personalrückstellungen	412,4	113,9	5,8	13,8
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	421,0	75,3	64,4	10,2
Übrige Rückstellungen	374,6	114,9	44,1	0,6
Gesamt	**10.172,1**	**789,5**	**364,6**	**461,9**

Die Restlaufzeit der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie der Rückstellungen im Kernenergiebereich beträgt durchschnittlich mehr als zehn Jahre.

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen enthalten Rückstellungen für Ertragsteuern wie die Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag sowie die Gewerbesteuer.

Rückstellungen im Kernenergiebereich

Die Rückstellungen im Kernenergiebereich sind für die Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Betriebsabfälle sowie für die Stilllegung und den Rückbau der kontaminierten Anlagenteile gebildet.

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Stilllegung und Rückbau	2.734,3	2.688,7
Brennelementeentsorgung	1.717,6	1.710,4
Betriebsabfälle	154,2	134,4
Gesamt	**4.606,1**	**4.533,5**

Die Rückstellungen basieren insgesamt auf öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und Auflagen in den Betriebsgenehmigungen.

Erfolgsneutrale Veränderungen	Änderungen im Konsolidierungskreis, Währungsanpassungen, Umbuchungen	Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und nicht fortzuführende Aktivitäten	Inanspruchnahme	Stand 31.12.2007
0,0	-0,6	-6,1	196,2	3.921,8
0,0	-90,6	-1,1	126,5	242,9
-3,5	-0,8	0,0	159,7	4.606,1
-1,4	-2,0	0,0	22,5	254,7
0,0	3,5	-1,2	101,6	435,0
0,0	1,2	-2,7	79,4	361,2
0,0	-3,3	-16,3	127,7	298,7
-4,9	**-92,6**	**-27,4**	**813,6**	**10.120,4**

Insoweit in Erfüllung dieser öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen noch keine zivilrechtlichen Verträge zum Bilanzstichtag abgeschlossen waren, erfolgte die Bewertung der Rückstellungen auf der Basis externer Gutachten und Kostenschätzungen (nicht vertragliche nukleare Verpflichtungen). Dies ist im Wesentlichen bei den im Stilllegungsbereich erwarteten Kosten des Nachbetriebs der Anlage, der Demontage und Entsorgung der nuklearen Anlagenteile sowie der eigentlichen Kosten der Endlagerung der Fall. Für den Bereich der Entsorgung von Brennelementen handelt es sich bei dem nicht vertraglichen Anteil überwiegend um die Kosten für eine endlagergerechte Konditionierung, die Transportkosten, die Kosten für die Beschaffung von Endlagerbehältern sowie um die Kosten für die eigentliche Endlagerung.

Darüber hinaus ist die Bewertung eines Teils der Rückstellungen bereits durch zivilrechtliche Verträge konkretisiert (vertragliche nukleare Verpflichtungen). Dies sind zum einen die Personalkosten für Eigenpersonal, soweit es voraussichtlich mit der Stilllegung befasst sein wird. Im Rahmen der Entsorgung von Brennelementen handelt es sich zum anderen im Wesentlichen um die ausstehenden Kosten für die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente, die Kosten der dezentralen Zwischenlagerung in Standortnähe und der zentralen Zwischenlagerung in den Zwischenlagern Gorleben und Ahaus sowie um die Kosten für Transport und Beschaffung von Behältern.

Die Rückstellungen für die Stilllegung und den Rückbau der kontaminierten Anlagenteile werden zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme mit dem abgezinsten Erfüllungsbetrag angesetzt. Dieser wird korrespondierend unter den Erzeugungsanlagen ausgewiesen und planmäßig abgeschrieben. Er beträgt 229,9 Mio. € (Vorjahr: 262,7 Mio. €). Schätzänderungen in Zusammenhang mit der Änderung der Annahmen zur künftigen Kostenentwicklung wurden erfolgsneutral durch Anpassung der korrespondierenden Bilanzposten in Ansatz gebracht. Die Ermittlung der Kosten der Stilllegung und des Abbaus der Anlagen basiert auf dem Szenario der unmittelbaren Beseitigung der Anlagen.

Die Rückstellungen im Kernenergiebereich werden in Höhe des Barwerts der erwarteten künftigen Verpflichtungen berechnet und jährlich aufgezinst. Der Diskontierungszins zur Berechnung der Rückstellungen beträgt unverändert 5,5 %.

Die bei den Rückstellungen im Kernenergiebereich berücksichtigten geleisteten Anzahlungen betragen 444,4 Mio. € (Vorjahr: 430,6 Mio. €).

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Stromrückstellungen betreffen Verpflichtungen aus den CO_2-Emissionsrechten, dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und der konventionellen Strom- und Brennstoffbeschaffung.

Die Personalrückstellungen betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen, Jubiläumsverpflichtungen sowie zugesagte Energiepreisermäßigungen in der Rentenzeit.

Die sonstigen Rückstellungen werden mit einem Zinssatz von durchschnittlich 5,25 % (Vorjahr: 4,50 %) diskontiert.

(23) Latente Steuern

Die Bewertungsunterschiede der fortzuführenden Aktivitäten zur Steuerbilanz, auf die latente Steuern gebildet worden sind, setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007		31.12.2006	
Mio. €	Aktive latente Steuer[1]	Passive latente Steuer[1]	Aktive latente Steuer[1]	Passive latente Steuer[1,2]
Langfristige Vermögenswerte	570,9	2.394,5	98,2	3.405,4
Kurzfristige Vermögenswerte und zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	404,8	790,4	1.146,0	382,8
Langfristige Schulden	1.585,4	1.772,5	1.882,2	2.127,3
Kurzfristige Schulden	741,4	112,8	746,3	64,0
Verlustvorträge	156,9		145,7	
Zwischensumme	**3.459,4**	**5.070,2**	**4.018,4**	**5.979,5**
Saldierung	-3.453,4	-3.453,4	-3.979,5	-3.979,5
Gesamt	**6,0**	**1.616,8**	**38,9**	**2.000,0**

[1] Aktive und passive latente Steuer jeweils vor Saldierung.
[2] Vorjahreszahlen angepasst.

Es werden nur auf die Verlustvorträge, von deren Nutzbarkeit mit ausreichender Sicherheit ausgegangen werden kann, latente Steueransprüche gebildet. Steuerliche Verlustvorträge haben die tatsächliche Steuerbelastung in der Berichtsperiode um 134,4 Mio. € (Vorjahr: 180,1 Mio. €) gemindert. Bisher noch nicht genutzte Verlustvorträge, für die in der Bilanz kein latenter Steueranspruch angesetzt wurde, bestanden in Höhe von 54,3 Mio. € für Körperschaftsteuer und 91,4 Mio. € für Gewerbesteuer (Vorjahr: 76,5 Mio. € für Körperschaftsteuer und 223,3 Mio. € für Gewerbesteuer). Die vorhandenen steuerlichen Verlustvorträge sind unbegrenzt vortragbar. Nach dem Steuervergünstigungsabbaugesetz sind seit 2004 nur noch 60 % des 1 Mio. € übersteigenden Betrags des laufenden steuerlichen Einkommens mit Verlustvorträgen verrechenbar.

Die latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Körperschaftsteuer (oder vergleichbare ausländische Steuer)	107,9	120,2
Gewerbesteuer	49,0	25,5
Gesamt	**156,9**	**145,7**

Im Jahr 2007 wurden 3.453,4 Mio. € (Vorjahr: 3.979,5 Mio. €) aktive latente Steuern mit passiven latenten Steuern saldiert.

Mit den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals wurden insgesamt 28,3 Mio. € latente Steuerschulden (Vorjahr: 0,4 Mio. € latente Steueransprüche) erfolgsneutral verrechnet.

(24) Verbindlichkeiten und Zuschüsse

Für die Erläuterung der Verbindlichkeiten und Zuschüsse im Anhang werden die in der Bilanz nach Fristigkeiten getrennt ausgewiesenen Posten wieder zusammengefasst betrachtet.

Mio. €[1]	31.12.2007	31.12.2006
Langfristige Verbindlichkeiten	3.842,1	4.311,5
Kurzfristige Verbindlichkeiten	5.092,1	5.291,5
Verbindlichkeiten	**8.934,2**	**9.603,0**
Langfristige Zuschüsse	1.649,1	1.698,3
Kurzfristige Zuschüsse	84,2	79,5
Zuschüsse	**1.733,3**	**1.777,8**
Langfristige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	5.491,2	6.009,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	5.176,3	5.371,0
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	**10.667,5**	**11.380,8**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Verbindlichkeiten		Davon Restlaufzeit			
Mio. €[1]	**31.12.2007**	**< 1 Jahr**	**1 – 5 Jahre**	**> 5 Jahre**	**31.12.2006**
Anleihen	2.478,2	241,7	1.267,3	969,2	3.258,1
Commercial Paper	199,5	199,5	0,0	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	546,9	78,0	327,1	141,8	853,9
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	727,9	69,1	313,4	345,4	998,1
Finanzverbindlichkeiten	**3.952,5**	**588,3**	**1.907,8**	**1.456,4**	**5.110,1**
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	165,0	69,8	56,5	38,7	120,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.329,0	2.323,3	5,7	0,0	2.170,7
davon Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(8,2)	(8,2)	(0,0)	(0,0)	(10,5)
davon Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(106,9)	(103,0)	(3,9)	(0,0)	(162,9)
davon Verbindlichkeiten gegenüber at equity bewerteten Unternehmen	(2,7)	(2,7)	(0,0)	(0,0)	(0,9)
Sonstige Rechnungsabgrenzungen	173,4	19,8	153,6	0,0	230,7
Verbindlichkeiten aus Derivaten	910,5	887,0	3,3	20,2	482,1
davon ohne Sicherungsbeziehung	(811,2)	(807,9)	(3,3)	(0,0)	(445,2)
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	(79,1)	(79,1)	(0,0)	(0,0)	(36,9)
davon in Sicherungsbeziehung Fair Value Hedge	(20,2)	(0,0)	(0,0)	(20,2)	(0,0)
Sonstige Verbindlichkeiten	1.403,8	1.203,9	40,4	159,5	1.488,7
davon aus Ertragsteuern	(7,0)	(6,3)	(0,0)	(0,7)	(126,8)
davon Zinsen aus Steuernachzahlungen	(20,0)	(19,3)	(0,7)	(0,0)	(84,9)
davon aus sonstigen Steuern	(271,9)	(271,9)	(0,0)	(0,0)	(187,9)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(30,4)	(15,8)	(0,1)	(14,5)	(36,2)
Gesamt	**8.934,2**	**5.092,1**	**2.167,3**	**1.674,8**	**9.603,0**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Die Finanzverbindlichkeiten haben sich im Geschäftsjahr 2007 um 1.157,6 Mio. € reduziert (Vorjahr: Anstieg um 411,3 Mio. €).

Eine am 28. Februar 2007 fällige Anleihe der EnBW International Finance B. V. in Höhe von 750 Mio. € wurde planmäßig getilgt.

Das bei der EnBW International Finance B. V. etablierte Commercial-Paper-Programm wurde im gesamten Jahresverlauf 2007 für kurzfristige Finanzierungszwecke genutzt, wobei die kurzfristigen Aufnahmen am Bilanzstichtag insgesamt 199,5 Mio. € betrugen.

Im Jahresverlauf wurden die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch planmäßige Tilgungsleistungen bei der EnBW AG und bei den Tochtergesellschaften weiter reduziert.

Unter der Position sonstige Finanzverbindlichkeiten sind insbesondere langfristige Finanzierungsleasingverträge enthalten, die im Jahresverlauf weiter zurückgeführt wurden.

Die Fälligkeitsstruktur unserer Finanzverbindlichkeiten ergibt sich wie folgt:

Mio. €	Fälligkeit 2008	Fälligkeit 2009	Fälligkeit 2010	Fälligkeit 2011	Fälligkeit 2012	Fälligkeit nach 2012	Summe
Anleihen	241,7	0,0	210,1	0,0	1.057,2	969,2	2.478,2
Commercial Paper	199,5	–	–	–	–	–	199,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	78,0	237,7	17,9	42,1	29,4	141,8	546,9
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	69,1	65,5	70,0	74,9	103,0	345,4	727,9
Finanzverbindlichkeiten	**588,3**	**303,2**	**298,0**	**117,0**	**1.189,6**	**1.456,4**	**3.952,5**

Die Struktur der wesentlichen Anleihen stellt sich wie folgt dar:

Emittent	Emissionsvolumen	Buchwerte	Kupon	Fälligkeit
EnBW International Finance B.V.	400 Mio. CHF	241,7 Mio. €	2,250 %	25.02.2008
EnBW International Finance B.V.	150 Mio. €	149,7 Mio. €	5,000 %	06.09.2010
EnBW International Finance B.V.	1.000 Mio. €	996,7 Mio. €	5,875 %	28.02.2012
EnBW International Finance B.V.	500 Mio. €	494,5 Mio. €	4,250 %	19.10.2016
EnBW International Finance B.V.	500 Mio. €	474,7 Mio. €[1]	4,875 %	16.01.2025
Diverse		120,9 Mio. €		
Summe Anleihen		**2.478,2 Mio. €**		

[1] Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.

Bei den ausstehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich zum überwiegenden Teil um bilaterale Kreditvereinbarungen.

Wie im Vorjahr verfügte die EnBW AG zum 31. Dezember 2007 über eine vollständig ungenutzte fest zugesagte syndizierte Kreditlinie in Höhe von 2,5 Mrd. €. Darüber hinaus waren im Konzern weitere 340 Mio. € (Vorjahr: 259 Mio. €) freie Kreditlinien vorhanden.

Die durchschnittliche Verzinsung der Finanzverbindlichkeiten hat sich zum 31. Dezember 2007 wie folgt entwickelt:

Durchschnittliche Verzinsung in %	31.12.2007	31.12.2006
Bankverbindlichkeiten	4,1	4,7
Anleihen	4,9	4,8
Commercial Paper	4,6	–
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	4,6	4,7
Summe Finanzverbindlichkeiten	4,7	4,8

Die durchschnittliche Verzinsung der Finanzverbindlichkeiten hat sich insgesamt 2007 nur geringfügig geändert. Bei den Bankverbindlichkeiten hat sich die durchschnittliche Verzinsung reduziert, da im Jahresverlauf 2007 endfällig langfristige Bankkredite mit höherem Zinskupon getilgt wurden. Für den Großteil der Finanzverbindlichkeiten bestehen weiterhin langfristig fixierte Zinsvereinbarungen.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 19,7 Mio. € (Vorjahr: 22,2 Mio. €) durch Grundpfandrechte gesichert.

Die sonstigen Finanzverbindlichkeiten beinhalten im Geschäftsjahr 2007 vor allem Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen. Die Mindestleasingzahlungen aus derartigen Verträgen haben folgende Fälligkeiten:

	Nominalwert		Barwert	
Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Fälligkeit < 1 Jahr	103,0	119,2	98,8	113,8
Fälligkeit 1 – 5 Jahre	413,3	474,3	329,8	376,3
Fälligkeit > 5 Jahre	283,7	543,3	176,1	320,8
Gesamt	**800,0**	**1.136,8**	**604,7**	**810,9**

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen nicht konsolidierte verbundene Unternehmen. In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verpflichtungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 1.125,1 Mio. € (Vorjahr: 1.065,1 Mio. €) enthalten. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen potenzielle Kaufpreisverpflichtungen aus Put-Optionen von Minderheitsgesellschaftern bereits vollkonsolidierter Unternehmen in Höhe von 397,4 Mio. € (Vorjahr: 396,9 Mio. €), Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 298,9 Mio. € (Vorjahr: 399,6 Mio. €) sowie Zinsverpflichtungen aus Anleihen in Höhe von 83,7 Mio. € (Vorjahr: 115,9 Mio. €).

Zuschüsse

Die Zuschüsse beinhalten Investitionszulagen, Baukosten- und Investitionskostenzuschüsse.

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Investitionszulagen	15,9	18,9
Investitionskostenzuschüsse	33,7	36,4
Baukostenzuschüsse	1.683,7	1.722,5
Gesamt	**1.733,3**	**1.777,8**

Die Investitionszulagen wurden entsprechend § 4a InvZulG gewährt.

Die noch nicht ertragswirksam gewordenen Baukostenzuschüsse wurden überwiegend für Investitionen im Strom- und Gasbereich gezahlt, wobei die bezuschussten Vermögenswerte im Eigentum der EnBW-Konzerngesellschaften verbleiben.

Vom Gesamtbetrag der Zuschüsse werden 1.649,1 Mio. € (Vorjahr: 1.698,3 Mio. €) später als innerhalb eines Jahres ertragswirksam.

(25) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte sowie Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten

Die nicht fortzuführenden Aktivitäten betreffen die im Geschäftsjahr verkaufte U-plus-Gruppe, die aufgegebenen Thermoselect-Aktivitäten sowie die Abwicklung des Verkaufs von Geschäftsbereichen der ehemaligen Salamander AG.

Die U-plus-Gruppe wurde im ersten Halbjahr 2007 an das Entsorgungsunternehmen ALBA AG, Berlin, veräußert. Die U-plus-Gruppe wird in der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Eigenkapitalspiegel, der Segmentberichterstattung sowie in der Cashflow-Rechnung als nicht fortzuführende Aktivität ausgewiesen. Die Vergleichszahlen wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Eigenkapitalspiegel, der Segmentberichterstattung sowie in der Cashflow-Rechnung angepasst.

Im Zuge von Vereinbarungen mit den Insolvenzverwaltern der GARANT-Gruppe hat der EnBW-Konzern sämtliche Geschäftsanteile an der Salamander Schuhe GmbH und deren Tochtergesellschaften erworben. Die Gesellschaften sind insolvent und nicht mehr operativ tätig. Die Verwaltungs- und Verfügungsmacht über das Vermögen dieser Gesellschaften hat der jeweilige Insolvenzverwalter, sodass keine Beherrschung durch die EnBW vorliegt.

Die in der Konzernbilanz zusammengefasst ausgewiesenen Vermögenswerte und Schulden untergliedern sich wie folgt:

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	0,3	1,7
Zur Veräußerung gehaltene Investment Properties	3,1	5,7
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	**3,4**	**7,4**
Sonstige langfristige Vermögenswerte nicht fortzuführender Aktivitäten	0,0	5,2
Kurzfristige Vermögenswerte nicht fortzuführender Aktivitäten	0,0	25,9
Vermögenswerte nicht fortzuführender Aktivitäten	**0,0**	**31,1**
	3,4	**38,5**
Langfristige Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten	0,0	35,4
Kurzfristige Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten	7,9	67,6
Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten	**7,9**	**103,0**

Die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte betreffen Grundstücke und Gebäude. Die Vermögenswerte und Schulden der nicht fortzuführenden Aktivitäten betreffen die Abwicklung bereits verkaufter Geschäftsbereiche.

Das in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert ausgewiesene Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten untergliedert sich wie folgt:

Mio. €	2007	2006
Umsatzerlöse	97,2	226,6
Sonstige Erträge	98,5	54,7
Sonstige Aufwendungen	-97,1	-279,3
Abschreibungen	-5,8	-15,0
Übriges Beteiligungsergebnis	-13,0	0,7
Finanzerträge	0,0	1,1
Finanzaufwendungen	-1,6	-4,4
Ergebnis aus dem Abgang von Vermögenswerten	32,9	23,1
Ergebnis vor Ertragsteuern	111,1	7,5
Ertragsteuern	-13,2	-1,5
Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten	97,9	6,0
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter	(0,0)	(-0,8)
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	(97,9)	(6,8)

Das positive Ergebnis der nicht fortzuführenden Aktivitäten im Geschäftsjahr 2007 resultiert vor allem aus dem Verkauf der U-plus-Gruppe sowie aus Rückstellungsauflösungen im Zusammenhang mit Vereinbarungen mit den Insolvenzverwaltern der GARANT-Gruppe.

In der Berichtsperiode ergaben sich Mittelzuflüsse aus Einzahlungen aus dem Verkauf von vollkonsolidierten Unternehmen in Höhe von 73,6 Mio. € (Vorjahr: 49,5 Mio. €).

Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten

Zu den Finanzinstrumenten zählen originäre Finanzinstrumente und Derivate.

Die originären Finanzinstrumente umfassen auf der Aktivseite die finanziellen Vermögenswerte, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die sonstigen Vermögenswerte und die flüssigen Mittel. Auf der Passivseite umfassen sie die Finanzverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die übrigen Verbindlichkeiten.

Beizulegende Zeitwerte und Buchwerte von Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien
Die nachfolgende Tabelle stellt die beizulegenden Zeitwerte sowie Buchwerte der in den einzelnen Bilanzpositionen enthaltenen finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten dar:

Aktiva per 31.12.2007		Buchwerte nach Bewertungskategorien			
Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Zu Handelszwecken gehalten	Zur Veräußerung verfügbar	Bis zur Endfälligkeit gehalten	Kredite und Forderungen
Finanzielle Vermögenswerte[1]	6.434,0	171,5	4.875,9	1.110,7	303,9
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.481,3				2.481,3
Sonstige Vermögenswerte	1.490,6	838,1			412,7
Flüssige Mittel	1.317,8				1.317,8
Summe	**11.723,7**	**1.009,6**	**4.875,9**	**1.110,7**	**4.515,7**

Passiva per 31.12.2007		Buchwerte nach Bewertungskategorien	
Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Zu Handelszwecken gehalten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten
Finanzverbindlichkeiten	3.946,1		3.347,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	649,1		649,1
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	1.421,4	811,2	510,9
Summe	**6.016,6**	**811,2**	**4.507,8**

Aktiva per 31.12.2006		Buchwerte nach Bewertungskategorien			
Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Zu Handelszwecken gehalten	Zur Veräußerung verfügbar	Bis zur Endfälligkeit gehalten	Kredite und Forderungen
Finanzielle Vermögenswerte[1]	6.286,8	204,8	4.959,1	938,5	203,3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.580,0				2.580,0
Sonstige Vermögenswerte	948,3	493,5			357,7
Flüssige Mittel	1.932,3				1.932,3
Summe	**11.747,4**	**698,3**	**4.959,1**	**938,5**	**5.073,3**

Passiva per 31.12.2006		Buchwerte nach Bewertungskategorien	
Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Zu Handelszwecken gehalten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten
Finanzverbindlichkeiten	5.226,1		4.299,2
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	666,8		666,8
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	973,9	445,2	491,8
Summe	**6.866,8**	**445,2**	**5.457,8**

[1] Der Buchwert der zu Anschaffungskosten bewerteten Eigenkapitalinstrumente beträgt zum Bilanzstichtag 470,3 Mio. € (Vorjahr: 432,1 Mio. €).

			Bilanz		
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwendungsbereich von IFRS 7	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
			6.462,0	5.734,4	727,6
			2.481,3	372,6	2.108,7
183,6	56,2	414,8	1.905,4	179,8	1.725,6
			1.317,8		1.317,8
183,6	**56,2**	**414,8**	**12.166,5**	**6.286,8**	**5.879,7**

			Bilanz		
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwendungsbereich von IFRS 7	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
	604,7		3.952,5	3.364,2	588,3
		1.679,9	2.329,0	5,7	2.323,3
99,3		2.957,6	4.379,0	2.120,6	2.258,4
99,3	**604,7**	**4.637,5**	**10.660,5**	**5.490,5**	**5.170,0**

			Bilanz		
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwendungsbereich von IFRS 7	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
			6.305,7	6.031,7	274,0
			2.580,0	334,3	2.245,7
42,3	54,8	378,7	1.327,0	148,5	1.178,5
			1.932,3		1.932,3
42,3	**54,8**	**378,7**	**12.145,0**	**6.514,5**	**5.630,5**

			Bilanz		
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwendungsbereich von IFRS 7	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
	810,9		5.110,1	3.883,8	1.226,3
		1.503,9	2.170,7	6,1	2.164,6
36,9		2.999,3	3.973,2	2.119,9	1.853,3
36,9	**810,9**	**4.503,2**	**11.254,0**	**6.009,8**	**5.244,2**

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt anhand der am Bilanzstichtag veröffentlichten Marktwerte sowie der nachfolgend beschriebenen Methoden einschließlich der zugrunde gelegten Prämissen.

Finanzielle Vermögenswerte

Der beizulegende Zeitwert originärer Finanzinstrumente der Kategorie „zu Handelszwecken gehalten" entspricht dem am Bilanzstichtag gültigen Börsenkurs.

Für Finanzinstrumente, die der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar" zugeordnet sind, wird der beizulegende Zeitwert grundsätzlich anhand von Börsenkursen ermittelt. Sofern für bestimmte Eigenkapitalinstrumente mangels Vorliegen eines aktiven Markts der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, sind diese zu Anschaffungskosten bewertet.

Bei den Finanzinvestitionen der Kategorie „bis zur Endfälligkeit gehalten" handelt es sich um börsennotierte Wertpapiere. Der beizulegende Zeitwert wird anhand des Börsenkurses zum Bilanzstichtag abgeleitet und beträgt zum 31. Dezember 2007 insgesamt 1.082,7 Mio. € (Vorjahr: 919,6 Mio. €).

Für Ausleihungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, gibt es keine liquiden Märkte. Für kurzfristige Ausleihungen wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige Ausleihungen wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt. Sofern diese variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert. Unter- oder nichtverzinsliche Forderungen mit Restlaufzeiten von über einem Jahr werden mit ihrem Barwert in der Bilanz ausgewiesen.

Sonstige Vermögenswerte

Für Derivate werden die beizulegenden Zeitwerte anhand von Börsenkursen oder anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt:

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Derivate mit positivem Marktwert	1.021,7	535,8
davon aus Börsenkursen abgeleitet	15,3	16,8
davon nach anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt	1.006,4	519,0

Der beizulegende Zeitwert für Forderungen aus Finanzierungsleasing wird durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Für kurzfristige übrige sonstige Vermögenswerte wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige übrige sonstige Vermögenswerte wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt. Sofern diese variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert.

Flüssige Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente haben kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert.

Finanzverbindlichkeiten

Der beizulegende Zeitwert der kapitalmarktnotierten Anleihen entspricht den Nominalwerten multipliziert mit den Kursnotierungen zum Abschlussstichtag.

Für kurzfristige Finanzverbindlichkeiten wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige Finanzverbindlichkeiten wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig zu entrichtenden Cashflows ermittelt. Sofern diese variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert. Der Zeitwert der Anleihen zum 31. Dezember 2007 beträgt 2.470,6 Mio. € (Vorjahr: 3.362,1 Mio. €), der Zeitwert der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 548,1 Mio. € (Vorjahr: 865,9 Mio. €).

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert.

Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse

Für Derivate werden die beizulegenden Zeitwerte anhand von Börsenkursen oder anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt:

Mio. €	2007	2006
Derivate mit negativem Marktwert	910,5	482,1
davon aus Börsenkursen abgeleitet	51,5	46,6
davon nach anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt	859,0	435,5

Für kurzfristige Verbindlichkeiten wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige Verbindlichkeiten wird der Marktwert durch Abzinsung der künftig zu entrichtenden Cashflows ermittelt. Sofern diese variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert.

Der beizulegende Zeitwert der Leasingverbindlichkeiten wird durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Nettogewinne oder -verluste nach Bewertungskategorien

Mio. €	2007	2006
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten	176,4	-33,9
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3,3	68,3
Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte	0,0	0,0
Kredite und Forderungen	-30,5	-21,4
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	0,3	-0,5

In der Darstellung der Nettogewinne und -verluste werden Derivate, die sich in einer Sicherungsbeziehung befinden, nicht berücksichtigt. Freistehende Derivate sind in der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten“ enthalten.

Die Nettogewinne der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten“ enthalten neben Ergebnissen aus der Marktbewertung auch Zins- und Währungseffekte.

In den Nettogewinnen der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden neben Wertberichtigungen auch realisierte Erfolge aus dem Abgang sowie Währungseffekte ausgewiesen.

Bei den Nettogewinnen der Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“ handelt es sich im Wesentlichen um Währungseffekte, Wertberichtigungen und Zuschreibungen.

Die Nettoverluste der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten resultieren aus Währungseffekten.

Ergebnisse aus Marktwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten wurden im Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 155,6 Mio. € (Vorjahr: 165,6 Mio. €) erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Von den erfolgsneutral gebuchten Marktwertänderungen wurden 4,8 Mio. € (Vorjahr: 51,7 Mio. €) in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Die Wertberichtigungen auf finanzielle Vermögenswerte der Bewertungskategorien „zur Veräußerung verfügbar“ und „Kredite und Forderungen“ betragen 8,6 Mio. € (Vorjahr: 23,5 Mio. €) beziehungsweise 0,9 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €). Forderungen aus Lieferungen und Leistungen waren mit 40,7 Mio. € (Vorjahr: 36,6 Mio. €) wertberichtigt. Auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten sonstigen Vermögenswerten wurden im Geschäftsjahr 2007 Wertberichtigungen in Höhe von 0,6 Mio. € (Vorjahr: 2,8 Mio. €) vorgenommen.

Gesamtzinserträge und -aufwendungen

Mio. €	2007	2006
Gesamtzinserträge	359,9	289,1
Gesamtzinsaufwendungen	-277,5	-302,1

Die Gesamtzinserträge und -aufwendungen resultieren aus Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zinserträge aus Ausleihungen, Darlehen und Bankguthaben sowie um Zins- und Dividendenerträge finanzieller Vermögenswerte der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“. Die Zinsaufwendungen resultieren insbesondere aus den Anleihen, Bankverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing.

In den Gesamtzinserträgen sind Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 2,4 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €) enthalten.

Derivate

Zur Absicherung der Risiken werden im Commodity-Bereich sowohl physisch als auch finanziell zu erfüllende Optionen und Termingeschäfte, im Devisenbereich im Wesentlichen Termingeschäfte eingesetzt. Im Finanzierungsbereich werden zur Risikobegrenzung Swap-Geschäfte abgeschlossen.

Alle Derivate, die zu Handelszwecken abgeschlossen worden sind, werden als Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten bilanziert. Die Derivate sind zu Marktwerten bewertet. Die Marktwerte werden aus Börsenkursen oder anhand anerkannter Bewertungsmethoden abgeleitet.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Derivaten, die weder ausschließlich für den eigenen Gebrauch (Own Use) bestimmt sind noch die Voraussetzungen als Sicherungsgeschäft zur Absicherung von Cashflows erfüllen, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Bilanzielle Sicherungsbeziehungen gemäß IAS 39 bestehen im Finanzbereich vor allem zur Sicherung von Währungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung sowie zur Sicherung von Zinsrisiken aus langfristigen Verbindlichkeiten. Im Commodity-Bereich werden Schwankungen künftiger Zahlungsströme gesichert, die aus geplanten Beschaffungs- und Absatzgeschäften resultieren.

Cashflow Hedges

Cashflow Hedges bestehen insbesondere im Commodity-Bereich zur Absicherung von Preisrisiken aus künftigen Absatz- und Beschaffungsgeschäften sowie zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos variabel verzinslicher Verbindlichkeiten.

Die Fair-Value-Änderungen der eingesetzten Sicherungsgeschäfte, vor allem Termingeschäfte und Futures, werden, soweit effektiv, direkt in den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen im Eigenkapital (Marktbewertung von Finanzinstrumenten) bis zur Auflösung der Sicherungsbeziehung erfasst. Der ineffektive Teil des Gewinns oder Verlusts aus einem Sicherungsinstrument wird sofort erfolgswirksam erfasst.

Zum 31. Dezember 2007 betrugen die unrealisierten Gewinne aus Derivaten 109,0 Mio. € (Vorjahr: Verluste 79,1 Mio. €). Im Berichtsjahr wurde der effektive Teil von Cashflow Hedges in Höhe von -53,2 Mio. € (Vorjahr: -48,7 Mio. €) im Eigenkapital erfasst. Aus dem ineffektiven Teil von Cashflow-Hedges ergab sich zum 31. Dezember 2007 ein Aufwand von 1,1 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €), aus Umgliederungen aus den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals ein Aufwand von 261,8 Mio. € (Vorjahr: 77,9 Mio. €). Die Umgliederung erfolgt in die Umsatzerlöse (6,9 Mio. €, Vorjahr: 122,9 Mio. €), Materialaufwendungen (264,8 Mio. €, Vorjahr: 73,3 Mio. €), sonstigen betrieblichen Erträge (0,0 Mio. €, Vorjahr: 28,3 Mio. €) und sonstigen betrieblichen Aufwendungen (3,9 Mio. €, Vorjahr: 0,0 Mio. €).

Für die Verminderung (Vorjahr: Erhöhung) der Anschaffungskosten der Vorratsbestände wurden aus den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals 20,4 Mio. € (Vorjahr: 11,9 Mio. €) umgegliedert.

Zum 31. Dezember 2007 sind bestehende Grundgeschäfte in Cashflow Hedges mit Laufzeiten bis 4 Jahre (Vorjahr: bis 3 Jahre) im Fremdwährungsbereich und mit Laufzeiten bis 2 Jahre (Vorjahr: bis 3 Jahre) im Bereich der Zinssicherung einbezogen. Im Commodity-Bereich betragen die Laufzeiten geplanter Grundgeschäfte bis 3 Jahre (Vorjahr: bis 3 Jahre).

Sicherungsbeziehungen werden im Rahmen der Optimierung branchenüblich neu- und dedesigniert.

Fair Value Hedges

Fair Value Hedges bestehen vor allem zur Absicherung festverzinslicher Verbindlichkeiten gegenüber Marktpreisrisiken. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps genutzt. Bei Fair Value Hedges wird sowohl das Grund- als auch das Sicherungsgeschäft hinsichtlich des abgesicherten Risikos erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Im Berichtsjahr wurde die Wertveränderung der beizulegenden Zeitwerte von Sicherungsinstrumenten in Höhe von -22,0 Mio. € (Vorjahr: -22,7 Mio. €) erfolgswirksam erfasst. Für die gesicherten Verbindlichkeiten sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Marktwertveränderungen ebenfalls erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu vereinnahmen. Im Berichtsjahr wurden die Marktwertschwankungen aus den Grundgeschäften in Höhe von 21,0 Mio. € (Vorjahr: 21,6 Mio. €) erfolgswirksam erfasst.

Hedges von Nettoinvestitionen in ausländische Teileinheiten

Zur Sicherung von Fremdwährungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung werden originäre Fremdwährungsanleihen eingesetzt. Zum 31. Dezember 2007 wurden 18,0 Mio. € (Vorjahr: 11,1 Mio. €) aus der Währungskursänderung der Sicherungsgeschäfte im Posten Währungsumrechnung innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

Verträge, soweit sie zum erwarteten Nutzungsbedarf des Unternehmens abgeschlossen worden sind, werden nicht nach den Vorschriften des IAS 39 bilanziell erfasst.

Marktübliche Käufe und Verkäufe (Kassakäufe/-verkäufe) von originären Finanzinstrumenten werden grundsätzlich am Erfüllungstag bilanziert. Derivative finanzielle Vermögenswerte werden zum Handelstag bilanziell erfasst. Derivative und originäre Finanzinstrumente werden dann bilanziell erfasst, wenn die EnBW Vertragspartei geworden ist.

Für den Kauf und Verkauf von Brennstoffen erfolgt die Bezahlung in Euro, US-Dollar oder Pfund Sterling.

Die Bewertung von Kontrahentenrisiken erfolgt unter Einbeziehung der Fristigkeit des jeweils aktuellen Wiederbeschaffungs- und Absatzrisikos. Darüber hinaus werden diese Risiken unter Berücksichtigung des aktuellen Ratings der Ratingagentur Moody's analysiert. Die Handelspartner, die über kein entsprechendes externes Rating verfügen, werden einem internen Ratingverfahren unterzogen.

Das Kontrahentenrisiko basiert auf Wiederbeschaffungs- und Absatzrisiken, die sich aus den Marktwerten der jeweiligen Position mit dem einzelnen Handelspartner zum Stichtag ergeben. Die Ermittlung erfolgt unter Berücksichtigung der mit dem Handelspartner in Rahmenverträgen vereinbarten Nettingmöglichkeiten. Im Fall des Vorliegens einer Nettingvereinbarung werden positive und negative Marktwerte je Handelspartner saldiert. Bei fehlendem Netting werden nur positive Marktwerte berücksichtigt.

Mit einzelnen Handelspartnern sind im Rahmen des Kreditrisikomanagements bilaterale Margin-Agreements vereinbart. Margin-Zahlungen aufgrund dieser Agreements werden im Rahmen der Beurteilung des Kontrahentenrisikos berücksichtigt.

	Kontrahentenrisiko zum 31.12.2007 Mio. €	
Moody's	**< 1 Jahr**	**1 – 5 Jahre**
bis A1	68,7	39,6
bis A3	37,2	23,2
Baa1	23,1	10,0
bis Baa3	2,7	0,3
Gesamt	**131,7**	**73,1**

Das Nominalvolumen der im Folgenden dargestellten Derivate wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Die Höhe des Nominalvolumens erlaubt Rückschlüsse auf den Umfang des Einsatzes von Derivaten. Sie gibt aber nicht das Risiko des Konzerns wieder, da den derivativen Geschäften Grundgeschäfte mit gegenläufigen Risiken gegenüberstehen. Für börsengehandelte Derivate werden Sicherheiten hinterlegt beziehungsweise haben wir Sicherheiten erhalten.

	Derivate mit Sicherungsbeziehung			
	Nominalvolumen		Marktwert	
Mio. €	**31.12.2007**	**31.12.2006**	**31.12.2007**	**31.12.2006**
Devisentermingeschäfte				
< 1 Jahr	171,3	188,1	-17,3	-0,1
1 – 5 Jahre	286,7	266,6	-8,8	-5,3
Stromoptionen und -futures				
< 1 Jahr	1.600,7	1.122,8	0,0	-12,1
1 – 5 Jahre	1.341,4	1.589,7	-47,8	-11,4
Stromtermingeschäfte				
< 1 Jahr	0,0	47,2	0,0	-3,1
1 – 5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Gastermin- und -swapgeschäfte				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
1 – 5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Kohletermin- und -swapgeschäfte				
< 1 Jahr	316,1	349,6	99,0	20,4
1 – 5 Jahre	273,2	263,6	73,6	8,5
Derivate für Emissionsrechte				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
1 – 5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsswaps				
Festzinszahler				
< 1 Jahr	35,0	87,4	0,0	2,2
> 1 Jahr	190,0	172,6	5,8	4,5
Festzinsempfänger				
< 1 Jahr	0,0	14,9	0,0	0,1
> 1 Jahr	300,0	285,1	-20,2	1,7
Übrige Termingeschäfte und Derivate				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
1 – 5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtsumme	**4.514,4**	**4.387,6**	**84,3**	**5,4**
davon Derivate mit positivem beizulegendem Zeitwert			(183,6)	(42,3)
davon Derivate mit negativem beizulegendem Zeitwert			(99,3)	(36,9)

Derivate ohne Sicherungsbeziehung				Derivate Summe			
Nominalvolumen		Marktwert		Nominalvolumen		Marktwert	
31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
508,6	605,9	-7,2	-6,4	679,9	794,0	-24,5	-6,5
232,8	65,6	-2,1	-1,0	519,5	332,2	-10,9	-6,3
449,8	824,4	5,7	4,7	2.050,5	1.947,2	5,7	-7,4
199,9	63,4	-0,3	4,6	1.541,3	1.653,1	-48,1	-6,8
11.898,2	4.233,2	-6,8	60,8	11.898,2	4.280,4	-6,8	57,7
3.236,2	1.362,5	-8,0	3,8	3.236,2	1.362,5	-8,0	3,8
136,2	164,4	-0,2	-2,1	136,2	164,4	-0,2	-2,1
0,0	60,8	0,0	-2,2	0,0	60,8	0,0	-2,2
713,7	531,9	25,5	2,1	1.029,8	881,5	124,5	22,5
218,0	91,3	-0,1	0,8	491,2	354,9	73,5	9,3
468,1	222,9	13,8	-18,2	468,1	222,9	13,8	-18,2
373,3	40,9	7,3	-1,0	373,3	40,9	7,3	-1,0
28,8	10,4	-0,1	-0,2	63,8	97,8	-0,1	2,0
0,0	33,7	0,0	-1,0	190,0	206,3	5,8	3,5
30,2	1,7	0,0	-0,1	30,2	16,6	0,0	0,0
5,3	37,8	-0,1	0,2	305,3	322,9	-20,3	1,9
52,9	132,9	-0,7	3,8	52,9	132,9	-0,7	3,8
16,1	20,7	0,2	-0,3	16,1	20,7	0,2	-0,3
18.568,1	**8.504,4**	**26,9**	**48,3**	**23.082,5**	**12.892,0**	**111,2**	**53,7**
		(838,1)	(493,5)			(1.021,7)	(535,8)
		(811,2)	(445,2)			(910,5)	(482,1)

Überleitungsrechnung von Derivaten in Sicherungsbeziehung zu den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen (Cashflow Hedge) im Eigenkapital

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Derivate in Sicherungsbeziehung mit positivem beizulegendem Zeitwert	183,6	40,5	143,1
Derivate in Sicherungsbeziehung mit negativem beizulegendem Zeitwert	79,1	36,9	42,2
	104,5	**3,6**	**100,9**
Latente Steuer auf erfolgsneutrale Veränderung der Derivate in Sicherungsbeziehung	-31,3	-2,4	-28,9
Ineffektivität der Sicherungsbeziehung	2,3	3,4	-1,1
Kaskadierungseffekte	2,2	-85,5	87,7
Anteile anderer Gesellschafter	-2,1	-2,7	0,6
Erfolgsneutrale Veränderung der Derivate in Sicherungsbeziehung im Eigenkapital (Cashflow Hedge)	**75,6**	**-83,6**	**159,2**

Die Kaskadierungseffekte betreffen die bis zum Zeitpunkt der Kaskadierung kumulierte Marktwertveränderung der in Sicherungsbeziehung stehenden Futures. Im Rahmen der Kaskadierung werden Jahres- und Quartalsfutures nicht durch Barausgleich, sondern durch weitere Futures erfüllt.

Überleitungsrechnung der Veränderung der Bilanzwerte freistehender Derivate zur Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Derivate mit positivem beizulegendem Zeitwert	838,1	493,5	344,6
Derivate mit negativem beizulegendem Zeitwert	811,2	445,2	366,0
Veränderung der beizulegenden Zeitwerte der Derivate	**26,9**	**48,3**	**-21,4**

Das Ergebnis in der Gewinn- und Verlustrechnung aus Derivaten setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2007
Bewertungsergebnis	-21,4
Realisiertes Ergebnis	206,2
Ineffektivität der Sicherungsbeziehung	1,1
Ergebnis aus Derivaten	**185,9**
davon sonstige betriebliche Erträge	(213,7)
davon sonstige betriebliche Aufwendungen	(26,7)
davon Finanzerträge	(0,3)
davon Finanzaufwendungen	(1,4)

Das realisierte Ergebnis kehrt die bisherige Marktbewertung freistehender Derivate, die wirtschaftlich gesichert sind, im Zeitpunkt der Realisierung des Derivates wieder um. Die gesicherten Grundgeschäfte werden durch die vorangegangene Marktbewertung der Derivate nicht zu dem mit dem Derivat abgesicherten Preis, sondern zum aktuellen Tageskurs (Spotpreis) durchgeführt.

Zur Erhöhung der Transparenz weisen wir sowohl die Effekte aus der Marktbewertung als auch das realisierte Ergebnis aus.

Risikomanagementsystem

Grundsätze zum Risikomanagement der EnBW

Die EnBW ist als Energieversorgungsunternehmen im Rahmen des operativen Geschäfts sowie bei Geldanlagen und Finanzierungsvorgängen finanzwirtschaftlichen Preisrisiken im Währungs-, Zins- und Commodity-Bereich ausgesetzt. Daneben bestehen Kredit- und Liquiditätsrisiken. Unternehmenspolitik ist es, diese Risiken durch ein systematisches Risikomanagement auszuschalten oder zu begrenzen.

Wechselkursschwankungen zwischen dem Euro und anderen Währungen, Zinsschwankungen an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten sowie Preisschwankungen an den Märkten für Strom, Kohle, Gas und Emissionsrechte stellen die wesentlichen Preisrisiken für die EnBW dar. Die Sicherungspolitik zur Eingrenzung dieser Risiken wird vom Vorstand vorgegeben und ist in konzerninternen Richtlinien dokumentiert. Sie sieht auch den Einsatz von Derivaten vor.

Die zur Absicherung von finanzwirtschaftlichen Risiken eingesetzten Derivate unterliegen den in der Richtlinie für das Risikomanagement festgelegten Beurteilungskriterien wie Value-at-Risk-Kennziffern sowie Positions- und Verlustlimiten. Die Funktionstrennung der Bereiche Handel sowie Abwicklung und Kontrolle bilden ein weiteres zentrales Element des Risikomanagements.

Die entsprechenden Finanztransaktionen werden nur mit bonitätsmäßig erstklassigen Kontrahenten abgeschlossen. Eine Absicherung der Risikoposition durch geeignete Sicherungsinstrumente kann auch unter Bewahrung von Marktchancen erfolgen.

Die aus den Finanzinstrumenten resultierenden Risiken einschließlich deren Methoden zur Messung und zur Steuerung haben gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerten Änderungen zu verzeichnen.

Hinsichtlich weiterer Angaben zum Risikomanagementsystem der EnBW verweisen wir auf unsere Ausführungen im Risikobericht als Teil des Lageberichts.

Kreditrisiko

Kreditrisiken entstehen für die EnBW durch Nichterfüllung vertraglicher Vereinbarungen durch den Kontrahenten. Die EnBW steuert ihre Kreditrisiken, indem grundsätzlich eine hohe Bonität von den Kontrahenten gefordert wird und das Kreditrisiko mit den Kontrahenten begrenzt wird. Die Ratings der Kontrahenten werden durch das Bonitätsmanagementsystem der EnBW fortlaufend überwacht. Commodity- und Energiegeschäfte werden grundsätzlich auf Basis von Rahmenverträgen abgeschlossen. Das Eingehen dieser Rahmenverträge setzt eine gründliche Bonitätsprüfung des Kontrahenten voraus. Nur bei begründetem Interesse des Unternehmens, wie zum Beispiel bei der Entwicklung neuer Märkte, können Ausnahmen von dieser Geschäftspolitik zugelassen werden. Gemessen an der Kundenstruktur sind die Forderungen gegenüber einzelnen Kontrahenten nicht so groß, dass sie eine wesentliche Risikokonzentration begründen würden.

Finanzanlagengeschäfte werden nur mit Partnern abgeschlossen, die in der Treasury-Richtlinie als Kontrahenten sowie deren Anlagengrenzen definiert sind. Eine Einhaltung dieser Richtlinie wird durch das interne Kontrollsystem fortlaufend überwacht.

Das maximale Ausfallrisiko finanzieller Vermögenswerte (einschließlich Derivate mit positivem Marktwert) entspricht den in der Bilanz angesetzten Buchwerten. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2007 beträgt das maximale Ausfallrisiko 11.751,7 Mio. € (Vorjahr: 11.766,3 Mio. €).

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken entstehen für die EnBW durch die Verpflichtung, Verbindlichkeiten vollständig und rechtzeitig zu tilgen. Aufgabe des Cash- und Liquiditätsmanagements der EnBW ist es, jeder Zeit die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens sicherzustellen.

Im Cash-Management werden alle Zahlungsmittelbedarfe und -überschüsse zentral ermittelt. Durch die Saldierung der Zahlungsmittelbedarfe und -überschüsse wird die Anzahl der Bankgeschäfte auf ein Minimum reduziert. Das Netting erfolgt durch ein Cash-Pooling-Verfahren. Das Cash-Management hat zur Steuerung der Bankkonten und internen Verrechnungskonten sowie zur Durchführung automatisierter Zahlungsvorgänge standardisierte Prozesse und Systeme implementiert.

Zur Liquiditätssteuerung wird konzernzentral ein auf Cashflows basierender Finanzplan erstellt. Der entstehende Finanzierungsbedarf wird mittels geeigneter Instrumente im Rahmen der Liquiditätssteuerung gedeckt. Neben der täglich verfügbaren Liquidität unterhält die EnBW auch weitere Liquiditätsreserven in Höhe von 2,8 Mrd. €, die kurzfristig verfügbar sind. Die Höhe der Liquiditätsreserven richtet sich nach der strategischen Liquiditätsplanung unter Berücksichtigung festgelegter Worst-Case-Parameter. Bei der Liquiditätsreserve handelt es sich um zugesagte syndizierte und freie Kreditlinien mit unterschiedlichen Fristigkeiten. Durch die vorhandene Liquidität sowie die bestehenden Kreditlinien sieht sich die EnBW keiner Risikokonzentration ausgesetzt.

Weitere Erläuterungen zu den Finanzverbindlichkeiten sind der Anhangsangabe (24) Verbindlichkeiten und Zuschüsse zu entnehmen.

In den nachfolgenden Tabellen werden die künftigen undiskontierten Cashflows finanzieller Verbindlichkeiten sowie derivativer Finanzinstrumente aufgezeigt, die eine Auswirkung auf den künftigen Liquiditätsstatus des EnBW-Konzerns haben.

In die Betrachtung einbezogen werden alle zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2007 bestehenden und in der Bilanz ausgewiesenen vertraglichen Verpflichtungen.

Bei den emittierten Fremdkapitalinstrumenten sowie bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden Zins- und Tilgungszahlungen berücksichtigt.

Den Zinszahlungen festverzinslicher Finanzinstrumente liegt der vertraglich vereinbarte Zinssatz zugrunde. Bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten werden die zuletzt vor dem 31. Dezember 2007 fixierten Zinssätze herangezogen.

In Fremdwährung lautende Finanzinstrumente werden mit dem jeweiligen Kassakurs zum 31. Dezember 2007 umgerechnet.

Bei den Derivaten werden grundsätzlich Derivate mit positivem und negativem Marktwert berücksichtigt, sofern sie zu einem Nettomittelabfluss führen. Der Ermittlung der undiskontierten Cashflows liegen folgende Bedingungen zugrunde:

- Swap-Geschäfte finden in der Liquiditätsanalyse nur Berücksichtigung, sofern diese zu einem Nettomittelabfluss führen.
- Devisentermingeschäfte werden berücksichtigt, sofern sie einen Mittelabfluss verursachen.
- Bei den Forward-Geschäften werden alle Käufe berücksichtigt. Die künftigen Cashflows ergeben sich jeweils aus der mit dem Vertragspreis bewerteten Menge.
- Future-Geschäfte sind in die Liquiditätsanalyse nicht einbezogen, da diese durch die tägliche Ausgleichszahlung (Variation Margin) glattgestellt werden und somit kein Liquiditätsrisiko besteht.

Undiskontierte Cashflows zum 31.12.2007 Mio. €	**Summe**	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**	**Cashflows > 2011**
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten						
Emittierte Fremdkapitalinstrumente	3.677,8	563,4	115,9	325,6	106,2	2.566,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	656,7	109,7	267,6	43,6	59,0	176,8
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	796,2	103,0	102,9	102,9	102,8	384,6
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	207,8	13,7	12,0	11,0	10,8	160,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	649,1	645,2	3,9	0,0	0,0	0,0
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	510,9	360,8	5,8	0,0	0,0	144,3
Derivative finanzielle Vermögenswerte	6.807,0	4.826,1	1.702,8	277,9	0,1	0,1
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	528,3	445,0	51,5	9,4	1,1	21,3
Gesamt	**13.833,8**	**7.066,9**	**2.262,4**	**770,4**	**280,0**	**3.454,1**

Undiskontierte Cashflows zum 31.12.2006 Mio. €	Summe	2007	2008	2009	2010	Cashflows > 2010
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten						
Emittierte Fremdkapitalinstrumente	4.400,3	910,1	370,2	116,1	328,3	2.675,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	921,2	430,9	90,0	250,1	31,9	118,3
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	1.138,0	119,2	118,9	118,6	118,5	662,8
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	305,2	16,2	12,5	12,0	11,1	253,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	666,8	662,8	4,0	0,0	0,0	0,0
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	491,8	335,1	8,3	0,0	0,0	148,4
Derivative finanzielle Vermögenswerte	904,4	599,8	251,8	49,9	2,9	0,0
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	1.802,3	1.315,0	419,4	65,2	2,7	0,0
Gesamt	**10.630,0**	**4.389,1**	**1.275,1**	**611,9**	**495,4**	**3.858,5**

Der Anstieg bei den derivativen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf ein deutlich höheres Volumen an Terminkäufen von Strom im Eigenhandel zurückzuführen. Das im Zuge dessen ebenfalls angestiegene Volumen an Verkäufen wird hier nicht berücksichtigt, stattdessen ist nur die einseitige Sicht auf alle einen Mittelabfluss verursachenden Derivate dargestellt. Auch die im Rahmen unserer Risikomanagementaktivitäten mit zahlreichen Handelspartnern abgeschlossenen Netting-Agreements werden hier außen vor gelassen, sodass sich das tatsächliche Liquiditätsrisiko der Gesellschaft aus Derivaten nicht unmittelbar erschließt.

Marktpreisrisiken

Währungsrisiken

Die EnBW ist durch die Beschaffung und Preisabsicherung des Brennstoffbedarfs sowie durch Gas- und Ölhandelsgeschäfte Risiken in Fremdwährung ausgesetzt. Das Währungsrisiko wird anhand fortlaufend überprüfter Devisenkurserwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten, im Berichtsjahr ausschließlich über Devisentermingeschäfte, abgesichert. Die Sicherung von Wechselkursrisiken erfolgt zentral. Währungsrisiken bestehen für die EnBW im Wesentlichen in US-Dollar und in Schweizer Franken.

Das bei ausländischen Konzerngesellschaften außerhalb der Euro-Zone gebundene Nettovermögen sowie die Umrechnungsrisiken (Translationsrisiken) werden nur in Einzelfällen gegen Wechselkursschwankungen gesichert.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass alle anderen Parameter, wie zum Beispiel Zinsen, sich nicht verändern. Es wurden Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Wechselkursrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnte. Im Wesentlichen sind das Sicherungsinstrumente von Cashflow Hedges und Sicherungsinstrumente aus Hedges von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe, freistehende Derivate sowie Forderungen und Verbindlichkeiten, die in Fremdwährung denominiert sind.

Eine Aufwertung (Abwertung) des Euros um 10 % gegenüber sämtlichen Währungen zum Stichtag 31. Dezember 2007 würde das Jahresergebnis um 20,5 Mio. € (Vorjahr: 28,4 Mio. €) verschlechtern (verbessern). Die hypothetische Ergebnisverschlechterung ergibt sich aus den Währungssensitivitäten EUR/USD (14,5 Mio. €; Vorjahr: 28,4 Mio. €) sowie EUR/CHF (6,0 Mio. €; Vorjahr: 0,0 Mio. €).

Das Eigenkapital würde sich bei einer Aufwertung (Abwertung) um 10 % am Stichtag 31. Dezember 2007 um 9,9 Mio. € verringern (erhöhen). Im Vorjahr würde die Aufwertung des Euros um 10 % zu einer Erhöhung des Eigenkapitals um 10,9 Mio. € führen. Die hypothetische Eigenkapitalverringerung ergibt sich aus den Währungssensitivitäten EUR/USD (45,8 Mio. €; Vorjahr: -26,2 Mio. €) sowie EUR/CHF (-35,9 Mio. €; Vorjahr: 37,1 Mio. €).

Zinsrisiken
Die EnBW benutzt eine Vielzahl von zinssensitiven Finanzinstrumenten, um den Erfordernissen der operativen und strategischen Liquiditätssteuerung gerecht zu werden. Zinsrisiken ergeben sich hieraus nur aus variabel verzinslichen Instrumenten.

Zinsbedingte Marktwertänderungen von zinstragenden Wertpapieren der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar" werden bei den sonstigen Preisrisiken für Aktien, Aktienfonds und zinstragenden Wertpapieren dargestellt.

Zinsrisiken bestehen auf der Aktivseite aus Bankguthaben sowie auf der Passivseite aus variabel verzinslichen Bankverbindlichkeiten. Daneben bestehen Zinsrisiken aus Derivaten in Form von Swap-Geschäften. Zinsrisiken bestehen für die EnBW hauptsächlich in der Euro-Zone.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Zinssatzänderungen auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass alle anderen Parameter, zum Beispiel Wechselkurse, sich nicht verändern. Es wurden nur Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Zinsänderungsrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnten. Für die Analyse wird der Mittelwert aus den letzten zehn Jahren der Veränderung der Umlaufrendite herangezogen.

Eine Abweichung des Zinsniveaus im Euro-Raum zum Stichtag 31. Dezember 2007 um 60 Basispunkte bezogen auf das Nominalvolumen würde das Jahresergebnis insgesamt um 1,8 Mio. € (Vorjahr: 2,7 Mio. €) verbessern (verschlechtern). Die hypothetische Ergebnisveränderung setzt sich aus potenziellen Effekten aus Zinsderivaten in Höhe von -0,5 Mio. € (Vorjahr: -0,3 Mio. €), variabel verzinslichen Bankguthaben in Höhe von 4,9 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €) sowie originären variabel verzinslichen Finanzschulden in Höhe von -2,6 Mio. € (Vorjahr: -1,9 Mio. €) zusammen.

Commodity-Preisrisiken
Im Rahmen unserer Energiehandelstätigkeit werden Energiehandelskontrakte für Zwecke des Preisrisikomanagements, der Kraftwerksoptimierung, der Lastglättung und der Margenoptimierung abgeschlossen. Darüber hinaus ist der Eigenhandel nur innerhalb enger, klar definierter Limite erlaubt.

Die Preisänderungsrisiken entstehen im Wesentlichen durch die Beschaffung und Veräußerung von Strom sowie durch die Beschaffung der Brennstoffe Kohle, Gas und Öl sowie die Beschaffung von Emissionsrechten. Darüber hinaus entstehen Preisrisiken für die EnBW durch das Eingehen von spekulativen Positionen im Eigenhandel. Die Preisrisiken werden anhand fortlaufend überprüfter Marktpreiserwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert. Im Berichtsjahr wurden als Sicherungsinstrumente Forwards, Futures, Swaps und Optionen eingesetzt.

Nachfolgend wird die Sensitivität der Bewertung von Derivaten auf Strom, Kohle, Öl, Gas und Emissionsrechte analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass alle anderen Parameter sich nicht verändern. Es wurden nur Derivate in die Analyse einbezogen, deren Marktwertschwankungen das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis beeinflussen. Hierbei handelt es sich um Derivate, die als freistehende Derivate bilanziert werden, sowie um Derivate, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen von Cashflow Hedges eingesetzt wurden. Nicht in die Betrachtung einbezogen sind Derivate, die für Zwecke des Empfangs oder der Lieferung nicht finanzieller Posten gemäß dem erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarfs des Unternehmens bestimmt sind (Own Use) und damit nicht nach IAS 39 zu bilanzieren sind. Ebenso sind unsere Erzeugungs- und Vertriebspositionen in die Analyse nicht mit einbezogen. Daher entsprechen die nachfolgend dargestellten Sensitivitäten nicht den tatsächlichen ökonomischen Risiken des EnBW-Konzerns und dienen lediglich der Erfüllung der Angabenvorschriften des IFRS 7.

Sensitivitäten bezüglich des Strompreises:
Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 15 % (Vorjahr: 15 %) zum Stichtag 31. Dezember 2007 würde das Jahresergebnis um 65,8 Mio. € (Vorjahr: 49,3 Mio. €) verbessern (verschlechtern).

Das Eigenkapital würde sich bei einer Reduktion (einem Anstieg) des Marktpreises um 15 % (Vorjahr: 15 %) am Stichtag 31. Dezember 2007 um 131,4 Mio. € (Vorjahr: 167,3 Mio. €) erhöhen (verringern).

Sensitivitäten bezüglich des Kohlepreises:
Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 15 % (Vorjahr: 15 %) zum Stichtag 31. Dezember 2007 würde das Jahresergebnis um 7,9 Mio. € (Vorjahr: 13,9 Mio. €) verschlechtern (verbessern).

Das Eigenkapital würde sich bei einer Reduktion (einem Anstieg) des Marktpreises um 15 % (Vorjahr: 15 %) am Stichtag 31. Dezember 2007 um 62,3 Mio. € (Vorjahr: 31,4 Mio. €) verringern (erhöhen).

Sensitivitäten bezüglich des Ölpreises:
Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 20 % zum Stichtag 31. Dezember 2007 würde das Jahresergebnis um 2,6 Mio. € verbessern (verschlechtern). Im Vorjahr hätte eine Verringerung des Marktpreises um 20 % das Jahresergebnis um 5,0 Mio. € verschlechtert.

Sensitivitäten bezüglich des Gaspreises:
Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 25 % zum Stichtag 31. Dezember 2007 würde das Jahresergebnis um 6,0 Mio. € verschlechtern (verbessern). Im Vorjahr hätte eine Verringerung des Marktpreises um 25 % das Jahresergebnis um 1,1 Mio. € verbessert.

Sensitivitäten bezüglich des Preises für Emissionsrechte:
Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 50 % (Vorjahr: 50 %) zum Stichtag 31. Dezember 2007 um würde das Jahresergebnis um 52,0 Mio. € (Vorjahr: 13,9 Mio. €) verschlechtern (verbessern).

Sonstige Preisrisiken für Aktien, Aktienfonds und zinstragende Wertpapiere

Die EnBW besitzt Anlagen in Aktien und Aktienfonds und in festverzinslichen Wertpapieren, aus denen Preisänderungsrisiken für das Unternehmen resultieren.

Bei der Auswahl der Wertpapiere achtet das Unternehmen auf eine hohe Marktgängigkeit sowie auf eine gute Bonität. Zum Stichtag 31. Dezember 2007 waren Aktien, Aktienfonds sowie festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 4.538,4 Mio. € (Vorjahr: 4.698,1 Mio. €) dem Marktpreisrisiko ausgesetzt.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Preisänderungsrisiken aus Aktien und Aktienfonds sowie zinstragenden Wertpapieren auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass alle anderen Parameter, wie zum Beispiel Währung, sich nicht verändern. Es wurden Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Preisänderungsrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern kann.

Die Analyse des Marktpreisrisikos von Aktien und Aktienfonds wurde anhand der historischen Volatilität (die letzten 360 Börsentage) durchgeführt. Als realistisches Szenario wurde eine Standardabweichung unterstellt. Das Marktpreisrisiko festverzinslicher Wertpapiere wurde mithilfe der Modified Duration ermittelt. Unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungen der Zinssätze (vergleiche Zinsrisiko) bezogen auf den beizulegenden Zeitwert der festverzinslichen Wertpapiere wird das Ergebnis in absoluten Geldbeträgen ermittelt.

Die der Sensitivitätsanalyse unterliegenden Prämissen betragen für Aktien und Aktienfonds 10 % sowie für zinstragende Wertpapiere 3 %.

Unter dem gegebenen Risikoszenario würde sich das Jahresergebnis um 3,6 Mio. € (Vorjahr: 8,3 Mio. €) erhöhen (verringern). Die hypothetische Ergebnisveränderung resultiert aus festverzinslichen Wertpapieren.

Unter dem gegebenen Risikoszenario würde sich das Eigenkapital um 285,5 Mio. € (Vorjahr: 291,8 Mio. €) erhöhen (verringern). Von der hypothetischen Ergebnisveränderung entfallen 218,5 Mio. € (Vorjahr: 224,3 Mio. €) auf Aktien und Aktienfonds sowie 67,0 Mio. € (Vorjahr: 67,5 Mio. €) auf festverzinsliche Wertpapiere.

Sonstige Angaben

Ergebnis je Aktie[1]		2007	2006
Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten	Mio. €	1.416,1	1.114,7
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	Mio. €	(1.266,2)	(995,0)
Konzernüberschuss	Mio. €	1.514,0	1.120,7
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	Mio. €	(1.364,1)	(1.001,8)
Zahl der im Umlauf befindlichen Aktien (gewichteter Durchschnitt)	Tsd. Stück	244.257	244.232
Ergebnis je Aktie aus fortzuführenden Aktivitäten[2]	€	5,18	4,07
Ergebnis je Aktie aus fortzuführenden Aktivitäten vor Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung[2]	€	5,18	4,07
Ergebnis je Aktie aus nicht fortzuführenden Aktivitäten[2]	€	0,40	0,03
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss[2]	€	5,58	4,10
Dividende je Aktie für das Geschäftsjahr 2006 der EnBW AG	€	–	1,14
Vorgeschlagene Dividende je Aktie für das Geschäftsjahr 2007 der EnBW AG	€	1,51	–

[1] Vorjahreszahlen angepasst.
[2] Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.

Das Ergebnis je Aktie wird ermittelt, indem das den Gesellschaftern der EnBW AG zurechenbare Ergebnis durch die durchschnittliche im Umlauf befindliche Anzahl der Aktien dividiert wird. Eine Verwässerung der Kennzahl kann durch sogenannte potenzielle Aktien aufgrund von Aktienoptionen und Wandelanleihen auftreten. Die EnBW besitzt keine sogenannten potenziellen Aktien, sodass das unverwässerte Ergebnis je Aktie identisch mit dem verwässerten Ergebnis je Aktie ist.

Eventualverbindlichkeiten und finanzielle Verpflichtungen

Die Angaben zu den Eventualverbindlichkeiten und finanziellen Verpflichtungen erfolgen zu Nominalwerten.

Für die Risiken aus nuklearen Schäden haben die deutschen Kernkraftwerksbetreiber nach Inkrafttreten des novellierten Atomgesetzes (AtG) und der novellierten atomrechtlichen Deckungsvorsorgeverordnung (AtDeckV) am 27. April 2002 bis zu einem Maximalbetrag von 2,5 Mrd. € je Schadensfall Deckungsvorsorge nachzuweisen. Von dieser Vorsorge sind 255,6 Mio. € über eine einheitliche Haftpflichtversicherung abgedeckt. Die Nuklear Haftpflicht GbR erfasst nur noch die solidarische Absicherung in Bezug auf Ansprüche im Zusammenhang mit behördlich angeordneten Evakuierungsmaßnahmen im Bereich zwischen 0,5 Mio. € und 15 Mio. €. Konzernunternehmen haben sich entsprechend ihrer Anteile an Kernkraftwerken verpflichtet, deren Betriebsgesellschaften liquiditätsmäßig so zu stellen, dass sie ihren Verpflichtungen aus ihrer Zugehörigkeit zur Nuklear Haftpflicht GbR jederzeit nachkommen können.

Zur Erfüllung der anschließenden Deckungsvorsorge in Höhe von 2.244,4 Mio. € je Schadensfall haben die EnBW und die übrigen Obergesellschaften der deutschen Kernkraftwerksbetreiber mit Vertrag vom 11. Juli/27. Juli/21. August/28. August 2001 vereinbart, den haftenden Kernkraftwerksbetreiber im Schadensfall – nach Ausschöpfung dessen eigener Möglichkeiten und der seiner Muttergesellschaften – finanziell so auszustatten, dass dieser seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann (Solidarvereinbarung). Vertragsgemäß beträgt der auf die EnBW entfallende Anteil bezüglich Haftung, zuzüglich 5 % für Schadensabwicklungskosten, 24,921 % zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise ab 1. Januar 2008. Ausreichende Liquiditätsvorsorge besteht und ist im Liquiditätsplan berücksichtigt.

Die finanziellen Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen (Operating-Leasingverhältnisse) ergeben sich wie folgt:

Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Fälligkeit < 1 Jahr	65,9	69,4
Fälligkeit 1 – 5 Jahre	137,6	165,7
Fälligkeit > 5 Jahre	66,2	67,8
Gesamt	**269,7**	**302,9**

Die finanziellen Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen betreffen im Wesentlichen Lager- und Verwaltungsgebäude sowie Anlagen zur Stromerzeugung.

Im EnBW-Konzern bestehen langfristige Verpflichtungen für den Bezug von Erdgas, Kohle und anderen fossilen Brennstoffen sowie Strom. Weiterhin bestehen Verpflichtungen aus langfristigen Uranbezugs-, Konversions-, Anreicherungs-, Fertigungs- und Entsorgungsverträgen. Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen bestehen außerdem langfristige Verpflichtungen aus Entsorgungsverträgen.

Die erwarteten Zahlungen aus den Abnahmeverpflichtungen sowie aus Eventualverbindlichkeiten und sonstigen Sicherheiten ergeben sich wie folgt:

	31.12.2007	Davon Restlaufzeit			31.12.2006
Mio. €		**< 1 Jahr**	**1 – 5 Jahre**	**> 5 Jahre**	
Strom	10.012,7	2.010,1	2.620,7	5.381,9	9.823,3
Erdgas	2.898,2	872,5	2.025,7	0,0	2.822,8
Braunkohle und andere fossile Brennstoffe	1.229,5	39,2	192,3	998,0	1.257,5
Steinkohle	425,0	280,8	144,2	0,0	364,8
Sonstige	1.609,2	193,2	671,5	744,5	2.326,3
Zwischensumme langfristige Abnahmeverpflichtungen	**16.174,6**	**3.395,8**	**5.654,4**	**7.124,4**	**16.594,7**
Bestellobligo	246,3	190,5	53,3	2,5	318,6
Investitionsverpflichtungen Immaterielle Vermögenswerte	0,8	0,8	0,0	0,0	2,1
Investitionsverpflichtungen Sachanlagevermögen	432,9	240,0	192,9	0,0	305,9
Finanzielle Verpflichtungen aus dem Erwerb von Beteiligungen	274,4	244,1	30,3	0,0	393,4
Bürgschaften und Sicherheiten	133,4	131,5	1,9	0,0	236,9
Bürgschaften für fremde Leistungen	137,8	107,0	0,0	30,8	141,5
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	111,4	30,9	79,1	1,4	143,0
Gesamt	**17.511,6**	**4.340,6**	**6.011,9**	**7.159,1**	**18.136,1**

In den Bürgschaften und Sicherheiten, Bürgschaften für fremde Leistungen und sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind 4,1 Mio. € (Vorjahr: 7,0 Mio. €) aus Gemeinschaftsunternehmen enthalten.

Aus schwebenden Rechtsstreitigkeiten gegen Konzernunternehmen, die aufgrund geringer Erfolgsaussichten der Gegenseite nicht zur Bildung von Rückstellungen geführt haben, können aus Sicht der EnBW mögliche finanzielle Verpflichtungen über 159,8 Mio. € (Vorjahr: 154,1 Mio. €) entstehen. Darüber hinaus sind gegen Konzernunternehmen verschiedene Prozesse, behördliche Untersuchungen oder Verfahren sowie andere Ansprüche anhängig, deren Erfolg allerdings als sehr unwahrscheinlich erachtet wird und die daher nicht unter den Eventualverbindlichkeiten und finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen werden.

Honorare des Abschlussprüfers

Die als Aufwand erfassten Honorare des Konzernabschlussprüfers setzen sich wie folgt zusammen:

Tsd. €	**2007**	**2006**
Abschlussprüfung	2.506,7	2.398,9
Sonstige Bestätigungsleistungen	680,6	591,2
Steuerberatungsleistungen	1.046,3	909,6
Sonstige Leistungen	634,4	994,4
Gesamt	**4.868,0**	**4.894,1**

Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB beziehungsweise § 264b HGB

Die folgenden inländischen Tochtergesellschaften haben im Geschäftsjahr 2007 von der Befreiungsvorschrift des § 264 Abs. 3 HGB beziehungsweise § 264b HGB in Bezug auf die Offenlegung des Jahresabschlusses Gebrauch gemacht:

Offenlegungserleichterungen nach § 264 Abs. 3 HGB

- EnBW Akademie Gesellschaft für Personal und Managemententwicklung mbH, Stuttgart
- EnBW EnHol Beteiligungsgesellschaft mbH, Karlsruhe
- EnBW Gas GmbH, Stuttgart
- EnBW Gasnetz GmbH, Stuttgart
- EnBW Grundstücksverwaltung Rheinhafen GmbH, Karlsruhe
- EnBW Kernkraft GmbH, Obrigheim
- EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart
- EnBW Kraftwerk Lippendorf Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- EnBW Kraftwerke AG, Stuttgart
- EnBW REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- EnBW Regional AG, Stuttgart
- EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH, Karlsruhe
- EnBW Trading GmbH, Karlsruhe
- EnBW Transportnetze AG, Stuttgart
- EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH, Stuttgart
- EnBW Waste Management GmbH, Stuttgart
- Kernkraftwerk Obrigheim GmbH, Obrigheim
- Neckarwerke Stuttgart GmbH, Stuttgart
- NWS Energiehandel GmbH, Stuttgart
- NWS REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- Objektschutzdienst Schäfer GmbH, Karlsruhe
- TDL Gesellschaft für anlagentechnische Dienste und kaufmännische Leistungen mbH, Karlsruhe
- TEWERATIO GmbH, Stuttgart
- T-plus GmbH, Karlsruhe
- TWS Kernkraft GmbH, Gemmrigheim
- U-plus Umweltservice AG, Karlsruhe
- Yello Strom GmbH, Köln
- Yello Strom Verwaltungs-GmbH, Karlsruhe

Offenlegungserleichterungen nach § 264b HGB

- Alb Windkraft GmbH & Co. KG, Geislingen/Steige
- EnBW City GmbH & Co. KG, Stuttgart
- EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG Karlsruhe, Karlsruhe
- EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG Stuttgart, Stuttgart
- EnSüdWest Energiebeteiligungen AG & Co. KG, Karlsruhe
- EVGA Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG, Stuttgart
- Facilma Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG, Karlsruhe
- KMS Kraftwerke Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG, Karlsruhe
- NWS Grundstücksmanagement GmbH & Co. KG, Stuttgart
- Salamander Marken GmbH & Co. KG, Kornwestheim

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der EnBW Energie Baden-Württemberg AG haben die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex am 6. Dezember 2007 abgegeben und den Aktionären im Internet unter www.enbw.com/entsprechenserklaerung dauerhaft zugänglich gemacht.

Die Entsprechenserklärung der börsennotierten Tochtergesellschaft ZEAG Energie AG ist im Internet unter www.zeag-energie.de abrufbar.

Vergütung des Vorstands

Die Gesamtbezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2007 betragen 11,1 Mio. € (Vorjahr: 10,3 Mio. €). Hierin sind kurzfristig fällige Leistungen in Höhe von 9,0 Mio. € (Vorjahr: 8,0 Mio. €) enthalten. Die langfristig fälligen Leistungen betragen 2,0 Mio. € (Vorjahr: 2,3 Mio. €).

Die Zuführung zur Pensionsverpflichtung für diesen Personenkreis beträgt im Geschäftsjahr 2007 2,2 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €) und beinhaltet den Dienstzeit- und Zinsaufwand.

Für die aktuellen Mitglieder des Vorstands bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligations) nach IFRS in Höhe von 9,6 Mio. € (Vorjahr: 11,3 Mio. €).

Frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen erhielten 4,2 Mio. € (Vorjahr: 3,4 Mio. €). Es bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligations) gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen nach IFRS in Höhe von 46,7 Mio. € (Vorjahr: 43,1 Mio. €).

Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2007 wird den Mitgliedern des Aufsichtsrats auf Basis der vorgeschlagenen Dividende von 1,51 € je Stückaktie einschließlich des Sitzungsgelds eine Vergütung von insgesamt 0,6 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €) gewährt.

Aktiengeschäfte und Aktienbesitz von Personen mit Führungsaufgaben

Der Gesellschaft sind im Geschäftsjahr 2007 keine Meldungen über Geschäfte mit EnBW-Aktien oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten von Personen mit Führungsaufgaben oder mit ihnen in einer engen Beziehung stehenden Personen nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz zugegangen. Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an EnBW-Aktien beträgt weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Cashflow-Rechnung

In der Cashflow-Rechnung sind die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit gegliedert. Als Saldo ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel im Geschäftsjahr 2007 in Höhe von -609,5 Mio. € (Vorjahr: 507,2 Mio. €).

Die flüssigen Mittel beinhalten fast ausschließlich Guthaben bei Kreditinstituten, die überwiegend als Termin- und Tagesgeld angelegt sind, und entsprechen den flüssigen Mitteln laut der Bilanz.

Zuführungen, Auflösungen sowie Inanspruchnahme der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie der Rückstellungen im Kernenergiebereich werden im Rahmen der Cashflow-Rechnung als Veränderung der langfristigen Rückstellungen gezeigt.

Die Zahlungsströme der nicht fortzuführenden Aktivitäten sind in den Cashflows der Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit entsprechend IFRS 5.33c enthalten und gesondert angegeben.

Im Geschäftsjahr 2007 ergab sich ein Operating Cashflow in Höhe von 1.558,7 Mio. € (Vorjahr: 1.466,6 Mio. €).

Die sonstigen zahlungsunwirksamen Aufwendungen und Erträge stellen sich wie folgt dar:

Mio. €	2007	2006
Erträge aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen	-88,1	-84,5
Erträge und Aufwendungen aus der Veränderung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	27,4	23,9
Zuschreibungen auf Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte	-7,7	-8,4
Sonstige	-1,0	-0,1
Gesamt	**-69,4**	**-69,1**

Im Geschäftsjahr 2007 wurden 80,5 Mio. € (Vorjahr: 71,0 Mio. €) an fremde Gesellschafter von Konzernunternehmen ausgeschüttet.

Die Kaufpreise für den Erwerb von voll- und quotenkonsolidierten sowie at equity bewerteten Unternehmen betrugen im Berichtsjahr insgesamt 204,5 Mio. € (Vorjahr: 471,2 Mio. €). Mit dem Erwerb von Anteilen wurden im Berichtsjahr flüssige Mittel in Höhe von 14,0 Mio. € übernommen (Vorjahr: 84,2 Mio. €). Die Kaufpreise wurden in Form von Zahlungsmitteln erbracht und entfallen vor allem auf die Erhöhung unserer Anteile an der Erdgas Südwest GmbH, der ENSO Energie Sachsen Ost GmbH und der GSW Gasversorgung Sachsen Ost Wärmeservice GmbH & Co. KG.

Die Einzahlungen aus dem Verkauf von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen betreffen hauptsächlich die nicht fortzuführenden Aktivitäten.

Im Weiteren verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht zur Vermögenslage der EnBW.

Funds from Operations (FFO)

Im Berichtsjahr verbesserte sich der FFO vor Steuern und Finanzierung um 219,4 Mio. € auf 2.118,4 Mio. € (Vorjahr: 1.899,0 Mio. €). Ursächlich hierfür ist die gestiegene Ertragskraft im Konzern. Der FFO nach Steuern und Finanzierung reduzierte sich wegen der deutlich gestiegenen Ertragsteuerzahlungen um 330,2 Mio. € auf 1.472,8 Mio. € (Vorjahr: 1.803,0 Mio. €).

Funds from Operations (FFO) Mio. €	2007	2006
FFO vor Steuern und Finanzierung	**2.118,4**	**1.899,0**
Gezahlte Ertragsteuern	-691,5	-187,0
Erhaltene Zinsen und Dividenden	449,1	382,0
Gezahlte Zinsen	-403,2	-291,0
FFO nach Steuern und Finanzierung	**1.472,8**	**1.803,0**

Flüssige Mittel

Von den flüssigen Mitteln entfallen 61,3 Mio. € (Vorjahr: 48,7 Mio. €) auf quotal konsolidierte Unternehmen. Wesentliche Verfügungsbeschränkungen für Zahlungsmittel bestanden nicht.

Zusätzliche Angaben zum Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement der EnBW erstreckt sich sowohl über die Steuerung auf der Passivseite als auch auf das Management des Finanzanlagevermögens.

Grundlage für alle Überlegungen zum langfristig orientierten Kapitalmanagement der EnBW ist eine kapitalmarkttheoretische Analyse zur Bestimmung der optimalen Kapitalstruktur. Für die Betrachtung werden Fremd- und Eigenkapital berücksichtigt. Die Optimierung der Kapitalstruktur ist auf die Minimierung der Gesamtkapitalkosten ausgerichtet, wobei jedoch eine Prämie für die Beibehaltung der finanziellen Flexibilität berücksichtigt wird. Die optimale Kapitalstruktur impliziert ein Ratingziel im A-Bereich für die EnBW. Diese Analyse wird laufend durchgeführt beziehungsweise fortgeschrieben.

Ausgehend von der Mittelfristplanung analysiert die EnBW den finanziellen Handlungsspielraum (Headroom) für ein gegebenes Ratingziel. Damit wird der Rahmen für die strategischen Handlungsoptionen gesetzt. Der Vorstand befasst sich mit diesem Thema mindestens einmal jährlich.

Akquisitionen und Desinvestitionen sind der wesentliche Einflussfaktor auf den finanziellen Handlungsspielraum des Unternehmens. Die erwarteten und durchgeführten Akquisitionen und Desinvestitionen werden regelmäßig überprüft und dem ermittelten Headroom gegenübergestellt.

Die kurzfristige Liquiditätssteuerung für die EnBW erfolgt mit einem rollierenden Planungshorizont von drei Monaten. Darüber hinaus hat die EnBW Instrumente im Einsatz, die Prognosen über den Liquiditätsbedarf über einen mittelfristigen Zeitraum hinaus zulassen.

Kapitalmanagement bei der EnBW umfasst auch die bewusste Steuerung der Finanzaktiva. Basierend auf den Gutachten zu Pensionsrückstellungen sowie den Gutachten zu Nuklearrückstellungen ermittelt die EnBW in einem cashfloworientierten Modell die sich in den nächsten 30 Jahren ergebenden Effekte. Dieses Modell ist Grundlage für die Steuerung der Finanzanlagen. Es lässt die Simulation von verschiedenen Rendite- und Zuführungsalternativen zu.

Die EnBW steuert die Finanzanlagen so, dass die Pensions- und Nuklearverpflichtungen bis zum Jahr 2032 gedeckt sind.

Im Konzern besteht folgende Nettoverschuldung:

Nettoschulden in Mio. €	**31.12.2007**	**31.12.2006**
Flüssige Mittel[1]	-829,2	-1.367,7
Kurzfristige Wertpapiere[1]	-171,5	-149,6
Kurzfristige Finanzmittel[1]	**-1.000,7**	**-1.517,3**
Anleihen[2]	2.698,2	3.258,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	546,9	853,9
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	727,9	998,1
Finanzverbindlichkeiten[2]	**3.973,0**	**5.110,1**
Nettofinanzschulden[1,2]	**2.972,3**	**3.592,8**
Pensions- und Kernenergierückstellungen	8.527,9	8.392,1
Langfristige Wertpapiere und Ausleihungen	-4.906,4	-5.347,4
Kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergie-rückstellungen	-832,4	-619,8
Verbindlichkeiten aus Put-Optionen	397,4	396,9
Sonstiges	-289,1	-153,3
Nettoschulden[2]	**5.869,7**	**6.261,3**

[1] Ohne kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen.
[2] Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.

Segmentberichterstattung

Nach Konzernbereichen	Strom		Gas		Energie- und Umwelt-dienstleistungen	
Mio. €[1]	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Außenumsatz	11.539,7	9.509,0	2.479,3	2.757,9	693,2	592,6
Innenumsatz	206,5	174,8	108,6	74,8	617,3	502,5
Gesamtumsatz	11.746,2	9.683,8	2.587,9	2.832,7	1.310,5	1.095,1
EBITDA	1.978,6	2.032,8	275,3	309,5	233,2	48,5
EBIT	1.409,9	1.473,0	172,2	223,3	127,8	-128,1
Operating Cashflow	1.215,6	1.021,8	295,5	270,6	134,1	179,6
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	147,6	153,8	3,0	1,4	8,3	6,3
Planmäßige Abschreibungen	-566,1	-547,6	-95,9	-85,2	-103,3	-93,5
Außerplanmäßige Abschreibungen	-2,6	-12,2	-7,2	-1,0	-2,1	-83,1
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	568,9	403,4	71,7	71,4	175,5	155,3
Segmentvermögen	13.102,9	12.472,8	2.855,2	2.808,6	2.133,1	2.133,9
Segmentschulden	10.127,5	9.651,6	665,0	679,0	992,7	1.122,9
Buchwert at equity bewerteter Unternehmen	1.630,1	1.533,1	34,6	34,5	191,8	191,0
Geschäfts- oder Firmenwerte	456,4	441,1	133,3	91,6	50,8	59,4
Anzahl der Mitarbeiter zum 31.12.	11.632	11.754	891	827	7.187	6.734

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Die Segmentberichterstattung hat das Ziel, Informationen über die wesentlichen Geschäftsbereiche des Konzerns zur Verfügung zu stellen. Zugleich soll Einblick in die Risiko-Chancen-Struktur eines diversifizierten Konzerns gewährt werden. Die Segmentierung der Unternehmensbereiche und Regionen im EnBW-Konzern erfolgt entsprechend der internen Berichterstattung. Aufbau und Inhalt der internen Berichterstattung zeigen die Risiko-Chancen-Struktur der jeweiligen Geschäftsbereiche auf.

Die Zuordnung der Geschäfts- oder Firmenwerte zu den Geschäftsbereichen wurde rückwirkend angepasst.

Die Segmentdaten wurden in Übereinstimmung mit den Ansatz- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss ermittelt.

Die Segmentberichterstattung umfasst die Geschäftsfelder Strom, Gas sowie Energie- und Umweltdienstleistungen.

Das Geschäftsfeld Strom umfasst die Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Handel/Beschaffung, Transport/Verteilung und Vertrieb. Das Geschäftsfeld Gas beinhaltet die Ferngasstufe (Midstream) mit Importverträgen und -infrastruktur, Speicherung, Handel/Portfoliosteuerung sowie die Verteilstufe (Downstream) mit Transport/Verteilung und Vertrieb. Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen sind die Bereiche thermische Entsorgung, nichtthermische Entsorgung, Wasser sowie Sonstige Dienstleistungen enthalten.

Im Bereich Holding/Konsolidierung werden Konsolidierungseffekte, die EnBW AG sowie andere, nicht den gesondert dargestellten Segmenten zuordenbare Tätigkeiten dargestellt.

Die Innenumsätze geben die Höhe der Umsätze zwischen den Konzerngesellschaften an. Die Umsätze zwischen den Segmenten wurden zu Marktpreisen getätigt. Die Segmentierung der Investitionen, des Vermögens sowie der Bruttoschulden wurde im EnBW-Konzern direkt vorgenommen. Die Überleitung des Segmentvermögens und der Segmentschulden auf das Bruttovermögen und die Bruttoschulden ergibt sich wie folgt:

Holding/ Konsolidierung		Fortzuführende Aktivitäten		Nicht fortzuführende Aktivitäten		Gesamt	
2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
0,0	0,0	14.712,2	12.859,5	97,2	226,6	14.809,4	13.086,1
-932,4	-752,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
-932,4	-752,1	14.712,2	12.859,5	97,2	226,6	14.809,4	13.086,1
-150,7	-117,0	2.336,4	2.273,8	131,5	25,1	2.467,9	2.298,9
-150,7	-117,0	1.559,2	1.451,2	125,7	10,1	1.684,9	1.461,3
-52,7	-17,3	1.592,5	1.454,7	-33,8	11,9	1.558,7	1.466,6
0,0	0,0	158,9	161,5	0,0	0,0	158,9	161,5
0,0	0,0	-765,3	-726,3	-5,8	-14,5	-771,1	-740,8
0,0	0,0	-11,9	-96,3	0,0	-0,5	-11,9	-96,8
0,0	0,0	816,1	630,1	0,8	0,0	816,9	630,1
146,4	200,5	18.237,6	17.615,8				
4.407,7	4.115,7	16.192,9	15.569,2				
0,0	0,0	1.856,5	1.758,6				
0,0	0,0	640,5	592,1				
555	547	20.265	19.862	0	1.286	20.265	21.148

Mio. €[1]	31.12.2007	31.12.2006
Bruttovermögen laut Bilanz	**28.414,3**	**28.148,3**
Langfristige finanzielle Vermögenswerte (ohne Investment Properties)	-7.590,9	-7.790,3
Langfristige Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	-14,2	-14,2
Latente Steuern	-6,0	-38,9
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	-727,6	-274,0
Kurzfristige Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	-11,3	-9,1
Ertragsteuererstattungsansprüche	-508,9	-442,6
Flüssige Mittel	-1.317,8	-1.932,3
Vermögenswerte nicht fortzuführender Aktivitäten	0,0	-31,1
Segmentvermögen	**18.237,6**	**17.615,8**
Bruttoschulden laut Bilanz	**22.412,6**	**23.655,9**
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-3.364,2	-3.883,8
Potenzielle Kaufpreisverpflichtungen aus Put-Optionen	-397,4	-396,9
Latente Steuern	-1.616,8	-2.000,0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-588,3	-1.226,3
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-8,2	-10,5
Ertragsteuerrückstellungen/-verbindlichkeiten	-236,9	-466,2
Schulden der nicht fortzuführenden Aktivitäten	-7,9	-103,0
Segmentschulden	**16.192,9**	**15.569,2**

[1] Vorjahreszahlen angepasst.

Die Segmentberichterstattung nach Regionen umfasst entsprechend der Risiko-Chancen-Struktur die Regionen Deutschland und restliches Europa.

Nach Regionen Mio. €	2007	2006
Segmentvermögen		
Deutschland	16.579,0	15.985,5
Restliches Europa	1.658,6	1.630,3
	18.237,6	**17.615,8**
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen		
Deutschland	712,6	569,7
Restliches Europa	103,5	60,4
	816,1	**630,1**

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Zu den nahestehenden Unternehmen zählen insbesondere die Electricité de France (EDF) und der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW). Der Abschluss der EnBW AG wird in den Konzernabschluss der EDF quotal einbezogen.

Die mit der EDF im Berichtsjahr getätigten Geschäfte wirkten sich folgendermaßen auf den Konzernabschluss der EnBW aus:

Gewinn- und Verlustrechnung Mio. €	2007	2006
Umsatzerlöse	819,6	786,0
Materialaufwand	765,9	881,6

Bilanz Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Forderungen	111,6	116,0
Geleistete Anzahlungen	37,7	34,4
Verbindlichkeiten	90,1	72,0
Erhaltene Anzahlungen	44,4	50,0

Umsatzerlöse und Materialaufwand resultieren im Wesentlichen aus Stromlieferungs- und Strombezugsverträgen. Allen Geschäftsbeziehungen mit der EDF lagen marktübliche Konditionen zugrunde.

Die Geschäftsbeziehungen zu Gemeinschaftsunternehmen, die unter marktüblichen Bedingungen erfolgten, stellen sich wie folgt dar:

Gewinn- und Verlustrechnung Mio. €	2007	2006
Umsatzerlöse	43,3	117,6
Materialaufwand	36,3	53,0

Bilanz Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Sonstige Ausleihungen	7,4	14,9
Forderungen	7,4	127,3
Geleistete Anzahlungen	1,4	1,3
Verbindlichkeiten	5,1	131,4
Erhaltene Anzahlungen	1,3	0,0

Weiterhin bestehen im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit auch Beziehungen zu assoziierten Gesellschaften, unter anderem zu kommunalen at equity bewerteten Unternehmen (insbesondere zu Stadtwerken). Der Leistungsaustausch mit diesen Unternehmen fand zu marktüblichen Bedingungen statt und hat folgende Auswirkung auf die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des EnBW-Konzerns:

Gewinn- und Verlustrechnung Mio. €	2007	2006
Umsatzerlöse	130,2	82,5
Materialaufwand	35,8	37,4

Bilanz Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Sonstige Ausleihungen	0,0	5,3
Forderungen	9,3	9,3
Verbindlichkeiten	4,8	-1,1
Erhaltene Anzahlungen	0,4	0,0

Der EnBW-Konzern hat keine wesentlichen Geschäfte mit nahestehenden Personen getätigt.

Die Grundzüge des Vergütungssystems und die Vergütungshöhe von Vorstand, Aufsichtsrat sowie den früheren Mitgliedern des Vorstands sind im Vergütungsbericht dargestellt. Im Weiteren wurden im Berichtsjahr keine Kredite oder Vorschüsse an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtrats gewährt.

Angaben zu Konzessionen

Zwischen den einzelnen Gesellschaften des EnBW-Konzerns und den Gemeinden bestehen Konzessionsverträge im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserbereich. Die Laufzeit der Konzessionsverträge beträgt in der Regel 20 Jahre. Es bestehen gesetzlich geregelte Anschlusspflichten an die Versorgungsnetze. Durch den Abschluss eines Konzessionsvertrags besteht für den EnBW-Konzern die Verpflichtung zur Herstellung und Unterhaltung der zur allgemeinen Versorgung benötigten Anlagen. Des Weiteren besteht die Pflicht, eine Konzessionsabgabe an die Gemeinden zu zahlen. Nach Ablauf eines Konzessionsvertrags sind, sofern der Konzessionsvertrag nicht verlängert wird, die Versorgungsanlagen gegen eine angemessene Vergütung an die Gemeinde beziehungsweise den nachfolgenden Netzbetreiber zurück- oder abzugeben.

Mehrerlösabschöpfung

Bei der EnBW erfolgten die ersten Genehmigungen der Netzentgelte im Strom- und Gasbereich im dritten Quartal 2006. Die Regulierungsbehörden hatten angekündigt, die Differenz zwischen den genehmigten Netzerlösen und den vom 1. November 2005 beziehungsweise 1. Februar 2006 bis zur Genehmigung der Netzentgelte tatsächlich erzielten Erlösen (rückwirkende Mehrerlösabschöpfung) in der nächsten Kalkulationsperiode kostenmindernd zur berücksichtigen.

Die Rechtmäßigkeit dieser rückwirkenden Mehrerlösabschöpfung befindet sich derzeit noch in juristischer Klärung. Auf Grundlage der bisher ergangenen Urteile wird das Risiko einer Inanspruchnahme von der EnBW als sehr gering angesehen. Entsprechend wurde keine bilanzielle Risikovorsorge gebildet.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der EnBW von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem 31. Dezember 2007 nicht eingetreten.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der EnBW beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen. Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier gegebenen Einschätzungen abweichen. Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Karlsruhe, den 8. Februar 2008

EnBW Energie Baden-Württemberg AG

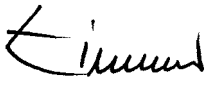
Villis

Lederer

Dr. Beck

Dr. Holzherr

Dr. h.c. Schmidt



Dr. Zimmer

Bestätigungsvermerk

Wir haben den von der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Cashflow-Rechnung, Eigenkapitalspiegel und Anhang – sowie den Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst wurde, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

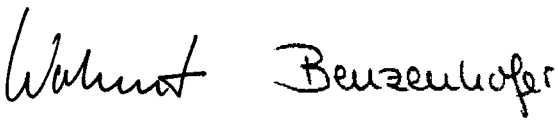
Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung und damit auch unter Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bilds der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, 8. Februar 2008

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft



Prof. Dr. Wollmert
Wirtschaftsprüfer

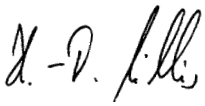
Benzenhöfer
Wirtschaftsprüferin

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst wurde, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Karlsruhe, 8. Februar 2008

EnBW Energie Baden-Württemberg AG



Villis

Lederer

Dr. Beck

Dr. Holzherr

Dr. h.c. Schmidt

Dr. Zimmer

Wesentliche Beteiligungen

Wesentliche Beteiligungen der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW AG)

	Fußnote	Sitz	Kapitalanteil[1] (in %)	Eigenkapital[2] (in Tsd. €)	Ergebnis[2] (in Tsd. €)	Umsatzerlöse[2] (in Tsd. €)
Holding						
EnBW Energie Baden-Württemberg AG		Karlsruhe		1.826.345	605.515	0
Neckarwerke Stuttgart GmbH		Stuttgart	100,00	872.304	69.270	0
Geschäftsfeld Strom						
Vollkonsolidierte Unternehmen						
1 EnAlpin AG		Visp/Schweiz	100,00	117.253	11.222	68.019
2 EnBW Kraftwerk Lippendorf Beteiligungsgesellschaft mbH		Stuttgart	100,00	297.640	–[4]	79.521
3 EnBW Kraftwerke AG		Stuttgart	100,00	1.063.141	–[4]	2.112.105
4 EnBW Regional AG		Stuttgart	100,00	413.925	–[4]	2.096.731
5 EnBW Trading GmbH		Karlsruhe	100,00	2.560	–[4]	8.275.556
6 EnBW Transportnetze AG		Stuttgart	100,00	177.791	–[4]	1.964.550
7 EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH		Stuttgart	100,00	15.164	–[4]	4.949.874
8 ENSO Strom Netz GmbH		Dresden	100,00	49	–[4]	313.214
9 EVGA Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG		Stuttgart	100,00	86.335	4.642	34.312
10 Facilma Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG		Karlsruhe	100,00	123.977	5.005	15.789
11 GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG		Dresden	100,00	112.484	–[4]	1.223
12 Kernkraftwerk Obrigheim GmbH		Obrigheim	100,00	146.590	95.460	0
13 KMS Kraftwerke Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG		Karlsruhe	100,00	236.884	4.354	9.724
14 Netzgesellschaft Ostwürttemberg GmbH		Ellwangen	100,00	100	–[4]	193.491
15 NWS Grundstücksmanagement GmbH & Co. KG		Stuttgart	100,00	310.998	32.520	52.105
16 TWS Kernkraft GmbH		Gemmrigheim	100,00	149.297	–[4]	148.393
17 Watt Deutschland GmbH		Frankfurt am Main	100,00	4.375	569	222.980
18 Yello Strom GmbH		Köln	100,00	500	–[4]	794.896
19 EnBW Kernkraft GmbH		Obrigheim	99,80	10.000	–[4]	700.985
20 EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG		Ellwangen	99,72	105.442	–[4]	418.066
21 ZEAG Energie AG		Heilbronn	98,26	113.461	16.190	102.141
22 Energiedienst Holding AG	[3]	Laufenburg/Schweiz	75,97[8]	591.098	71.763	571.469
23 ENSO Strom AG		Dresden	68,91	278.668	49.211	927.275
24 Kraftwerk Bexbach Verwaltungsgesellschaft mbH		Bexbach an der Saar	66,66	23.010	1.150	2.622
25 Stadtwerke Düsseldorf AG	[6]	Düsseldorf	54,95	348.244	39.072	1.333.348

	Fußnote	Sitz	Kapitalanteil[1] (in %)	Eigenkapital[2] (in Tsd. €)	Ergebnis[2] (in Tsd. €)	Umsatzerlöse[2] (in Tsd. €)
Geschäftsfeld Strom						
Quotenkonsolidierte Unternehmen						
26 Energotrans a.s.	6	Prag/Tschechien	100,00	153.831	35.557	106.325
27 Prazská energetiká a.s.	6	Prag/Tschechien	50,93	386.188	60.822	492.179
28 Fernwärme Ulm GmbH	5	Ulm	50,00	20.942	-242	44.462
29 Prazská teplárenská a.s.	6	Prag/Tschechien	48,45	295.885	46.938	184.690
Unternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogen sind						
30 EVN Energie-Versorgung Niederösterreich AG	3,5	Maria Enzersdorf/ Österreich	35,72	3.014.733	258.978	2.233.124
31 DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH	6	Dresden	35,00	301.902	–[9]	711.498
32 Grosskraftwerk Mannheim AG	6	Mannheim	32,00	114.142	6.647	399.454
33 Budapesti Elektromos Müvek Nyrt. (ELMÜ)	6	Budapest/Ungarn	27,25	283.759	58.584	834.594
34 Eszak-Magyarországi Áramszolgáltató Nyrt. (EMASZ)	6	Miskolc/Ungarn	26,83	140.188	16.857	360.991
35 Elektrownia Rybnik S.A.	6	Rybnik/Polen	26,31	175.263	12.930	310.820
36 FairEnergie GmbH	6	Reutlingen	24,90	90.766	–[9]	274.682
37 Mátrai Erömü ZRt. (MATRA)	6	Visonta/Ungarn	21,71	184.706	36.225	226.833
38 Stadtwerke Karlsruhe GmbH	6	Karlsruhe	20,00	165.710	–[9]	479.292
Beteiligungen						
39 e.wa.riss GmbH & Co. KG	6	Biberach	50,00	12.110	5.347	48.862
40 Schluchseewerk AG	6	Laufenburg/Baden	50,00	59.339	2.809	76.159
41 Energie- und Wasserwerke Bautzen GmbH	6	Bautzen	49,00	16.630	–[9]	41.737
42 Stadtwerke Weinheim GmbH	6	Weinheim	39,32	26.296	3.281	52.012
43 Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt AG	5,6	Rheinfelden/Schweiz	38,00	24.046	1.163	9.217
44 Elektrizitätswerk Mittelbaden AG & Co. KG	6	Lahr	34,74	42.347	14.552	181.682
45 Stadtwerke Elbtal GmbH	6	Coswig	30,00	7.417	–[9]	52.818
46 Albwerk GmbH & Co. KG	6	Geislingen an der Steige	25,10	14.179	6.942	62.146
47 Energie- und Wasserversorgung Bruchsal GmbH	6	Bruchsal	25,10	21.993	–[9]	45.647
48 ENRW Energieversorgung Rottweil GmbH & Co. KG	6	Rottweil	25,10	23.142	2.183	69.193
49 Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH	6	Schwäbisch Gmünd	25,10	22.701	–[9]	66.793
50 Stadtwerke Sindelfingen GmbH	6	Sindelfingen	25,10	25.650	5.174	71.140
51 Stadtwerke Nürtingen GmbH	6	Nürtingen	25,00	28.476	1.203	37.437
52 Zespół Elektrocieptowni Wrocławskich Kogeneracja S.A.		Breslau/Polen	15,59	209.072	15.736	102.352
53 MVV Energie AG	5	Mannheim	15,07	587.881	67.927	1.088.194

	Fußnote	Sitz	Kapitalanteil[1] (in %)	Eigenkapital[2] (in Tsd. €)	Ergebnis[2] (in Tsd. €)	Umsatzerlöse[2] (in Tsd. €)
Geschäftsfeld Gas						
Vollkonsolidierte Unternehmen						
54 EnBW Gas GmbH		Stuttgart	100,00	133.970	–[4]	688.781
55 ENSO Erdgas GmbH		Dresden	100,00	44.490	–[4]	366.654
56 Gasversorgung Süddeutschland GmbH	[7]	Stuttgart	100,00	76.694	–[4]	1.786.697
57 GSW Gasversorgung Sachsen Ost Wärmeservice GmbH & Co. KG		Dresden	100,00	1.278	60	19.872
58 Erdgas Südwest GmbH		Karlsruhe	79,00	46.705	16.312	156.087
Unternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogen sind						
59 Stadtwerke Esslingen am Neckar GmbH & Co. KG	[6]	Esslingen am Neckar	49,98	56.025	3.680	69.961
Beteiligungen						
60 Heilbronner Versorgungs GmbH	[6]	Heilbronn	25,10	36.375	–[9]	99.799
61 Technische Werke Schussental GmbH & Co. KG	[6]	Ravensburg	25,10	22.924	4.447	69.072
Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen						
Vollkonsolidierte Unternehmen						
62 EnBW Beteiligungen AG		Kornwestheim	100,00	195.257	205.426	0
63 EnBW City GmbH & Co. KG		Stuttgart	100,00	96.583	30	0
64 EnBW Energy Solutions GmbH		Stuttgart	100,00	39.268	6.678	65.881
65 EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG Karlsruhe		Karlsruhe	100,00	137.390	1.635	12.650
66 EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG Stuttgart		Stuttgart	100,00	46.090	2.205	5.750
67 EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH		Stuttgart	100,00	995.226	–[4]	2.105
68 EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH		Karlsruhe	100,00	16.500	–[4]	277.317
69 T-plus GmbH		Karlsruhe	100,00	15.000	–[4]	53.888
70 U-plus Umweltservice AG		Karlsruhe	100,00	158.221	50.815	0
71 AWISTA Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung mbH	[6]	Düsseldorf	51,00	37.063	6.478	152.599

	Fußnote	Sitz	Kapital-anteil[1] (in %)	Eigen-kapital[2] (in Tsd. €)	Ergebnis[2] (in Tsd. €)	Umsatz-erlöse[2] (in Tsd. €)
Quotenkonsolidierte Unternehmen						
72 Industriekraftwerk Baienfurt OHG		Baienfurt	50,00	9.728	6.076	37.457
Unternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogen sind						
73 Gegenbauer Holding SA & Co. KG		Berlin	49,00	19.691	10.904	14.661
74 DIW Deutsche Industriewartung AG	5	Stuttgart	45,20	102.727	5.581	0
75 Zweckverband Landeswasserversorgung	6	Stuttgart	28,12	148.466	-198	38.864
76 Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung	6	Stuttgart	22,39	192.888	-1.610	51.253

[1] Anteile des jeweiligen Mutterunternehmens berechnet nach § 313 Abs. 2 HGB (Stand: 31. Dezember 2007).
[2] Bei Einzelgesellschaften entstammen die Angaben den nach landesspezifischen Vorschriften aufgestellten Abschlüssen und zeigen nicht den Beitrag der Gesellschaften zum Konzernabschluss.
[3] Angaben für den Teilkonzern nach IFRS.
[4] Ergebnisabführungsvertrag bzw. Beherrschungsvertrag bzw. Verlustübernahmeerklärung.
[5] Abweichendes Geschäftsjahr.
[6] Vorjahreswerte.
[7] Gehalten über die EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe (EnBW-Anteilsbesitz: 50 %), die aufgrund einer Casting-Vote-Regelung vollkonsolidiert wird.
[8] Vor Berücksichtigung eigener Aktien der Gesellschaft.
[9] Ergebnisabführungsvertrag gegenüber Dritten.

Die Perspektive für die Zukunft ist ehrgeizig und realistisch zugleich: In den kommenden Jahren wollen wir den Unternehmenswert nachhaltig steigern.

Weitere Angaben

208 Organe der Gesellschaft

214 Glossar

220 Finanztermine/Kontakte

221 Stichwortverzeichnis

224 Bildnachweis

Organe der Gesellschaft

Mutterunternehmen

EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe
Deutschland
www.enbw.com

Mandate der Vorstandsmitglieder*

Hans-Peter Villis
(Mitglied und Vorsitzender des Vorstands seit 1. Oktober 2007, Mandatsliste ab Amtsbeginn)
(1) EVN Energie-Versorgung Niederösterreich AG (seit 17. Januar 2008)
Stadtwerke Düsseldorf AG (seit 16. November 2007, Vorsitzender seit 12. Dezember 2007)

Pierre Lederer
(1) Deutsche Steinkohle AG (bis 30. November 2007)
EnBW Kernkraft GmbH (vom 14. März bis 16. November 2007)
EnBW Kraftwerke AG (Vorsitzender vom 7. März bis 25. November 2007)
EnBW Regional AG (Vorsitzender)
EnBW Transportnetze AG (Vorsitzender)
EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH (bis 31. Mai 2007)
Energiedienst AG
(2) EnBW Energy Solutions GmbH
EnBW Gas GmbH (Vorsitzender)
EnBW Trading GmbH (Vorsitzender)
Energiedienst Holding AG
Gasversorgung Süddeutschland GmbH (Vorsitzender)

Dr. Bernhard Beck
(1) DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH
EnBW Beteiligungen AG (Vorsitzender seit 16. November 2007)
EnBW Kraftwerke AG
EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH (Vorsitzender)
EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
Energiedienst AG
ENSO Strom AG
GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG
SOMENTEC Software AG (Vorsitzender)
Stadtwerke Düsseldorf AG
(2) BKK VerbundPlus, Körperschaft des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH (Vorsitzender)
EnBW Trading GmbH (seit 28. Februar 2007)
Energiedienst Holding AG
ENSO Energie Sachsen Ost GmbH
Gasversorgung Süddeutschland GmbH
TDL Gesellschaft für anlagentechnische Dienste und kaufmännische Leistungen mbH (Vorsitzender)
TEWERATIO GmbH (Vorsitzender)

Dr. Christian Holzherr
(1) EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
(2) EnBW Trading GmbH

Dr. h.c. Detlef Schmidt
(1) EnBW Regional AG
EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH (Vorsitzender)
ENSO Strom AG (Vorsitzender)
GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (Vorsitzender)
Stadtwerke Düsseldorf AG
(2) EnBW Energy Solutions GmbH
EnBW Trading GmbH
ENSO Energie Sachsen Ost GmbH (Vorsitzender)
ENSO Erdgas GmbH
SüdBest GmbH (Vorsitzender)
VfB Stuttgart 1893 e. V.

Dr. Hans-Josef Zimmer
(Mitglied des Vorstands seit 1. Oktober 2007, Mandatsliste ab Amtsbeginn)
(1) EnBW Kernkraft GmbH (seit 16. Oktober 2007, Vorsitzender seit 17. November 2007)
EnBW Kraftwerke AG (seit 21. November 2007, Vorsitzender seit 26. November 2007)
(2) Easy Toll Systems SA (bis 19. November 2007)
Gesellschaft für Nuklear-Service mbH

Prof. Dr. Utz Claassen
(Mitglied und Vorsitzender des Vorstands bis 30. September 2007)
(1) EnBW Beteiligungen AG
(Vorsitzender, bis 25. Oktober 2007)
Stadtwerke Düsseldorf AG
(Vorsitzender, bis 17. Oktober 2007)
(2) Otto Bock Holding GmbH & Co. KG (Beirat)

Prof. Dr.-Ing. Thomas Hartkopf
(Mitglied des Vorstands bis 8. Februar 2007)
(1) EnBW Kernkraft GmbH
(Vorsitzender, bis 13. März 2007)
EnBW Kraftwerke AG (Vorsitzender, bis 7. März 2007)
EnBW Transportnetze AG (bis 22. Februar 2007)
Energiedienst AG (bis 13. Februar 2007)
Grosskraftwerk Mannheim AG (bis 13. Februar 2007)
Schluchseewerk AG
(Vorsitzender, bis 13. Februar 2007)
U-plus Umweltservice AG
(Vorsitzender, bis 13. Februar 2007)
(2) EnAlpin AG (Präsident, bis 13. Februar 2007)
EnBW Trading GmbH (bis 27. Februar 2007)
Energiedienst Holding AG (bis 13. Februar 2007)
Kernkraftwerk Obrigheim GmbH (bis 8. März 2007)
Vorarlberger Illwerke AG (bis 13. Februar 2007)

*(1) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten.
(2) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen.

Stand: 8. Februar 2008

Zusätzliche Mandate der Aufsichtsratsmitglieder*

Dr. Claus Dieter Hoffmann
(Vorsitzender)
(1) Bauerfeind AG
Jowat AG (bis 30. Juni 2007)
(2) De Boer Holding NV
ING Group NV

Dietrich Herd
(stellvertretender Vorsitzender)
(1) EnBW Kernkraft GmbH
EnBW Kraftwerke AG
(2) BKK VerbundPlus,
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Prof. Joachim Bitterlich
(2) DEKRA e. V.
Veolia Propreté SA
Veolia Transport SA

Marc Boudier
(2) Aar et Tessin SA d'Electricité
Atel Holding AG, vormals Motor-Columbus AG
EDF Belgium SA (Vorsitzender)
EDF International SA
EDF Peninsula Ibérica SLU (Vorsitzender)
Edison spa
Transalpina di Energia SRL

Dr. Daniel Camus
(1) Morphosys AG
(2) Dalkia Holding SA
EDF Energy plc (Vorsitzender)
EDF International SA (Vorsitzender)
Edison spa
Transalpina di Energia SRL
Valeo SA

Dirk Gaerte
(1) Hohenzollerische Landesbahn AG
(2) Flugplatz Mengen-Hohentengen GmbH (Vorsitzender)
Hohenzollerische Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen, Anstalt des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
Kliniken Landkreis Sigmaringen GmbH (Vorsitzender)
Regionales Technologie- und Innovationszentrum Pfullendorf GmbH
Verkehrsverband Neckar-Donau (Naldo) GmbH
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal

Josef Götz
(1) EnBW Regional AG
(2) Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung

Reiner Koch
(1) Stadtwerke Düsseldorf AG (seit 19. Juli 2007)

Marianne Kugler-Wendt
(1) Bausparkasse Schwäbisch-Hall AG (seit 5. September 2007)
EnBW Kernkraft GmbH
EnBW Kraftwerke AG
SLK-Kliniken Heilbronn GmbH
(2) Heilbronner Versorgungs GmbH
Kreissparkasse Heilbronn, Anstalt des öffentlichen Rechts (stellvertretendes Mitglied)
Stadtwerke Heilbronn GmbH

Wolfgang Lang
(1) EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH
(2) EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH
TDL Gesellschaft für anlagentechnische Dienste und kaufmännische Leistungen mbH
TEWERATIO GmbH

Gérard Roth
(2) Elektrownia Rybnik SA (seit 19. März 2007)

Klaus Schörnich
(1) AWISTA Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung mbH (bis 5. Dezember 2007)
Stadtwerke Düsseldorf AG

Heinz Seiffert
(1) EnBW Regional AG (bis 26. April 2007)
Krankenhaus GmbH Alb-Donau-Kreis (Vorsitzender)
Sparkasse Ulm, Anstalt des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
(2) ADK GmbH für Gesundheit und Soziales (Vorsitzender, seit 26. November 2007)
Donau-Iller-Nahverkehrs-GmbH (Vorsitzender bis 13. November 2007)
Fernwärme Ulm GmbH
Genossenschaft für Wohnungsbau Oberland eG
Kreisbau GmbH Alb-Donau (Vorsitzender)
Pflegeheim GmbH Alb-Donau-Kreis (Vorsitzender)
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal (Vorsitzender bis 31. Dezember 2007)

Gerhard Stratthaus
(1) Badische Staatsbrauerei Rothaus AG (Vorsitzender)
(2) Landesbank Baden-Württemberg, Anstalt des öffentlichen Rechts
Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank, Anstalt des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (Vorsitzender)

Werner Vorderwülbecke
(1) EnBW Kraftwerke AG (seit 31. August 2007)
EnBW Regional AG
EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
LBBW Immobilien GmbH

Christoph Walther
(1) ENSO Strom AG
(2) ENSO Energie Sachsen Ost GmbH

Dietmar Weber
(1) EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
(2) EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH

Kurt Widmaier

(2) Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG
Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH (Vorsitzender bis 31. Dezember 2007)
Kreissparkasse Ravensburg (Vorsitzender)
Landesbank Baden-Württemberg, Anstalt des öffentlichen Rechts
Oberschwaben Klinik gGmbH (Vorsitzender)
Ravensburger Entsorgungsanlagen GmbH (Vorsitzender)
WIR-Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft Landkreis Ravensburg GmbH (Vorsitzender)
Zentrum für Psychiatrie Weissenau, Anstalt des öffentlichen Rechts
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (Vorsitzender)
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen

Dr.-Ing. Gérard Wolf

(2) Dalkia International SA
Dalkia SA (seit 25. Mai 2007)
EDF International SA (seit 9. Januar 2007)
EDF Trading Limited (seit 4. Juli 2007)
Edison spa
Transalpina di Energia SRL

Dr. Bernd-Michael Zinow

(1) EnBW Transportnetze AG
(seit 16. Januar 2008)

Willi Fischer

(1) Hohenzollerische Landesbahn AG
(bis 30. September 2007)
(2) Sparkasse Zollernalb, Anstalt des öffentlichen Rechts
(Vorsitzender, bis 30. September 2007)
Verkehrsverbund Neckar-Donau (Naldo) GmbH
(Vorsitzender, bis 30. September 2007)
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Zollernalbkreis GmbH
(Vorsitzender, bis 30. September 2007)
Zollernalb Klinikum gGmbH
(Vorsitzender, bis 30. September 2007)
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
(bis 30. September 2007)

Rolf Gillé

(1) U-plus Umweltservice AG (bis 23. April 2007)
(2) EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH
(bis 31. Oktober 2007)
U-plus Beteiligungen GmbH
(vom 23. April 2007 bis 30. Juli 2007)

Siegfried Tann

(2) ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH des Bodenseekreises und des Kreises Konstanz (Vorsitzender, bis 31. März 2007)
Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH (bis 31. März 2007)
Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Anstalt des öffentlichen Rechts (bis 31. März 2007)
Sparkasse Bodensee, Anstalt des öffentlichen Rechts
(Vorsitzender, bis 31. März 2007)
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
(bis 31. März 2007)

Alfred Wohlfart

(1) EnBW Kraftwerke AG (bis 29. Juli 2007)
EnBW Regional AG (bis 19. September 2007)

*(1) Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten.
(2) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen.

Stand: 8. Februar 2008

Der Beirat

Dr. Wolfgang Schürle
ehemaliger Aufsichtsrats-
vorsitzender der EnBW,
Landrat des Alb-Donau-Kreises a. D.,
Ulm
Vorsitzender

Dr.-Ing. e.h. Heinz Dürr
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Dürr AG, Berlin
stellvertretender Vorsitzender

Jean-Pierre Benqué
Directeur Général Adjoint
Commerce bei Electricité
de France SA, Paris

Marc Boudier
Directeur Europe
bei Electricité de France SA,
Paris

Dr. rer. nat. Joachim Dreyer
ehemaliger Vorsitzender
des Vorstands der debitel AG,
Stuttgart

Joachim Erwin
Oberbürgermeister der Landes-
hauptstadt Düsseldorf

Dr. Andreas Fabritius
Rechtsanwalt bei
Freshfields Bruckhaus Deringer,
Frankfurt

Walter Frey
Vorsitzender des
Verwaltungsrats der
Emil Frey AG, Zürich

Dr. Monika Gommolla
Vorsitzende des
Aufsichtsrats der Maritim
Hotelgesellschaft mbH,
Bad Salzuflen

Dipl.-Ing. Karl Haase
Vorsitzender der
Geschäftsführung der Deutsche
Edelstahlwerke GmbH,
Siegen

Dr. Franz Wilhelm Hopp
ehemaliges Mitglied des Vorstands
der ERGO Versicherungsgruppe AG,
Düsseldorf

Dr. Klaus Kinkel
Vizekanzler a. D.,
St. Augustin

Dr. Rolf Linkohr
Präsident des
Center for European
Energy Strategy,
Brüssel

Roland Mack
geschäftsführender
Gesellschafter des Europa-Parks,
Rust

Dr. Klaus Mangold
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Rothschild GmbH,
Frankfurt

Gerhard Mayer-Vorfelder
Finanzminister a. D.
des Landes Baden-Württemberg,
UEFA-Vizepräsident,
Stuttgart

Dr.-Ing. e.h. Hartmut Mehdorn
Vorsitzender des Vorstands
der Deutsche Bahn AG,
Berlin

Dr.-Ing. e.h. Peter Mihatsch
ehemaliges Mitglied des Vorstands
der Mannesmann AG,
Sindelfingen

Jean-Pierre Mustier
Chief Executive Officer bei
Société Générale Corporate &
Investment Banking,
Paris

Thomas Oppermann
Mitglied des
Deutschen Bundestags,
Göttingen
Mitglied bis 31. Dezember 2007

Dr. Wolf Hartmut Prellwitz
Ehrenvorsitzender
des Aufsichtsrats der
KUKA Aktiengesellschaft, Karlsruhe

Urs B. Rinderknecht
Generaldirektor der UBS AG,
Zürich

Dr. Sieghardt Rometsch
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG,
Düsseldorf

Hans-Joerg Rudloff
Chairman of the
Executive Committee
of Barclays Capital,
London

Hans Dietmar Sauer
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Wüstenrot & Württembergische AG,
Karlsruhe

Rezzo Schlauch
Parlamentarischer
Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt,
Stuttgart

Dr. Wolfgang Schuster
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

Prof. Dr. Dr. h.c.
Bernhard Servatius
Rechtsanwalt
bei der Treubesitz GmbH,
Hamburg

Dr. Joachim-Heinrich Stamer
ehemaliger Vorsitzender
des Vorstands der EnBW
Transportnetze AG,
Freiberg
Mitglied seit 1. März 2007

Karl Starzacher
Counsel bei White & Case,
Düsseldorf

Erwin Staudt
Präsident
des VfB Stuttgart 1893 e. V.,
Stuttgart

Dr. Willi Steul
stellvertretender Intendant
des SWR, Landessenderdirektor
Baden-Württemberg,
Stuttgart
Mitglied seit 15. März 2007

Hans-Joachim Strüder
Mitglied des Vorstands
der Landesbank
Baden-Württemberg,
Stuttgart
Mitglied seit 15. März 2007

Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
Rita Süssmuth
Präsidentin des
Deutschen Bundestags a. D.,
Berlin

Willem G. van Agtmael
geschäftsführender Gesellschafter
der E. Breuninger GmbH & Co.,
Stuttgart

Dr. Theo Waigel
Bundesminister a. D.,
Rechtsanwalt bei
GSK-Gassner Stockmann
und Kollegen,
München

Prof. Dr.-Ing. Hartmut Weule
Professor an der
Universität Karlsruhe,
Institut für Werkzeugmaschinen
und Betriebstechnik,
Karlsruhe

Matthias Wissmann
Bundesminister a. D.,
Präsident des Verbands der
Automobilindustrie e. V.,
Berlin

Stand: 8. Februar 2008

Glossar

Anreizregulierung
Regelt ab Januar 2009 die Bestimmung der Netzentgelte für Strom und Gas und soll zu effizienterem Netzbetrieb und sinkenden Energiepreisen für die Endkunden führen.

Base
Grundlastprodukt, das heißt Lieferung/Abnahme mit konstanter Leistung über den gesamten Zeitraum.

BAT-(Best-Available-Technology-)basiertes Benchmarksystem
Instrument zur Ermittlung der Emissionsberechtigungen auf Anlagenebene. Für Anlagentypen oder Branchen werden für die Emissionen Standardwerte ermittelt – zum Beispiel nach BAT wie beim deutschen NAP II oder nach Durchschnittswerten –, nach denen sich die Ausstattung der jeweiligen Anlagen und damit der Unternehmen mit Emissionsrechten richtet.

Beta-(ß-)Faktor
Risikomaß, das in die Berechnung des Eigenkapitalkostensatzes einfließt. Der Beta-Faktor drückt die Kurssensitivität einer Aktie auf Veränderungen des Gesamtmarkts aus.
ß-Faktor > 1 = Aktie schwankt stärker als Gesamtmarkt = höheres Risiko.
ß-Faktor < 1 = Aktie schwankt weniger stark als Gesamtmarkt = niedrigeres Risiko.

Bonität
Kreditwürdigkeit eines Unternehmens.

Brennstoffzelle
Eine Brennstoffzelle wandelt chemische Energie nach dem Prinzip einer umgekehrten Elektrolyse in elektrische Energie und Wärme um. Als Reaktionsprodukte entstehen Wasser und, je nach verwendetem Energieträger, auch Kohlendioxid.

Bruttoinlandsprodukt
Gesamte wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft innerhalb eines bestimmten Zeitraums. Maß für den Wert der wirtschaftlichen Leistung, die aus der Produktionstätigkeit im Inland resultiert.

Capital Employed
Im Unternehmen eingesetztes Kapital, für das ein Verzinsungsanspruch seitens externer Kapitalgeber besteht. Dem Capital Employed werden alle Vermögenswerte des operativen Geschäfts zugerechnet. Von diesen Vermögenswerten wird das nicht zinstragende Kapital abgezogen.

Cashflow
Zufluss oder Abfluss von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.

Cashflow Hedge
Dient der Absicherung des Risikos von Schwankungen künftiger Zahlungsströme, die sich auf das Ergebnis auswirken können.

CDM – Clean Development Mechanism
Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung. In Artikel 12 des Kyoto-Protokolls festgelegt. Ermöglicht Industrie- und Entwicklungsländern, gemeinsam Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern, die selbst keine Klimaschutzverpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll haben, durchzuführen. Dabei wird das Projekt (zum Beispiel die Errichtung einer Windkraftanlage) vom Industrieland finanziert. Die hierdurch im Entwicklungsland vermiedenen Emissionen darf das Industrieland in der Verpflichtungsperiode entweder zusätzlich emittieren oder sich als Emissionsguthaben gutschreiben lassen.

CDS – Credit Default Swap
Kreditderivat (-> Derivate) zum Handeln von Ausfallrisiken von Krediten/Anleihen.

Clearing
Zentrale Verrechnung gegenseitiger Verbindlichkeiten. Im Börsenhandel verrechnet ein sogenanntes Clearinghouse diese gegenseitigen Verbindlichkeiten und berechnet die Margin-Leistungen.

Corporate Governance
Gesamtheit der auf die Aktionärsinteressen ausgerichteten Grundsätze und Regeln zu Organisation, Verhalten und Transparenz, die – unter Wahrung von Entscheidungsfähigkeit und Effizienz der Führung – auf oberster Unternehmensebene auf ein ausgewogenes Verhältnis von Leitung und Kontrolle abzielen.

CO_2
Chemische Bezeichnung für Kohlendioxid.

CP-(Commercial-Paper-)Programm
Finanzierungsplattform, über die ungesicherte Schuldverschreibungen mit Laufzeiten von 1 Tag bis zu 364 Tagen standardisiert auf dem Euro-Kapitalmarkt begeben werden können.

Derivate
Finanzinstrumente – beispielsweise Optionen, Futures, Forwards, Zinsswaps und Währungsswaps –, die Rechte und Verpflichtungen erzeugen, sodass Finanzrisiken, die in den zugrunde liegenden originären Finanzinstrumenten enthalten sind, als separate Rechte und Verpflichtungen zwischen den Vertragsparteien übertragen werden können. Dabei führen derivative Finanzinstrumente bei Vertragsabschluss nicht zu einer Übertragung des zugrunde liegenden originären Finanzinstruments; auch die Erfüllung solcher Verträge ist nicht notwendigerweise mit einer Übertragung des originären Finanzinstruments verknüpft.

Downstream
Beschreibt Geschäftsaktivitäten im Zusammenhang mit Verteilung, Vertrieb und Marketing von Erdgas.

EBT – Earnings before Taxes
Ergebnis vor Ertragsteuern (Gewinn vor Steuern). Das EBT dient als Vergleichskennzahl für die Ertragskraft von Unternehmen im internationalen Vergleich. Die Ertragsteuern bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt. Allerdings sind Finanzierungskosten in dieser Kennzahl bereits enthalten sowie Erlöse aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen, also Faktoren, die einer nationalen Steuergesetzgebung unterliegen. Dadurch ist diese Kennzahl indirekt doch von Steuern abhängig, was die Verwendbarkeit im internationalen Vergleich begrenzt. Aus dem Verhältnis des Gewinns vor Steuern und dem Umsatz ergibt sich die Vorsteuermarge.

EBIT – Earnings before Interest and Taxes
Ergebnis vor Ertragsteuern und Finanzergebnis/Zinsen. Das EBIT entspricht dem Jahresüberschuss vor Zinsen und Steuern. Das Herausrechnen dieser Bilanzpositionen ermöglicht einen objektiveren Vergleich der operativen Ertragskraft (Betriebsergebnis) verschiedener Unternehmen. Das EBIT ist nicht nur das reine Ergebnis vor Zinsen und Steuern, sondern das operative Ergebnis vor dem Finanzergebnis. So kann der Gewinn vor Steuern noch erheblich beeinflusst werden, wenn beispielsweise zusätzliche Einkünfte aus Finanzierungstätigkeiten vorliegen.

EBITDA – Earnings before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization
Ergebnis vor Ertragsteuern, Finanzergebnis und Abschreibungen. Diese in den USA entwickelte Kennzahl wird heute weltweit in der Unternehmensbewertung verwendet, die bei der Jahresabschlussanalyse relevant ist. Dabei wird das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Betriebsergebnis), das nicht mit dem Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der Bilanz identisch ist, um bestimmte Faktoren bereinigt. In vereinfachter Form wird das EBITDA folgendermaßen ermittelt: Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Nettozinszahlungen + Steuern + Abschreibungen. Mithilfe des EBITDA wird ermittelt, inwieweit das Unternehmen aus seiner gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Betriebsergebnis) einen Überschuss erzielt. Diese Kennzahl dient in erster Linie der besseren Vergleichbarkeit börsennotierter Unternehmen.

EBIT-Marge
EBIT-Umsatzrendite. Operative Unternehmenskennzahl, die aus der Relation des EBIT zum Umsatz berechnet wird. Sie dient dazu, die EBIT-Ertragskraft verschiedener Gesellschaften miteinander zu vergleichen.

EBITDA-Marge
EBITDA-Umsatzrendite. Operative Unternehmenskennzahl, die als Quotient aus EBITDA und Umsatz berechnet wird. Sie dient dazu, die EBITDA-Ertragskraft verschiedener Gesellschaften miteinander zu vergleichen, und gibt Aufschluss über die Relation zwischen Abschreibungen und operativem Gewinn.

EEG – Erneuerbare-Energien-Gesetz
Ziel des Gesetzes ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung zu erhöhen und den Anteil am gesamten Energieverbrauch in Deutschland bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Dies geschieht durch Förderung der Stromerzeugung aus Wasserkraft, Windkraft, solarer Strahlungsenergie, Geothermie, Deponiegas, Klärgas, Grubengas und Biomasse.

EEX – European Energy Exchange
Elektronische Energiehandelsbörse in Leipzig, an der die Energieträger Strom, Erdgas und Kohle sowie Emissionsberechtigungen gehandelt werden (Spot- und Terminmarktprodukte).

Eigenkapitalquote
Die Eigenkapitalquote wird aus dem prozentualen Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme eines Unternehmens ermittelt und gibt Aufschluss über dessen wirtschaftliche und finanzielle Stabilität. Grundsätzlich ist eine höhere Eigenkapitalquote unter dem Gesichtspunkt der Insolvenzsicherheit als positiv zu bewerten. Je höher die Eigenkapitalquote, desto größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit eventuell eintretender Verluste.

Emissionshandel
Emissionshandel ist ein verkürzter Ausdruck für den Handel mit Emissionsrechten und stellt ein Instrument der Umweltpolitik mit dem Ziel des Klimaschutzes dar. Im Kyoto-Protokoll haben sich die Industrieländer auf eine weltweite Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen (besonders CO_2) um 5,2 % gegenüber 1990 verständigt; Europa hat sich bereit erklärt, seine Emissionen von Treibhausgasen um 8 % (rund 0,35 Mrd. t) zu verringern. Dieses Reduzierungsziel wird auf die einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft unterschiedlich verteilt. Deutschland trägt mit etwa 75 % des europäischen Minderungsziels die Hauptlast und muss seine Treibhausgasemissionen um 21 % reduzieren. Da es um eine möglichst effiziente Verteilung einer mengenmäßig feststehenden Reduktion klimawirksamer Gase geht, wird die einem Land gestattete Emissionsmenge – ähnlich wie die Stückelung von Unternehmenskapital in Aktien – aufgeteilt in sogenannte Emissionszertifikate, die die Emission bestimmter Mengen klimarelevanter Gase gestatten. Diese werden in Abhängigkeit von den bisherigen Emissionen nach dem Nationalen Allokationsplan an die Unternehmen vergeben. Unternehmen, die mehr Zertifikate benötigen, müssen diese von Unternehmen kaufen, die weniger Zertifikate benötigen, weil sie ihre Reduktionsverpflichtung schon weitgehend erfüllt haben. Jedem Marktteilnehmer ist es freigestellt, ein Emissionszertifikat zu erwerben oder aber umweltfreundlichere Technologien einzusetzen. Die Entscheidung wird von den Marktpreisen, zu denen die Zertifikate gehandelt werden, abhängen.

EnWG – Energiewirtschaftsgesetz
Das im Juli 2005 in Kraft getretene EnWG hat die Strom- und Gasversorgung in ein Regulierungssystem überführt. Kernpunkte des Gesetzes sind die Definition von Netzbetreiberpflichten, Regeln für Netzzugang und Netzentgelte sowie die Überwachung durch die Bundesnetzagentur oder die Landesregulierungsbehörden.

Equity-Methode
Bilanzierungsmethode, bei der die Anteile an einem Unternehmen zunächst mit den Anschaffungskosten gebucht werden und in der Folge entsprechend dem Anteil des Anteilseigners am sich ändernden Reinvermögen des Beteiligungsunternehmens berichtigt werden. Zusätzlich werden bei Unternehmen, die vor dem 31. März 2004 erworben wurden, noch Abschreibungen auf Firmenwerte berücksichtigt. Die Equity-Methode kommt zur Anwendung, wenn zwar ein maßgeblicher Einfluss auf die Geschäftspolitik des assoziierten Unternehmens vorliegt, aber weder die Voraussetzungen eines Tochter- noch die eines Gemeinschaftsunternehmens vorliegen.

EUA – EU-Allowance
Kleinste Handelseinheit im EU-Emissionshandel.

Euro-Medium-Term-Note-(EMTN-)Programm
Standardisierte Dokumentationsplattform für die Emission von mittel- und langfristigen Schuldverschreibungen am Euro-Kapitalmarkt.

Fair Value Hedge
Bezeichnung für die Absicherung des Risikos einer Fair-Value-Änderung eines bilanzierten Vermögenswerts beziehungsweise einer bilanzierten Verbindlichkeit oder einer nicht bilanzwirksamen festen Verpflichtung (Firm Commitment) oder eines spezifischen Anteils an einem solchen Vermögenswert, einer solchen Verbindlichkeit oder einer solchen festen Verpflichtung, wenn dieser Anteil einem bestimmten Risiko zugeordnet werden kann und Auswirkungen auf das Periodenergebnis haben könnte.

Fermenter
Gärbehälter zum Beispiel einer Biogasanlage, in dem Biogas aus Biomasse gewonnen wird. Biogas kann zu Erdgasqualität aufbereitet werden und Erdgas substituieren.

FFO – Funds from Operations
Der FFO vor Steuern und Zinsen stellt eine wesentliche Größe der operativen Ertragskraft dar. Der FFO bezeichnet den operativen Cashflow vor Veränderungen des Nettoumlaufvermögens, gezahlter Ertragsteuern und der Netto-Zinszahlungen.

Fremdkapitalkosten
Zinsen und weitere in Zusammenhang mit der Aufnahme von Fremdkapital angefallene Kosten eines Unternehmens.

GbR – Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Geothermie
In Form von Wärme gespeicherte Energie unter der Erdoberfläche. In Deutschland herrschen in Tiefen von mehren Tausend Metern Temperaturen von mehr als 100 °C, die zur Stromerzeugung genutzt werden können. Erdwärme zum Heizen von Gebäuden kann mit Sonden gewonnen werden, die nur etwa 100 Meter tief in die Erde reichen müssen.

HGB – Handelsgesetzbuch

ICE – Intercontinental Exchange
Elektronische Rohstoffterminbörse an der insbesondere Ölprodukte, Emissionsberechtigungen, Gas und auch Strom mit Lieferpunkt in Großbritannien gehandelt werden.

IFRIC – International Financial Reporting Interpretations Committee
Früher: Standing Interpretations Committee (SIC).
Es hat die Aufgabe, die vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten Standards zu interpretieren und zu konkretisieren. Das privatrechtlich organisierte und finanzierte IASB gibt es seit 2001. Es hat seinen Sitz in London.

Investment Properties
Als Finanzanlagen gehaltene Immobilien (Finanzinvestitionen in Immobilien).

ISO – Independent System Operator
Der Netzbetriebsteil eines Übertragungsnetzbetreibers in Abgrenzung zum Netzeigentümer (System Operator – Asset Owner). Zur Sicherstellung eines diskriminierungsfreien Netzbetriebs soll dieser unabhängig von den übrigen Aktivitäten des Energieversorgungsunternehmens sein.

Joint Implementation
Das Instrument der Joint Implementation, in Artikel 6 des Kyoto-Protokolls festgelegt, bietet Industrieländern sowie Unternehmen aus diesen Staaten die Möglichkeit, mit Projekten in anderen Industriestaaten Emissionsgutschriften zu erwerben und diese auf die eigenen Verpflichtungen anrechnen zu lassen. Die so erzielten Emissionsminderungen heißen Emissionsreduktionseinheiten und sind handelbar.

Kapitalkostensatz
Verzinsungsanspruch der Eigen- und Fremdkapitalgeber gewichtet mit der Zielkapitalstruktur. Diese Gewichtung trägt den unterschiedlichen Renditeanforderungen aufgrund der unterschiedlichen Risiken von Eigen- und Fremdkapital Rechnung.

Konzessionsvertrag
Übereinkunft zwischen einer Gemeinde und einem Energieversorgungsunternehmen (EVU). Es räumt dem EVU das Recht ein, auf öffentlichen Wegen Leitungen zu verlegen und zu betreiben, über die Letztverbraucher im Gemeindegebiet unmittelbar versorgt werden. Im Gegenzug erhält die Gemeinde eine Konzessionsabgabe. Nach Ablauf eines Konzessionsvertrags haben die Gemeinden das Recht, das Leitungsnetz zu erwerben und Konzessionen an andere Partner zu vergeben.

kWh – Kilowattstunde
Maßeinheit der Energie. Bei konstanter Leistung entspricht diese dem Produkt aus Leistung und Zeit: 1 kW x 1 h = 1 kWh.

KWK – Kraft-Wärme-Kopplung
Die Abwärme eines Kraftwerks kann in seinem Umfeld zum Heizen von Gebäuden oder als Prozesswärme genutzt werden. In diesem Fall wird bei gleichem Brennstoffeinsatz mehr Energie gewonnen. Ein Kraftwerk, das Strom und Wärme gekoppelt erzeugt, nennt man Heizkraftwerk.

Legal Unbundling
-> Unbundling

Limit
Um das Risiko einer Kursschwankung beim Aktienkauf oder -verkauf einzugrenzen, können Anleger Limite setzen. Beim Aktienkauf setzt man einen Höchstkurs als Limit. Liegt der Börsenkurs darüber, wird der Auftrag nicht ausgeführt. Beim Verkauf legt das Limit einen Mindestkurs fest, den der Anleger noch erlösen will.

Margining
Verfahren der Bemessung, Berechnung und Abwicklung von Sicherheitsleistungen, die zu hinterlegen sind, um Nichterfüllungsrisiken abzudecken. Im Börsenhandel sind Margin-Leistungen Standard, im bilateralen Handel können sie vertraglich vereinbart werden.

Midstream
Beschreibt Geschäftsaktivitäten in Zusammenhang mit Handel, Transport und Speicherung von Erdgas.

MRP – Marktrisikoprämie
Differenz zwischen der Rendite einer risikolosen und einer risikobehafteten Anlage. Diese Differenz ist die Entschädigung des Investors für zusätzlich eingegangene, nicht diversifizierbare Marktrisiken.

MWh – Megawattstunde
Maßeinheit der Energie.
1 MWh = 1 Million Wattstunden =
1.000 kWh = 3,6 Milliarden Joule.

Option
Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (zum Beispiel Wertpapiere oder Devisen) zu einem zuvor vereinbarten Preis (Basispreis) zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise in einem bestimmten Zeitraum vom Kontrahenten (Stillhalter) zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an ihn zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).

OTC-(Over-the-Counter-)Handel
(„über den Tresen“) Außerbörslicher Handel.

Peak
Spitzenlastprodukt. In Deutschland Lieferung/Abnahme von Montag bis Freitag von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr.

Performance
Wertentwicklung einer Finanzanlage in einem bestimmten Zeitraum.

Put-Option
Verkaufsoption. Recht, eine bestimmte Menge eines bestimmten Bezugswerts (zum Beispiel einer Aktie) zu einem bestimmten Preis oder Kurs innerhalb eines festgelegten Zeitraums oder zu einem bestimmten Termin zu verkaufen.

Rating
Mit einem Rating beurteilt eine unabhängige Ratingagentur die Fähigkeit eines Unternehmens, seine Verbindlichkeiten vertragsgemäß zu erfüllen. Die Einstufung in eine bestimmte Bonitätsklasse hilft Anlegern, die Kreditwürdigkeit eines Unternehmens zu bewerten. Ein Rating stellt jedoch keine Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren dar. Es beinhaltet auch keine Garantie, da das Rating auf Daten basiert, die das Unternehmen der Ratingagentur zur Verfügung gestellt hat.

ROCE – Return on Capital Employed
Kapitalverzinsung. Unternehmenskennzahl, die die Rentabilität des eingesetzten Kapitals misst. Zur Berechnung dieser Messgröße wird das Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis in Bezug zum durchschnittlich eingesetzten Kapital (Capital Employed) gesetzt.

Spread
Risikoaufschlag für EnBW-spezifisches Kreditrisiko.

Stückaktien
Aktien ohne Nennwert, die einen bestimmten Anteil am Grundkapital einer Gesellschaft verkörpern.

Subprime-Krise
US-Immobilienkrise seit Sommer 2007.

Syndizierte Kreditlinie
Von einem Bankenkonsortium für einen bestimmten Zeitraum fest zugesagte Kreditlinie.

TWh – Terawattstunde
Maßeinheit der Energie. Eine TWh entspricht 1.000 Gigawattstunden oder 1 Million Megawattstunden oder 1 Milliarde Kilowattstunden.

Unbundling
Entflechtung. Nach dem Energiewirtschaftsgesetz geforderte Trennung der netzbezogenen von den marktbezogenen Aktivitäten eines vertikal integrierten Versorgungsunternehmens. Dazu gehören insbesondere Pflichten zur getrennten Rechnungsführung, zu organisatorischen Abgrenzungen, zu Vertraulichkeitspflichten und künftig auch zu gesellschaftsrechtlichen Trennungen (Legal Unbundling).

VaR – Value at Risk
Das Marktrisiko des Handelsbuchs wird mittels der Kennzahl Value at Risk berechnet, die das Verlustpotenzial bei bestimmter Wahrscheinlichkeit und Haltedauer bestimmt.

Vertikale Integration
Unternehmen, die sowohl auf der Netzseite (Transport und Verteilung) als auch auf der Marktseite (Erzeugung, Handel und Vertrieb) Aktivitäten entfalten, bezeichnet man als vertikal integriert.

Volatilität
In der Finanzmathematik Ausmaß der Schwankung von Finanzmarktparametern wie Aktienkursen und Zinsen.

WACC – Weighted Average Cost of Capital
-> Kapitalkostensatz

Zweivertragsmodell
Vertragsmodell, das für die Netznutzung über mehrere vertikal verbundene Netzebenen lediglich einen Einspeise- und einen Entnahmevertrag vorsieht.

Finanztermine | Kontakte

19. Februar 2008
Bilanzpressekonferenz/
Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2007

25. April 2008
Hauptversammlung

9. Mai 2008
Veröffentlichung des Quartalsfinanzberichts
Januar bis März 2008

1. August 2008
Veröffentlichung des Halbjahresfinanzberichts
Januar bis Juni 2008

13. November 2008
Veröffentlichung des Quartalsfinanzberichts
Januar bis September 2008

Aktionärshotline/Investor Relations
Telefon: 0800 1020030 oder 0800 AKTIEENBW
Telefax: 0800 3629111
E-Mail: info@investor.enbw.com
Internet: www.enbw.com

Konzernpublikationen
Weitere Exemplare dieses Geschäftsberichts und anderer Konzernpublikationen wie Innovationsbericht und Nachhaltigkeitsbericht senden wir Ihnen auf Anfrage gern kostenlos zu. Diese Berichte sind in deutscher und englischer Sprache erhältlich; der Geschäftsbericht liegt auch in französischer Sprache vor. Im Zweifelsfall ist die deutsche Version maßgeblich. Bestellungen richten Sie bitte an unsere Aktionärshotline.

Auf unseren Internetseiten stehen Ihnen sämtliche Berichte und Broschüren des Konzerns als Download zur Verfügung. Die deutsche und englische Ausgabe des Geschäftsberichts können Sie auch als interaktiven Online-Geschäftsbericht aufrufen.

Stichwortverzeichnis

A

Absatz **72f, 110f**
Abschlussprüfung **38, 191**
Abschreibungen **73, 110, 126, 138ff**
Akquisitionen **76, 110f, 194**
Aktien **38ff, 86ff, 116, 127ff, 159ff, 189ff**
Aktionäre **14ff, 50, 88**
Aktiva **84, 127, 176**
Altersversorgung **86, 148ff**
Analysten **38**
Anhang **132**
Anlagespiegel **156**
Anlagevermögen **85, 142**
Anleihen **83, 149, 171ff**
Anreizregulierung **65ff, 103ff**
Anteile an verbundenen Unternehmen **149**
Anteilsbesitz **136, 165**
Aufsichtsrat **22ff**
Ausbildung **9, 95**
Ausblick (Rating) **6, 79ff, 181ff**
Auslandsbeteiligungen **54**
Ausleihungen **83, 142ff, 159ff, 178, 195ff**
Ausschüsse des Aufsichtsrats **29**
Außenumsatz **72, 110**

B

Beirat **212**
Bericht des Aufsichtsrats **22**
Berichtsweise **86**
Beschäftigte **94, 119**
Bestätigungsvermerk **200**
Beteiligungen **202**
Bezugsverträge (Strombezugsverträge) **162, 198**
Bilanz **127**
Bilanzgewinn **31f, 86, 164**
Bilanzstruktur **84**
Bildnachweis **219**
Branchenrisiken **102**
Brennstoffzelle **97**
Brief an unsere Aktionäre **14**
Bruttoschulden **196f**
Bruttovermögen **196f**

C

Capital Employed **90ff, 110ff**
Cashflow-Rechnung **128**
Commercial-Paper-Programm **79, 172**
Contracting **54ff, 109ff**
Corporate Citizen **122**
Corporate Governance **30**

D

DAX **42**
Deckungsvorsorge **190**
Dividende **36, 86ff**
Downstream **50, 108f**
Druckluftspeicher **99,113**

E

EBIT **72ff, 90ff, 196**
EBITDA **32, 73ff, 128**
EBT **74, 81ff**
EDF (Electricité de France) **116**
EEG **69, 103**
Eigenkapital **130**
Emissionshandel **109**
EMTN **79**
EnBW EnyCity **100**
Energie- und Umweltdienstleistungen **50, 204**
Energiemarkt **102, 109**
Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) **52ff**
Entsorgung Kernenergie **146f, 168f**
Entsorgung, nicht thermische **53ff**
Entsorgung, thermische **53ff**
Equity-Konsolidierung **158**
Equity-Methode **139, 203**
Ergebnis **44, 73**
Ergebnis je Aktie **44, 126, 190**
Ergebnis und Geschäftsverlauf **73**
Ermessensentscheidungen und Schätzungen **145**
Erneuerbare Energien **53, 93, 111**
Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) **103**
Ertragsteuern **73ff, 150**
Erzeugung **50ff, 66, 97ff**
Europa (Mittel-/Ost-/Südosteuropa) **54ff, 71, 107**
Eventualverbindlichkeiten und
finanzielle Verpflichtungen **145ff, 190f**

F
Ferngasstufe **50f**
Finanzanlagen **78ff, 85, 195**
Finanzergebnis **85, 133ff**
Finanzielle Verpflichtungen **190f**
Finanzierung **78**
Finanzinstrumente **102, 175**
Finanztermine **218**
Finanzverbindlichkeiten **79ff, 127ff**
Firmenwerte **140, 196**
Flüssige Mittel **83ff, 127ff**
Forderungen **85ff, 127ff, 176**
Forschung und Entwicklung **54, 60, 152**
Funds from Operations (FFO) **128, 194**

G
Gas (Geschäftsfeld) **50ff**
Gasmarkt **65**
Geothermie **63, 97**
Gesamtrisiko **106**
Gesamtwirtschaftliche Risiken **102**
Gesamtwirtschaftliche Situation **62**
Geschäftsentwicklung **55**
Geschäftsfeld Strom **50f, 72f**
Gewinn- und Verlustrechnung **126**
Gewinnrücklagen **86, 127, 164**
Gezeichnetes Kapital **127ff, 164**
Glossar **214**
Großaktionäre **(EDF, OEW) 116**

H
Hegdes **144ff, 180ff**
Heizkraftwerk **138**

I
Immaterielle Vermögenswerte **76f, 151ff**
Impressum **222**
Inhalt **3**
Innovation **96**
Innovationsmanagement **54, 96**
Internet **6, 31ff, 218**
Investitionen **76**
Investitionszulagen **140, 174**
Investment Properties **92, 140**
Investor Relations **46**

J
Jahresabschluss **125**

K
Kapitalkonsolidierung **139ff**
Kennzahlen **75, 121**
Kernenergierückstellungen **146**
Kerngeschäft **91, 102**
Kernkraftwerk Neckarwestheim **10**
Kernkraftwerk Obrigheim **105**
Kernkraftwerk Phillippsburg **7**
Klimakongress **10, 123**
Kohlemarkt **69**
Konsolidierungsgrundsätze **139**
Konsolidierungskreis **132**
Kontakte **218**
Konventionelle Kraftwerke **11, 53**
Konzernpublikationen **218**
Konzernstrategie **59**
Konzernüberschuss **74ff**
Konzessionen **11, 60, 104, 199**
Kooperation von EnBW und EDF **116**
Kostensenkungsprogramm TOP FIT **94f**
Kreditrisiken **102f, 185**
Kundenservice **8, 56**

L
Lagebericht **50**
Liquidität **106ff**

M
Mandate **208**
Markt **45, 55**
Marktsituation **66**
Materialaufwand **126ff**
Midstream **57, 108f**
Mitarbeiter **93**

N
Nachhaltigkeit **59, 122**
Nachtragsbericht **218**
Nettofinanzschulden **83, 195**
Netz **114**
Netzentgelte **65ff**
Nicht fortzuführende Aktivitäten **144**

O
OEW **39, 50, 198**
Offenlegungserleichterungen **192**
Operative Risiken **105**

P
Passiva **84, 127, 176**
Pensionsrückstellung **35, 78ff, 146**
Personalaufwand **85ff**
Personalaustausch **117**
Personalstruktur **93**
Polen **4, 50, 203**
Primärenergie 53, 66
Produkte, Markt und Wettbewerb **56**
Prognosebericht **107**

R
Ratings **6f, 79ff**
RDK **10, 76**
Rechnungslegung und Abschlussprüfung **38**
Rechtliche Risiken **106**
Risikobericht **101ff, 185**
ROCE **32, 90ff, 110**
Rückstellungen **82ff, 106, 127ff**
Rückstellungen für Pensionen **143**

S
Sachanlagen **76ff, 112, 140**
Sachinvestitionen **59, 112**
Segmentberichterstattung **196ff**
Sonstige Angaben **190**
Sonstige betriebliche Aufwendungen **126ff**
Sonstige betriebliche Erträge **126ff, 147**
Standorte **4**
Steuern **54, 82ff, 127ff, 143**
Stiftung **8, 123**
Strategie **59ff**
Stromabsatz **73f**
Strombereitstellung **53**
Stromhandel **10**
Stromkreislängen **53**
Strommarkt **66**
Struktur des EnBW-Konzerns **50**

T
Tochterunternehmen **136ff**
Transparenz **38**
Transport und Verteilung **51, 100**
Treibhausgas **102**
Tschechien **4, 117**

U
Umlaufvermögen **85**
Umsatz **72**
Umsatzerlöse **73, 109f, 126ff, 147**
Umwelt **121**
Umweltmanagement **121**
Ungarn **4, 117**
Unternehmensleitbild **119ff**
Unternehmenssituation **72**

V
Verantwortung **121**
Verbindlichkeiten **85ff, 137ff, 171ff**
Vergütung (Aufsichtsrat, Vorstand) **30**
Vermögenslage **86**
Versorgungszusagen **166**
Verteilnetz **52f**
Verteilstufe **50f**
Vertrieb **51ff**
Vorräte **142**
Vorstand

W
Währungsumrechnung **139**
Wasserkraft **5**
Wasserversorgung **58**
Wellenkraftwerk **100**
Wertpapiere **89ff, 148ff**
Wertschöpfungskette **50, 106**
Wettbewerb **56**
Wissensbilanz **119ff**
Wissensmanagement **119**

Y
Yello **9ff, 55ff**

Z
Zuschüsse **92, 127f, 171ff**
Zweivertragsmodell **56, 65**

Impressum

Herausgeber
EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe
www.enbw.com

Koordination und Redaktion
Unternehmenskommunikation,
Karlsruhe

Layout und Gestaltung
Büro Franck
Visuelle Kommunikation,
Düsseldorf

Druck und Lithografie
Sommer Corporate Media GmbH & Co. KG,
Waiblingen

Papier
Inhalt 135 g/m^2, 150 g/m^2
Scheufelen, heaven 42

Umschlag 350 g/m^2
IGEPA, Profisilk

ISBA: B.1420.0802

Veröffentlichung
des EnBW-Geschäftsberichts 2007:
19. Februar 2008

Bildnachweis

Fotos des Vorstands und Aufsichtsrats
S. 15, 20, 21
Rüdiger Nehmzow, Düsseldorf
S. 22
Catrin Moritz, Essen

Unternehmensbericht
S. XVIII/XIX, XXX/XXXI, XXXIII,
Bernd Franck, Düsseldorf

S. XXIV/XXV, XXVI, XXIX, XXXII,
XXXV
Frank van Groen, Düsseldorf

S. XXXVI/XXXVII, XLI
Rüdiger Nehmzow, Düsseldorf

S. XLIX, L, LIII
PhotoDisc

S. VI – XVII, XX – XXI, XXIII, XXXIX,
XLII/XLIII, XLV – XLVII
Peter Stumpf, Düsseldorf

S. XIV
Yello, Stockholm

EnBW Energie
Baden-Württemberg AG

Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe
www.enbw.com